



Eurokrise

Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten

Gemeinsame Erklärung von Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, und Alexis Tsipras, Vorsitzender der Fraktion SYRIZA im griechischen Parlament, zur Euro-Krise, 7. Juli 2011; aus: www.linksfraktion.de

1. Wieder versprechen die Herrschenden in Europa, das nächste Kreditpaket für Griechenland rette die Wirtschafts- und Währungsunion. Doch kaum einer glaubt ihnen dies mehr. Merkel und Sarkozy werden am Nasenring durch die Kapitalmärkte geführt. Rettung gibt es nur für Banken und Versicherungen. Die Bevölkerung in Griechenland, Irland, Portugal ist die Leidtragende. Um die griechischen Banken zu retten und Ansprüche deutscher und anderer Investoren zu bedienen, erhält die Papandreou-Regierung skandalös hoch verzinsten Kredite, die von deutschen und europäischen Steuerzahler/innen aufgebracht werden. Zugleich leidet die griechische Bevölkerung unter den Konsequenzen der aufeinander folgenden Troika-Memoranden und Kürzungsprogramme. Die Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB – im Einklang mit den Akteuren des griechischen und internationalen Kapitals – verlangen einen regelrechten Ausverkauf des Staates. Bisher erwies sich die griechische Regierung mehr als bereitwillig darin, alle strategischen öffentlichen Eigentümer und Dienstleistungen zu privatisieren.

2. Mit dem Euro-Plus-Pakt, der Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem wirtschaftsliberalen Gesetzespaket der Europäischen Kommission zur Europäischen Wirtschaftsregierung wird zudem, um die Finanzmärkte zu beruhigen, der größte Angriff seit Jahrzehnten auf die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner und Studierenden vorangetrieben. Diese Maßnahmen gefährden die hart erkämpften Rechte von Gewerkschaften in Europa.

3. Die angebliche Rettung des Euro soll auf dem Rücken der Bevölkerungsmehrheit in Europa vorangetrieben werden. Nach einem Jahr von Memoranden der Troika und sogenannten „Nationalen Stabilisierungsprogrammen“ in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten ist klar erwiesen, dass nicht „Stabilisierung“, sondern die Austeritätsprogramme selbst das Ziel sind und die Forderungen zum Erhalt der Arbeitnehmer/innen-Rechte zum Schweigen gebracht werden sollen. Diese Politik wird zur Demontage des Euro führen. Denn die so ge-

nannten Hilfspakete helfen nicht den betroffenen Ländern, schon gar nicht der dortigen Bevölkerung, sie helfen den europäischen Privatbanken und Finanzinvestoren. Denn sie sind es, die die Staatsanleihen der Krisenstaaten halten und sich an den steigenden Zinsen eine goldene Nase verdienen, obwohl genau sie die hohe Staatsverschuldung durch die Finanzkrise maßgeblich verursacht haben.

4. Die sogenannten „Hilfszahlungen“ sind Rettungsringe aus Blei. Die mit ihnen verbundenen Kürzungsprogramme sind nicht nur sozial fatal, sie drücken auch die Wirtschaft der betroffenen Länder unter Wasser, was eine höhere Verschuldung verursacht und einen Bankrott immer wahrscheinlicher macht. Das Beispiel Griechenland zeigt dies ganz deutlich: Nach Angaben der OECD hat kein anderes Industrieland jemals innerhalb von 12 Monaten so viel gespart wie Griechenland – doch die Gesamtverschuldung ist explodiert. Nun soll noch mehr von der gleichen Medizin verabreicht werden, noch mehr Einsparungen im sozialen Bereich, noch mehr Liberalisierung und Deregulierung, die Verschleuderung von Staatseigentum soll sogar durch eine „unabhängige“ Privatisierungsagentur durchgesetzt werden. Betroffen hiervon ist in erster Linie die griechische Bevölkerung, während die deutschen Konzerne von den Marktöffnungen und Privatisierungen profitieren. Geht das Ganze schief, haftet in Deutschland letztlich der Steuerzahler.

5. Die Ursache liegt auch in einer brutalen Niedriglohnpolitik in Deutschland, wie sie von der rot-grünen Regierung angefangen mit den Projekten Hartz IV, Agenda 2010 und Rente mit 67 in den letzten Jahren auf die Schiene gesetzt wurde. Auch in Griechenland wurden die Reichen immer weniger, die mittleren und unteren Einkommensgruppen immer mehr besteuert. Die massive Umverteilung von unten nach oben ist die wirkliche Ursache für die Krise. Ohne diese Umverteilung zu stoppen und umzukehren, wird es keine dauerhafte Lösung geben.

6. Mit dieser Politik muss endlich Schluss sein! Wir brauchen einen radikalen Neuanfang in Europa, angefangen mit einer vollständigen Revision der europäischen Verträge, deren neoliberale Bestimmungen sich gerade in der Krise als

In dieser Ausgabe

- Wie weiter mit der Eurokrise?
- Zehn Jahre 11. September
- Die arabische Welt in Aufruhr
- Wie links ist Lateinamerika?
- Chinas Umgang mit der Krise



Inhaltsverzeichnis

● Eurokrise	1
→ Erklärung von Gregor Gysi und Alexis Tsipras	1
→ Erklärung der Europäischen Linken	2
→ Alexis Tsipras im ND-Gespräch	3
→ Rede von Gregor Gysi	4
→ Rede von Klaus Ernst	9
→ Fraktion DIE LINKE: Maßnahmen zur Überwindung der Eurokrise	10
● Arabische Welt in Aufruhr	13
→ Knut Mellenthin: Die Führungsriege der libyschen Rebellen	13
→ Rede von Stefan Liebich	15
→ Gregor Gysi zu einem Staat der Palästinenser	16
→ Erklärung der Europäischen Linken	18
→ Rede von Wolfgang Gehrcke	18
→ Angelika und Klaus Timm: Israel vor einem politischen Tsunami	19
→ Tagung des ZK der Irakischen KP	26
→ Irak weiterhin journalistisches Kriegsgebiet	30
● Lateinamerika	32
→ Salim Lamrani: Die Reform des kubanischen Wirtschaftsmodells	32
→ Otto Pfeiffer: Wie links ist Lateinamerika?	38
→ Helma Chrenko, Achim Wahl: Transformation in Lateinamerika	44
● China	51
→ Cheng Enfu und Hu Leming: Chinas Umgang mit der Krise	51
→ Li Qiang: Veränderung der Sozialstruktur Chinas	54
→ Helmut Ettinger: Chinareise einmal anders	60
● Internationale Politik der LINKEN	64
→ 10 Jahre 11. September – Erklärung der LINKEN	64
→ Gesine Löttsch: 75 Jahre Internationale Brigaden	65
→ Ältestenrat zur internationalen Lage	65
→ Wolfgang Grabowski: Die Welt verändert sich	72
● Aus der internationalen Linken	74
→ Nichi Vendola im ND-Gespräch	74
→ Dominic Heilig: Wahlen in Portugal aus linker Sicht	75
→ Dominic Heilig: Wahlen in Dänemark	77
→ Andreas Günther: AKEL in der Verantwortung	81
→ Andros Kyprianou: Die Krise wird sich auf Zypern auswirken	82
→ Heiner Köhnen: Gewerkschaften in der indischen Autoindustrie	83
→ Alexander Busgalin: Zehn Lehren aus dem Zerfall der UdSSR	89
● Internationale Umschau	94
→ Rainer Rilling: Im Schatten des 11. September	94
→ Arne C. Seifert: Der politische Islam in Zentralasien	96
→ Wilfried Arz: Geostrategische Bedeutung von Burma nimmt zu	102

verheerend erwiesen haben. Ohne europäische Kredite von öffentlichen Banken sowie die Ausgabe von Eurobonds durch die EZB, die verschuldete Staaten vor Strafzinsen der Kapitalmärkte schützt, und einem anschließenden weit reichenden Schuldenschnitt unter wirksamer und verpflichtender Beteiligung der privaten Gläubiger, ohne die Besteuerung von Finanztransaktionen und die Erhebung einer europaweiten Steuer für Einkommensmillionäre, werden Länder, wie Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Belgien und Italien regelrecht in den Abgrund gezogen werden.

7. Wir fordern eine radikale Umkehr von der bisherigen, krisenverschärfenden Politik, welche den Interessen der Bevölkerungsmehrheit in Europa entgegen steht. Als konkrete Sofortmaßnahmen fordern wir die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Gründung einer Bank für öffentliche Anleihen. Entscheidend ist zudem die Auflage eines umfassenden sozial-ökologischen Investitionsprogramms für Europa.

8. Wir fordern ebenso ein Ende der rassistischen Hetzkampagne gegen die „faulen Südländer“, statt dessen müssen die wahren Verursacher und Profiteure der Krise endlich zur Kasse gebeten werden, unter anderem durch eine echte Bankenabgabe und eine EU-weite einmalige Vermögensabgabe.

9. Notwendig ist aber insbesondere eine Umkehr der deutschen Politik: Durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und eine sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV muss die Binnennachfrage gestärkt werden. Dies wäre ein sinnvoller deutscher Beitrag zur Lösung der Krise und würde die europäische Politik endlich mehr an der Interessen der Beschäftigten und der Bevölkerungsmehrheit ausrichten, anstatt diese gegeneinander auszuspielen.

10. Wer will, dass es so weiter geht in Europa wie bisher, arbeitet am Untergang nicht nur der Eurozone, sondern der Europäischen Union. Nationalistische und euronationalistische Appelle, wie jüngst von den EU-Fraktionsvorsitzenden von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen vorgebracht, sind Teil des Problems, nicht seiner Lösung. Wir brauchen einen radikalen Neuanfang in Europa, in Deutschland und in Griechenland. Europa wird sozial werden, oder es wird nicht sein!

Der Fall Griechenland auf europäischer Ebene: die Offensive der Neoliberalen zurückschlagen

Erklärung des Präsidiums der Partei der Europäischen Linken (EL), 19. September 2011

Zur Zeit erleben wir ein billiges Erpressungsmanöver von EU-Politikern und IWF gegen das griechische Volk. Wenn es für die griechische Gesellschaft nicht so schmerzhaft wäre, könnte man es als einen Witz abtun. Durch das Gerede von einem Bankrott Griechenlands in den nächsten Tagen (das Medien, Minister und EU-Beamte verbreiten) soll die griechische Öffentlichkeit in Angst und Schrecken versetzt werden. Das Ziel ist nur allzu offensichtlich: Man will die Griechen dazu bringen, eine Notstandspolitik des Abbaus grund-



legender sozialer Rechte zu akzeptieren, die in opferreichen politischen und sozialen Kämpfen errungen wurden.

Dabei wurden Löhne und Renten bereits gekürzt, verschiedene Sozialleistungen sind über Nacht verschwunden. Viele Bereiche vom Gesundheitswesen bis zu Theatern sind davon betroffen. Das Arbeitsrecht wird manipuliert, damit Angestellte des öffentlichen Dienstes entlassen und ihre Stellen gestrichen werden können. Die ganze griechische Gesellschaft stöhnt unter den Verfügungen der „Troika“, die weitere Einsparungen verlangt, um die Plünderung des Nationalvermögens durch Privatisierung und Sozialabbau noch besser organisieren zu können. Alle diese radikalen Maßnahmen, die mit dem Wahlprogramm der PASOK, das sie im Oktober 2009 zur Macht brachte, nichts zu tun haben, zerstören die Zukunft der jungen Generation, die bereits unter einer galoppierenden Arbeitslosigkeit leidet. Bei den 15- bis 24-jährigen beträgt sie 43,3 Prozent.

Gegen die griechische Gesellschaft kommt die Offensive der Neoliberalen im Gewande dieser Erpressung daher. Das üble Spiel begann mit der Telefonkonferenz von Frau Merkel und Monsieur Sarkozy am vergangenen Mittwoch (dem 14. 9. – d. Übers.). Umschwebt von Bankrottgerüchten kamen sie überein, dass die Griechen bei Strafe der Insolvenz ihre Verpflichtungen gegenüber den europäischen Partnern unverzüglich zu erfüllen hätten.

Griechenland ist jetzt ein Staat unter Vormundschaft, denn Frankreich und Deutschland werden über eine Taskforce unter Leitung des Deutschen Horst Reichenbach, ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), nahezu jeden Schritt der Rekonstruktion des griechischen Staates streng kontrollieren. Diese hat offiziell die Aufgabe, die Verwendung der europäischen Gelder zu überwachen, um Misswirtschaft zu unterbinden, und bei der Durchführung von Strukturreformen, u. a. in der Steuerverwaltung, beratend mitzuwirken. Das heißt klar und eindeutig, dass das Land (für wie lange?) einen Teil seiner Souveränität einbüßt. Von diesem empörenden Vorgang zeugt eine weitere Tatsache: Die Privatisierungskommission, die für den Verkauf von Staatsvermögen zum Schuldenabbau zuständig ist, musste zwei Plätze in ihrem Aufsichtsrat einem Mitgliedsland der Eurozone und einem Vertreter der EU-Kommission überlassen.

Das zeigt sehr klar, dass das derzeitige Modell der europäischen Integration in zweierlei Hinsicht gescheitert ist: bei der Behandlung der laufenden Krise (die nicht nur eine Schulden-, sondern eine Wachstumskrise ist) und einer weiteren – jener ihrer demokratischen Strukturen.

Die Partei der Europäischen Linken hat von Anfang auf diesen Doppelcharakter der Krise (als einer Wirtschafts- und Demokratiekrise) hingewiesen und erklärt, dass es hohe Zeit ist, Solidarität zu üben und die EU grundlegend umzubauen. Sie hat alle Kräfte des Widerstandes – Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Intellektuelle und linke Parteien – aufgerufen, sie zu einer alternativen Linken zusammenzuschließen, die diesen Kämpfen eine politische Perspektive bieten kann.

Die Verfechter des Neoliberalismus wollen Griechenland zum Versuchskaninchen für ihre Vorstellungen von Spekulation und Profit auf Kosten der Völker ganz Europas machen, nicht nur der des Südens.

Wir wenden uns entschieden gegen die Sparpolitik und deren Institutionalisierung (als Goldene Regel). Wir fordern öffentliche Bilanzprüfungen durch die Zivilgesellschaft. Wir

verlangen mehr Zeit für Rückzahlungen, Regelungshilfen und die Ausgabe von Eurobonds. Wir schlagen vor, Rolle und Aufgaben der Europäischen Zentralbank (EZB) zu verändern: In einer Notlage soll sie einen Teil der Schulden eines Staates übernehmen. Außerdem soll sie Mittel für die Finanzierung von Projekten bereitstellen, mit denen reguläre Arbeitsplätze (in Industrie, Forschung, neuen Produktionen) sowie im nationalen und europäischen öffentlichen Dienst geschaffen werden. Die öffentliche, demokratische Kontrolle der Banken und des Finanzsektors ist ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der Kontrolle des Volkes über die Wirtschaft. Wir kämpfen für eine radikale Umverteilung des Reichtums, für ein gerechtes, faires Steuersystem, für Maßnahmen zur Verhinderung von Dumping in den EU-Mitgliedstaaten und in ganz Europa.

Die derzeitigen Spitzenpolitiker der EU haben sich in keiner Weise der Erwartungen würdig erwiesen, die in sie gesetzt werden. Sie müssen begreifen, dass ihre neoliberalen Einsparungsforderungen Krise und Rezession nur verschlimmern und der Hauptgrund dafür sind, dass sich die Bürger ihren Plänen für weiteren Sozialabbau widersetzen.

Die Indignés (Empörten) von der Place de la Bastille, die Indignados von der Puerta del Sol und die Aganaktismenoi vom Syntagma-Platz haben ihren Kampf gerade erst begonnen. Die EL steht an ihrer Seite, hört ihnen zu, bietet ihnen Unterstützung und Ermutigung an. Es geht um viel in ihren Ländern im Süden Europas, besonders in Griechenland. Die Zukunft Europas steht auf dem Spiel. Die Europäische Union wird entweder demokratisch, sozial und solidarisch sein, oder sie wird nicht sein!

„Die Kredite stürzen Griechenland in den Abgrund“

Alexis Tsipras, Fraktionsvorsitzender der linken Fraktion SYRIZA im griechischen Parlament, über das verschuldete Europa; aus: Neues Deutschland, 11. Juli 2011

● Wie stehen die Griechen im Moment zu Europa?

Mit Skepsis. Ich denke allerdings, dass die Menschen das Problem weniger in der EU sehen als bei den führenden Kräften, die sie zu dieser Qual verurteilen.

● Können Sie das Unbehagen Deutschlands und anderer Länder nachvollziehen, viel Geld an Griechenland zu geben?

Nein, das kann ich nicht verstehen. Ich bin der Ansicht, dass Deutschland nicht an Griechenland Geld bezahlt, sondern an bankrotte Banken, ob diese nun deutsch, griechisch oder französisch sind. Was ich verstehen kann, ist das Unbehagen der einfachen Bürger, die dazu aufgerufen werden, höhere Steuern zu zahlen, um einen Plan zu finanzieren, der ineffektiv sein wird.

● Es gibt immer wieder Stimmen, die einen Ausstieg Griechenlands aus der Währungsunion fordern. Ist das eine Option?

Das hätte vielleicht Sinn gehabt, bevor der Teufelskreis der barbarischen Einsparmaßnahmen begonnen hat. Da wir



aufgrund der Unmöglichkeit, unsere Währung abzuwerten – es handelt sich ja um eine gemeinsame Währung – dazu veranlasst wurden, solche Maßnahmen einzuleiten, wäre es für Griechenland Selbstmord zu versuchen, aus der Eurozone auszutreten. Griechenland muss in der Eurozone bleiben und seine Partner überzeugen, keine weiteren Darlehen aufzunehmen. Wir müssen vielmehr eine europäische Lösung für das europäische Problem der Staatsschulden suchen.

● Halten Sie die Stärkung des privaten Sektors für eine gute Idee?

Sowohl die Sparmaßnahmen als auch die Maßnahmen zur Privatisierung von staatlichem Eigentum schaffen die Voraussetzungen dafür, dass das Kapital weiter in Griechenland spekulieren kann. Das geschieht über die Abschaffung des Arbeitsrechts sowie durch den Skandal der Privatisierung von staatlichem Eigentum. Großunternehmen, ob griechische oder ausländische, kaufen alle gewinnbringenden staatlichen Unternehmen zu einem lächerlichen Preis auf. Diese Unternehmen werden dann die Möglichkeit haben, Gewinne zu erzielen. Die griechische öffentliche Hand wird jedoch auf ihre Pauschaleinnahmen verzichten müssen. Ich würde das nicht als Stärkung des Privatsektors bezeichnen, sondern als Plünderung des öffentlichen Reichtums.

● Welche Lösungsstrategien hat die griechische Linke?

Wir glauben, dass unser Land unmittelbar eine nachhaltige Lösung des europäischen Schuldenproblems einfordern muss. Indem ein Teil der Schulden erlassen wird, ein anderer Teil an die Europäische Zentralbank transferiert wird, indem Eurofonds ausgegeben werden. Zusätzlich muss ein Entwicklungsplan für öffentliche Investitionen ausgearbeitet werden, damit neue Arbeitsplätze und Wachstum geschaffen werden können. Zudem muss Griechenland eine Veränderung des Steuersystems vornehmen. Damit diejenigen, die viel Geld besitzen, aufhören, Steuern zu hinterziehen. Es dürfen nicht nur die Lohnabhängigen und Rentner den Kürzeren ziehen.

● Wie unterstützen die europäischen Linksparteien die griechische Linke?

Vor allem durch ihr Auftreten in den eigenen Parlamenten und indem sie dem griechischen Volk ihre Solidarität zeigen. Für uns ist es wichtig, dass es in Deutschland DIE LINKE gibt und diese der herrschenden Meinung, dass die Griechen faul sind und lediglich „Geld klauen“ möchten, entgegensteuern. Die Aktionen und Interventionen der LINKEN beginnen die Deutschen langsam davon zu überzeugen, dass die Beschäftigten und Arbeitenden sowohl in Griechenland als auch in Deutschland gemeinsame Interessen haben. Genauso wie das Kapital in Deutschland und in Griechenland gemeinsame Interessen hat. Solange die Regierungen die Interessen des Kapitals bedienen, solange laufen auch die Völker in Sackgassen.

● Wie sehen Sie die Zukunft Europas?

Europa befindet sich an einem kritischen Scheideweg. Es hat das Pech, dass seine Führungen der Lage nicht gewachsen sind. Sie behandeln das kommende Unglück mit unglaublicher Fassungslosigkeit und Passivität. Es ist unverständlich, dass sie nicht erkennen, dass die Griechen mit Krediten belastet werden, die sie in den Abgrund stürzen werden. Und dass alle Länder, weil sie durch die Eurozone

miteinander verbundenen sind, nach und nach dem Abgrund entgegensteuern. Wenn es nicht einen Richtungswechsel auf der Ebene der europäischen Führungen geben sollte, bin ich beunruhigt darüber, dass wir zu sehr negativen Entwicklungen kommen können. Das gilt für alle Völker Europas. Denn was in Griechenland zur Zeit passiert, ist eine Art Modell, dessen Ausgang bestimmen wird, ob es auch in die anderen Ländern Europas exportiert werden wird. Die barbarische Politik, die gerade in Griechenland angewandt wird, kann schnell Portugal, Irland, Italien und irgendwann auch Deutschland erreichen. Es sei denn, die Völker setzen selbst eine Grenze.

● Wo und wie soll die Grenze gesetzt werden?

Sie hätte bereits in der Vergangenheit gesetzt werden müssen. Die Grenze sollte sein, dass auch diejenigen zu zahlen haben, die die Krise hervorgerufen haben. Die Banken müssen ihren Beitrag leisten. Das Großkapital muss besteuert werden. Auf keinen Fall darf die Politik der Darlehen weitergeführt werden. Denn die Gelder werden nicht gezahlt, damit die Länder ihre Bedürfnisse decken, sondern damit sie Zinsen zahlen.

Schwarz-Gelb hängt an kleinkarierter Ideologie

Rede von Gregor Gysi in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages über den Etat des Kanzleramtes am 7. September 2011; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren von Union und FDP, ich bedanke mich für Ihren langen Begrüßungsbeifall. Abgesehen davon glaube ich, Frau Bundeskanzlerin: Mit dieser Rede haben Sie Ihre Fraktion nicht gerettet. Dazu war sie zu oberflächlich und ist auf den Kern der Probleme überhaupt nicht eingegangen.

Frau Bundeskanzlerin, ich hatte gehofft, dass Sie nichts zu Berlin sagen. Aber Sie haben etwas zu Berlin und der Verschuldung gesagt. Deshalb muss ich Ihnen eines ganz klar sagen: Die Verschuldung Berlins ist nun wirklich von Eberhard Diepgen und Klaus Landowsky von der Union verursacht worden.

Ich sage einmal: SPD und Linke haben diesen Karren aus dem Dreck gezogen. Das ist die Wahrheit. Dass Berlin jetzt sogar eine Hauptstadt und Metropole ist, liegt nur an den Linken.

Ich komme zu einer Rede des Bundespräsidenten, die er am 24. August 2011 gehalten hat. An diesem 24. August hat er gesagt:

„Politik muss ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Sie muss sich endlich davon lösen, hektisch auf jeden Kursrutsch an den Börsen zu reagieren. Sie muss sich nicht abhängig fühlen und darf sich nicht am Nasenring durch die Manege führen lassen, von Banken, von Ratingagenturen ...“

Eine härtere Kritik eines Bundespräsidenten an einer Regierung und einer Koalition habe ich selten gehört. Sie gehen überhaupt nicht darauf ein.

Der Bundespräsident erklärt damit, dass die Demokratie



gefährdet ist. Das sagt übrigens ein Bundespräsident erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1949. Ich sage Ihnen: Die Demokratie ist nicht nur gefährdet; wir haben es wirklich mit Zerstörung zu tun. Der frühere Kanzler Kohl hat eine vernichtende Kritik an der Kanzlerin und ihrer Koalition geübt. Er hat gesagt, es gebe keinen Kompass, also keine Orientierung, keine Grundwerte, keine Grundüberzeugungen. Verstehen Sie, ich muss immer Ihre Leute zitieren, weil Sie uns nicht glauben; aber wahr ist es trotzdem.

Wir haben es in Wirklichkeit mit etwas anderem zu tun, Frau Bundeskanzlerin – ich bitte Sie, das einmal zur Kenntnis zu nehmen: Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun, mit einer Diktatur der Finanzmärkte. Die großen privaten Banken, Fonds, Versicherungen und Hedgefonds machen vor nichts Halt, reißen alle noch bestehenden Dämme nieder und brechen sämtliche Tabus. Sie haben nicht die Kraft und den Mut, endlich etwas dagegen zu tun. Das ist aber dringend erforderlich.

Dabei geht es nicht nur um Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien oder Irland; es geht um die Kernländer des Kapitalismus. Auch die USA, Frankreich und Italien werden angegriffen. Private amerikanische Ratingagenturen, die von großen Banken abhängig sind, stuften die USA herunter. Ich bitte Sie! Das macht denen gar nichts mehr aus; so mächtig sind sie inzwischen geworden. Seit Jahren höre ich von Ihnen: „Wir brauchen eine öffentlich-rechtliche Ratingagentur in Europa.“ Wo ist sie denn? Es wird höchste Zeit, sie zu schaffen.

Es sind nicht die Linken, sondern die Finanzmärkte, die den Kapitalismus von innen heraus zerstören. Die Ratingagenturen stürzen inzwischen sogar Regierungen, wie in Irland und Portugal. Niemand regt sich darüber auf. Früher gab es einmal ein Wahlrecht der Bevölkerung; heute läuft das völlig anders ab. Wir haben es – auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen – mit einer Krise der Demokratien weltweit zu tun, weil wir von den Finanzmärkten diktatorisch beherrscht werden.

Nun waren Sie, Frau Merkel, bei Herrn Sarkozy in Paris. – Frau Merkel, hören Sie mir einmal einen Moment zu; ich möchte eine Erklärung haben. Sie haben dort mit Herrn Sarkozy ein Papier zur zweiten Griechenland-Hilfe verabschiedet. Dann höre ich in der heute-Sendung im ZDF, dass dieses Papier wortwörtlich, bis zum letzten Komma, von einem Papier des internationalen Bankenverbandes abgeschrieben ist, dessen Präsident zufällig Josef Ackermann heißt, also genau wie der Chef der Deutschen Bank. Ich finde, das ist der Gipfel. Dafür müssen Sie nicht nach Paris fahren; Sie können auch am Telefon klären, dass Sie ein Papier nur abschreiben. Ich finde, das offenbart die Abhängigkeit. Wir kennen das – es begleitet uns seit Jahren: Bei der ersten Finanzkrise wurde auf Wunsch der Banken ein Rettungspaket im Umfang von 480 Milliarden Euro beschlossen.

Was haben Sie, Herr Rösler – Sie waren dafür verantwortlich –, bei der Gesundheitsreform gemacht? Sie haben die Wünsche der Pharmaindustrie und der privaten Krankenversicherungen umgesetzt. Bei der Atomenergie – wir wissen es – waren es die vier Energiekonzerne, die sich durchgesetzt haben. Sie zeigen unserer Bevölkerung, dass nicht Sie die Macht haben, sondern andere darüber entscheiden. Das ist wirklich eine Gefährdung der Demokratie. Bekommen Sie das endlich einmal mit!

Ich glaube, dass Sie es bei den Banken, Fonds, Versicherungen und Hedgefonds maßlos überzogen haben. Deshalb sind wir jetzt in einer Krise. Wenn Sie mir nicht glauben, zitiere ich jetzt einmal ein paar andere Leute, also Erzkonservative, Neoliberale, keine Linken. Nehmen wir einmal Charles Moore, britischer Erzkonservativer, Thatcherist, der einzige offizielle Autor einer Biografie von Maggie Thatcher. Er schreibt im Telegraph vom 22. Juli 2011: „Die Reichen dieser Welt haben ein globales System organisiert, das ... allein ihnen nützt. Die vielen Anderen haben zu arbeiten, um die Reichen noch reicher zu machen.“

Das sagt Moore, nicht Gregor Gysi. Moore würdigt plötzlich die Linken und sagt: Die haben recht. Manche haben gedacht, er meint die Labour Party. Daraufhin hat er sich geäußert: Nein, er meine auch nicht die neoliberalen Linken wie Blair, Schröder oder Fischer, die die ganze Deregulierung in den letzten Jahren organisiert haben, sondern er meine die wirkliche Linke.

Der Herausgeber der FAZ, Frank Schirrmacher, schreibt einen Artikel für das Feuilleton mit der Überschrift „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. Warum schreibt er das? Er schreibt das, weil es plausibel ist. Das ganze politische System nutzt nur den Reichen und schadet den Anderen.

Paul Kirchhof, ehemaliger Verfassungsrichter und einst bei Ihnen, Frau Merkel, hochgeschätzter Steuerexperte, beklagte die nahezu vollständige Abhängigkeit der Politik von den privaten Finanzmärkten. Zur Griechenlandkrise bemerkte er, dass nicht Solidarität mit den Griechen herrsche, sondern ausschließlich mit den Banken. Das schreibt Herr Kirchhoff. Er sieht die Demokratie ebenfalls gefährdet.

Selbst Wirtschaftswissenschaftler wie Professor Straubhaar, die die Märkte bisher vergötterten, schreiben: Das Marktversagen scheint die Regel zu sein. Er muss seine ganze wissenschaftliche Theorie umstellen.

George Soros, Multimilliardär, Spekulant, König der Hedgefonds – er befindet sich absolut auf der Gegenseite – schreibt: „Der Kapitalismus ist offenkundig nicht zu Reformen fähig und wird deshalb scheitern wie der Staatssozialismus.“ Das schreibt Soros.

Warum denken Sie nicht darüber nach, was Sie verändern müssten, wenn Sie wirklich in die Geschichte eingreifen wollen? Die Milliardäre und Superreichen treten jeden Tag im Rundfunk und im Fernsehen auf und sagen: Wir möchten gerne endlich einmal Steuern zahlen.

Frau Merkel und Herr Rösler, Sie sagen: Ja, wir streichen gern das Elterngeld von Hartz-IV-Empfangenden, das haben wir ja schon gemacht, aber von euch Vermögenden und Millionären wollen wir nicht einmal einen halben Cent. Wissen Sie, warum die Reichen das rufen? Sie rufen das nicht, weil sie plötzlich alle solidarisch und altruistisch geworden sind und nachts wegen der Armen auf der Erde nicht mehr schlafen können – davon mag es eine Handvoll geben, das will ich nicht ausschließen – sondern sie rufen das, weil sie eines begriffen haben: Es geht um ihre Existenz. Es geht um eine Systemfrage. Diese konservative Regierung ist nicht klug genug, das zu begreifen.

Wenn Sie schlau wären, würden Sie zur Erhaltung der Struktur den Spitzensteuersatz erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einführen. Sie hätten nicht einmal Widerstand von den Vermögensmillionären und -milliardären zu erwarten, aber Sie machen es nicht, weil Sie an Ihrer kleinkarier-



ten Ideologie hängen und nicht begreifen, welche Fragen auf der Erde und in Europa anstehen.

Wenn Sie mir das nicht glauben, dann nenne ich Ihnen zwei Zahlen: Die Staatsverschuldung in der Eurozone liegt bei 10 Billionen Euro. Die Millionäre der Eurozone haben ein Vermögen in Höhe von 10 Billionen Dollar. Erklären Sie das einmal den Menschen. In Deutschland haben wir eine Staatsverschuldung in Höhe von 2 Billionen Euro. Die Reichsten der Bevölkerung – das sind 10 Prozent – besitzen ein Vermögen in Höhe von 3 Billionen Euro. Eine Billion Euro mehr. Erklären Sie den Menschen, warum Sie sagen: Wir wollen von ihnen keinen halben Cent, keine Steuern, nicht einmal einen Euro. Nichts wollen Sie von den Reichen haben. So können Sie keine gerechten Verhältnisse herstellen. Die Verursacher müssen endlich für die Krise bezahlen, nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner und die Arbeitslosen.

Es stellt sich noch eine andere Frage. Ich will versuchen, es Ihnen von der Union und der FDP ganz langsam zu erklären. Wie mache ich das bloß? Der Euro gilt von Griechenland bis Deutschland, das heißt, wir haben eine Binnenwährung. 1998 haben wir im Bundestag darüber diskutiert. Es gab wie immer vier überschlaue Fraktionen: SPD, Union, FDP und Grüne, die sagten, alle Voraussetzungen für die Einführung des Euro liegen vor. Die Einzigen, die davor gewarnt haben, waren wir. Aber Sie haben uns überschlau mitgeteilt, Sie wüßten alles besser, und alle unsere Warnungen seien falsch. Lesen Sie die Reden von damals. Sie werden sich einigermaßen schämen, wenn Sie das nachlesen.

Alles, was wir an Gefahren beschrieben haben, ist eingetroffen. Damals haben Sie immer vom Export nach Spanien und nach Portugal geredet. Ich habe in meiner Rede darauf hingewiesen: Wenn man eine Binnenwährung hat, dann hat man einen Binnenmarkt, und dann gibt es keinen Export mehr. Sie haben das bis heute nicht verstanden.

Wir exportieren nicht nach Griechenland, auch nicht nach Spanien, Irland oder Portugal.

Herr Kauder, hören Sie einmal zu. Vielleicht verstehen Sie es dann ja auch. Wir haben einen Binnenmarkt mit einer Binnenwährung. Wenn Sie in diesem Zusammenhang von Export sprechen, müssten Sie auch sagen: Bayern exportiert nach Schleswig-Holstein. Sie haben es nicht begriffen.

Ihr System sieht folgendermaßen aus: Bayern soll erst Schleswig-Holstein ruinieren. Wenn das gelungen ist, bauen die Schleswig-Holstein finanziell gesehen wieder auf, und dann ruinieren die es erneut. Erklären Sie den Leuten einmal den Sinn. Wenn wir einen Euro haben, dann haben wir eine Binnenwährung, und zwar von Griechenland bis Deutschland, und damit haben Export und Ihr Gebaren nicht zu tun.

Warum ist Deutschland in Sachen Export aber so erfolgreich? Aus einem Grund: Weil Sie die Löhne gesenkt haben, weil Sie die Renten gesenkt haben, weil Sie die Sozialleistungen gesenkt haben, und zwar ganz erheblich. In den letzten zehn Jahren – das ist übrigens auch ein Verdienst von SPD und Grünen – sind die Reallöhne um 4,5 Prozent, die Realrenten um 8,5 Prozent und die Sozialleistungen um 5 Prozent gesenkt worden. Das Ergebnis war, dass der Export billiger wurde. Deshalb können wir so viel nach Spanien, Portugal etc. exportieren.

Natürlich. Sie haben keine Ahnung. Wenn Sie das noch nicht begriffen haben, müssen Sie das erste Semester Volkswirtschaft belegen.

Noch einmal langsam. Dann passiert Folgendes, meine Damen und Herren von der FDP: Nachdem wir die Länder dadurch ruiniert haben, dass sie weniger verkaufen und nichts nach Deutschland exportieren konnten, kommen Sie und sagen: Wir müssen Geld hinschicken. Verstehen Sie, dass die Bevölkerung das nicht begreift? Was wir stärken müssen – das haben Sie nie begriffen – ist die Binnenwirtschaft. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, aber auch aus ökonomischen Gründen, brauchen wir endlich höhere Löhne, höhere Renten und höhere Sozialleistungen. Wir brauchen das, damit wir nicht abhängig sind vom Export, damit wir unsere eigene Wirtschaft im Lande stärken.

Ich kann Ihnen ganz klar sagen, was uns die Reichtumspflege in den letzten Jahren kostete: 300 Milliarden Euro. Und was haben wir in den letzten drei Jahren real für die Bankenkrise ausgegeben? 300 Milliarden Euro. Das erklären Sie einmal den Leuten. Sie beantragen, dass die Toilette in einer Schule repariert wird, und Sie sagen: Kein Geld. Aber für diese Dinge ist immer genügend Geld vorhanden. Das ist nicht nachvollziehbar.

In Brüssel ging es um zwei Dinge: Erstens. Wer bezahlt die Kosten? Das zweite Thema waren die Euro-Bonds. Nun haben die Banken gesagt, dass sie freiwillig auf 21 Prozent des Wertes ihrer Griechenland-Anleihen etc. verzichten wollen. Das klingt schon fast edel. Nun hat Ihr Wirtschaftsweise, Herr Bofinger, aber ausgerechnet, dass sie auf gar nichts verzichten. Die Banken haben die Laufzeit der Anleihen so deutlich verlängert, dass sie am Ende sogar ein Geschäft machen. Darauf kann man sich bei den Banken immer verlassen.

Außerdem erwähnen die Banken nicht, dass die Europäische Zentralbank – das ist eine Bank, die allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Euro-Zone gehört, vornehmlich den deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern – Kredite für 1,25 Prozent an Banken vergibt und diese Banken Griechenland Geld für 11 oder mehr Prozent geben. Das ist abenteuerlich. Die Banken machen Geld mit einer Überweisung, ohne irgendetwas herzustellen, weder einen Stuhl noch einen Tisch. Nichts ist hergestellt worden. Das sind reine Spekulationsgewinne, die uns später um die Ohren fliegen werden.

Nun zu den Euro-Bonds. Ich würde gerne auf die Aussagen der Kanzlerin und der FDP zu sprechen kommen. Sie von der FDP lehnen Euro-Bonds ab. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann hat die FDP den Mut von 40 Jahren zusammengenommen und gesagt: Wenn die Kanzlerin Euro-Bonds einführen sollte, verlassen wir die Regierung. Ich habe Sie richtig verstanden? Gut. Jetzt muss ich Ihnen Folgendes sagen: Wir haben die Euro-Bonds.

Ich werde es Ihnen ganz kurz belegen. Passen Sie auf: Euro-Bonds heißt, dass man gemeinsam für die Schulden haftet. Dass das vertragswidrig ist, ist etwas ganz anderes. Ich sage nur, dass wir sie haben. Warum? Weil die Europäische Zentralbank, die all unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gehört, Staatsschulden von Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien aufgekauft hat, und zwar im Wert von 129 Milliarden Euro. Den privaten deutschen Banken und Versicherungen hat sie ein Drittel dieser Staatsschulden abgekauft. Meine erste Frage ist: Wer hat das eigentlich der Europäischen Zentralbank genehmigt?

Es war doch klar, dass das nichts mehr wert ist. Ist das nicht ein eindeutiger Fall von Untreue? Der zweite Punkt ist:



Jetzt haften wir gemeinsam dafür. Das bekommen Sie gar nicht weg. Die Lidl-Kassiererin, Herr Ackermann, wir alle haften für diese Staatsschulden; denn sie gehören jetzt der Europäischen Zentralbank. Damit haben wir indirekt die Euro-Bonds eingeführt. Jetzt gibt es nur noch zwei Möglichkeiten für Sie von der FDP: Entweder Sie treten heute aus der Regierung aus, weil Sie ja gesagt haben, dass Sie das in diesem Fall machen würden, oder Sie hören mit Ihrem Geschwätz auf. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht; das will ich ganz klar sagen.

Nun soll morgen eine Debatte zum Rettungsfonds stattfinden, und zwar dergestalt, dass dieser auf 780 Milliarden Euro erhöht werden soll. Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bitte, dass sie nicht mehr für Schulden in Höhe von 123 Milliarden Euro haften, sondern dann für Schulden in Höhe 211 Milliarden Euro. Das sind 88 Milliarden Euro mehr. Das ist doch wohl nicht nichts. Sie können nicht ernsthaft behaupten, dass Sie damit rechnen, dass das Geld nicht in Anspruch genommen wird. Ich sagte es schon: In den letzten drei Jahren wurden bereits 300 Milliarden Euro in Anspruch genommen. Warum können Sie darauf nicht hoffen? Sie können nicht darauf hoffen, weil Sie einen völlig falschen Weg gehen, und zu dem komme ich noch. Was muss jetzt also geschehen? Die Linke wird Ihnen jetzt erklären, was Sie eigentlich zu tun hätten.

Das Erste, was passieren muss, ist dies: Die Banken müssen auf ihre eigentlichen Funktionen zurückgeführt werden. Sie sind Dienstleistungsunternehmen für Unternehmen und für Privatpersonen und nichts anderes. Wir brauchen keine Leerverkäufe, wir brauchen keine Hedgefonds. Sie müssen das endlich regulieren. Haben Sie einmal den Mut, sich Ackermann gegenüberzustellen und zu sagen: Schluss, wir machen das jetzt anders. Wir sind die demokratisch gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter.

Wir müssen die großen privaten Banken dezentralisieren und öffentlich-rechtlich gestalten. Ich weiß, dass Sie sagen: Die Landesbanken haben auch nicht funktioniert.

Das stimmt, und die Landesbanken, die pleite gingen, waren alles Banken aus CDU-regierten Ländern. Davon einmal abgesehen, kann ich Ihnen den Fehler nennen. Sie sind pleite gegangen, weil man den Landesbanken gesagt hat: Ihr müsst spekulieren wie die großen privaten Banken. Daran sind sie zugrunde gegangen. Erst regulieren, dann öffentlich-rechtliche Institutionen schaffen.

Die Sparkassen sind nicht unser Problem. Ganz im Gegenteil, in Brüssel hat man immer über die Sparkassen gemekelt. Jetzt sagt man dort kein Wort mehr, weil die Sparkassen in der Krise tapfer und gut standen; eben weil sie öffentlich-rechtlich waren und nicht weltweit spekuliert haben.

Wir brauchen in der Euro-Zone eine Bank für öffentliche Anleihen, die zu günstigen Zinsen Kredite an Staaten vergibt. Dort können dann auch die Euro-Bonds, über die ich gesprochen habe, gehalten werden. Euro-Bonds würden den Euro natürlich stabilisieren. Sie wollten die Binnenwährung von Griechenland bis Deutschland. Wir haben dagegen gestimmt. Nun haben wir sie, jetzt müssen wir sie auch retten, aber nicht dadurch, dass wir das – wie Sie – nicht zur Kenntnis nehmen, sondern dadurch, dass wir ernst nehmen, dass es sich um eine Binnenwährung handelt.

Die ganze Welt steht vor einer tiefen Rezession. Die Börsen spielen verrückt, und Ihr einziges Rezept ist Sparen. Was machen Sie mit Griechenland? Was machen Sie mit den

anderen Ländern? Sie fordern Lohnkürzungen und die Kürzungen von Renten und Sozialleistungen sowie eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Das ist all das, was Sie in Deutschland schon eingeführt haben. Sie fordern die Streichung von Investitionen und Billigverkäufe von öffentlichem Tafelsilber. Das ist Ihr Rezept. Sagen Sie mir einmal, wie Griechenland auf diese Art und Weise Steuern einnehmen soll. Sie führen dort alles zurück. Die Griechen dürfen nichts mehr investieren.

Sie setzen dadurch all das Geld in den Sand. Das ist albern. Wir hätten nach dem Zweiten Weltkrieg lernen müssen. Der Marshallplan war richtig. Man muss aufbauen, dann fließen auch wieder Steuereinnahmen. Es gilt also: Hoch mit den Löhnen, hoch mit den Renten, hoch mit den Sozialleistungen, mehr Investitionen.

Das ist das Rezept für Griechenland und für Deutschland.

Frau Bundeskanzlerin, wenn ich etwas zu entscheiden gehabt hätte, dann hätte ich den Griechen auch Bedingungen gesetzt. Das muss man auch. Wenn man denen Geld gibt, dann darf man das. Ich hätte aber ganz andere Bedingungen gesetzt. Ich hätte erstens gesagt: Ab jetzt erhalte ich von euch immer richtige Zahlen. Das darf man verlangen.

Zweitens hätte ich gesagt: Die tägliche Steuerhinterziehung ist wirksam zu bekämpfen. Wenn wir uns hierfür ein System ausgedacht haben, dann können wir es auch in Deutschland einführen.

Dann hätte ich gesagt – das ist mir jetzt ganz wichtig: Vom Bruttoinlandsprodukt, von der wirtschaftlichen Leistung her hat Griechenland den größten Anteil an Ausgaben für Rüstung. Die Griechen geben 2,8 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Rüstung aus. In Deutschland liegt dieser Anteil bei 1,3 Prozent. Auch Frankreich und Großbritannien liegen in diesem Bereich. Frau Bundeskanzlerin, warum haben Sie von Griechenland nicht verlangt, die Rüstungsausgaben sofort zu halbieren? Das wäre wichtig gewesen.

Ich glaube, den Grund zu kennen. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Wir verkaufen unsere Waffen nach Griechenland und, wie wir wissen, nicht nur nach Griechenland.

Die 2 000 reichsten Familien Griechenlands besitzen 80 Prozent des Vermögens in Griechenland. Ich bitte Sie, das ist noch überzogener als in Deutschland. 2 000 Familien, also weniger als 0,1 Prozent der Bevölkerung, besitzen 80 Prozent des Vermögens. Ich hätte die Bedingung gestellt, für diese 2 000 Familien eine drastische Vermögensteuer einzuführen. Das machen Sie aber nicht.

Ich habe schon gesagt, was mit den Löhnen, Renten und Sozialleistungen passieren muss. Außerdem brauchen wir eine Finanztransaktionsteuer. Nun sagen auch Sie und Sarkozy das. Aber wir brauchen kein Gerede, wir brauchen endlich diese Steuer. Führen Sie sie zumindest in Deutschland ein; Schritt für Schritt werden wir sie in ganz Europa bekommen.

Anders kann man Spekulationen nicht bekämpfen.

Wir brauchen auch die europäische Vermögensteuer, über die sprach ich bereits. Übrigens ist interessant: Sarkozy beginnt es zu begreifen. Berlusconi – er ist sowieso ein völlig eigener Typ – hat sie wieder gestrichen. Jetzt gibt es einen Generalstreik in Italien. Dies ist in Deutschland leider verboten; ein Generalstreik sollte auch in Deutschland erlaubt werden.

Wieso dürfen wir eigentlich weniger als die Italienerinnen und Italiener? Davon einmal abgesehen, wir haben nun die



Reaktion, dass Sie das einfach ablehnen. Sie begreifen nicht, dass Sie mit einer Vermögensteuer sogar das System retten können, das Sie so lieben. Das ist nicht nachvollziehbar. Wir brauchen auch Investitionen in Infrastruktur, Umwelt und Bildung.

Nun komme ich zu einem anderen Thema: Libyen. Es stört mich ungeheuer, wie selbstverständlich auch von SPD und Grünen nach Bomben gerufen wird.

Sie haben immer gesagt: Im Sicherheitsrat hätte man der Bombardierung Libyens zustimmen müssen. Ihre Theorie lautet doch: Bomben verjagen Gaddafi und helfen den Demokratie- und Freiheitskämpfern. Ich sage Ihnen: Das ist die größte Differenz zwischen den Linken und Ihnen. Wir akzeptieren Krieg als Mittel der Politik auf gar keinen Fall.

Hier unterscheiden wir uns diametral. Ich möchte Ihnen das auch begründen. Ich bin jetzt in der Situation, Außenminister Westerwelle verteidigen zu müssen, was ihm wahrscheinlich gar nicht recht ist. Trotzdem sage ich es; da müssen Sie durch, Herr Westerwelle. Ihre Stimmenthaltung war zwar nicht völlig richtig – ein Nein im Sicherheitsrat wäre besser gewesen –, aber auf jeden Fall war die Stimmenthaltung viel besser als das Ja, das SPD, Grüne und in Wirklichkeit auch CDU/CSU und immer mehr Teile der FDP verlangt haben. Warum ist es denn so falsch? Wir haben so viele Diktatoren auf der Welt. Wollen Sie die alle wegbomben? Was ist Ihr Maßstab? Erklären Sie das einmal der Bevölkerung.

Jetzt höre ich: Für 83 Millionen Euro hat die Regierung Waffenlieferungen an Gaddafi genehmigt, und dann bombt sie ihn weg. Der amerikanische, der britische und auch der deutsche Geheimdienst haben mit Gaddafi zusammengearbeitet. Deutsche Polizisten haben dort in ihrer Freizeit ausgebildet. Das alles wurde mit Gaddafi gemacht. Eines Tages ändern Sie plötzlich Ihre Meinung und sagen: Er ist ein Schurke, und jetzt: Wir bomben ihn weg. Das ist nicht nachvollziehbar. Das ist verlogen. Das ist nicht glaubwürdig. Das ist das Entscheidende.

Jetzt hören wir, dass Gaddafi sogar G-36-Sturmgewehre hatte; deren Export ist nie erlaubt worden. Ich frage die Bundeskanzlerin: Wie sind die dahin gekommen? Herr Kauder, wenn Sie das nicht wissen, dann haben Sie keine Kontrolle über den Export von Rüstungsgütern. Das ist unverantwortlich. Ich möchte wissen, wer wann wohin Waffen verkauft.

Nun bleibe ich einmal bei der Theorie der Grünen und der SPD, dass das den Demokratie- und Freiheitsbewegungen hilft und den Diktatoren schadet. Erklären Sie mir zwei Sachen: Warum haben Sie noch nie Bomben auf Bahrain gefordert, und warum haben Sie noch nie Bomben auf Syrien gefordert? Ich kann es Ihnen sagen: In Bahrain ist der größte amerikanische Stützpunkt, in Bahrain sind die Saudi-Araber einmarschiert, an die Sie alle zusammen Waffen für 700 Millionen Euro verkauft haben, und die Saudi-Araber schießen auf die Freiheits- und Demokratiedemonstranten. Deshalb kommen Sie gar nicht auf die Idee, dort zu bombardieren.

Bei Syrien gibt es auch eine einfache Begründung. Syrien hat nur ein bisschen Erdöl, und Libyen hat ganz viel. Ich sage Ihnen – und das kotzt mich wirklich an: Seit Tausenden Jahren stecken hinter Kriegen – das sieht man, wenn man genau hinschaut – immer ökonomische Interessen. Lassen Sie sich da nicht mit hineinziehen, wie Sie es in den letzten Jahren ständig gemacht haben.

An Saudi-Arabien verkaufen wir jetzt auch noch 200 Panzer. Eines darf ich noch sagen: Al-Qaida – das ist nun wirk-

lich eine Terrorausbildungsorganisation – wird ausschließlich von Saudi-Arabien finanziert. Die besten Beziehungen der US-Regierung und der deutschen Regierung bestehen zu Saudi-Arabien. Es ist völlig unglaubwürdig zu sagen, dass man für Demokratie bombt, wenn man mit den Terroristen und den Diktatoren zusammenarbeitet. Das geht nicht auf. Das sage ich hier ganz klar.

Sie haben gesagt, Sie hätten die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft. Es gibt immer den Streit, dass Union und FDP meinen, es läge an ihnen, und SPD und Grüne meinen, es läge an ihnen. Ich kann Sie beruhigen: Sie alle haben Ihren Anteil daran, und zwar, weil in Wirklichkeit die Vollzeitbeschäftigungsplätze in den letzten zehn Jahren um 1,8 Millionen abgebaut wurden. Die Zahl der Geringverdiener und der prekär Beschäftigten hat zugenommen. Darauf sind Sie auch noch stolz. Sie auf der einen Seite sagen immer, es sei Ihr Werk, und Sie auf der anderen Seite sagen, es sei Ihr Werk. Es ist leider Ihr gemeinsames Werk. Aber Geringverdiener und prekär Beschäftigte sind nicht die Lösung für unser Land. Wir brauchen wieder Vollzeitjobs.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sagten, Sie seien stolz, dass die Jugendarbeitslosigkeit halbiert wurde. Sie kommen aus Mecklenburg-Vorpommern, ich war gerade dort. 75 Prozent der Menschen bis 25 Jahre, die eine Beschäftigung haben, sind Geringverdienerinnen und Geringverdiener. Das ist doch keine Lösung. Das ist ein zunehmendes Problem.

Was glauben Sie, wie sauer die sind? Leider gehen manche dazu über, die NPD zu wählen, was wir alle nicht wollen. Also müssen wir diese Probleme so schnell wie möglich lösen, und zwar im Bildungsbereich genauso wie auf dem Arbeitsmarkt.

Lassen Sie mich noch sagen, dass wir ein anderes System im Gesundheitswesen brauchen. Der Beitragssatz, den die Arbeitgeber für die Krankenversicherung zahlen müssen, beträgt 7,3 Prozent. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen schon allein deshalb mehr, nämlich 8,2 Prozent, weil Sie, SPD und Grüne, die paritätische Finanzierung aufgegeben haben. Rechnet man 2 Prozent für Praxisgebühr und Arzneien und noch bis zu 2 Prozent für höhere Versicherungsbeiträge hinzu, sind wir bei 12,2 Prozent.

Wir schlagen Ihnen etwas anderes vor: Jede Bürgerin und jeder Bürger zahlt vom gesamten Einkommen einen Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Eine private Versicherung kann man zusätzlich abschließen, aber nicht für die eigentliche Versorgung. Wir schlagen vor, dass wir alle in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen, auch Ackermann, auch alle Bundestagsabgeordneten. Wenn wir das machten, hätten wir einen Beitragssatz von nur 5,25 Prozent für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und von 5,25 Prozent für die Unternehmen. Wir senkten für die Unternehmen – ich bitte alle Unternehmerinnen und Unternehmer, das zu bedenken, wenn sie wählen – den Beitragssatz zur Krankenversicherung von 7,3 Prozent auf 5,25 Prozent. In einer Studie wurde nachgewiesen, dass all dies ginge. Warum gehen Sie diese Schritte nicht? Warum gehen Sie den umgekehrten Weg und belasten nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

(Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.)

Ich muss zum Ende kommen? Herr Thierse, das tut mir sehr leid. Ich hätte Ihnen gern noch die Rente erklärt; das muss ich dann beim nächsten Mal machen.



Die Steuer hätte ich Ihnen auch gerne noch erklärt; auch das muss ich beim nächsten Mal machen.

Eines sage ich Ihnen zum Schluss: Ihre Regierung, Frau Bundeskanzlerin, ist am Ende. Sie laufen den Banken nur noch hinterher. Sie haben nicht die Kraft, die Diktatur der großen privaten Banken, Fonds, Versicherungen und Hedgefonds, also des Finanzmarktes, zu brechen, um Frieden, soziale Gerechtigkeit, ökologische Umgestaltung und Demokratie zu erkämpfen, was wir dringend brauchen. Ich sage Ihnen auch: Es gibt nur noch eine politische Partei, die diese Krise meistern kann; es tut mir leid, Ihnen das so klar und eindeutig sagen zu müssen. Das ist die Partei, die bei allen diesbezüglichen Analysen immer richtig lag, was Sie nur viel zu langsam begreifen. Es ist die Partei, die Sie alle besonders mögen, nämlich DIE LINKE.

Staatsfinanzen von Finanzmärkten entkoppeln

Rede von Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Debatte des Deutschen Bundestages zum Euro-Rettungsschirm am 8. September 2011; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Brüderle, ich habe den Eindruck, Ihnen wird gerade dazu gratuliert, dass Sie Ihre eigenen Leute auf Linie bringen. Offensichtlich sind die Widersprüche in Ihrer eigenen Regierungsfraktion mindestens so groß wie die, die gegenwärtig in der Bevölkerung vorhanden sind. Ich sage Ihnen eines: Wenn Ihnen die Bürger draußen zuhören, wie Sie hier in regelmäßiger Wiederkehr vertreten, dass Hunderte von Milliarden Euro für Bankenrettungen beschlossen werden, dann halten sie sich inzwischen bei jedem Ihrer Worte die Geldbörse zu; denn sie wissen, dass sie letztendlich für das zu zahlen haben, was Sie hier vertreten, Herr Brüderle. Das ist die Wahrheit.

Wir sagen Nein zu dem, was Sie hier vorlegen. Ich will Ihnen sagen, warum.

Erstens. Sie retten mit diesem Gesetz weder den Euro noch die Europäer. Einzig und allein die Banken, die Versicherungskonzerne, die Hedgefonds und die Finanzinvestoren werden gerettet, und das einmal mehr, nicht zum ersten Mal.

Zweitens. Wir sagen Nein zu diesem Gesetz, weil Sie nichts gegen die Ursachen der Wirtschaftskrise unternehmen. Die Ursachen liegen nämlich bei den Zockerbuden. Die Ursachen liegen in diesem Bankensystem. Die Ursachen liegen in nicht regulierten Finanzmärkten. Da hat diese Regierung nichts getan, um auch nur eine wirkliche Maßnahme zu beschließen. Dafür sind Sie mit verantwortlich, Herr Brüderle.

Drittens. Wir sagen Nein, weil dies eine beispiellose Selbstentmachtung des Parlaments ist. Die Mehrheit dieses Hauses streitet wochenlang um 5 Euro mehr für die Menschen mit Arbeitsgeld-II-Bezug; das ging wochenlang, monatelang und sogar bis zum Vermittlungsausschuss. Wenn es hier um 90 Milliarden zur Erweiterung des Rettungsschirms geht, stellt die Regierung sogar die Frage, in

welcher Weise das Parlament überhaupt beteiligt werden muss. Meine Damen und Herren, das versteht draußen bei den Bürgern dieses Landes kein Mensch mehr, und das zu Recht.

Viertens. Wir sagen Nein, weil sich Ihre Strategie der Euro-Rettung auf einen einfachen Nenner bringen lässt, und der heißt: Milliarden für die Banken, für die Versicherungen, für die Hedgefonds, auf der anderen Seite Sozialkürzungen bei den Menschen nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den Ländern, die Sie angeblich retten wollen.

Wenn es darum geht, wie Ihre Rezepte wirken, so ist Griechenland das beste Beispiel: 4,5 Prozent Minuswachstum 2010, weitere 5 Prozent Minuswachstum 2011. Wissen Sie, was das bedeutet? Sie kommen mir vor wie ein Arzt, der einem Patienten Medikamente gibt, und der, wenn der Patient das nächste Mal kommt und schon hereinkriecht, weil er gar nicht mehr stehen kann, sagt: Wir erhöhen die Dosis. Wie lange wollen Sie denn die Dosis erhöhen? Bis Europa gänzlich gescheitert ist? Das ist Ihr Konzept, das Sie anderen Leuten, anderen Ländern aufdrängen wollen.

Wir sitzen heute hier als Anwälte der Bürger. Die Bürger haben Angst um ihr Geld, und diese Angst haben sie zu Recht. Drei Jahre nach der Lehman-Pleite stehen wir vor der nächsten Bankenkrise. Immer neue Rettungsschirme werden aufgespannt. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise sind die gesamtstaatlichen Schulden durch Stützungsmaßnahmen zugunsten der Finanzinstitutionen bei uns in der Bundesrepublik in den Jahren 2008, 2009 und 2010 um 315 Milliarden Euro gestiegen. Allein auf die Bad Banks entfallen nach Aussagen der Bundesregierung 190 Milliarden Euro. Die war, wie Sie wissen, bis vor kurzem noch eine Privatbank, die sie dann verstaatlichen mussten. So viel dazu, Herr Brüderle, da Sie sich gerade so über die Landesbanken erregt haben. Sie haben die falschen Konzepte, und Sie haben vor allem durch Zaudern gegläntzt. Sie verstärken bei den Bürgern den Eindruck, dass diese Regierung der Krise nicht gewachsen ist, und dieser Eindruck täuscht nicht.

Lassen sie mich zu den wirklichen Ursachen der Krise kommen. Wer diese Krise nur als Schuldenkrise bezeichnet, hat sie nicht verstanden.

Was die erste Ursache betrifft wir haben gerade darüber gesprochen; auch mein Kollege Gabriel: Wie verhält es sich denn eigentlich mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz?

Zahlen lügen nicht. Wir haben in den zehn Jahren von 2000 bis 2010 Handelsbilanzüberschüsse von 1 552 Milliarden Euro erzielt. Das ist der Saldo. Das heißt, wir haben in dieser Größenordnung mehr verkauft, als wir importiert haben. In dem Stabilitätsgesetz, über das wir gerade gesprochen haben, geht es u.a. um die Stabilität des Preisniveaus. Es geht um einen hohen Beschäftigungsstand und um – ich zitiere – „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“. Erklären Sie mir doch einmal – Frau Merkel ist ja nicht mehr da – wie Sie eigentlich die 1 552 Milliarden Euro Außenhandelsüberschuss mit diesem Gesetz in Einklang bringen wollen. Sie haben die staatliche Politik auf eine einseitige Steigerung der Exporte ausgerichtet und haben nicht berücksichtigt, dass Sie damit alle anderen Länder an die Wand drücken. Sie haben im Ergebnis dieser Politik erreicht, dass sich die anderen Länder verschulden müssen; denn eines ist doch klar: Wer ständig mehr verkauft, als er kauft, muss nach dem Gesetz der Logik davon ausgehen, dass den Käufern irgend-



wann das Geld ausgeht und damit auch die wirtschaftliche Puste. Bei den anderen Ländern hat unser Exportüberschuss zu einem Berg von Schulden geführt. In einem vereinten Europa das müssen Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben gilt der einfache Satz: Unsere Überschüsse sind die Schulden der anderen. Deshalb müssen wir es politisch so gestalten, dass unsere Überschüsse durch mehr Importe reduziert werden. Das geht nur durch höhere Löhne, höhere Renten und nicht durch Ihr Lohndumping.

Zweitens. Ihr Lohndumping führte letztendlich dazu, dass es in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahr 2000 ein Reallohnminus von 4 Prozent gibt. Auf der anderen Seite sind die Exporte und die Gewinne der großen Konzerne gestiegen. Deshalb erinnere ich Sie an eine weitere einfache Formel, die im Finanzkapitalismus gilt: Der den Arbeitnehmern vorenthaltene Lohn ist das Spielgeld der Spekulanten. Mit Ihrer Lohndumpingpolitik in dieser Republik haben Sie die Krise erst ermöglicht, weil Sie dadurch die Kapitalakkumulation an den Finanzmärkten hervorgerufen haben.

Zum Dritten: Sie haben nichts getan, um die Entfesselung der Finanzmärkte einzudämmen. Ich zitiere aus der *Financial Times* von gestern. Dort heißt es:

„Die Bilanzsumme des britischen Bankensektors, die ein Vielfaches des BIP ausmacht, dient nur zu zehn Prozent der Kreditvergabe an die Industrie. Die Deutsche Bank begnügte sich 2010 mit 4,1 Prozent ihrer Bilanzsumme, um sie an Handel, Gewerbe und gewerbliche Immobilienfinanzierung auszureichen.“

Was heißt das? Das heißt, dass die Banken ihrer eigentlichen Aufgabe nicht gerecht werden, nämlich die Realwirtschaft mit Krediten zu versorgen. Jetzt frage ich Sie: Was haben Sie eigentlich gemacht, um das wieder ins Lot zu bringen?

Was haben Sie gemacht? Nichts haben Sie gemacht. Sie sind weiter auf dem Trip, die Banken zu stützen, obwohl diese die Verursacher der Krise sind.

Das vierte Problem, das zu erwähnen ist, ist, dass die Staaten, die vorher die Banken gerettet und die Finanzmärkte stabilisiert haben, sich nun selbst an den Finanzmärkten zu hohen Zinsen verschulden müssen. An diesem Punkt erkennen Sie eines nicht: Wir müssen die Finanzierung der Staaten von der Spekulation und von den Finanzmärkten lösen. Wenn Sie das nicht machen, werden wir uns damit in zwei bis drei Monaten wieder befassen müssen. Dann werden wir weiteres Geld der Bürger ausgeben müssen, und das alles nur, weil Sie nicht bereit sind, die richtigen Maßnahmen zu treffen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich sage Ihnen nun, was notwendig wäre, um tatsächlich die Probleme zu lösen, die den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes wirklich auf den Nägeln brennen.

Erstens. Wir brauchen eine Entkopplung der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten. Ich sage Ihnen, dass dazu momentan die Ausgabe von Euro-Bonds gar nicht mehr ausreicht.

Wir brauchen vielmehr eine Euro-Bank für öffentliche Anleihen und eine von den Finanzmärkten losgelöste Europäische Zentralbank. So hätten wir Politiker Einfluss auf die Finanzmärkte und auf die Zinsen. Solange das nicht der Fall ist, wird es immer wieder passieren, dass wir wie die Schoßhunde hinter den Finanzmärkten herlaufen und ihnen, wenn sie jaulen, die Kohle geben, damit sie weiter funktionieren. Das ist Ihre Politik. Wir brauchen aber eine Dominanz der

Politik und eine Politik, die die Bürger vor der Ausbeutung durch die Finanzmärkte schützt. Dazu sind Sie nicht bereit. Deshalb wird sich das, was wir hier beschließen, zu einem Fass ohne Boden entwickeln.

Wir brauchen zweitens eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Die öffentlichen Haushalte müssen saniert werden. Doch alle hier vertretenen Parteien außer uns haben mit dazu beigetragen, dass die Steuersätze in der Bundesrepublik Deutschland drastisch nach unten gefahren wurden. Die Spitzensteuersätze sind gesenkt worden, auch von Rot-Grün. Jetzt will die SPD sie wieder erhöhen; das finde ich toll. Eine Vermögensbesteuerung fehlt nach wie vor. Mit solchen Mitteln könnte man Staatshaushalte sanieren.

Drittens. Wir brauchen eine rechtliche Neuordnung des Bankenwesens. Ohne diese wird es nicht gehen. Rechtliche Neuordnung des Bankenwesens heißt: Die großen privaten Banken müssen unter gesellschaftliche Kontrolle; ansonsten geben wir in diesem Bereich das Demokratieprinzip auf, weil wir immer das machen müssen, was die Banken wollen. Das ist nicht im Sinne der Bürger unseres Landes.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Erforderliche Maßnahmen zur Überwindung der Eurokrise

Zur Diskussion auf der Klausur der Fraktion DIE LINKE am 26./27. August 2011 in Rostock

*Von Barbara Höll und Axel Troost, MdB;
aus: www.linksfraktion.de*

Gerade angesichts der neuen konservativen Kapitalismuskritik müssen wir die seit Jahren wachsende Umverteilung von Arm zu Reich in das Zentrum unserer Argumentation rücken. Dies nicht nur als eine Frage der Gerechtigkeit, sondern als zentrale Ursache für die Krise. Die seit Jahren wachsende Konzentration von Vermögen und Einkommen bei einigen Wenigen hat das Streben nach immer höheren Profiten angeheizt und die Spekulation anwachsen lassen. Die Umverteilung von Vermögen und Einkommen von oben nach unten dient daher auch der zukünftigen Verhinderung solcher Krisen. Langfristig kann damit auch die öffentliche Schuldenproblematik gelöst werden („Millionärsteuer als Schuldenbremse“).

Darüber hinaus müssen die Neustrukturierung und Schrumpfung des Bankensektors sowie die Beschränkung der Finanzmärkte erfolgen. Es gilt zu verhindern, dass weitere Steuermilliarden zur Rettung von Bankprofiten und zur Aufrechterhaltung der Spekulation verschwendet werden. Parallel ist ein europäisches Konjunkturprogramm aufzulegen.

Angesichts der Krisensymptome muss in der kurzen Frist die finanzielle Handlungsfähigkeit der Euro- und EU-Staaten hergestellt werden. Dazu muss auch die öffentliche Kreditfinanzierung sichergestellt werden, da sie für kurzfristige Reaktionen benötigt wird. Diese darf daher nicht länger Spielball der Akteure am Finanzmarkt sein.

DIE LINKE fordert daher die Umsetzung folgender Maßnahmen:



1. Unverzögerlicher Einstieg in die Umverteilung von oben nach unten, indem die Verursacher und Profiteure der Krise für deren Kosten zur Kasse gebeten werden. Dies erfolgt über entsprechende steuerpolitische Maßnahmen (z. B. Finanztransaktionsteuer, wirksame Bankenabgabe, verstärkte Besteuerung von Vermögen).

2. Finanzmärkte an die Kette und Banken vergesellschaften. Beispielsweise durch das Verbot von schädlichen Finanzinstrumenten (z. B. alle Leerverkäufe, ungedeckte Kreditausfallversicherungen) und der Tätigkeit von spekulativ handelnden Akteuren (z. B. Hedgefonds, Schattenbanken etc.) sowie die Einführung einer öffentlichen Ratingagentur. Insolvente Banken sind zu vergesellschaften mit dem Ziel einer Integration ihrer volkswirtschaftlich sinnvollen Tätigkeit in ein öffentliches Bankensystem und der Abwicklung ihrer unproduktiven Bestandteile.

3. Einrichtung einer Europäischen Bank für öffentliche Anleihen zur kostengünstigen und finanzmarktunabhängigen Staatsfinanzierung. Hintergrund: Staaten brauchen nach wie vor Kreditmittel, allein schon deshalb, weil Kredite auslaufen und daher erneuert werden müssen.

4. Europäisches Konjunkturprogramm, insbesondere für die Krisenstaaten. Hintergrund: Die Kürzungsprogramme für die Krisenstaaten haben sich als kontraproduktiv erwiesen – sie haben die Krise in diesen Staaten und damit die konjunkturelle Situation in der EU insgesamt nur verschlimmert. Diese Maßnahme ist umso dringlicher, je mehr sich die konjunkturelle Lage insgesamt verschlechtert.

5. Angleichung der Volkswirtschaften durch eine koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die realwirtschaftlichen Ursachen der Krise müssen beseitigt werden, insbesondere ist das Lohn-, Steuer- und Sozialdumping zu beenden. Eine europäische Ausgleichsunion mit Sanktionen gegen hohe Leistungsbilanzüberschüsse ist einzuführen.

6. Einführung von Eurobonds: Kurzfristig können Eurobonds eine Atempause schaffen, ihre Wirksamkeit ist allerdings durch das bisherige Verhindern ihrer Einführung gesunken. Die Spekulation gegen einzelne Eurostaaten werden sie nicht aufhalten können, da mögliche Spekulationsgewinne auch nach Einführung weiter sehr hoch ausfallen werden. Letztlich muss Europa auf eine neue Vertragsgrundlage gestellt werden: Für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa.

Entwicklungen in der Eurokrise seit Juli 2011

Am 21. Juli 2011 haben die Staats- und Regierungschefs das zweite Rettungspaket für Griechenland und weitere Maßnahmen gegen die Eurokrise vereinbart:

- Rettungspaket für Griechenland: Es hat ein Volumen von ca. 109 Mrd. Euro-Kredite sollen nun, wie bei Irland und Portugal, über den EFSF ausgegeben werden. Die Laufzeit der Kredite wurde dabei auf bis zu 30 Jahre deutlich verlängert. Auf Strafzinsen wurde verzichtet (Zinssätze von derzeit etwa 3,5 Prozent). Die Zinssätze sollen auch für Portugal und Irland gelten.
- Das Rettungspaket enthält auch Grundzüge für eine Beteiligung der Banken. Private Gläubiger können griechische Anleihen gegen neue tauschen, die zwischen 15 und 30 Jahren laufen oder sie gegen Abschlag verkaufen. Damit soll ein Forderungsverzicht von 21 Prozent verbunden sein. Die eingetauschten neuen Anleihen werden über den Rettungsschirm EFSF abgesichert. Von den 109

Mrd. Euro werden 55 Milliarden zur Absicherung der Gläubigerbeteiligung gebraucht werden. Mit Josef Ackermann und Baudouin Prout (BNP) hatten auch zwei Banker am Gipfel teilgenommen.

- Die Befugnisse von EFSF und ESM wurden ausgeweitet: Sie können nun Bankenrettungsmaßnahmen durch Darlehen unterstützen sowie bei einvernehmlichem Beschluss der Mitgliedstaaten auf den Sekundärmärkten intervenieren
- Eine Bankensteuer wurde auf Drängen Deutschlands verhindert.

Die Ergebnisse des Gipfels sollen bis Ende September durch die Parlamente abgesegnet werden. Finnland will seine Hilfen an eine Vorzugsbehandlung knüpfen und würde damit faktisch aus dem Rettungsprogramm aussteigen. Derweil hat sich die Haushaltslage in Griechenland weiter verschärft: Athen geht jetzt von einem Defizit von mindestens 8 Prozent anstelle der Zielvorgabe von 7,5 Prozent aus. Grund sind steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen. Die griechische Wirtschaft wird 2011 voraussichtlich um 5 Prozent schrumpfen.

In den USA lahmte die Wirtschaft weiterhin. Anfang August konnte nach zähem Kräftemessen die US-Schuldenobergrenze in letzter Minute angehoben werden. Die Republikaner konnten im Gegenzug Ausgabenkürzungen durchsetzen, Steuererhöhungen sind dagegen faktisch ausgeschlossen. Die Ratingagentur Standard & Poors stufte daraufhin das US-Rating auf AA+ herab. Moody und Fitch blieben beim Triple-A. Derweil trüben sich die Konjunkturaussichten weltweit. Der Weltwirtschaft droht ein Abschwung, schlimmstenfalls eine Rezession.

Im August kam es zu Turbulenzen an den Finanzmärkten. Vier Staaten kündigten an, vorübergehend Leerverkäufe einzuschränken. Staatsanleihen von Spanien und Italien wurden weiter mit hohen Aufschlägen gehandelt. Die EZB hat deswegen erstmals in großem Umfang spanische und italienische Staatsanleihen aufgekauft (der EFSF hat noch kein Recht dazu).

Seit Mitte August ist dadurch die Debatte um Eurobonds aufgeflammt. Bundesregierung und einzelne Unionsabgeordnete schließen Eurobonds nun nicht mehr kategorisch aus. Schäuble schließt sie aus, „solange die Mitgliedstaaten eine eigene Finanzpolitik betreiben“. Eurobonds treffen auf sehr große Vorbehalte in den Reihen der Union und vor allem der FDP. Auch in der Bevölkerung sind Eurobonds nicht sehr populär. Mit dem verklausulierten Nein scheint jedoch ein Einlenken vorbereitet zu werden, insbesondere für den Fall, dass sich die Lage um Italien und Spanien nicht entspannt. Das Ifo-Institut ist mit jährlichen Mehrkosten von etwa 50 Mrd. Euro für Deutschland durch die Presse gezogen. Das Finanzministerium rechnet nach zehn Jahren mit Mehrkosten von 20 bis 25 Mrd. Euro (Aufschlag von 0,8 Prozent, entsprechend dem derzeitigen Aufschlag für Anleihen des Rettungsfonds). Andere behaupten, wegen der Liquidität könnten die Zinsen für Eurobonds sogar unter die für deutsche Staatsanleihen sinken.

Merkel und Sarkozy haben sich am 16. August in Paris auf gemeinsame Positionen verständigt. Dazu gehören:

- Alle Eurostaaten sollen eine Schuldenbremse oder eine vergleichbare Regelung in ihre Verfassung aufnehmen.
- Wirtschaftsregierung: Die Staatschefs der Eurostaaten sollen sich zweimal jährlich treffen, um die Koordinierung



ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verbessern. Außerdem soll die Euro-Gruppe der Finanzminister gestärkt werden.

- Deutschland und Frankreich wollen bis Ende September einen gemeinsamen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer vorlegen.
- Deutschland und Frankreich wollen ab 2013 eine einheitliche Unternehmenssteuer einführen.
- Zahlungen aus den Struktur- und Kohäsionsfonds sollen für Staaten ausgesetzt werden, wenn sich diese nicht an Empfehlungen im Rahmen von Defizitverfahren halten. Eine Anpassung der Wirtschaftspolitik würde demnach nur von wirtschaftlich schwächeren Staaten erwartet.

Ergänzend zum deutsch-französischen Gipfel und dem Schreiben von Merkel/Sarkozy an van Rompuy

Wenn Merkel sich darüber erleichtert zeigte, dass Demokraten und Republikaner in den USA sich auf die Anhebung der Defizitgrenze verständigen konnten, dann ist das an Scheinheiligkeit kaum noch zu überbieten. Denn obwohl ihr offensichtlich klar ist, dass eine strikte Ausgabenbegrenzung ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation verheerende Folgen haben kann, verfolgt sie nun mit der europaweiten Installation von Schuldenbremsen die gleiche Politik wie die Tea-Party-Bewegung in den USA. In Anbetracht der katastrophalen Zustände, die z. B. in Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen herrschen, ist es nun, da von privatem Konsum und unternehmerischer Investitionstätigkeit immer weniger Wachstumsimpulse zu erwarten sind, dringender denn je geboten, die staatliche Nachfrage auszuweiten statt sie einzuschränken. Zwar reden Merkel und Sarkozy in ihrem Schreiben an van Rompuy davon, dass die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung intensiviert und ein Vorschlag für eine Finanztransaktionsteuer erarbeitet werden solle. Aber von dem Vorsatz, die Steuerhinterziehung bekämpfen zu wollen, sollte nicht zu viel erwartet werden, wie das Verhandlungsergebnis mit der Schweiz zeigt. Bleibt letztlich nur zu hoffen, dass die Absicht, eine Finanztransaktionsteuer einzuführen, wirklich ernst gemeint und nicht nur als preisgebende Verhandlungsmasse gegenüber London im Kalkül ist.

Aktuelle Krisensymptome und erforderliche Maßnahmen

Die Eurokrise dauert an. Das Versagen der herrschenden Politik hat einen Dominoeffekt ausgelöst, wodurch mittlerweile auch Italien in eine Finanzierungskrise hineingezogen wird. Fällt Italien, könnte die Finanzierungskrise über Frankreich letztlich auch Deutschland erfassen. Die Mittel des ESM reichen für eine Stützung Italiens nicht aus.

Zusätzlich haben sich mittlerweile weltweit die Konjunkturaussichten eingetrübt. Die starken Kurseinbrüche an den Aktienmärkten im August werden überwiegend auf diese zurückgeführt. Noch ist allerdings offen, ob es wirklich zu einer weltweiten Rezession kommt. Sollte dies der Fall sein, fallen wie im Jahr 2008 eine realwirtschaftliche Rezession und eine finanzwirtschaftliche Krise zusammen und verstärken sich wechselseitig.

Weder die USA noch die EU sind derzeit bereit, stabilisierungspolitische Maßnahmen zu ergreifen. So signalisieren die USA deutlich, dass sie nicht bereit sind, der konjunktu-

rellen Eintrübung erneut durch eine expansive Geld- und Finanzpolitik zu begegnen. Angesichts der mangelnden Bereitschaft (vgl. auch das Erstarken der Tea-Party-Bewegung) der USA, für die Werthaltigkeit ihrer Währung zu sorgen, wird eine Dollarabwertung erwartet. Das würde insbesondere China mit seiner Exportorientierung und seine hohen Dollarreserven belasten. Die Befürchtung eines bevorstehenden „Währungskriegs“ ist daher nicht aus der Luft gegriffen. Innerhalb der EU dominiert eine Wirtschaftspolitik, die mit dem Vorrang der Haushaltskonsolidierung die konjunkturelle Erholung abwürgt. Die herrschende Politik ist einer Ideologie der „Schuldenbremse“ verfallen, wodurch sie sich ihrer finanziellen Spielräume im Vergleich zu 2008 beraubt. Dies manifestiert sich insbesondere in den drakonischen „Sparbedingungen“ für die Krisenländer. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die die Binnenkonjunktur belasten, bleiben unangetastet. Auch die neue Regierung in Großbritannien betreibt eine offen rezessive Wirtschaftspolitik. Die mangelnde stabilisierungspolitische Bereitschaft überlagert sich mit der konjunkturellen Abschwächungstendenz und verstärkt diese.

Auf den Finanzmärkten gehen einerseits Spekulation und Profitsteigerung unvermindert weiter, andererseits herrscht zunehmende Unsicherheit. So bieten die starken Kursausgänge (CDS!) der letzten Zeit weiterhin die Möglichkeit, durch erfolgreiche Spekulation hohe Profite einzufahren. Im Vergleich zu der Situation vor der Krise im Jahr 2008 haben sich allgemein die Umsätze an den Finanzmärkten weiter aufgebläht und auch die Umverteilung von Arm zu Reich hat zugenommen. Die fortgesetzte Spekulation hat zu einer Zunahme der Unsicherheit geführt, die aktuell durch die konjunkturellen Aussichten und die offene Frage nach der Wertbeständigkeit des Dollars noch verstärkt werden. Inzwischen werden Bankpleiten befürchtet, aufgrund des gewachsenen Misstrauens leihen sich die Finanzinstitute untereinander kaum noch Geld. Die verstärkte Unsicherheit manifestiert sich auch in einer verstärkten Suche nach „sicheren Häfen“. Letzteres spiegelt sich insbesondere in den massiven Aufwertungen von Gold, Yen und Schweizer Franken wider.

Verstärkte Unsicherheit und sinkendes Vertrauen zeigen sich aktuell auch in der aufkommenden (Finanz-)Kapitalismuskritik von politisch konservativer Seite. Ausgehend von den angelsächsischen Ländern ist diese inzwischen auch in Deutschland angekommen – siehe die aktuellen Artikel von dem FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher („Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“, FAZ vom 15.8.2011) und dem Steuerrechtler Paul Kirchhof („Wir verteilen von Arm zu Reich“, F.A.S. vom 22.8.2011). Die konservative Kritik thematisiert auch die Verteilungsfrage.



Arabische Welt in Aufruhr

Zuverlässige Freunde des Westens. Über die Führungsriege der libyschen Rebellen

Von Knut Mellenthin; aus: *Junge Welt*, 31. August 2011

Die Führung des Nationalen Übergangsrats (NTC) der libyschen Rebellen hat an diesem Wochenende erstmals die vollständige Zusammensetzung dieses Gremiums bekanntgegeben. Der NTC wurde am 27. Februar 2011, nur zehn Tage nach Beginn des bewaffneten Aufstands, gebildet. Er bestand zunächst aus 31 Mitgliedern, die angeblich alle Regionen und Städte Libyens – also nicht nur die von den Rebellen kontrollierten – repräsentieren sollten. Aber nur 13 der Namen wurden damals veröffentlicht, die übrigen „aus Sicherheitsgründen“ geheimgehalten.

Den Vorsitz des offiziell von allen Strömungen der Aufständischen anerkannten Führungsgremiums übernahm der erst wenige Tage zuvor zurückgetretene frühere Justizminister Mustafa Abdul Dschalil. Als Sprecher des NTC und stellvertretender Vorsitzender fungiert Abdul Hafiz Ghoga, Vorsitzender der Anwaltskammer von Bengasi, der sich als Verteidiger politischer Gefangener einen Namen gemacht hat. Mit der Zuständigkeit für „militärische Angelegenheiten“ wurde Omar Al-Hariri betraut. Wegen der aufgefliegenen Planung eines Putsches gegen seinen früheren Kampfgefährten Muammar Ghaddafi war er 1975 zum Tode verurteilt, später aber zu einer Haftstrafe begnadigt worden. In den letzten Jahren bis zu seinem Anschluss an die Rebellen hatte er nur noch unter Hausarrest gestanden. Hariri hat seine verantwortliche Position inzwischen aus nicht bekanntgemachten Gründen verloren.

Verantwortlicher des NTC für „auswärtige Angelegenheiten und internationale Verbindungen“ ist Mahmud Dschibril. Er hatte 1980 und 1985 akademische Abschlüsse in Politischen Wissenschaften und Strategischer Wirtschaftsplanung an der Universität von Pittsburgh (USA) gemacht und anschließend jahrelang dort unterrichtet. Außerdem entwickelte er unter amerikanischer Regie Kursprogramme für leitende Manager in arabischen Ländern.

Dschibril kehrte erst 2005 nach Libyen zurück und stieg auffallend schnell, kaum zwei Jahre später, zum Leiter der zentralen Arbeitsgruppen für Wirtschaftsreformen und Privatisierung auf. Er verdankte das, wie viele andere Reformer auch, der Protektion durch Ghaddafis Sohn Saif Al-Islam. In seinen Funktionen war Dschibril ein sehr geschätzter Gesprächspartner und Informant der amerikanischen Botschaft in Tripolis. Die Entwicklung enger und allseitiger Beziehungen zwischen beiden Ländern war eines seiner zentralen Themen.

Der 1952 geborene Politiker gilt als Freund des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und stand neben ihm, als dieser am 10. März bekanntgab, dass Frankreich als erstes Land der Welt den Nationalen Übergangsrat als einzige legi-

time Regierung Libyens anerkannt hatte. Dschibril ist auch Vorsitzender des von den Rebellen am 23. März gebildeten Exekutivrats. Das entspricht der Position des Premierministers der Übergangsregierung.

Die am Wochenende veröffentlichte Personalliste des NTC enthält nunmehr 40 Namen. Nach Angaben des Ratsvorsitzenden Dschalil soll das Gremium später auf 80 Mitglieder erweitert und dann anscheinend eine Art Übergangsparlament bis zu den versprochenen Wahlen bilden, die in acht Monaten stattfinden sollen.

Moslem-Schreck

Die New York Times wies am Wochenende darauf hin, dass unter den 40 Mitgliedern des Übergangsrats nur ein einziger identifizierbarer Islamist sei, und gab seinen Namen mit Lamin Belhadsch an. In dem Artikel hieß es weiter, dass er der Verantwortliche der Rebellen in der Hauptstadt Tripolis sei. Allerdings trägt der dortige Vorsitzende des örtlichen Militärrats die Vornamen Abdul Hakim. Außerdem wird diesem eine frühere Mitgliedschaft in den militanten Islamischen Kampfgruppen (LIFG) nachgesagt. Dagegen schreibt die New York Times ihrem Lamin Belhadsch eine Zugehörigkeit zum libyschen Zweig der Moslembruderschaft zu, der – so das Blatt – bei den meisten Libyern als „gemäßigt“ gelte. Es ist demnach ungewiss, ob es sich wirklich um ein und dieselbe Person handelt.

In einer seltenen Koalition von links bis rechtsaußen wurde Abdul Hakim Belhadsch in den vergangenen Tagen als „Al-Qaida-Mann“ oder sogar als „Spitzenführer von Al-Qaida“ angegriffen. Für diese Gerüchte gibt es jedoch keine Anhaltspunkte. Obwohl sich Belhadsch nacheinander in US-amerikanischer und libyscher Haft befand, wurde er niemals vor Gericht gestellt. Aus rechtsstaatlicher Sicht gibt es also überhaupt keine erwiesenen Vorwürfe gegen ihn. Sein Name steht lediglich als Symbol für eine Kampagne, die mit dem Moslem-Schreck arbeitet, um bestimmte politische Vorstellungen und Ziele zu transportieren.

Weiter als alle anderen ging das israelische Online-Magazin DEBKAF, das oft als Sprachrohr des Auslandsgeheimdienstes Mossad bezeichnet wird. Kennzeichnend für seine Veröffentlichungen ist, dass sie nicht nur schlecht recherchiert sind, sondern einen klaren Desinformationscharakter haben und zum Teil nicht nur übertrieben, sondern erfunden scheinen.

Am 28. August schrieb DEBKAF, dass sich Tripolis nun in der Hand „kämpfender islamistischer Brigaden“ befinde, „die zu Al-Qaida gehören“. „Keine westliche oder libysche Militärstreitmacht kann daran denken, in absehbarer Zukunft die Islamisten aus der libyschen Hauptstadt zu vertreiben. Damit hat Libyen ein neues Modell geschaffen, das die islamistischen Extremisten nur ermutigen kann, weitere Gewinne aufgrund der arabischen Revolte anzupeilen. Sie können mit Recht zur Schlussfolgerung gelangen, dass ihnen die NATO bei einer Rebellion zum Sturz irgendeines anderen autokratischen arabischen Herrschers zu Hilfe kommen wird. (...) Zum ersten Mal haben die Armeen der westlichen NATO-Länder sich direkt an der Einnahme einer arabischen Hauptstadt und dem Sturz ihres Herrschers durch extremistische islamische Kräfte beteiligt.“

Hier wird schon der hochdramatische Ton angeschlagen, der vielleicht in den kommenden Wochen immer stärker die Stimmungsmache der Mainstreammedien bestimmen wird –



wenn es nämlich um die Stabilisierung und Neuordnung der Verhältnisse im Sinne der westlichen Helfer und Unterstützer der „libyschen Revolution“ gehen wird. Die Marginalisierung islamistischer Kräfte wird dabei eines der zentralen Ziele sein.

Bestens vorbereitet

Zugleich dient das hysterische Al-Qaida-Geschrei aber auch dazu, von der einfachen Tatsache abzulenken, dass die politische Führung des Aufstands vom ersten Moment an in den zuverlässigen Händen von alten Bekannten der westlichen Regierungen lag und liegt. In einigen Fällen kann und muss man wohl sogar von westlichen Agenten sprechen. Islamische Fundamentalisten, die es unter den Rebellen vermutlich wirklich in erheblicher Anzahl gibt, dienten nur als Kanonenfutter. Sie haben ihre Schuldigkeit schon jetzt im Wesentlichen getan.

Die libysche Revolution war offenbar von langer Hand geplant und vorbereitet worden. Die Kundgebungen gegen Ghaddafi, die von Anfang an mit Gewalttätigkeiten verbunden waren, begannen Mitte Februar und setzten sich am 17. Februar als sogenanntem „Tag der Wut“ landesweit fort. Innerhalb weniger Tage nahmen die Proteste vor allem im Osten des Landes, aber keineswegs nur dort, die Form eines bewaffneten Aufstands an.

Schon in den allerersten Tagen nach dem Beginn der Revolte setzte eine Welle von Rücktritten ein, die mit angeblichen Grausamkeiten und unverhältnismäßig schweren Militäreinsätzen gegen die Protestbewegung begründet wurden. Den Anfang machte am 21. Februar Libyens Botschafter in Indien, Ali Al-Essawi. Bevor er nach Indien mehr oder weniger abgeschoben worden war, gehörte Al-Essawi unter anderem als Minister für Wirtschaft, Handel und Investitionen zu den führenden Reformern seines Landes. In dieser Funktion war er ein guter Bekannter US-amerikanischer und anderer westlicher Diplomaten. Wenige Tage nach seinem Rücktritt wurde er gleichberechtigt neben Dschibril einer der beiden außenpolitischen Reisebotschafter der Rebellen und war unter anderem an deren Anerkennung durch Frankreich beteiligt.

Ebenfalls am 21. Februar trat Justizminister Dschalil zurück, am folgenden Tag schloss sich auch Innenminister Abdul Fatah Junis, ein Armeegeneral, den Aufständischen an. Schon am 20. Februar war Einwanderungsminister Ali Erri-schi zu den Rebellen übergelaufen. Allerdings ist dieser Politiker wenig bekannt, so dass sein Schritt kaum in den Medien notiert wurde. Regierungssprecher Mohamed Amer Baju distanzierte sich am 21. Februar öffentlich von Ghaddafi, und Generalstaatsanwalt Abdul-Rahman Al-Abbar erklärte am 25. Februar seinen Rücktritt.

Besonders zahlreich waren Protesterkklärungen, teilweise verbunden mit Amtsniederlegungen, im diplomatischen Korps. In einem ganz kurzen Zeitraum zwischen 20. und 25. Februar gingen unter anderem folgende libyschen Botschafter auf Distanz zu ihrer Regierung: Abdel Rahman Schalgam (UNO), Ali Suleiman Aujali (USA), Mohamed Salaheddine Zarem (Frankreich) und Abdulmoneim Al-Honi (Arabische Liga). Ferner auch die Botschafter in Australien, Österreich, Bangladesch, Belgien, Indien, Indonesien, Jordanien, den Niederlanden, Polen, Ungarn, Schweden sowie Dutzende von hochrangigen Botschaftsmitarbeitern und Konsuln.

An so viel Spontaneität innerhalb weniger Tage lässt sich

nicht glauben. Offensichtlich gab es innerhalb des politischen und diplomatischen Apparats schon seit einiger Zeit ein gut funktionierendes informelles Netzwerk, das in der Lage war, nach Beginn des Aufstands sehr schnell öffentlich in Erscheinung zu treten.

Noch eindeutiger zeigte sich die Existenz dieses Netzwerks in der unglaublichen Geschwindigkeit, mit der die Rebellen eine einheitliche Führung in Form des Übergangsrats präsentieren konnten. Alle vergleichbaren Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass das normalerweise zumindest ein Prozess von mehreren Monaten ist, der selbst dann nicht widerspruchsfrei und gradlinig abläuft. Immerhin mussten in Libyen zuvor zehn bis zwanzig zum Teil grundverschieden ausgerichtete Gruppierungen unter einen Hut gebracht werden. Außerdem musste das starke Misstrauen vieler Altoppositioneller gegen die gerade erst aus dem Führungskreis um Ghaddafi ausgeschiedenen Politiker zumindest für eine Übergangszeit beruhigt und neutralisiert werden. Letztlich war das vermutlich nur dadurch zu erreichen, dass einige ausländische Regierungen und Dienste schon seit Monaten ein strammes Regiment über den „Vereinigungsprozess“ geführt hatten und sich auf maßgebliche Akteure verlassen konnten.

Ein alter Bekannter

Außenminister Mussa Kussa, der sich am 30. März den britischen Behörden stellte, war ein später Nachzügler der wie verabredet laufenden großen Absetzbewegung, ist aber zugleich eine ihrer interessantesten Figuren. Er galt viele Jahre lang als engster Vertrauter Ghaddafis. Zu Beginn des Aufstands hatte er die Rebellen noch ganz im Sinn der Regierungslinie als fanatische islamistische Terroristen dargestellt.

Bevor er im März 2009 ins Kabinett berufen wurde, war Kussa seit 1994, also stattliche 15 Jahre lang, Leiter des Auslandsgeheimdienstes gewesen. Schon zuvor war er jahrelang in diesem Bereich tätig, soll Attentate geplant, Morde an Exiloppositionellen in Auftrag gegeben und die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen organisiert haben. Praktisch alles, was Libyen und speziell Ghaddafi jemals vorgeworfen wurde, vom La-Belle-Anschlag (1986) bis zur Sprengung eines US-amerikanischen Passagierflugzeugs über dem schottischen Ort Lockerbie (1988), war auch mit Kussa in Verbindung gebracht worden.

Die US-Regierung zögerte dennoch nicht lange, schon am 4. April die gegen ihn verhängten Sanktionen aufzuheben und seine beschlagnahmten Konten freizugeben. Die EU folgte am 14. April. Noch schneller war Großbritannien gewesen, obwohl dort zugleich offiziell betont wurde, dass der Libyer keine strafrechtliche Immunität genieße, sondern – unter anderem wegen mutmaßlicher Mitwirkung an libyschen Waffenlieferungen für die IRA – vielleicht sogar mit einem Prozess rechnen müsse.

Die britischen Behörden hatten andererseits jedoch nichts dagegen, dass Kussa nach einer gründlichen Befragung durch den Geheimdienst MI6 und die schottische Polizei – wegen Lockerbie – Mitte April das Land verließ, um in Katar an einer Libyen-Konferenz der Interventionsstaaten teilzunehmen. Kussa residiert seither überwiegend in dem Kleinstaat auf der arabischen Halbinsel, der sich in den vergangenen Jahren zu einem Zentrum internationaler Agententätigkeit und suspekter politischer Umtriebe entwickelt hat. Katar ist im übrigen der einzige arabische Staat, der sich



offen und direkt an der Militärintervention der NATO beteiligt hat.

Presseberichten zufolge hat Kussa aufgrund seiner intimen Kenntnisse des libyschen Führungs- und Sicherheitsapparats eine wichtige Rolle als Berater der Interventen gespielt. Insbesondere soll er auch bei der Festlegung der Bombenziele geholfen haben. Er scheint nun darauf zu warten, dass er mit Hilfe seiner westlichen Freunde auf eine leitende Position im postrevolutionären Libyen gelangen kann. Die Stimmung der Rebellen ist allerdings gegen ihn. Außerdem wären die immer noch drohenden Strafverfahren in Großbritannien und den USA – die Reihe ließe sich vermutlich erweitern – hinderlich.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der frühere Geheimdienstchef schon bei der Planung und Vorbereitung der libyschen „Revolution“ mit interessierten westlichen Kreisen zusammengewirkt hat. Die Kontakte waren jedenfalls außerordentlich eng, spätestens seit er – hauptsächlich wohl im Auftrag und mit Wissen Ghaddafis – nach dem 11. September 2001 eng mit den westlichen Geheimdiensten bei der weltweiten Terrorismusbekämpfung kooperiert hatte. Er hatte sich darüber hinaus später als Außenminister sehr stark für eine Intensivierung der Beziehungen zum Westen, vor allem zu den USA, engagiert. Sensationalistische Quellen behaupten, Kussa habe schon seit 2001 als Agent für MI6 und CIA gearbeitet. Beweisen läßt sich das jedoch nicht. Es handelt sich um reine Mutmaßungen, die als Tatsachen präsentiert werden.

Der Mann der CIA

Eindeutig ist die CIA-Connection hingegen im Falle von Khalfa Haftar, der eine – allerdings nicht genau definierte – hohe Stellung in der militärischen Hierarchie der Rebellen einnimmt. Der ehemalige Oberst der libyschen Streitkräfte traf am 14. März (oder etwas früher) aus den USA kommend in Bengasi ein und stellte sich schon wenige Tage später als neuer Militärchef des Übergangsrates vor. Der frühere Innenminister Junis, der eigentlich diese Position innehatte, sei ihm von nun an untergeordnet, behauptete Haftar in selbstherrlichem Ton. Die Entscheidung im Rat fiel jedoch schließlich zugunsten von Junis.

Haftar war ein Ghaddafi-Anhänger der ersten Stunde und hatte 1969 als junger Kadett dessen Putsch gegen König Idris unterstützt. Sein Weg zum militanten „Regimegegner“ begann, als er 1987 im Tschad zusammen mit über hundert anderen libyschen Soldaten gefangen genommen wurde, die unter seinem Kommando gestanden hatten. Ghaddafi hatte, ebenso wie Frankreich, jahrelang militärische Einmischung in die permanenten Bürgerkriege des Tschad betrieben. Nach seiner Gefangennahme stellte sich Haftar dem Herrscher des Tschad, Hissène Habré, und zugleich auch der CIA zur Verfügung, um eine gegen Ghaddafi gerichtete Truppe, genannt Libysche Nationalarmee (LNA), aufzubauen. Diese wurde der schon 1981 unter kräftiger US-amerikanischer Mithilfe gegründeten Nationalen Front für die Rettung Libyens (NFSL) angegliedert, die ein scheinbar demokratisches und liberales Programm vertritt.

Die LNA kam allerdings kaum zum Einsatz, da sich nach dem Sturz Habrés im Dezember 1990 die Beziehungen zwischen Libyen und Tschad wesentlich verbesserten. Hunderte von LNA-Mitgliedern wurden mit Hilfe der CIA evakuiert und landeten nach einer Odyssee durch mehrere afrikanische

Staaten schließlich in den USA, wo sie Asyl erhielten.

Haftar selbst kam in Vienna, Virginia, unter, das nur wenige Kilometer von der CIA-Zentrale Langley entfernt ist. Er lebte dort fast zwanzig Jahre, bis er sich in Bengasi meldete, um die militärische Führung zu übernehmen. Selbst wenn Haftar schließlich nur zweiter Mann hinter Junis wurde, ist der Vorgang hoch auffällig: Ein Mann, der letztmals vor 23 Jahren Soldaten im Kriegseinsatz kommandiert hat, wird von den Rebellen fast augenblicklich in eine leitende Stellung gehievt. Ohne massive Protektion und Einflussnahme US-amerikanischer Dienststellen bliebe dieser rasante Aufstieg völlig unerklärlich. Berichten zufolge soll der Exoberst für eine Reihe militärischer Misserfolge der Aufständischen verantwortlich gewesen sein.

Mit der Ermordung von Junis am 28. Juli unter immer noch ungeklärten Umständen wurde möglicherweise der Weg für Haftar an die Spitze der Rebellenstreitkräfte freigeschossen. Das lässt einen geheimdienstlichen Hintergrund der Mordtat immerhin als denkbar und plausibel erscheinen. Es bleibt abzuwarten, wie Haftar künftig in der postrevolutionären Hierarchie plaziert werden wird.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die von den USA aus geleitete und gelenkte NFSL während des gesamten Aufstands kaum in Erscheinung trat. Erst seit wenigen Wochen taucht ihr Generalsekretär, Ibrahim Abdulus Sahad, verstärkt als Gesprächspartner westlicher Medien auf. Er war schon vor Ghaddafis Staatsstreich von 1969 Offizier und nachrichtendienstlicher Instrukteur in den königlichen Streitkräften, wurde nach der Revolution als Diplomat in mehrere Länder geschickt und setzte sich ungefähr um 1980 ab, um etwas später die NFSL zu gründen. Sahad hat jetzt damit begonnen, ein eigenes politisches Profil gegenüber dem NTC zu entwickeln – und spricht bereits wie Ghaddafi. So etwa, wenn er kategorisch behauptet, in Libyen gebe es keine Stammeskonflikte, „There is no tribal conflict“, und Libyen sei einig: „There is no problem of uniting Libya, because Libya is united.“ (Interview mit ABC, World Today, 23. August) Man sollte auf den Namen Sahad achten: Er könnte sich künftig zur „Stimme Amerikas“ entwickeln.

Deutschland kann einen besseren Beitrag für eine friedliche Welt leisten

Rede von Stefan Liebich, MdB, zum Etat des Auswärtigen Amtes am 7. September 2011; aus: www.linksfraktion.de/reden

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Guido Westerwelle hat leider den Großteil seiner Redezeit hier für eine Parteitage-Rede genutzt, um seine eigenen Leute hinter sich zu versammeln. Er hat zur Außenpolitik und zum Haushalt nur sehr wenig gesagt. Dabei gibt es hier viel, über das man diskutieren sollte; denn beides befindet sich in einer gewaltigen Schiefelage. Sie setzen auf das Militär und kürzen die Mittel für friedensschaffende Maßnahmen. Wir finden das falsch. Ja, Herr Westerwelle, Sie haben recht: Wir haben dem in jeder Ausschusssitzung und in jeder Plenarsitzung widersprochen, und wir werden das weiterhin tun.



Wenn man einen Blick in den Haushalt wirft, dann muss man feststellen, dass auf der einen Seite bei der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, dem Teil der Außenpolitik, der der Verständigung zwischen den Menschen verschiedener Nationalitäten dient, gekürzt wurde. Unter der Überschrift „Strukturelle Neupositionierung“ werden die Mittel für die Deutsche Welle um 2 Millionen Euro und für das Goethe-Institut um 4 Millionen Euro gekürzt. Die Mittel für Abrüstung und Rüstungskontrolle werden gekürzt. Dabei gibt es hier weltweit genug zu tun. Auf der anderen Seite werden 170 Millionen Euro mehr für Auslandseinsätze der Bundeswehr eingeplant; insgesamt zahlen wir dafür inzwischen mehr als eine Milliarde Euro. Sie wollen zusätzliches Geld für den Ausbau des NATO-Hauptquartiers und den Ausbau des sogenannten zivilen Arms der NATO. Wozu braucht ein Militärbündnis einen zivilen Arm? Warum wird das Geld nicht der zivilen OSZE gegeben?

Diese Prioritätensetzung ist absurd. Hier werden wir Änderungen beantragen. Die Haushaltsdebatte ist immer auch eine Gelegenheit für eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Politik in unserem Land. Diese ist im Bereich der Außenpolitik dringend erforderlich. Die Leser der Süddeutschen Zeitung haben sich im März dieses Jahres erstaunt die Augen gerieben, als sie lesen durften, dass der ehemalige Außenminister Fischer, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, „Scham für das Versagen unserer Regierung“ und der „roten und grünen Oppositionsführer“ empfand. Ende August teilte er via Spiegel mit, dass das Verhalten der Bundesregierung „ein einziges Debakel, vielleicht das größte außenpolitische Debakel seit Gründung der Bundesrepublik“ sei.

Worin bestand die Katastrophe, die Abgeordneten von CDU/CSU, SPD - das haben wir eben wieder bei Herrn Erler gehört - und Bündnis 90/Die Grünen so unendlich peinlich ist und den sogenannten Parteifreunden des Außenministers ein willkommener Anlass zu sein scheint, ihn endlich zum Rücktritt zu drängen? Es war die Entscheidung, einer Beteiligung an einem Bürgerkrieg nicht zuzustimmen. Es war die Entscheidung, deutsche Soldatinnen und Soldaten nicht erneut in ein militärisches Abenteuer mit offenem Ausgang zu schicken. Es war die Entscheidung, bei einer vorhersehbaren Fehlinterpretation der Charta der Vereinten Nationen und der Verantwortung zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht mitzumachen. Natürlich sind wir alle froh, dass ein Diktator weniger im Amt ist. Aber heiligt dieses Ergebnis jedes Mittel?

Es war nach wenigen Tagen der NATO-Bombardierung Libyens klar, dass es um mehr geht als um den Schutz von Zivilisten, wie vom Sicherheitsrat beschlossen.

Was passiert wohl mit der Zivilbevölkerung in einem Krieg? Amnesty International hat beiden Konfliktparteien in Libyen Folter vorgeworfen. Wir wissen gar nicht, wie viele Menschen den Truppen Gaddafis, denen der Rebellen und den Bomben der NATO zum Opfer gefallen sind. Die Rebellen selbst sprechen von 50 000 Toten. Dass Deutschland daran nicht beteiligt ist, soll das größte außenpolitische Debakel seit dem Zweiten Weltkrieg sein? Da fallen mir ganz andere Beispiele ein.

Die Entscheidung des Bundestages von 1998 zum Beispiel, gänzlich ohne völkerrechtliche Legitimierung die Weichen für eine Bombardierung von Belgrad zu stellen.

Dieser erste Kriegseinsatz in der jüngeren deutschen Geschichte war ein Tabubruch. Damals, Herr Erler, ist die Außenpolitik auf die schiefe Bahn geraten.

Ein weiteres Beispiel ist der Afghanistan-Krieg. Nach den unentschuldabaren Terrorangriffen auf New York und Washington und der Ermordung Tausender stand Deutschland an der Seite der Vereinigten Staaten. Bundespräsident Johannes Rau sagte vor 200 000 Berlinerinnen und Berlinern unter riesigem Beifall: „Hass darf uns nicht zum Hass verführen. Hass blendet.“

Die Regierung Schröder/Fischer/Schily/Künast reagierte anders. Unter der Überschrift „Uneingeschränkte Solidarität, das heißt auch militärischer Beistand“ führte sie Deutschland in einen seit zehn Jahren andauernden Krieg, in dem sich in diesem Moment über 5 000 deutsche Soldatinnen und Soldaten befinden. 52 haben dort bereits ihr Leben gelassen, mit ihnen 2 600 weitere Soldaten und mehr als 30 000 afghanische Zivilisten, und es geht immer weiter, und das, obwohl der afghanische Präsident Karzai im März dieses Jahres die NATO gebeten hat, die Bombardements einzustellen. Das und nicht die Enthaltung bei der Libyen-Abstimmung ist das größte Debakel der deutschen Außenpolitik.

Die Bundesregierung hat im UN-Sicherheitsrat anders abgestimmt als die Regierung der Vereinigten Staaten. Das darf sie. Der vom Berliner rot-roten Senat zum Ehrenbürger ernannte Egon Bahr sagte 2003 mit Blick auf das deutsche Nein zum zweiten Irak-Krieg, dass man, statt den USA hinterherzulaufen, selbstbewusst den eigenen Weg gehen sollte. Unterschiede müssten nicht Gegnerschaft sein. Recht hat er.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die NATO hat einen militärischen Sieg gegen einen Diktator errungen, und wir waren nicht dabei. Aus meiner Sicht ist das kein Grund für ein schlechtes Gewissen. Deutschland kann auf bessere Weise sehr viel Schlimmes verhindern und sehr viel Gutes tun.

Was machen die Gewehre von Heckler & Koch in Gaddafis Palast? Was haben deutsche Panzer in Saudi-Arabien zu suchen, was deutsche Polizeiknüppel bei Mubaraks Sicherheitskräften?

Beenden wir die deutschen Waffenexporte! Beenden wir die Ausstattungs- und Ausbildungshilfen für Diktaturen! Beenden wir das am besten generell! Das ist der beste Beitrag, den Deutschland zur Schaffung einer friedlichen Welt leisten kann.

UN-Mitgliedschaft stärkt Palästina, ohne Israel zu schwächen

*Rede von Gregor Gysi im Deutschen Bundestag
am 9. September 2011; aus: www.linksfraktion.de*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Am 29. November 1947 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Resolution 181, die Teilung des historischen Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorzuschlagen. Großbritannien enthielt sich der Stimme; alle anderen Vetomächte, also die USA, China, Frankreich und die Sowjetunion, unterstützten diesen Teilungsplan. Im Mai 1948 rief Ben-Gurion, fortan israelischer Premierminister, den Staat Israel aus. Es war, wenn man so will, ein einseitiger Schritt Israels, aber eben unter Berufung auf den Teilungsvorschlag der Vereinten Nationen.



6 Millionen Jüdinnen und Juden wurden durch die deutschen Nazis ermordet. Nur durch die in unserem Land begangenen Verbrechen kam es überhaupt zu einem solchen UN-Beschluss. Deshalb müssen wir Deutsche dafür eintreten, dass die Jüdinnen und Juden das Recht auf einen Staat haben, in dem sie die Mehrheit stellen, aber – dies ist ebenso selbstverständlich – Nichtjüdinnen und Nichtjuden gleichberechtigt zu behandeln haben.

Wir müssen aber auch dafür eintreten, dass die Palästinenserinnen und Palästinenser in einem eigenen souveränen Staat leben können. Sie dürfen nicht für die von den deutschen Nazis begangenen Verbrechen büßen müssen.

Die UNO hatte 1947 einen Teilungsplan mit zwei politisch souveränen, unabhängigen Staaten, die aber wirtschaftlich eng verbunden sein sollten, vorgeschlagen, also auch einen palästinensischen Staat. In Übereinstimmung mit sämtlichen UNO-Beschlüssen muss endlich der Staat Palästina in den Grenzen von 1967 anerkannt werden.

Ein Austausch von Territorien kann nur zwischen Israel und Palästina vereinbart werden.

Herr Polenz, Sie haben, was die Hamas betrifft, wahrscheinlich recht. Aber gerade wenn die UNO Palästina als Vollmitglied aufnimmt und dabei die Grenzen von 1967 festlegt, wird die Hamas gezwungen, dies zu akzeptieren. Wir können doch nicht auf das Einverständnis der Hamas warten. Ich bitte Sie!

Viele Länder haben Botschafter mit Palästina ausgetauscht. Aber die Bundesregierung traut sich das nicht. Ich finde es falsch; das muss endlich geschehen.

Nach dem Sechs-Tage-Krieg hatte es etliche Versuche gegeben, den Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen. Erinnert sei an den Friedensprozess unter Vermittlung Norwegens und an die zahlreichen Versuche auch amerikanischer Präsidenten, eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Palästinenserinnen und Palästinensern und Israelis zustande zu bringen. Aber alle diese Friedensprozesse scheiterten. Sie haben recht: Auch der letzte Versuch von US-Präsident Barack Obama, eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu erreichen, blieb erfolglos.

Nunmehr haben die Palästinenserinnen und Palästinenser und ihr Präsident Abbas die Initiative ergriffen und wollen bei den Vereinten Nationen beantragen, dass Palästina endlich als Vollmitglied der internationalen Staatengemeinschaft in die UNO aufgenommen wird. Israel ist strikt dagegen. Warum eigentlich? Gerade wenn sich die Lage zuspitzt, müsste Israel diesbezüglich sogar initiativ werden und nicht ausschließlich versuchen, es zu verhindern. Aber die USA sind auch dagegen. Deutschland, Tschechien und die Niederlande sind ebenfalls dagegen. Länder wie Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien, Polen, Schweden, Finnland, Luxemburg und viele andere Staaten sind aber dafür. Haben die alle unrecht?

Die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister waren vor einseitigen Schritten. Herr Westerwelle, was soll daran einseitig sein? Israel ist schon Mitglied der UNO. Warum soll nicht auch Palästina endlich Mitglied werden? Das ist doch nicht einseitig.

Wenn wir auf das Einverständnis der israelischen Regierung warten, dann sind wir nicht besonders souverän in dieser Frage. Vielleicht müssen wir dann noch sehr viele Jahre warten. Auch das ist nicht akzeptabel.

Sie haben völlig recht: Die Lage im Nahen Osten und in

Nordafrika hat sich verändert. Wir wissen noch nicht, welche Strukturen in Ägypten, Tunesien, Libyen, Syrien, Jemen und Bahrain entstehen. Gerade in einer solchen Situation wäre das friedliche Nebeneinander der Staaten Israel und Palästina für den Friedens- und Demokratieprozess im Nahen Osten und in Nordafrika ungeheuer wichtig. Durch eine Mitgliedschaft Palästinas in der UNO stünde Palästina Israel etwas gleichberechtigter gegenüber. Das ist doch nicht nichts, das hat doch Gewicht, gerade auch für Friedensverhandlungen.

Das ist das Besondere: Es stärkte Palästina, ohne Israel zu schwächen. Deutschland muss das Zwei-Staaten-Modell aktiv unterstützen, im Interesse der Palästinenserinnen und Palästinenser, im Interesse der Israelis und im Interesse aller Menschen im Nahen Osten und der Weltgemeinschaft.

Herr Stinner, wir wissen, dass sich die Situation hinsichtlich des Antrags Palästinas noch ändern kann; das stimmt. Vielleicht wird noch ein anderer Weg gefunden und gegangen. Was wir aber entscheiden müssen, ist, wie Deutschland sich verhält, wenn der Antrag Palästinas auf Mitgliedschaft in der UNO zur Abstimmung gestellt wird. Wir können uns doch nicht ewig davor drücken, Herr Bundesaußenminister.

Egal ob die Abstimmung im Sicherheitsrat – hier üben wir den Vorsitz aus – oder in der UN-Vollversammlung stattfindet: Deutschland müsste schon aus historischer Verantwortung heraus dafür stimmen; alles andere können wir uns meines Erachtens überhaupt nicht leisten. (Beifall bei der LINKEN. Dr. Rainer Stinner, FDP: Für was?)

Für die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UNO. Erklären Sie einmal den Palästinenserinnen und Palästinensern, weshalb sie wegen unserer Geschichte benachteiligt werden. Ich kann es ihnen nicht erklären, ich muss das ganz klar sagen. Das ist nämlich die Schwierigkeit dabei. (Patrick Kurth, Kyffhäuser, FDP: Alles hat mit unserer Geschichte zu tun!)

Natürlich hat das mit unserer Geschichte zu tun. Das können Sie nun wirklich nicht leugnen.

Es ist zu befürchten, dass ein solcher Antrag im Sicherheitsrat am Veto der USA scheitern wird. Der Beschluss des Sicherheitsrates kann aber durch eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der UNO aufgehoben werden. Völkerrechtlich wird dies unterschiedlich gesehen, aber viele sehen es so. Mindestens 128 der 192 Mitgliedstaaten müssten dafür stimmen; das ist durchaus möglich.

Für mich ist es ein sehr positives Signal, dass sich auch die Grünen und die SPD in diesem Sinne äußern, sodass sich wenigstens die drei Oppositionsfraktionen diesbezüglich im Prinzip einig sind. Vielleicht werden wir uns sogar noch im gesamten Bundestag einig, was besonders wichtig wäre.

Wir müssen unsere guten Beziehungen zu Israel aufrechterhalten. Ebenso müssen wir aber den Staat Palästina anerkennen und für die Mitgliedschaft Palästinas in der UNO stimmen.

Volle Anerkennung Palästinas ist wichtige Voraussetzung für den Frieden

Erklärung des Präsidiums der Partei der Europäischen Linken (EL), 24. September 2011

Die Partei der Europäischen Linken begrüßt den Schritt von Präsident Mahmud Abbas, UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon am Freitag, dem 23. September 2011 den offiziellen Antrag auf Anerkennung eines Staates des palästinensischen Volkes zu überreichen. Wir würdigen, dass dieser beträchtlicher Mut erforderte, da er gegen beträchtlichen Druck der US-Administration, der israelischen Regierung und leider auch einer Reihe von EU-Staaten erfolgte.

Wir sind überzeugt, dass die Vollmitgliedschaft eines Staates Palästina in der UNO ein erster entscheidender Schritt sein kann, um die diplomatische Asymmetrie zu überwinden, die im Verhältnis zwischen Israel und dem palästinensischen Volk herrscht, das nur durch eine Behörde vertreten wird. Ein international anerkannter Palästinenserstaat wäre kein Hindernis für den Frieden. Im Gegenteil, er wäre ein wertvoller Partner für den Friedensschluss. Es sei daran erinnert, dass der Staat Israel ohne vorherige Verhandlungen oder Vereinbarung mit dem palästinensischen Volk gegründet wurde, was man jetzt – nach 20 Jahren ergebnisloser Verhandlungen fordert. Wenn ein palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt von der UNO anerkannt wird, dann kann Israel nicht mehr mit dem Bau von Siedlungen, mit seinen Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit fortfahren. Die EL fordert den UN-Generalsekretär dringend auf, den Antrag der Palästinenser unverzüglich zu behandeln. Von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verlangen wir, dass sie die palästinensische Initiative einmütig unterstützen und keine Mühe darauf verschwenden, das Ersatzangebot einer UN-Mitgliedschaft zweiter Klasse zu erfinden. Eine gemeinsame Position der Europäer wäre einerseits ein wichtiges Signal an die überwältigende Mehrheit der UN-Vollversammlung, die die Palästinenser unterstützt, und würde es andererseits der US-Regierung erschweren, ein Veto einzulegen. Die EL unterstützt rückhaltlos den Wunsch des palästinensischen Volkes nach Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Sie stimmt der Meinung von Präsident Abbas zu, dass kein Mensch „der auch nur eine Spur von Gewissen hat“, den Antrag der Palästinenser auf volle UN-Mitgliedschaft abweisen kann.

Den Staat Palästina anerkennen

Rede von Wolfgang Gehrcke, MdB, am 21. September im Deutschen Bundestag; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ungefähr zur gleichen Zeit, zu der wir hier zu diesem Thema hätten debattieren sollen, haben sehr viele Menschen in Tel Aviv, einige Tausend, und sehr viele Menschen in Ramallah, auch einige Tausend, für die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der Vereinten Nationen demonstriert. Ich habe ihnen versprochen, dass ich das, was sie auf ihren Kundgebungen

ansprechen, auch hier im Deutschen Bundestag vortragen werde. Ich finde, es ist ein ganz tolles Zeichen, dass Menschen in Israel und Menschen in Palästina für die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der Vereinten Nationen auf die Straßen und auf die Plätze gegangen sind.

Das ist genau das, was ich möchte: dass in dieser Art und Weise Verständigung entsteht.

DIE LINKE will, dass Deutschland in der UNO dafür stimmt, dass Palästina als Vollmitglied aufgenommen wird. Wir sind der Auffassung, das ist deutsche Verantwortung gegenüber Israel und Palästina. In dieser Frage sind die Differenzen zwischen den Fraktionen des Bundestages aus meiner Sicht nicht unüberbrückbar.

Ich will einige Stichworte nennen: Es geht um zwei Staaten, Israel und Palästina, die friedlich nebeneinander in Sicherheit und Gerechtigkeit existieren, zwei Staaten auf der Grundlage der Grenze von 1967, Ostjerusalem als Hauptstadt des palästinensischen Staates und eine gerechte, einvernehmliche Lösung der Flüchtlingsfrage. Dazu gehört ein Sicherheitsabkommen, das die palästinensische Souveränität respektiert und die Besatzung beendet. Ein solcher Weg kann dem Terrorismus den Boden entziehen.

All die gemeinsamen Positionen, die Sie vorgetragen haben – die Linke teilt sie – findet man auch in der Erklärung, die der britische UN-Vertreter im Weltsicherheitsrat im Namen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Deutschlands abgegeben hat. Am Schluss dieser Erklärung heißt es das zitiere ich wörtlich: „Unser Ziel bleibt eine Vereinbarung über alle Fragen des endgültigen Status und die Begrüßung von Palästina als Vollmitglied der Vereinten Nationen im September 2011.“

Dieser Text der Abstimmungserklärung ist im Februar dieses Jahres auch von der Bundesregierung unterschrieben worden. Ich möchte, dass das eingelöst wird, dass mit den doppelten Standards Schluss gemacht wird und dass man die Menschen nicht immer wieder enttäuscht, indem man über die Probleme hinweggeht.

Wenn ich mir die Gegenargumente anschau – ich kann nicht alle nennen – dann erkenne ich: Das sind weniger Einreden als vielmehr Ausreden. Ich nenne zwei Gegenargumente, die ich für besonders bedeutsam halte:

Es wird gesagt, der Gang zur UNO sei eine einseitige Handlung der Palästinenser. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu und sein Außenminister haben gesagt: Das könnte dazu führen, dass alle Verträge – einschließlich des Vertrages von Oslo – hinfällig werden.

Ich frage Sie, wieso der Gang zu den Vereinten Nationen, dem Weltforum, eine einseitige Handlung ist, obwohl sich mittlerweile über 150 Staaten bereit erklärt haben, die Palästinenserinnen und Palästinenser zu unterstützen. Für mich ist es ein Riesenfortschritt, dass die unbefriedigende Situation nicht mit dem Griff zur Waffe, nicht mit neuer Gewalt, sondern mit dem Gang zur UNO beantwortet worden ist. Das muss man hier doch auch einmal politisch klarstellen, und die Regierung muss sich entsprechend verhalten. Daneben wird gesagt, dass ein Scheitern der Verhandlungen zu neuem Aufruhr im Nahen Osten führen kann. Ich sage Ihnen: Wenn Sie das verhindern wollen, dann muss man den Palästinensern zeigen, dass sie nicht alleine sind, sondern dass Menschen in aller Welt auf ihrer Seite sind. Man muss ihnen zeigen, dass es eine Möglichkeit gibt, zu einem eigenen Staat zu kommen, der ihnen moralisch und politisch zu-



steht, und man muss ihnen zeigen, dass wir nicht wegschauen und dass wir nicht wollen, dass neue Gewalt gegen sie angewandt wird.

Die Bundesregierung muss sich entsprechend verhalten. Ich denke, die Bundesregierung muss in der Vollversammlung der Vereinten Nationen und im Weltsicherheitsrat für die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied eintreten. Ich sehe die Gespräche des Nahostquartetts, die ja auch in New York stattfinden, nicht als konkurrierend dazu an. Ich frage mich immer, warum nicht beides möglich ist und warum Deutschland nicht endlich mit anderen europäischen Staaten die Initiative dazu ergreift.

Ich wollte, dass das hier ausgesprochen wird, und ich wollte die Kolleginnen und Kollegen, die in Tel Aviv und in Ramallah demonstriert haben, nicht enttäuschen. Deswegen habe ich hier von meinem Rederecht Gebrauch gemacht.

Herzlichen Dank.

Israel in Erwartung eines politischen Tsunamis

Von Angelika und Klaus Timm; Dr. Angelika Timm ist Leiterin des Büros Tel Aviv der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: www.rosalux.de (Stand: 10. Juli 2011, gekürzt)

Geschichte im Kreislauf - oder als Spirale?

Wird die Geschichte des Nahostkonflikts im Herbst 2011 eine Umdrehung vollenden und in der Palästinafrage nach 64 Jahren der Zuspitzung und Regelungsresistenz an einen ihrer zentralen Ausgangspunkte zurückkehren? Ein knapper Rekurs auf historisches Geschehen mag die widersprüchliche Entwicklung in Erinnerung rufen.

Als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die militanten Konflikte zwischen Palästinensern, zionistischen Siedlern und britischer Mandatsmacht erneut aufbrachen, sah sich Großbritannien gezwungen, das ihm im Juli 1922 übertragene Völkerbundmandat über Palästina den neu formierten Vereinten Nationen zu übergeben. Zwischen dem 28. April und dem 15. Mai 1947 befasste sich eine UN-Sondertagung erstmals mit der Palästinafrage. Ein 11-Staaten-Sonderausschuss wurde mit dem Auftrag ins Leben gerufen, das Problem allseitig zu eruieren. Auf der zweiten Sitzung der Sondertagung am 29. November 1947 votierten 33 Mitgliedstaaten, darunter die USA, die UdSSR und Frankreich, für die Resolution 181 (II); 13 Länder, u. a. die arabischen Staaten und Indien, stimmten dagegen; 10 enthielten sich der Stimme, unter ihnen Großbritannien und National-China.

Der von der Vollversammlung unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht beider in Palästina lebenden Völker mit Mehrheit angenommene Beschluss forderte Großbritannien auf, sich umgehend aus Palästina zurückzuziehen. Anstelle des Mandats sollten zwei unabhängige Staaten entstehen – ein arabischer Staat (auf 43% des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina) für 725 000 arabische Palästinenser und 10 000 Juden, und ein jüdischer Staat (56% dieses Territoriums), in dem 500 000 jüdische Zuwanderer und 400 000 Araber leben sollten. Jerusalem mit seinen jeweils annähernd 100 000 arabischen und jüdischen Bewohnern wurde ob seiner religiösen Spezifik zu einem internationalisierten

corpus separatum erklärt. Die drei Gebilde sollten künftig im Rahmen einer Wirtschaftsunion zusammenarbeiten.

Das kriegerische Geschehen der folgenden Jahrzehnte variierte die UN-Resolution und schuf neue politische und demografische Realitäten. Nicht gedeckt durch den Beschluss der Vereinten Nationen hatte Israel während des ersten Nahostkriegs z. B. sein Staatsterritorium von 14 100 auf 20 770 km² ausgedehnt; die übrigen für den arabischen Staat Palästina vorgesehenen Territorien (Westjordangebiet und Ostjerusalem) wurden von Jordanien annektiert; der Gazastreifen unterstand bis 1967 ägyptischer Verwaltung. In den Grenzen der Waffenstillstandslinien von 1949 („Grüne Linie“, ca. 78% des Mandatsgebiets Palästina) ist Israel heute international, auch durch die PLO, anerkannt. Die palästinensische „Katastrophe“ (an-Nakba) von 1948 dagegen potenzierte sich 1967, nachdem die israelische Armee das Westjordangebiet und Ostjerusalem militärisch besetzt hatte (und sie bis heute kontrolliert). Die Resolution 181 (II) vom 29. November 1947 blieb dennoch das zentrale völkerrechtliche Dokument für die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts beider Völker, für die Proklamation entsprechender Staatlichkeit und damit – bis in die Gegenwart – eine wichtige Grundlage für jede abschließende Regelung des Palästinenserproblems.

Die Geschichte der israelischen Staatswerdung ist weitgehend bekannt. Nachdem der Hochkommissar, Sir Alan Cunningham, am Vormittag des 14. Mai 1948 die britische Flagge eingeholt und sich im Hafen von Haifa an Bord des Kreuzers „Euryalus“ begeben hatte, trat – gegen 16.00 Uhr – im Stadtmuseum zu Tel Aviv der erst im März neu formierte Jüdische Volksrat zusammen. Er benannte sich in Provisorischer Staatsrat um und bildete aus dem Volksdirektorium die erste (Provisorische) Regierung. Deren 12 Minister an der Seite, verlas David Ben Gurion, neu gewählter Ministerpräsident, die Erklärung über die Unabhängigkeit und Souveränität des Staates Israel. Kurz danach wurde der junge Staat durch die Sowjetunion und die USA anerkannt.

Die oberste Repräsentanz der palästinensischen Nationalbewegung, das Arabische Hochkomitee, war politisch und militärisch weitaus weniger formiert als ihr jüdisch-zionistischer Widerpart, zudem konservativ-nationalistisch geführt und vor allem abhängig von den arabischen Staaten jener Zeit, die gegen den Teilungsbeschluss gestimmt hatten. Das Hochkomitee ließ die einmalige historische Chance, parallel zur Proklamation Israels den Palästinenserstaat auszurufen und damit bereits 1948 das Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen, ungenutzt verstreichen. Seiner politischen Zielsetzung gemäß agierte es im ersten Nahostkrieg überdies aktiv an der Seite der kriegführenden arabischen Staaten gegen Israel. Die palästinensischen Opfer, u. a. der Verlust weiter Teile der Heimat und die Degradation von annähernd 650 000 Menschen zu Flüchtlingen, standen in keinem Verhältnis zur Wirksamkeit der Palästinenser als militärische Akteure.

In den folgenden Jahrzehnten wurde der politische Selbstfindungs- und Formierungsprozess der Palästinenser immer wieder durch fremdbestimmte Interessen, selbstbestimmte Fehlentscheidungen, israelische Strafaktionen oder militante Alleingänge arabischer Regimes bzw. Allianzen unterbrochen und verzögert. Das gab der israelischen Führung hinreichend Zeit, sich internationale Bündnispartner zu verschaffen, den



eigenen Staat auf- und allseitig auszubauen, in den 1967 besetzten Territorien umfassend zu siedeln, vollendete Tatsachen bzw. neue territoriale und demografische Gegebenheiten zu schaffen – und die Frage nach der Selbstbestimmung für die Palästinenser bzw. nach der fortwährenden Gültigkeit des UN-Beschlusses von 1947 ungelöst vor sich her zu schieben. Mit Gründung der PLO 1964 trat ein neuer politisch-militärischer Akteur auf den Plan, dem es zwar relativ schnell gelang, auf internationaler Ebene Unterstützung zu erlangen, der jedoch erst während der Intifada 1987 bis 1991 bzw. mit dem Abschluss der Vereinbarungen von Oslo 1993 als ernst zu nehmender politischer Faktor in den palästinensischen Gebieten wirkte.

Innerhalb von sechs Jahrzehnten bildeten sich somit ein neues Widerspruchsgefüge im Nahen Osten bzw. das Palästinenserproblem in heutiger Ausprägung heraus. Die internationale Gemeinschaft sah dem – abgesehen von einigen verbalen Stellungnahmen und unverbindlichen „Lösungsvorschlägen“ – weitgehend tatenlos zu; während des Kalten Krieges wurde der Nahostkonflikt von den Großmächten in bedeutendem Maße instrumentalisiert. Einige Staaten – so die USA – sahen in Israel lange den wichtigsten strategischen Verbündeten und primären Ordnungsfaktor im Nahen Osten. Die osteuropäischen Staaten und ein großer Teil der Entwicklungsländer unterstützten aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen die Positionen der PLO und der Arabischen Liga.

Das Gespenst des Palästina-Staates

„Ein Gespenst geht um in Israel, das Schreckgespenst des palästinensischen Staates“, so kommentierte die liberale Tageszeitung HA (HA) am 29. April 2011 und meinte damit den Furchtkomplex der israelischen Führung, die Vollversammlung der Vereinten Nationen könne im Herbst den Staat Palästina international gültig anerkennen und ihn als Vollmitglied in ihre Reihen aufnehmen.

Während die internationale Öffentlichkeit, auch die Weltpresse, seit Monaten über die „Arabellion“ – den „demokratischen Aufbruch im Nahen Osten“ oder den „Arabischen Frühling“ – spricht bzw. schreibt, blicken die israelischen Politiker und Publizisten mehrheitlich skeptisch auf die Geschehnisse im regionalen Umfeld. Mit den arabischen Autokraten – Husni Mubarak etwa – hatte man sich arrangiert. Sie schienen berechenbar. Die neuen Führer dagegen sind noch unbekannt. Werden es alte Wölfe im Schafspelz sein? Werden junge, demokratisch gesinnte Nationalisten die Macht erringen bzw. sie zumindest beeinflussen? Oder werden sich – über demokratische Wahlen (?) – islamistische Politiker in Kairo, Damaskus, Tripolis oder Sana'a an die Spitze reformierter Regimes setzen – und möglicherweise erneut eine militant antiisraelische Politik einleiten?

Zumindest die palästinensische Führung scheint die Gunst der Stunde bzw. die Möglichkeiten der Politik erkannt zu haben; sie sei in die außenpolitische Offensive gegangen und nutze klug ihre Chancen für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts – urteilen zahlreiche Kommentatoren israelischer Medien. Die derzeitige Position der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) – so die Innen- und Außenpolitik – wird zunächst und vor allem durch die Einsicht bestärkt, dass der israelische Counterpart in gegenwärtiger Befindlichkeit das konkrete Interesse an einer Zweistaatenlösung verloren hat, jeden Ansatz zu kompromissorientierten

Verhandlungen vermissen lässt und den status quo durch einseitige Maßnahmen zu zementieren bzw. täglich neue „vollendete Tatsachen“ zu schaffen sucht (forcierter Siedlungsbau im Westjordangebiet, umfassende „Judaisierung“ Ostjerusalems u. a. m.).

Gleichzeitig verweisen palästinensische Führer selbstbewusst auf Erfolge bei der nationalen Konsolidierung, im politischen Agieren und bei der Ausgestaltung der „Vor“staatlichkeit. Sie hätten die veränderte territorial-politische Realität (u. a. das Existenzrecht Israels in den Nachkriegsgrenzen von 1949) anerkannt, sich damit in hohem Maße kompromissbereit gezeigt, nach Beendigung der Zweiten Intifada auf militärisches Agieren verzichtet und die israelische Sicherheit an der Ostgrenze gewährleistet.

In der Westbank seien zudem – so die PA – reale wirtschaftliche, politische und kulturelle Elemente der angestrebten Staatlichkeit geschaffen worden. Heute verfüge das PA-Regime über alle wichtigen Merkmale – Rechte und Pflichten – eines Staates, so wie sie in der Konvention von Montevideo 1933 völkerrechtlich gültig festgelegt worden seien. Dazu gehörten ein konkret definiertes Territorium (seit 1967 freilich fremd besetzt) mit einer permanenten Bevölkerung, ein funktionierendes Gesellschaftsgefüge, eine effektive Regierung, internationale Beziehungen (Botschaften, Missionen, Generalkonsulate) zu mehr als 100 Staaten und ein reger internationaler Wirtschafts- und Kulturaustausch (stark beeinträchtigt durch das Besatzungsregime). Die positiven Gegebenheiten in der Wirtschaftskonsolidierung, Gesellschaftsentwicklung und Sicherheitspolitik seien sowohl durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds als auch durch die Europäische Union positiv bewertet worden.

Auch dem stereotypen (Verweigerungs-)Argument der israelischen Regierung, auf palästinensischer Seite sei kein Partner für Verhandlungen in Sicht, da die PA bzw. Mahmud Abbas nur für die Westbank sprechen könnten, wurde eine neue Realität entgegen gesetzt. Am 27. April 2011 vereinbarten PA und Hamas im Abkommen von Kairo die Zusammenführung beider Teile Palästinas (Westjordangebiet und Gaza-Streifen) im Rahmen der z. Z. gegebenen Möglichkeiten. Als Gesten gegenüber Israel und Teilen der internationalen Gemeinschaft einigte man sich zudem darauf, dass bis zu den ausstehenden Wahlen zur palästinensischen Legislative eine Regierung von Technokraten gebildet würde; alle außenpolitischen Aktivitäten würden bis zu diesem Zeitpunkt durch den Präsidenten wahrgenommen – auch mögliche Gespräche mit Israel.

Was sollen (und wollen) die Palästinenser in Anbetracht der skizzierten Gegebenheiten nunmehr tun? Ihr politischer Handlungsrahmen ist extrem eng: Israel – ein Non-Partner für ergebnisorientierte Friedensgespräche; Präsident Obama – vorwiegend innenpolitisch beschäftigt, d. h. auf die Präsidentschaftswahlen 2012 und damit auf Republikaner und die Israel-Lobby in den USA fixiert; die Europäer – vollmundig zwar und spendabel, hinsichtlich der konkreten Lösung der Palästinenserfrage jedoch wenig entschieden und zudem handlungsschwach; die anderen Großmächte, Russland, China, Indien, und die arabischen „Bruderstaaten“ – voll mit eigenen Problemen beschäftigt; der Sicherheitsrat – sich permanent selbst blockierend. Als Hoffnungsschimmer und winziges Aktionsfeld bleiben letztlich nur die UN-Vollversammlung bzw. die Erwartung in eine pro-palästinensische



Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder. Sie könnten der Konfliktbearbeitung einen neuen Impuls geben, die politische Konsenssuche aus der Erstarrung lösen und der lang anstehenden internationalen Anerkennung des souveränen Palästinenserstaates in den durch die Weltorganisation fixierten Grenzen vom 4. Juni 1967 eine vorsichtig optimistische Chance geben.

Die Weltorganisation steht bis heute somit in der Pflicht, die Durchsetzung des Völkerrechts, d. h. ihrer eigenen Beschlüsse, auch weiterhin und abschließend zu verantworten. Die internationale Staatengemeinschaft zumindest teilt mit großer Mehrheit diese einfache Sicht auf die Realität. Wer sich dagegen einem entsprechenden Beschluss des international zuständigen Weltgremiums verweigert, nimmt billigend in Kauf, dass ein ganzes Volk weiterhin entrechtet bleibt, permanent grundlegende Menschenrechte verletzt werden, extreme Kräfte neuerlich zu terroristischen Aktionen animiert werden, Israel durch Verzicht auf politische Regelungen nicht sicherer wird, die Enttäuschung der Palästinenser sich in einer dritten Intifada entladen kann oder neue Nahostkriege heraufbeschworen werden. Noch ist Zeit für konfliktdämpfendes kluges und engagiertes Handeln.

Und wie reagiert das offizielle Israel auf die neue Situation in der Palästinenserfrage? Kluge und vorausschauende Politiker, Militärs, Wissenschaftler und Publizisten versuchen, die israelische Führung dahingehend zu beeinflussen, das vorübergehend geöffnete „Fenster der Möglichkeiten“ zu nutzen, um ihrem Land einen gesicherten Platz im nahöstlichen Staatengefüge zu schaffen und es – als eine der „Lokomotiven des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts“ – dauerhaft in der Region zu verwurzeln.

Das politische Establishment dagegen ist durch die neuen Töne aus Ramallah aufgeschreckt. Es befürchtet einen Prestigeverlust im Herbst und beschwört die Delegitimierung Israels, sollte eine Zweidrittel-Mehrheit der UNO für den Staat Palästina votieren. Seit Verteidigungsminister Ehud Barak am 13. März 2011 in einer Rede an der Tel Aviver Universität das magische Wort vom „diplomatischen Tsunami“, der Israel im September erreichen werde (HA, 18.3.2011, S. 1), in den Ring warf, geistert der Begriff durch die Politik- und Medienlandschaft.

Einig sind sich die meisten Politiker und Kommentatoren darin, dass Israel ohne „internationalen Kredit“ nicht existieren könne, die Anerkennung des Palästinastaates „Israel demütigen werde wie nie zuvor“ und eine ernste strategische, wirtschaftliche und politische Krise zur Folge haben könne (HA, 3.3.2011, S. 5). Die israelische Regierung könnte verstärkt internationalem Druck ausgesetzt sein, müsste künftig „auf Augenhöhe“ mit den Palästinensern verhandeln, könnte nicht mehr einseitig ihre Bedingungen für einen Friedensschluss diktieren und sähe sich – zumindest mittelfristig – im Westjordangebiet bzw. im Gazastreifen einer völlig neuen Rechtslage gegenüber. Sollte eine international legalisierte palästinensische Regierung z. B. das Rom-Statut unterzeichnen, würden Westbank und Gaza (und mit ihnen die israelische Besatzungsarmee) unter die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs fallen (HA, 29.4.2011, S. B5).

Friedensdiktat versus Prinzip Hoffnung

Umfassend und präzise wie selten zuvor ein israelischer Regierungschef hat Netanjahu in den letzten Monaten die Leitlinien seiner Regierungspolitik bzw. den Forderungs- und Zielkatalog der israelischen Rechtskräfte kundgetan. Drei seiner Statements kommt besondere Bedeutung zu:

- Der Erklärung zur Außenpolitik vor der Knesset am 16. Mai 2011;
- dem Statement vor dem American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), der anerkannten Pro-Israel-Lobby in den USA, am 23. Mai 2011;
- der „historischen“ Rede des israelischen Premiers vor dem US-Kongress am 24. Mai 2011.

Die drei Dokumente enthalten in konzentrierter Form das politische Programm, die Grundlinien der Strategie und die Vorstellungen über die konkrete Taktik für künftiges Agieren.

Im US Congress fand Netanjahu ein exzellentes Publikum, dessen Erwartungshaltung Leon Hadar in HA rückblickend auf den folgenden Nenner brachte: „Das Spektakel auf dem Capitol Hill war durch die Führer der Republikaner in die Wege geleitet worden, als Teil einer offensichtlichen Strategie, die darauf abzielt, Obama in Verlegenheit zu bringen und ihn zu einem Zeitpunkt zu schwächen, da er versucht, die israelisch-palästinensischen Verhandlungen wieder zu beleben und sich auf die Kampagne für seine Wiederwahl 2012 vorzubereiten“ (HA, 5.6.1011, S. 5).

Netanjahu, in den USA aufgewachsen, sozialisiert und ausgebildet, wusste mit seinem Publikum virtuos umzugehen, kennt er doch genau die mentale Situation und politische Psyche des durchschnittlichen US-Abgeordneten. Diese wiederum, Republikaner vor allem, jedoch auch zahlreiche Demokraten und eine größere Gruppe zusätzlich geladener Führer jüdischer Organisationen, begrüßten den israelischen Gast enthusiastisch und unterbrachen seine Rede immer wieder mit standing ovations.

Ein hoher US-Beamter suchte die Netanjahu-Rede auf einen Hauptnenner zu bringen, indem er die (interne) Sicht des Weißen Hauses auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wie folgt skizzierte: „Präsident Mahmud Abbas ist willens, Frieden zu schließen, hat dafür jedoch nicht die erforderliche Stärke; Netanjahu dagegen hat die Macht, nicht jedoch den Willen zum Frieden“ (JP, 27.5.2011, S. 15).

Mit mehr Chuzpe reagierten israelische Journalisten auf die Rede ihres Premiers. Die Beifallsbekundungen im US Congress, so meinte kritisch-bissig Gideon Levy in HA (25.5.2011, S. 3), hätten mehr über die Ignoranz der Parlamentarier ausgesagt, denn über die Qualität der Gastrede; selten habe das amerikanische Parlament eine derartige Anhäufung von Propaganda und Ausflüchten, derart viel Heuchelei und Frömmelei, erlebt.

Wichtiger als das rhetorische Beiwerk waren die kardinalen Aussagen in den Statements Netanjahus. Er formulierte folgende Grundbedingungen für Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Palästinensern (vgl. HA, 29.5.2011, S. B1):

- Iran: „Die USA werden Iran niemals erlauben, nukleare Waffen zu entwickeln“.
- Grenzen: „In jedem realistischen Friedensabkommen werden strategisch oder national wichtige Regionen (des Westjordangebiets) Israel angegliedert sein“.
- Jerusalem: „Jerusalem muss die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben“.



- Flüchtlinge: „Das palästinensische Flüchtlingsproblem muss außerhalb Israels gelöst werden“.
- Sicherheit: „Für die Sicherheit Israels ist es absolut lebenswichtig, dass der palästinensische Staat entmilitarisiert ist“.
- Hamas: „Hamas ist kein Partner für Frieden“ (Israel werde nie „mit einer palästinensischen Version von al-Qaida“ verhandeln, vgl. IHT, 25.5.2011, S. 6).
- UNO: „Der palästinensische Versuch, über die UNO eine Regelung zu erlangen, wird keinen Frieden bringen. Er muss durch alle Staaten, die ein Ende des Konflikts anstreben, abgelehnt werden“.

Internationale Beobachter, unter ihnen viele problemkundige Israelis, verwiesen sofort darauf, dass o. g. Forderungskatalog als Kern eines Friedensdiktats die endgültige Absage an jeden Kompromissfrieden und damit an jegliches bilaterale Verhandeln bedeuten.

Besonderen Wert legte Netanjahu auf seine Forderung, die Palästinenser müssten - als Vorbedingung für jegliches Friedensgespräch - zunächst Israel als „jüdischen Staat“ anerkennen. Damit ignoriert er, dass die PLO (Arafat) am 9. September 1993 - also vor nunmehr nahezu 18 Jahren - Israel offiziell als souveränen Staat anerkannt hat, in vollem Bewusstsein der Tatsache, dass nicht nur die Staatsbezeichnung „Israel“, sondern auch alle seine staatlichen Attribute (Fahne, Staatswappen, Hymne u. a.) eindeutig in jüdischer Geschichte, Religion oder Identität wurzeln, d. h. in der Realität einer „jüdischen Heimstätte“ oder eines „jüdischen Nationalstaats“. Das Problem liegt somit nicht in der fehlenden Anerkennung. Entscheidender sind die unter rechtem Vorzeichen veränderten Narrative. Bisher galt Israel seinen Bürgern - Juden wie Arabern - und der Weltöffentlichkeit als „jüdischer und demokratischer Staat“. Die nunmehrige Eliminierung des Demokratischen in der Identitätsformel und die einseitige Betonung des Jüdischen würden für die arabische Minderheit, gleichermaßen jedoch auch für die demokratisch gesinnten jüdischen Staatsbürger, eine neue Realität schaffen:

- Die durch mehrere rassistische Gesetze bzw. Gesetzentwürfe in der Knesset während der gegenwärtigen Legislaturperiode bereits eingeleitete Aberkennung nationaler Identität und demokratischer Rechte der israelischen Staatsbürger palästinensischer Nationalität (20% der Bevölkerung Israels) würde einen veränderten ideellen Bezugsrahmen, neue Legitimität und eine legale Basis erhalten.
- Die Flüchtlingsdebatten wären mit einem Federstrich vom Verhandlungstisch. Entsprechend dem Geschichts- und Identitätsverständnis der Rechten stünde ein „jüdischer Staat“ nicht in der Pflicht, nichtjüdische Rückkehrer aufzunehmen oder zu entschädigen.
- Jerusalem würde, als ungeteilte Hauptstadt Israels, in allen Stadtteilen seinen jüdischen Charakter ausbauen (der entsprechende Prozess gewinnt zunehmend an Geschwindigkeit), die arabischen Ost-Jerusalemiten würden weiter marginalisiert werden, die Stadt verlöre relativ schnell ihren multinationalen (und multireligiösen) Charakter.
- Sollten Verhandlungen über Kompromissregelungen für ein bis zwei Jahrzehnte erfolgreich hintertrieben und weitere „vollendete Tatsachen“ in der Westbank geschaffen werden, so könnte auch eine rechtslastige Ausprägung der „Einstaatenlösung“ historische Realität werden.

Das Prinzip Hoffnung: Eine durch die Weltorganisation zu veranlassende demokratische Kompromissregelung auf der Basis des Völkerrechts und der UN-Beschlüsse, zusätzlich ausgehandelt in einem internationalen Rahmen zwischen zwei souveränen Regierungen, ließe entgegen allen o. g. Befürchtungen den Weg offen für die gegenseitige vertragliche Anerkennung zweier Staaten - des Jüdischen Staates Israel (mit einer relativ großen arabischen Minderheit) und des Arabischen Staates Palästina (mit einer beträchtlichen jüdischen Minorität). Wirtschaft, Umwelt, Wasser, Sicherheitspolitik, kulturelle Zusammenarbeit u. a. Fragen, insbesondere jedoch auch die Existenz von Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze, könnten Bindeglieder zwischen den Staaten sein. Minderheiten ohne demokratische Rechte dagegen würden sehr schnell zu Zankäpfeln bzw. zu zusätzlichem Konfliktstoff werden. Die Geschichte ist offen.

Zunächst wird die israelische Regierung wie bisher auf Zeitgewinn setzen und Verhandlungen zu vermeiden suchen, geleitet eventuell auch durch die Hoffnung auf einen künftigen konservativen US-Präsidenten. Sie wird weitere Anstrengungen unternehmen, in der Westbank und in Ostjerusalem zu siedeln, die Kontrolle über das Westjordangebiet und die Abriegelung des Gazastreifens fortzusetzen, die Flüchtlingsfrage von Israel fernzuhalten und die demokratischen Rechte der arabischen Minderheit im eigenen Land einzuzengen. Der vergiftete Teufelskreis im Nahostkonflikt - so die Gefahr - könnte erneut militant aufbrechen und neue Kriege, Grenzwischenfälle, Strafaktionen oder Geiselnahmen gebären; aus Enttäuschung und Verzweiflung könnte die dritte Intifada erwachsen. Das Prinzip Hoffnung hat, nach Offenlegung der Agenda der israelischen Regierung, offensichtlich nur geringe Chancen im Nahen Osten.

Konteraktionen - wirksam oder kontraproduktiv?

Die Reden und Gespräche Benjamin Netanjahus in den USA, das Werben um die Konservativen, die Mobilisierung der pro-israelischen Lobby (AIPAC) und die unverhüllte Druckausübung auf Präsident Obama bildeten einen Höhepunkt im Bemühen, den diplomatischen September-Tsunami für Israel zu neutralisieren. Das Spektrum der Konterstrategien freilich ist bedeutend breiter:

- Bereits im März 2011 informierte die israelische Regierung die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates und die wichtigsten EU-Staaten darüber, dass Israel „eine Serie unilateraler Schritte“ einleiten werde, sollte die PA weiterhin die Anerkennung des Staates Palästina durch die UNO betreiben.
- Zu den „unilateralen Antworten“ sollte nach Auffassung rechter politischer Kräfte u. a. gehören, das Westjordangebiet israelischem Recht zu unterstellen oder die Siedlungsblöcke zu annektieren. Als Antwort auf eine Terrorat-tacke in der Westbanksiedlung Itamar forcierte Israel den Siedlungsbau.
- Als anlässlich des diesjährigen Nakba-Tages, am 15. Mai, Bewohner palästinensischer Flüchtlingslager im Libanon an der Grenze demonstrierten, meinte die israelische Armee, Macht und Abschreckung unter Beweis stellen zu müssen - nicht zuletzt auch mit Blick auf die „Gefahren des Herbstes“. „Die israelischen Soldaten setzten gegen libanesische Demonstranten unverhältnismäßig Gewalt ein“, heißt es in einem Bericht des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon. „Sie schossen mit scharfer Munition und



töteten sieben bzw. verwundeten 111 der Demonstrierenden“ (HA, 6.7.2011, S. 1).

→ Außenminister Avigdor Lieberman wollte seinem Regierungschef nicht nachstehen. Eine aktive Reisediplomatie führte ihn in zahlreiche Länder des Erdballs. Der für die EU-Außenpolitik zuständigen Catherine Ashton gegenüber betonte Lieberman am 17. Juni, sein Land werde alle Abkommen mit den Palästinensern, einschließlich der Oslo-Vereinbarungen, aufkündigen, sollte die palästinensische Autonomiebehörde den Alleingang zur UNO nicht aufgeben oder die Vollversammlung einen Israel unfreundlichen Beschluss fassen (HA, 19.6.2011, S. 2).

Stimmungslagen in der israelischen Bevölkerung

Seit April 2011 widmen sich die innenpolitischen Debatten in Israel zunehmend der angekündigten Ausrufung des Palästinastaates bzw. den zu erwartenden internationalen Reaktionen. Der September 2011 wurde zu einer „magischen Deadline“ (JP, 10.6.2011, S. 13). Publizistische Analysen und Kommentare, Meinungsumfragen, Friedensinitiativen und Kundgebungen widerspiegeln die aktuelle politische Verfasstheit der israelischen Gesellschaft; sie legen Zeugnis ab von der Diversität der Haltungen und Positionen zur Palästinenserfrage.

Kontrovers wurden zunächst die Nahostreden des US-Präsidenten kommentiert. Mehrheitlich begrüßt wurde dessen Ablehnung der einseitigen Ausrufung eines palästinensischen Staates bzw. seine Auffassung, die Zweistaatenlösung könne einzig durch israelisch-palästinensische Verhandlungen zustande kommen. Damit – so der HA-Journalist Gideon Levy – könne sich Netanjahu zurücklehnen und entspannen (HA, 20.5.2011, S. 1). Der israelische Premier jedoch zeigte sich keineswegs begeistert oder entspannt, hatte Obama doch davon gesprochen, dass die Grenzen zwischen Israel und Palästina auf den Linien von 1967, einvernehmlichen Gebietsaustausch inbegriffen, beruhen müssten. Netanjahus Reaktion und die standing ovations im Kongress während seiner Rede werteten israelische Analysten nicht selten als kontraproduktiv. Der Politologe Shlomo Avineri, langjähriger Generaldirektor im israelischen Außenministerium, meinte: „Wenn die palästinensische Initiative zur Ausrufung eines unabhängigen Staates in der UNO noch irgendeine Ermutigung gebraucht hat, dann erhielt sie diese durch den israelischen Ministerpräsidenten.“ Die Liste der No's habe die internationale Gemeinschaft davon überzeugt, dass nur eine einseitige palästinensische Aktion den anhaltenden Stillstand und die Verhandlungsabstinenz überwinden könne (HA, 29.5.2011, S. 1B).

Meinungsumfragen des israelischen Dialog-Instituts ergaben, dass die propagandistische Offensive der Regierung innenpolitisch sehr wohl Resultate erbrachte. 47 Prozent der israelischen Bürger werteten die USA-Reise ihres Premiers als Erfolg; nur 10 Prozent schätzten sie als Fehlschlag ein. Netanjahus Popularität, die während der ersten Monate 2011 deutlich gesunken war, stieg innerhalb von fünf Wochen von 38 Prozent auf 51 Prozent (HA, 26.5.2011, S. 1). Wären unmittelbar nach Netanjahus USA-Reise Wahlen abgehalten worden, hätte der Likud seine Fraktionsstärke um vier Sitze erweitern können (JP, 26.5.2011, S. 3).

Befragungen, die das Israel Democracy Institute nach Benjamin Netanjahus USA-Reise bzw. seinen Reden in Wa-

shington und New York Ende Mai 2011 in Auftrag gab, zeigen ein differenziertes Bild: Der Prozentsatz der jüdischen Bürger Israels, die eine Ausrufung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 erwarten, stieg von 64 Prozent vor Netanjahus Reise auf nunmehr 75 Prozent; 71 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass eine Mehrheit der UN-Vollversammlung den Staat anerkennen werde; 65 Prozent glauben, dass diese Entwicklung israelischen Interessen schade; 74 Prozent erwarten einen erhöhten Druck auf Israel, einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen. 68,9 Prozent der jüdischen und 62,1 Prozent der arabischen Befragten halten den Ausbruch einer dritten Intifada für wahrscheinlich bzw. sehr wahrscheinlich (Ephraim Ya'ar/Tamar Hermann: After Prime Minister Netanyahu's May 2011 Visit to the U.S., May 2011 Peace Index #2).

Eine etwa zeitgleich durchgeführte Umfrage des Dahaf-Instituts ergab, dass 77 Prozent der jüdischen Israelis nicht bereit seien, zu den Grenzen vor 1967 zurückzukehren, selbst wenn dies zu Friedensabkommen mit arabischen Staaten führen würde; 85% äußerten die Meinung, Jerusalem müsse vereinigt und unter israelischer Hoheit bleiben (JP, 9.6.2011, S. 3).

Die israelische Rechte reagierte – wie bereits dargestellt – mit Ablehnung und Annexions-Forderungen auf die Absicht der Palästinenser, einen eigenen Staat auszurufen und in der UNO zur Abstimmung zu stellen: Minister Uzi Landau (Likud) erklärte z. B., er werde seiner Regierung vorschlagen, das Jordantal und die Gebiete in „Judäa und Samaria“, in denen es eine Vielzahl jüdischer Siedlungen gibt, zu annektieren. Arie Eldad (Ichud Le'umi) kehrte gar zum politischen Mantra israelischer Politiker der 1970er Jahre zurück, indem er erklärte, es gäbe bereits einen palästinensischen Staat – nämlich Jordanien (JP, 25.5.2011, S. 3; JP, 29.5.2011, S. 3). Siedlervertreter, so beispielsweise Dani Dajan, Vorsitzender des Jesha (Siedler)-Rates, kritisierten Netanjahus Reden in den USA als „völlig inakzeptabel“ und als „einen signifikanten Schritt rückwärts“ (JP, 25.5.2011, S. 2).

Die parlamentarische Opposition reagierte verhalten. Tzipi Livni, Vorsitzende von Kadima, griff Netanjahu im Parlament zwar an („Reden im amerikanischen Kongress in perfektem Englisch und mit amerikanischem Akzent sind nicht die Hauptsache; sie werden den Tsunami nicht verhindern“), verwies jedoch zugleich darauf, dass sie wiederholt ihre Unterstützung für eine Umbildung der Regierungskoalition angeboten habe, sollte diese Maßnahme erforderlich sein, auf amerikanische Vorschläge einzugehen. Netanjahu freilich dürfte kaum auf die Offerte zurückkommen, wolle er doch die nächsten Knessetwahlen auf der Grundlage seiner rechten Grundsätze bestreiten (HA, Haschavua, 20.5.2011, S. 3).

Isaak Herzog, einer der Kandidaten für die neue Führung der Arbeitspartei, sprach sich für die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die UNO unter der Bedingung aus, dass Verhandlungen über endgültige Grenzen stattfinden würden. Die Vereinbarung zwischen PA und Hamas bedeute, dass derartige Gespräche nicht zwischen drei, sondern zwei Staaten geführt werden könnten (JP, 29.4.2011, S. 6).

Die israelische Öffentlichkeit war in den letzten Wochen stärker mit der Preisverdopplung für Milchprodukte (Cottage-Cheese-Facebook-Initiative) und andere soziale Existenzfragen beschäftigt, denn mit dem September-Tsunami.

Die Friedensinitiativen namhafter Persönlichkeiten des öf-



fentlichen Lebens, die sich durch realistisches Denken, strategische Weitsicht und Insistieren auf demokratischen Grundlagen auszeichneten, erzielten zumindest kein vergleichbares Echo. Sie stehen dennoch für die innere Würde und äußere Reputation Israels. Der Rat für Frieden und Sicherheit, dem mehrere Hundert Offiziere angehören, sprach sich z. B. Ende März 2011, gemeinsam mit der Genfer Initiative, dafür aus, die politischen Umwälzungen in den arabischen Staaten als Chance für Israel zu begreifen und den politischen Stillstand (in den Verhandlungen mit den Palästinensern) zu überwinden (HA, 29.3.2011, S. 3).

Eine weitere Friedensinitiative wurde am 6. April 2011 auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv vorgestellt, getragen von 40 namhaften Militärs und Wirtschaftsmanagern. Die Initiatoren zitierten die arabische Friedensinitiative von 2002 und forderten die Knessetmitglieder sowie einflussreiche Persönlichkeiten des militärischen, politischen und wirtschaftlichen Establishments auf, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, der Bildung eines palästinensischen Staates im Gazastreifen und nahezu dem gesamten Westjordangebiet, einschließlich Ostjerusalems, zuzustimmen (HA, 6.4.2011, S. 1).

Am 6. Mai veröffentlichten mehr als 100 namhafte israelische Persönlichkeiten, unter ihnen 27 Israel-Preisträger, eine neue „Unabhängigkeitserklärung“ („Declaration of Independence from the Occupation“). In ihr begrüßten sie die palästinensischen Unabhängigkeitsbestrebungen und sprachen sich für ein Ende der Okkupation und die Zweistaatenlösung aus (HA, 6.5.2011, S. 2). Zwei Wochen später folgte ein weiterer Aufruf mit der Forderung, den palästinensischen Staat auf Grundlage der Grenzen vom 4. Juni 1967 anzuerkennen, unterzeichnet von annähernd zwei Dutzend Generälen und anderen hochrangigen Offiziere sowie durch zahlreiche namhafte Diplomaten, Politiker, Schriftsteller und Künstler, u. a. Amos Oz, Joram Kaniuk, Sami Michael, Hanna Maron und Jehoshua Sobol (HA, 18.5.2011, S. 3). Zu den Unterzeichnern beider Erklärungen gehörte auch Jehuda Bauer, einer der bedeutendsten Holocaust-Forscher Israels.

Die israelischen Unternehmer und Banker teilen nicht unbedingt die Aufgeregtheit und Panikmache einiger Politiker und Journalisten. Auf einer Konferenz über „Sicherheit und Investitionen“ am 19. Juni 2011 räumten sie zwar ein, dass sich die israelischen Börsenkurse und generell die Finanztransaktionen in starkem Maße durch „schlechte Nachrichten, sei es von der Heimatfront in Israel, sei es aus dem globalen makroökonomischen Umfeld“ leiten ließen und der Markt z. Z. zu sehr auf „die schlechten September-Nachrichten und die Ausrufung des palästinensischen Staates“ fixiert sei. Sobald die Investoren jedoch feststellen würden, dass sich die Erde weiter drehe, sei mit einer deutlichen Belebung des Marktes bzw. mit einem neuen Aufschwung zu rechnen. Das besage zumindest die Erfahrung des Jahres 2005, d. h. die Reaktion auf die einseitige Räumung des Gazastreifens (HA, 20.6.2011, S. 12).

Und wie reagiert die israelische Linke? Israelische Demokraten, links und im Zentrum des politischen Spektrums angesiedelt, nutzten den israelischen Unabhängigkeitstag 2011 bzw. den 44. Jahrestag des Beginns des Junikrieges 1967, um am 4. Juni auf einer großen Demonstration in Tel Aviv (ca. 10 000 Teilnehmer) die Etablierung des palästinensischen Staates zu fordern. Für sie sei die Formel „Zwei Staaten für zwei Völker“ kein Lippenbekenntnis, sondern Grundlage für einen stabilen Frieden in der Region. Ein palästinensischer

Staat sei im vitalen Interesse Israels. Die unter der Losung „Netanjahu sagt NEIN – wir sagen Ja zu einem palästinensischen Staat“ stehende Kundgebung vereinte Knessetmitglieder von Chadasch, Meretz, Arbeitspartei und sogar Kadima. Zehava Galon, die neue Fraktionsvorsitzende von Meretz im Parlament, nannte den israelischen Premierminister einen „gefährlichen Extremisten“; er lehne den Frieden ab und führe Israel in die internationale Isolierung.

Aus der Vielzahl linker Initiativen seien – exemplarisch – zwei herausgegriffen: Die Frauenorganisation der Kommunistischen Partei Israels, TANDI, startete – gemeinsam mit der PWWCU (Palestinian Working Women Committees Union) – eine öffentliche Kampagne zur Anerkennung des „unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates in den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt“.

Das Mossawa Center, eine zivilgesellschaftliche Organisation palästinensischer Staatsbürger Israels, unterstützte prinzipiell Verhandlungen auf Basis der Vorschläge Obamas. Sollten im Rahmen eines „eilvernehmlich vereinbarten Gebietsaustauschs“ dagegen auch arabisch besiedelte Gebiete Israels ins Kalkül gezogen werden, sei es unabdingbar, gewählte Vertreter der arabischen Minderheit Israels in die Kompromissgespräche einzubeziehen (The Mossawa's Center Statement on Recent Remarks by President Obama and Prime Minister Netanyahu, Veröffentlichung des Mossawa Center, 26. Mai 2011, S. 1).

Entscheidungsfindung, Handlungsoptionen, Gestaltungsszenarien

Noch suchen viele Politiker weltweit nach Verzögerungstaktiken, Kompromissen oder konkreten Gestaltungsszenarien, wie im September – und darüber hinaus – mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt umzugehen sei. Viele Vorentscheidungen hinsichtlich der Inhalte wie des Procedere sind noch offen. Das sich dem Beobachter bietende Bild ist freilich betrüblich negativ gefärbt: Im internationalen Tauziehen spielen auch diesmal politische Moral, demokratisches Bewusstsein oder die Satzungen des Völkerrechts eine nur untergeordnete Rolle. Eindeutig bestimmend wirken Macht, Interessen, Obstruktionspolitik, Allianzen, verbale Heuchelei. Sollte der palästinensische Antrag der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt werden, wird die Abstimmung zumindest erweisen, welche Staaten der internationalen Gemeinschaft an der ausgleichenden, ordnenden und konflikt-dämpfenden Wirkung des Völkerrechts interessiert sind. Auf dem Spiel stehen – neben Entscheidungen über Zementierung oder produktive Bearbeitung des israelischen-palästinensischen Konflikts – die Achtung und das Prestige der Weltorganisation.

Als hauptsächliche Handlungsoptionen bzw. Gestaltungsszenarien der global players in der Palästinenserfrage seien benannt – nicht als realistische Voraussage, sondern einzig als Skizze der Möglichkeiten:

1. Die Positiv- oder Völkerrechts-Option entlang der Festlegungen und Beschlüsse der Weltorganisation: Positiv sowohl für die Palästinenser als auch für die Staaten der Region, für die internationale Gemeinschaft und nicht zuletzt für die israelische Bevölkerung. Ihre Verwirklichung setzt voraus, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittel-Mehrheit den Staat Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 (mit Verweis auf möglichen Gebietsaustausch) als Vollmitglied in ihre Reihen aufnimmt und damit das



Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in Form eines Nationalstaats erneut anerkennt.

Eine entsprechende Entscheidung der UNO hätte keine unmittelbar rechtliche Bindung oder Realisierungschance. Sie wäre international bestenfalls politisch-moralisch eintragbar. Zudem würde sie aller Voraussicht nach keine Veränderung der Realitäten in Westbank und Gaza nach sich ziehen, da die israelische Regierung sie, wie viele UN-Resolutionen zum Nahostkonflikt, voraussichtlich ignorieren würde.

Dennoch birgt die internationale Anerkennung des Staates Palästina in sich die Chance, den Bewohnern des Westjordanlands und des Gazastreifens eine neue Lebensrealität zu schaffen:

- Die politische und kulturelle Ausgestaltung des Staates, möglichst in demokratischen Bahnen, könnte forciert werden. Das beträfe insbesondere die Durchführung von Wahlen zur palästinensischen Legislative bzw. zum Amt des Präsidenten. Der Demokratisierungsprozess könnte die Kraft gewinnen, den radikalen Flügel der Hamas zu isolieren, moderate Hamas-Führer und -Anhänger in den Prozess des state building einzubeziehen und damit das religiös-politische Schisma zu überwinden.
- Die wirtschaftliche Konsolidierung und die Erhöhung der Lebensqualität würden einen festen staatlichen Rahmen erhalten. Internationale Wirtschaftshilfen könnten effektiver als bisher kontrolliert und zu einem „Marshall Plan for Palestine“ gebündelt werden. Das achtbare intellektuelle und professionelle Potenzial der Palästinenser könnte wesentlich besser entwickelt und genutzt werden als unter den Bedingungen der Besatzung, der Abriegelung bzw. der Bevormundung.
- Zwischen den Regierungen Israels und Palästinas könnten ohne Zeitdruck Verhandlungen über alle anstehenden Probleme aufgenommen werden. Nationalstaatlich formal annähernd ebenbürtig und auf „Augenhöhe“ verhandelnd, könnte der stärkere Kontrahent dem schwächeren kein Diktat aufzwingen. Zwischenstaatliche Verhandlungsstufen könnten sich, eventuell unter dem Schirm des Nahostquartetts, auf folgende Problemfälle konzentrieren:
 - Erster Schritt: Grenzziehung, Gebietsaustausch, Sicherheitsvereinbarungen, Beendigung der Siedlungstätigkeit, internationale Garantien;
 - Zweiter Schritt: Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wassernutzung, Umweltschutz bzw. gemeinsame entsprechende Projekte;
 - Dritter Schritt: Vereinbarungen über Jerusalem als kommunalpolitisch einheitlicher Metropole und gleichzeitig Hauptstadt zweier Staaten, inklusive Sonderregelungen für die Altstadt (z. B. durch Einbeziehung der betreffenden Religionsgemeinschaften);
 - Vierter Schritt: Einvernehmliche Kompromisse für das palästinensische Flüchtlingsproblem und das Schicksal jüdischer Siedlungen und Siedler.

Für alle benannten Verhandlungsfragen existieren durch Politiker und Wissenschaftler erarbeitete gedankliche Kompromissformeln. Die Bewohner Israels würden – im Gegenzug – von möglichen Vereinbarungen umfassend profitieren:

- Die Ausrufung des Staates Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 enthielte erstmals völkerrechtlich gültig die Anerkennung des israelischen Staatsterritoriums innerhalb der „Grünen Linie“, d. h. in 78 Prozent des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina.

→ Die politische Konsolidierung und Demokratisierung des Palästinenserstaates (verbunden mit Garantien, möglicherweise Stationierung internationaler Friedenstruppen in allergischen Grenzzonen), sowie die Neutralisierung militant-islamistischer Kräfte würden die Sicherheit Israels wesentlich erhöhen.

→ Die israelische Wirtschaft könnte allseitig von der zu erwartenden „Friedensdividende“ profitieren. Dazu könnten gehören: Die Aufwertung als lukratives Investment-Land, die Dominanz auf dem nah- und mittelöstlichen Markt, größere Rüstungseinsparungen (die Verteidigungsausgaben betragen 2010 über 13 Mrd. US-Dollar), die Umleitung von Geldern für den Siedlungsbau in Entwicklungsprojekte des Negev oder Galiläas und die Belebung aller devisa-relevanten Wirtschaftsbereiche (Export, Tourismus u. a.).

→ Israel würde mit einer kühnen Entscheidung nicht nur seine internationale Isolierung durchbrechen, sondern auch das Negativbild einer Besatzungsmacht abschütteln. Es könnte sich als „jüdischer und demokratischer Staat“ produktiv in das Bemühen um einen neuen Nahen Osten einbringen. Als politisch moderate, wirtschaftlich potente, militärisch starke und kulturell bzw. wissenschaftlich kooperative Macht würde Israel ohne Zweifel ein fester Platz in der nahöstlichen Staatenwelt zuwachsen. Nicht nur in der Region, sondern weit darüber hinaus würden antiisraelische Stimmungen und antisemitische Erscheinungen (u. a. „islamischer Antisemitismus“) deutlich zurückgedrängt werden und abklingen.

Die Positivoption wird sich nicht im Selbstlauf durchsetzen. Sie bedürfte Weitsicht, Gestaltungskraft und einer neuen Kultur internationaler bzw. bilateraler Beziehungen, darüber hinaus eines klugen Konfliktmanagements und hoher Diplomatie. Ob israelische bzw. palästinensische Politiker über diese Befähigung verfügen und ob sie ihre jeweilige Staatsbevölkerung hinter sich zu formieren vermögen, ist schwer zu beantworten. Zumindest die nationalistische Manipulierung beider Gesellschaften stünde dagegen. Die israelische Führung müsste zudem latent mit einem „Aufstand der Siedler“, die PA mit dem Ausbruch der dritten Intifada rechnen, sollten schnelle überzeugende Schritte nicht greifen.

2. Die Negativ- oder Verhinderungsoption – Verweigerung, Verzögerung oder Verwässerung der UN-Entscheidung – bleibt auf der Tagesordnung. Noch setzt die israelische Regierung ihre vielfältigen Beziehungen dafür ein, die Entscheidung der UNO zu verhindern oder abzumildern. Zudem haben international bedeutsame Staaten – die USA, Kanada, Deutschland, Italien u. a. – ihre Verweigerungsposition bekundet. Ihre aktive militärische bzw. diplomatische Positionierung für „demokratische Aufstände“ in der Region, z. B. in Libyen oder Syrien, steht in einem merkwürdigen Widerspruch zum Abblocken der demokratischen Regelung des Palästinenserproblems.

3. Zwischen Völkerrechts- und Verhinderungsoption existiert ein weites Feld von gedanklichen Kompromiss-Szenarien. Ihr gemeinsames Anliegen richtet sich darauf, einen „einseitigen“ Beschluss der Weltorganisation zu verhindern und stattdessen die nahöstlichen Kontrahenten an den Verhandlungstisch zurückzubringen – auf der Grundlage eines durch internationale Akteure vorgegebenen Programms. Derartige Nahost-Initiativen haben z. Z. Konjunktur.

Aber alle derartigen „Szenarien mittlerer Reichweite“, so

z. B. von Ex-Mossad-Chef Meir Dagan, EU-Kommissarin Catherine Ashton oder dem französischen Außenminister Alain Juppé, scheiterten bisher an der generellen Kompromissresistenz der israelischen Regierung und an der palästinensischen Rahmensetzung für jedes sinnvolle bilaterale Verhandeln: Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967 als Voraussetzung für die Kompromissuche und Stopp des Siedlungsbaus. In den politischen Grundpositionen sind beide Seiten derart weit voneinander entfernt, dass kaum Berührungsflächen existieren, d. h. selbst für Verfahrenskompromisse keine Chancen bestehen.

Im Herbst wird in der UNO, so das palästinensische Thema auf die Tagesordnung gesetzt wird, weder der Nahostkonflikt generell erörtert noch das Palästinenserproblem „gelöst“ werden. Bestenfalls wird der Widerspruch zwischen einer Befreiungsorganisation und einem Staat in einen Staatenkonflikt transformiert. Alle Weiterungen sind offen. Und dennoch: „Selbst wenn eine kreative und mutige Antwort [der UN-Vollversammlung] auf die palästinensische Initiative den Konflikt nicht beenden sollte, wird sie ihn zumindest verregelbarer machen“ (IHT, 25./26.6.2011, S. 8).

Tagung des Zentralkomitees der Irakischen Kommunistischen Partei

*Kommuniqué vom 20. Mai 2011 (Auszüge);
Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger*

Das Zentralkomitee der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) trat am Freitag, dem 20. Mai 2011, zu einer turnusmäßigen Tagung zusammen. Sie begann mit einer Schweigeminute zum Gedenken an die verstorbenen Mitglieder und Sympathisanten der Partei sowie patriotischer und demokratischer Organisationen. Die Tagung erörterte die Tätigkeit der Partei, ihrer Führungsorgane, Komitees und Organisationen seit der letzten Zusammenkunft des ZK im November 2010. Es hob die Erfolge in dieser Zeit hervor, zeigte Mängel auf und wies Wege zu ihrer Beseitigung. Sie fasste dazu eine Reihe Beschlüsse und legte die Aufgaben der Partei in der nächsten Zeit bei der Aktivierung ihrer Rolle, der Weiterentwicklung ihrer Tätigkeit und der Entwicklung ihres Verhältnisses zu den Massen zur Aufnahme und Verteidigung ihrer Forderungen fest.

Die Tagung befasste sich mit den Vorbereitungen auf den neunten Parteitag und traf Maßnahmen, um sicherzustellen, dass dieser ein erfolgreicher Höhepunkt in der Tätigkeit der Partei und ihrer Organisationen wird. Sie beschloss, eine öffentliche Diskussion über die Entwürfe der Dokumente des Kongresses zu beginnen, in deren Verlauf diese von den Mitgliedern und Sympathisanten der Partei, von Fachleuten und Wissenschaftlern, irakischen Demokraten und Patrioten sowie vom ganzen Volk geprüft und bereichert werden sollen.

Die Tagung diskutierte ausführlich die politische Entwicklung in dem genannten Zeitraum. Sie befasste sich mit verschiedenen Aspekten der Krise des Systems der Machtteilung nach religiösen und ethnischen Kriterien und deren negativen Auswirkungen auf die verschiedenen Lebensbereiche.

Die Tagung stellte fest, dass unser Land eine extrem komplexe und schwierige Zeit durchläuft, in der zahlreiche innere und äußere Faktoren aufeinander einwirken. Sie wies darauf hin, dass in dem anhaltenden intensiven Kampf um die Zukunft Iraks und die Form des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems des Staates viele Möglichkeiten offen bleiben. Diese hängen von der Fähigkeit der Volksmassen ab, seine Bewegung aufrechtzuerhalten, den Druck zu verstärken, das Land aus der gegenwärtigen Krise herauszuführen und Chancen für eine wirklich demokratische Entwicklung und für den Wiederaufbau zu schaffen.

Über acht Jahre seit dem Sturz des früheren Regimes streben unser Volk, seine demokratischen und patriotischen Kräfte immer noch danach, eine nationale demokratische Alternative und einen Bürgerstaat aufzubauen. Besonders in den letzten Monaten hat unser Land mehrere Krisen erlebt, die mit der Verschärfung der Spannungen und der Vertiefung der Auseinandersetzungen innerhalb des Regimes zusammenhängen. Diese vollzogen sich gleichzeitig mit den erfrischenden, auf Veränderung gerichteten revolutionären Stürmen in der Region zu Beginn dieses Jahres, die sich auf die inneren Faktoren unseres Landes ausgewirkt, zu Protestbewegungen und Demonstrationen angeregt haben. Auch hier sind die Massen – wie bereits seit dem Sommer letzten Jahres – auf die Straße gegangen, um ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und ihre gerechten Forderungen zu stellen.

Die Vertiefung der Krise des Systems der Machtteilung

Dies alles geschieht zu einer Zeit, da die Krise des Regimes sich vertieft und die politische Macht, die auf einer Teilung nach religiösen und ethnischen Kriterien beruht, sich unfähig zeigt, die Probleme des Landes anzupacken und Irak auf den richtigen Weg zu führen. Dazu kommen das Fehlen von kurz- und langfristigen Visionen und Strategien sowie eine große Unausgewogenheit bei der Anwendung des Prinzips, die richtige Person an den richtigen Platz zu stellen. Das hat dazu geführt, dass engagierte, kompetente und patriotische Persönlichkeiten ausgegrenzt wurden, die Korruption sich ausbreitet, dass sich der Staat mit seinen Institutionen und seinem Verwaltungsapparat immer mehr auswächst. Zugleich fehlt der Wille zu gemeinsamer Arbeit, schrumpfen die Räume für kollektives Handeln und Kooperation, zeigen sich zunehmend Individualismus, einander überschneidende Befugnisse und Widersprüche zwischen Gesetzen und Ausführungsbestimmungen. All das führt zu Problemen, die die Spannungen und die Krise weiter vertiefen. Die staatlichen Institutionen sind weitgehend lahmgelegt und haben die Fähigkeit eingebüßt, ihre Funktionen zu erfüllen. Dazu kommt, dass die politischen Blöcke nicht in der Lage sind, die Versprechen einzulösen, die sie ihren Wählern vor den Wahlen vom März 2010 gemacht haben.

Die Krise der Regierung und ihre Erscheinungsformen

Die geschilderte Situation zeigt sich auch in der anhaltenden und sich sogar verschärfenden Krise der Regierung, die nach den Wahlen gebildet wurde. Sie ist an der zunehmenden Kompliziertheit der politischen Lage insgesamt zu erkennen. Das kommt in Folgendem zum Ausdruck:

→ in der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Koalitionspartnern und den einflussreichen politischen



Blöcken sowie der Situation in diesen Blöcken selbst. Diese waren erst neun Monate nach der Wahl überhaupt in der Lage, durch einen „Partnerschafts-Deal“ eine Regierung zu bilden;

- in der Unfähigkeit, die Regierungsbildung abzuschließen, weil kein Konsens über die Besetzung freier Ministerposten im Sicherheitsbereich erzielt werden konnte. Dies zu einer Zeit, da unser Land mit sehr ernststen Sicherheitsproblemen konfrontiert ist und die Vollendung des Abzugs der US-Truppen bis Ende dieses Jahres gewährleisten muss;
 - in dem anhaltend gespannten Verhältnis zwischen den einflussreichen politischen Blöcken mit ständigen gegenseitigen Vorwürfen;
 - in den Streitigkeiten zwischen den Blöcken und in ihnen selbst über die Anzahl der Vizepräsidenten des Landes und ihre Ernennung;
 - in der sehr trägen Arbeit der Regierung, ihrer wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Institutionen.
- Im Ergebnis und unter dem Einfluss der Leiden des Volkes, besonders der Jugend, unter der schlechten Regierungstätigkeit, der Politik der Machtteilung nach religiösen und ethnischen Kriterien, der wuchernden Korruption, der ständigen Verschlechterung der Dienstleistungen und anderer Aspekte des täglichen Lebens, der anhaltenden Terrorakte und gesellschaftlichen Instabilität, aber auch unter dem Einfluss der Welle von Volksaufständen in der ganzen Region haben die Massenproteste zugenommen und sich auf das ganze Land ausgedehnt. Die Losungen und Forderungen dieser Proteste sind eine Reform des politischen Systems, das Abgehen vom Prinzip der Machtteilung nach religiösen und ethnischen Kriterien, die Bekämpfung von Korruption und Arbeitslosigkeit, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes, zur Eindämmung der Preissteigerungen, zur Lösung der Probleme bei den öffentlichen Dienstleistungen, vor allem was die Lebensmittelrationierung, die Versorgung mit Strom und Trinkwasser, gesundheitliche Betreuung, Schulen, Benzinversorgung, die Wohnungskrise und die Misswirtschaft in allen Bereichen betrifft. Die Protestierenden haben auch eine Verbesserung der Sicherheitslage, die Durchsetzung der von der Verfassung garantierten Freiheiten und Menschenrechte gefordert.

Diese Forderungen hat die Protestbewegung in allen Teilen des Irak gestellt. Unter dem Druck der Straße hat die Regierung ein „Reformpapier“ angenommen und festgelegt, dieses binnen 100 Tagen umzusetzen.

Kein wirtschaftlicher Fortschritt ohne eine strategische Vision

Die herrschende Gruppe setzt große Hoffnung auf eine Steigerung der Öleinnahmen durch erhöhte Produktion und Export, durch die Unterzeichnung weiterer Verträge, die Investitionen ins Land bringen sollen, oder auch durch die steigenden Ölpreise auf dem Weltmarkt. Damit sollen zusätzliche Mittel zur Lösung der Probleme bei den Lebensbedingungen, den Dienstleistungen und in anderen dringenden Fragen beschafft werden. Dies geschieht zu einer Zeit, da dem Land eine umfassende Strategie für den Einsatz dieser Finanzeinnahmen fehlt. Kann die Regierung auf diese Weise die Mittel in die erforderlichen Bereiche lenken? Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren, da kein wirkliches Haushaltsdefizit bestand, zeigten, dass diese Einnahmen we-

gen Misswirtschaft und wuchernder Korruption nicht wie notwendig eingesetzt wurden. (Zur Information: Irak hat allein im März 2011 aus Ölverkäufen 7,167 Mrd. US-\$ eingenommen. Diese Zahl stieg im April 2011 auf 7,4 Mrd. \$.)

Hinzu kommt, dass die Regierung nach wie vor keinen konkreten Plan für die Entwicklung der produktiven Bereiche, insbesondere von Landwirtschaft und Industrie, besitzt.

Acht Jahre nach dem Ende des alten Regimes liegen keine einheitlichen Vorstellungen, Strategien und politischen Maßnahmen des Staates im Bereich von Entwicklung, von Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie zur Rolle des Staates in der Wirtschaft vor. Diese Tatsache, dazu die Überflutung des Marktes mit billigen Waren von schlechter Qualität hat dazu geführt, dass die Produktionskapazitäten der einheimischen Industrie und Landwirtschaft immer weiter schrumpfen, dass der abhängige Charakter der irakischen Wirtschaft anhält und sich weiter verschlimmert.

Wirksame Maßnahmen gegen die Korruption sind notwendig

Wenn man heute ernsthaft davon sprechen will, nicht nur den Terrorismus und die Terroristen zu bekämpfen, sondern auch die Wirtschaft erfolgreich wieder in Gang zu bringen und zu entwickeln, dann kann man das nicht erreichen, ohne entschlossen gegen die Korruption vorzugehen, die sich im Lande in besorgniserregender Weise ausbreitet.

Es ist klar, dass die Hauptakteure der Korruption alles tun, um sich dem Zugriff der Justiz zu entziehen. Unglücklich und gefährlich aber ist, dass sie im Staatsapparat Kollaborateure finden, die ihnen ihr Treiben erleichtern, wie es kürzlich in Berichten des Parlaments festgestellt wurde.

Die Massenaktionen und die Forderungen nach einer Reform

In den letzten Monaten ist eine Welle von Sitzblockaden, Demonstrationen und anderen Protestaktionen durch alle Städte unseres Landes gerollt. Sie steht in einem engen Zusammenhang mit der komplizierten politischen Lage und den anhaltenden Leiden der Bürger im Hinblick auf ihre Lebensbedingungen und die öffentlichen Dienstleistungen seit April 2003. Sie leiden unter verbreiteter Arbeitslosigkeit, den immer knapper werdenden Lebensmittelrationen, hohen Preisen, der Inflation, die die Erhöhungen bei den Löhnen und Gehältern der Arbeiter, Angestellten und aller Werktätigen auffrisst, der akuten Knappheit bei Strom, Trinkwasser und Benzin sowie der verbreiteten Korruption. Dazu kommen Maßnahmen zur Beschneidung der öffentlichen Freiheiten, zum Abbau der demokratischen Möglichkeiten und zur Knebelung des Volkes, was eindeutig eine Verletzung der Verfassung darstellt.

Irak ist natürlich nicht isoliert von den Vorgängen in anderen Ländern der Region, wenn auch konkrete Züge und Einzelheiten sich unterscheiden. Der Sturm der Veränderung hat auch unser Volk dazu bewegt, Furcht und Zweifel zu überwinden und auf die Straße zu gehen. Besonders hervorzuheben ist der Beitrag junger Menschen, die sich der modernen Kommunikationstechnologien bedienen und sie für ihre legitimen Ziele nutzen.

Das Verhalten der Regierung und ihrer Institutionen, ihre Behandlung der Protestbewegung sind eine Verletzung des in der Verfassung verbrieften Rechts auf friedliche Demonstration, der Versuch, das Volk an der Wahrnehmung dieses



Rechts zu hindern. Die Protestaktionen am 25. Februar 2011, davor und danach haben die gerechten Forderungen des Volkes klar zum Ausdruck gebracht, obwohl versucht wurde, den Charakter und die Ziele dieser Bewegung zu entstellen, sie abzuwürgen und die Teilnehmer von der Fortsetzung der Proteste abzuschrecken. Trotz Schikanen, Verhaftungen und Gewaltanwendung, die wir scharf verurteilt haben, ist das nicht gelungen. Auch heute, da die Volksmassen für ihre Forderungen auf den Straßen demonstrieren, bekräftigen wir unsere Unterstützung für ihre gerechten Forderungen. Wir verteidigen ihr Recht, diese in mündlicher und schriftlicher Form, auf Spruchbändern, durch Mahnwachen, Versammlungen und Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen. Wir verurteilen alle Maßnahmen, mit denen, unter welchen Vorwänden auch immer, die Rechte und Freiheiten des Volkes eingeschränkt werden sollen. Wir sind der Meinung, dass ein Gesetz nötig ist, das das Recht auf Demonstrationen mit demokratischen Mitteln regelt, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes schützt und die Exekutive daran hindert, diese – unter welchem Vorwand auch immer – einzuschränken oder außer Kraft zu setzen.

Verletzung der Verfassung und Einschränkung der Freiheiten

Die Bemühungen, die vorhandenen Spielräume der Demokratie einzuschränken, öffentliche und persönliche Freiheiten abzubauen, haben in der letzten Zeit zugenommen. Das zeigt sich in zahlreichen Maßnahmen zentraler und lokaler Behörden und Provinzräte.

Das Eingreifen von Regierungsbehörden in die Angelegenheiten von Gewerkschaften, Vereinen und Organisationen der Zivilgesellschaft stellt eine eindeutige Verletzung der Selbständigkeit dieser Organisationen, ihrer inneren Struktur und der Gesetze dar, auf deren Grundlage sie tätig werden. Ebenso wird das Recht ihrer Mitglieder verletzt, ihnen freiwillig beizutreten, sich in ihrem Rahmen zu organisieren, ihre Tätigkeit zu koordinieren, ihre Rechte und Interessen zu verteidigen. In diesem Zusammenhang haben wir unsere Unterstützung der jahrelangen Bemühungen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und seines Exekutivbüros zum Ausdruck gebracht, endlich ohne Einmischung der Regierung und auf der Grundlage seiner Beschlüsse und des Gewerkschaftsgesetzes freie Wahlen innerhalb der Organisation durchzuführen. Wir unterstützen weitere legitime Forderungen der Gewerkschaften, besonders die Annahme eines neuen Arbeitsgesetzes.

Die Regierung und ihre Institutionen müssen die Einmischung in die Angelegenheiten von Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften einstellen. Sie müssen aufhören, die von den Mitgliedern gewählten Führungsgremien unter Druck zu setzen und durch andere ablösen zu wollen, weil dies eine eklatante Verletzung und Verzerrung der Demokratie darstellt. Das Gegenteil ist nötig: Für die demokratische Tätigkeit von Gewerkschaften und Berufsverbänden in einem Klima der Freiheit und Demokratie müssen endlich die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, die wir seit Jahrzehnten vermissen.

Zur Situation in Kurdistan

Die Region Kurdistan ist von den Massenbewegungen in Irak und der ganzen Region nicht unberührt geblieben. Nach über zwei Monaten Demonstrationen gibt es keinerlei Anzei-

chen dafür, dass sich eine Lösung der sich vertiefenden Krise zwischen den Behörden der Region und der Opposition abzeichnet. Im Gegenteil, wir beobachten eine weitere Eskalation, eine Verhärtung der Positionen und immer weitergehende Forderungen.

Die Kommunistische Partei Kurdistans hat ein detailliertes Programm für Reformen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und anderen Bereichen vorgelegt. Die Partei erklärt ihre Unterstützung für die gerechten Forderungen des Volkes und sein natürliches Recht auf Protest. Dabei unterscheidet sie zwischen der Durchsetzung des Rechts und des Missbrauchs von Macht durch exzessive Anwendung von Gewalt. Sie ruft dazu auf, jegliche Verletzung von Gesetz und Menschenrechten einzustellen und die Forderungen des Volkes nach Gerechtigkeit, Gleichheit und Reformen zu erfüllen.

Unsere Haltung zum Reformpapier der Regierung und dem Zeitraum von 100 Tagen für dessen Durchsetzung

Das Reformpapier des Ministerpräsidenten ist in politischen Kreisen mit Interesse aufgenommen worden. In den Parlamentsdebatten und den Medien hat es gemischte Reaktionen ausgelöst. Es fällt auf, dass dieses Papier nicht als Initiative der Regierungsparteien herausgegeben wurde. Dieses Papier, der Bericht des Parlaments und die Veröffentlichungen über die Begegnung von Ministerpräsident und Parlament sind Ergebnisse der breiten, vielfältigen Volksbewegungen und der Protestaktionen der Massen im ganzen Land, die die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen gezeigt haben.

Es bleibt wichtig, dass das Volk den Druck aufrecht erhält, seine Formen verbreitert und Methoden entwickelt, um ihn auf den verschiedenen Ebenen wirken zu lassen. Volkskontrolle wird als wichtige Art des Drucks auf lokale Behörden und die entsprechenden Regierungsinstitutionen angesehen, damit diese ihre Verpflichtungen und Versprechungen erfüllen und dies von der Öffentlichkeit kontrolliert werden kann.

Der Ministerrat hat einen Zeitraum von 100 Tagen für die Umsetzung der versprochenen Reformen festgelegt. Angesichts der gegenwärtigen komplizierten Situation im Lande, in der Region und darüber hinaus ist zu erwarten, dass das Volk am Ende dieser 100 Tage (am 7. Juni 2011), da der Sommer beginnt und es immer heißer wird, die Bewegung zur Durchsetzung seiner Forderungen wiederaufnehmen wird.

Mobilisierung der Demokratischen Strömung

Die Kräfte und Persönlichkeiten der Irakischen Demokratischen Strömung haben im Berichtszeitraum ihre Tätigkeit im In- und Ausland fortgesetzt. Konferenzen der Demokratischen Strömung wurden in zwölf Provinzen abgehalten. Daran haben Tausende Mitglieder der ihr angehörenden politischen Parteien und Bewegungen, Aktivisten von Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängige Persönlichkeiten teilgenommen. Die Konferenzen haben Koordinierungsgremien gebildet und bereits vielfältige Aktionen organisiert, die in die Protestbewegungen eingeflossen sind und deren gerechte Forderungen sowie deren Recht unterstützen, diese auf friedliche und zivilisierte Weise vorzubringen.

Zugleich wird an den politischen und organisatorischen Dokumenten gearbeitet, die der Zweiten Konferenz von Kräften und Persönlichkeiten der Demokratischen Strömung vor-



gelegt werden sollen. Diese wird in Kürze einberufen werden. Alle beteiligten Kräfte, darunter unsere Partei, sind bemüht, diese Konferenz zu einem qualitativen Meilenstein bei der Mobilisierung der Demokratischen Strömung zu machen, gemeinsame politische und programmatische Visionen und Orientierungen zu entwickeln, das Niveau von Koordinierung und gemeinsamen Aktionen zu verbessern, um ihr eine wirksame und einflussreiche Präsenz auf der politischen Bühne unseres Landes zu ermöglichen. Das ist unter den schwierigen Bedingungen der gegenwärtigen Krise in unserem Lande notwendig geworden. Die Demokratische Bewegung und ihre Mitgliedsorganisationen sind die Träger der Ideen und Prinzipien eines Nationalen Demokratischen Planes, der den Weg weist, wie die Krise überwunden, der politische Prozess reformiert und von dem finsternen System der Machtteilung nach religiösen und ethnischen Kriterien befreit werden kann, das unserem Land nur weitere Tragödien und Krisen bringen wird.

Zur Verschlechterung der Sicherheitslage

Die genannten negativen Entwicklungen wirken sich auch auf die Sicherheitslage aus. Das zeigt sich im verstärkten Einsatz von Autobomben, Sprengladungen und Mordanschlägen mit schallgedämpften Waffen. Die großen Anschläge der letzten Zeit gegen Sicherheitseinrichtungen weisen darauf hin, dass es schwerwiegende Lücken im Sicherheitssystem gibt. Es ist offensichtlich, dass die Verschlechterung der Sicherheitslage von der insgesamt angespannten politischen Situation, den Spannungen und Konflikten zwischen den einflussreichen politischen Blöcken und ihren sich widersprechenden Erklärungen nicht zu trennen ist.

Wir erinnern daran, dass man nicht von der Errichtung und Konsolidierung eines Rechtsstaates und seiner Institutionen sprechen kann, wenn überall Milizen bestehen und ständig damit gedroht wird, sie einzusetzen. In dieser Situation kommt es darauf an, konsequent darauf hinzuwirken, dass sich Waffen ausschließlich in der Hand des Staates und seiner beauftragten Organe befinden, dass die Milizen aufgelöst werden. Die politischen Blöcke und Parteien, insbesondere jene, die an der Regierung beteiligt sind, müssen ihre eigenen militärischen Gruppierungen auflösen und dürfen sie nicht wiedererrichten. Wir brauchen dringend ein Gesetz, in dem festgelegt ist, dass den politischen Parteien die Anwendung von Gewalt und die Bildung von Milizen verboten wird.

Zur Wiedergewinnung von Souveränität und Unabhängigkeit, zur Umsetzung des Abkommens zwischen Irak und USA

Die kritische Situation und die gespannten Beziehungen zwischen den regierenden Blöcken gehen mit einer Debatte über den Abschluss der Umsetzung des irakisch-amerikanischen Abkommens einher, in welchem der Abzug der US-Truppen und die Beendigung der ausländischen Militärpräsenz in unserem Lande bis zum Ende dieses Jahres festgelegt ist.

Wir haben den Abschluss dieses Abkommens seinerzeit als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes begrüßt und daraufhin hingewiesen, dass Regierung und politische Blöcke die Voraussetzungen für dessen vollständige Umsetzung schaffen müssen. Wir haben dazu auf-

gerufen, alles zu tun, damit Irak das souveräne Recht über seine Naturreichtümer, sein Territorium, seine Hoheitsgewässer und seinen Luftraum wahrnehmen kann. Wir haben unsere Ablehnung jeglicher ausländischer Militärpräsenz, in welcher Form auch immer, hervorgehoben.

Angesichts der gegenwärtigen Diskussionen bekräftigen wir unsere Forderung, das Abkommen mit den USA in Gänze, einschließlich des vollständigen Abzuges der US-Truppen von irakischem Territorium zum vereinbarten Termin durchzusetzen. Wir lehnen jegliche ausländische Militärpräsenz, ob zeitweilig oder ständig, unter welchem Namen auch immer, grundsätzlich ab.

Die politische Realität und mögliche Entwicklungstendenzen

Unter den geschilderten außerordentlich komplizierten Bedingungen der zugespitzten politischen Lage im Lande zeichnen sich folgende mögliche Entwicklungstendenzen ab:

Erste Möglichkeit: Die gegenwärtige Situation hält eine Zeit lang an, weil von außen auf die verschiedenen Parteien Druck ausgeübt wird oder weil die Parteien, insbesondere jene, die sich an der Macht befinden, alles zu verlieren fürchten.

Zweite Möglichkeit: Es wird ein Regierungswechsel und die Bildung einer Mehrheitsregierung im Rahmen einer neuen Koalition und einer neuen Machtteilung ins Auge gefasst.

Dritte Möglichkeit: Es kommt zu vorgezogenen Parlamentswahlen nach Artikel 64 der Verfassung, um die Krise auf demokratische, verfassungsmäßige Weise ohne Gewaltanwendung zu lösen.

Der Auflösung des Parlaments in Vorbereitung der Wahlen müssen folgende Schritte vorausgehen:

→ Ergänzung des Wahlgesetzes, um frühere undemokratische Bestimmungen zu streichen und das Urteil des Bundesgerichts zu dieser Frage umzusetzen sowie das Prinzip einzuführen, dass Irak als ein einziger Wahlbezirk angesehen und das Verhältniswahlrecht eingeführt wird;

→ Annahme eines demokratischen Parteiengesetzes, das einen wirklichen und totalen Bruch mit den bisherigen entsprechenden Gesetzen nach Geist und Buchstaben darstellt;

→ Regelung des Problems der Unabhängigen Wahlkommission, die in der Praxis der Wahlen bewiesen hat, dass es ihr an Neutralität fehlt. Dazu kamen eine schlechte Organisation und Führung des Wahlprozesses. Auch sie war im Wesentlichen nach dem Prinzip der Machtteilung nach religiösen und ethnischen Kriterien aufgebaut;

→ Durchführung einer allgemeinen Volkszählung.

Die Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen wächst. Eine solche Lösung entspricht der Verfassung und einer demokratischen Verfahrensweise. Sie könnte unserem Volk den Rückfall in Gewalt ersparen.

Weitere Möglichkeiten: Dies könnten verfassungsfeindliche, undemokratische, mit Gewaltanwendung verbundene Entwicklungen (ein Militärputsch, ein Religions- oder Bürgerkrieg ...) sein. Die Erfahrungen von zunehmenden Auseinandersetzungen auf religiöser Grundlage erinnern uns daran, dass auch wir gegen dieses Phänomen mit all seinen negativen Auswirkungen nicht immun sind.

Der Sturm der Veränderung in unserer Region

Die Völker Tunesiens und Ägyptens haben in ihrem Streben nach Beseitigung von Regimen der Tyrannei und Unterdrückung wichtige Erfolge erzielt. Andere Völker in unserer Region, über die der Sturm der Veränderung hinweggefegt ist, sind auf dem Weg zu Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, für ein Leben in Würde und die Achtung der Menschenwürde vorangekommen. Die Region hat eine Welle von Demonstrationen und Protesten sowie anderen Formen von Massenaktionen für diese Ziele erlebt.

Diese breite Bewegung hat ein weiteres Mal gezeigt, dass große, radikale und fundamentale Veränderungen von den Völkern durch ihren freien Willen herbeigeführt werden, wenn sie ihre Interessen erkennen. Die Völker waren, sind und bleiben die Schöpfer der Geschichte.

Was in der Region geschehen ist, muss sorgfältig studiert und von allen Völkern genutzt werden, wenn wir auch erkennen, dass blindes Kopieren nicht angebracht ist. Jedes Land hat seine eigenen spezifischen Bedingungen und Charakterzüge, seine eigene Geschichte und sein eigenes Kräfteverhältnis. Wenn wir aus den Erfahrungen der Völker der Region Nutzen ziehen wollen, dann müssen wir die Motive und Ursachen dieser Explosion der Volksempörung erkennen, die bisher von einer Unterdrückungsmaschine mit allen verfügbaren Mitteln und Methoden niedergehalten wurde. Wenn es richtig ist, dass die Geschehnisse in den arabischen Ländern sich auf die ganze Welt auswirken werden (die Welle von Demonstrationen in Spanien ist nur ein Beispiel dafür), dann ist auch richtig, dass die Geschehnisse in unseren Ländern von den Aktivitäten der demokratischen und revolutionären Bewegungen in der Welt nicht zu trennen sind. Die inneren Faktoren bleiben die Haupttriebkraft. Äußere Faktoren üben ihren Einfluss aus, aber sie kommen erst an zweiter Stelle. Was in den arabischen Ländern geschehen ist, war insgesamt keine spontane Entwicklung, sondern das Ergebnis einer lange andauernden Akkumulation von Widersprüchen.

Ohne Zweifel sind die Massenaufstände auch nicht isoliert von den Krisen zu sehen, die die Politik der wirtschaftlichen „Öffnung“ und des Neoliberalismus sowie eine Wirtschaftspolitik entsprechend den Rezepten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ausgelöst haben. Sie haben zu einer Polarisierung von Arm und Reich, zur Marginalisierung von Millionen Menschen, zur Verbreitung von Arbeitslosigkeit und zur Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt. Die Massenaufstände und -bewegungen des Volkes in den Ländern der Region haben Steine in stehende Gewässer geworfen, zweifellos Erfolge erzielt und Despoten vom Thron gestürzt, die dort sicher zu sein schienen. Es ist jetzt klar, dass nichts mehr so sein wird, wie es vor dem Januar 2011 einmal war. Aber vor den Revolutionären und den Volksmassen, die sich erhoben haben, liegt noch ein langer Weg. Er ist schwierig, voller Kämpfe jener, die versuchen, sich die Früchte des Volkskampfes anzueignen und jener, die sie zur Reife in einer wahren Revolution führen, die in der Richtung der vom Volk gewünschten demokratischen Regime mit sozialer Gerechtigkeit münden werden.

Die komplizierte Lage wird uns nicht davon abhalten, den Kampf fortzusetzen

Angesichts der schwierigen Bedingungen in unserem Lande haben wir keine andere Wahl, als unsere Arbeit und unseren Kampf fortzusetzen, an den Prinzipien unserer Politik festzuhalten, weiterhin unserem Volk und seiner Fähigkeit zu vertrauen, die erforderlichen Veränderungen und Reformen zu erreichen.

Das erfordert von uns:

1. Die Partei muss ihre Wirksamkeit verstärken, ihre Organisation konsolidieren und ihre Reihen erweitern, um die besten Söhne und Töchter unseres Volkes, insbesondere junge Leute und Frauen, zu gewinnen.

2. Wir müssen die ideologischen Aufgaben, die die Praxis und ihre Entwicklung, der komplizierte politische, wirtschaftliche und soziale Kampf sowie die neuen Herausforderungen uns stellen, auf wirksame und moderne Weise lösen. Die Partei braucht dringend ein höheres Niveau von Wissen und Bildung, um die komplizierten Widersprüche der Realität tiefergründiger zu erfassen.

3. Die Politik der Partei muss in breite Aktionen der Volksmassen mit klaren und konkreten Lösungen und Forderungen münden.

4. Es gilt, die Aktivität der Kräfte und Persönlichkeiten der Demokratischen Strömung zu entwickeln und zu verstärken, sie zu einer wirksamen, dynamischen Kraft der wichtigsten patriotischen Kräfte unseres Volkes aufzubauen.

5. Wir müssen den Medien größere Aufmerksamkeit schenken, die bei der Verbreitung der Politik der Partei unter den breiten Volksmassen eine größere Rolle zu spielen haben.

Irak weiter journalistisches Kriegsgebiet

Aus: *www.kommunisten.de*, 16. September 2009

Nicht erst seit dem Krieg der USA gegen den Irak ist dieses Land ein journalistisches Kriegsgebiet. Seit 1992 sind dort etwa 150 Journalisten ermordet worden. Aber die von den USA in den Irak gebrachte „Demokratie“ – sprich: Spaltung der Bevölkerung, Korruption, eigensüchtige Machtkämpfe der Inthronisierten, Elend, Not und Armut für große Teile der Bevölkerung – hat an der Bedrohung kritischer Journalisten nichts geändert. Seit Anfang 2011 haben bereits fünf Journalisten ihr Leben verloren. Dieser Tage wurde ein erneuter Tiefpunkt erreicht, als am 8. September Hadi al-Mahdi, ein populärer irakischer Journalist in seinem Haus in Bagdad erschossen wurde.

Hadi al-Mahdi war bekannt für seine regierungskritischen medialen Berichte und Sendungen. Er leitete eine der beliebtesten Gesprächsrunden im Bagdader Rundfunksender DEMOZY. Dreimal wöchentlich wurde sein Programm gesendet, das die Zustände im Irak, besonders die verbreitete Korruption, mutig kritisierte. Zu diesem Mord und seinen Hintergründen hat Human Rights Watch inzwischen konkrete Informationen herausgegeben.

„Die Ermordung von Hadi al-Mahdi ist ein trauriger Höhepunkt der Situation, dass Journalismus im Irak ein Todeskommando ist“, sagte der stellvertretende Leiter für den Na-



hen Osten von Human Rights Watch, Joe Stark. „Nach mehr als sechs Jahren ‚demokratischer‘ Herrschaft, können Iraker, die ihre Ansichten öffentlich äußern, dies nach wie vor nur unter größten Gefahren tun.“

Hadi al-Mahdi war in seinem Haus in Bagdad mit mehreren Gewehrschüssen in den Kopf getötet worden. Zeugen am Tatort berichteten, dass sie keine Anzeichen eines Kampfes oder eines Diebstahls feststellen konnten, was auf eine vorsätzliche Tötung aus anderen Motiven hindeutet. So wurden das Mobiltelefon, der Laptop und andere Wertsachen im Hause nicht angetastet.

Der freiberufliche Journalist und Theaterdirektor hatte die Korruption in der Regierung, die soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit im Irak offen kritisiert. Seine beliebte Gesprächsrunde „An jeden, der zuhört“ wurde dreimal wöchentlich gesendet, bevor er sie vor zwei Monaten einstellen musste. Die Sendung lebte von seiner furchtlosen, bissigen, stets mit einer Spur Humor gefärbten Stimme. Im Vorfeld der Großdemonstrationen am landesweiten Tag des Zorns für Demokratie und gegen die Korruption am 25. Februar wurde al-Mahdi zunehmend zu einem Organisator und Sprecher der neuen irakischen Protestbewegung in Bagdad. Als Human Rights Watch mit al-Mahdi während der Demonstration am 25.2.2011 sprach, betonte er die Wichtigkeit friedlichen Protestes. Als Bereitschaftspolizei aggressiv gegen Demonstranten vorging und Protestierende begannen, Steine zu werfen, konnte man ihn an der Spitze derjenigen sehen, die ihre Arme zur Bildung einer Menschenkette zwischen der aufgebrachten Menge und der Bereitschaftspolizei verschränkten und versuchten, Friedlichkeit zu bewahren. Viele, die handelten wie er, wurden von den Steinen oder der Gewalt der Polizisten verletzt.

Nach den Protesten am 25. Februar wurden Hadi al-Mahdi und drei weitere Journalisten von Sicherheitskräften in einem Bagdader Restaurant festgenommen. Man schlug sie, verband ihnen während der nachfolgenden Vernehmung die Augen und bedrohte sie mit Folter. Nach der Freilassung der vier am nächsten Tag berichtete al-Mahdi Vertretern von Human Rights Watch, dass die Vernehmungsbeamten ihn mit verbundenen Augen zum Geständnis angeblicher Verbrechen und zu dem Versprechen zwingen wollten, künftig nicht mehr an Demonstrationen teilzunehmen. Dabei wies er Hämatome und rote Flecken im Gesicht, an Hals und Schultern, Beinen und Bauch vor.

Al-Mahdi setzte jedoch seine Arbeit unbeirrt fort und organisierte weiter die wöchentlichen Freitagsdemonstrationen auf dem Tahrir-Platz von Bagdad. Am 4. März näherte sich ihm in der Menge ein unbekannter Mann und teilte ihm mit, er werde von den Sicherheitskräften überwacht. Zum Beweis nannte er alle Personen, mit denen al-Mahdi an diesem Tag telefoniert hatte. Am 11. März berichtete er Human Rights Watch, dass ihm in der Woche zuvor mehrmals per Telefon und SMS gedroht wurde, falls er wieder zum Tahrir-Platz gehe.

Al-Mahdi gehörte auch zu den prominenten Organisatoren einer Großdemonstration, die für den 9. September, den ersten Freitag nach dem Ende des Fastenmonats Ramadan, geplant war. Sein Bild im Facebook-Profil war ein Aufruf zu dieser Demonstration. Nur wenige Stunden vor seinem Tod verbreitete er nochmals die Nachricht, dass er weiter bedroht werde: „... Ich habe die letzten drei Tage in einem Zustand permanenten Horrors gelebt. Leute rufen mich an und

warnen mich vor Razzien und der Festnahme von Protestierenden. Jemand sagt, die Regierung werde dies oder jenes tun. Einer drohte mir bei Facebook. Ich werde an den Demonstrationen teilnehmen, denn ich bin einer ihrer Unterstützer. Ich bin der festen Meinung, dass der derzeitige politische Prozess uns in die nationale, wirtschaftliche und politische Katastrophe führt. Wir brauchen dringend einen Wandel, und wir verdienen eine bessere Regierung. Kurz gesagt – ich vertrete keine politische Partei oder eine bestimmte Seite außer der elenden Wirklichkeit, in der wir leben. ... Ich bin krank davon, unsere Mütter in den Straßen betteln zu sehen und ich bin krank von den Nachrichten über die Völlerei der Reichen und die Plünderung der Reichtümer Iraks.“

Der Ermordung von Hadi al-Mahdi sind Jahre gezielter Gewalt gegen Journalisten im Irak vorausgegangen. Erst kürzlich, am 23. August, wurde der bekannte Journalist Asos Hardi in Sulaimania mit einer Pistole angegriffen, und mit 32 Messerstichen verletzt. Er konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden.

Seit dem Beginn der Proteste im Irak gegen die weit verbreitete Korruption und das Fehlen von öffentlichen Dienstleistungen im Februar dieses Jahres sehen sich Journalisten zunehmenden Angriffen und Drohungen ausgesetzt, die auch von den Sicherheitskräften der Staatsmacht ausgehen. „Im Irak sind wir Angriffe auf Journalisten gewöhnt, aber dieses Ereignis (die Ermordung al-Mahdis) ist uns in die Knochen gefahren“, gestand Ammar al-Shabander, der Leiter des Institute for War and Peace Reporting im Irak und ein Freund von al-Mahdi, als er den Ermordeten in der Küche seiner Wohnung liegen sah. „Gewöhnlich wurden Journalisten bisher bei ihrer Arbeit getötet, und in Kriegsgebieten rechnet man mit Todesfällen. Aber hier ist das ganz anders, denn in der Küche deines Hauses sitzend, auf diese Weise erschossen zu werden, das ist nicht zu ertragen.“

Ein anderer Freund von al-Mahdi, Emad al-Ebadi, berichtete, al-Mahdi habe ihm anvertraut, er bekomme täglich Todesdrohungen über soziale Medien und Mobiltelefone mit unterdrückter Nummernanzeige: „Er kam sehr aufgebracht und verärgert zu mir und zeigte mir zum Beweis die erhaltenen SMS. Früher habe ich immer versucht, ihn zu beruhigen, und ihm gesagt, er möge sich nicht um diese Anrufe und SMS kümmern. Ich habe ihm aber gleichzeitig geraten, vorsichtig zu sein und wachsam zu bleiben.“ Al-Ebadi, der als Fernsehjournalist mehrfach Persönlichkeiten des Parlaments und der Regierung kritisiert hatte, überlebte selbst einen Anschlag auf sein Leben am 23.11.2009 nur knapp. Unbekannte schossen ihn in Kopf und Nacken.

Al-Shabander gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Ermordung al-Mahdis die anderen Journalisten des Iraks nicht von der offenen Berichterstattung im Lande abhalten werde. „Es wurden so viele Journalisten im Irak entführt und getötet. Aber es spielt keine Rolle, wie viele gefoltert, eingeschüchtert oder getötet werden – Journalisten setzen ihre Arbeit immer fort“, meinte er. „Dieser Angriff zeigt nur, wie verzweifelt die Feinde der Demokratie geworden sind.“

Nicht nur Human Rights Watch fordert von den irakischen Behörden eine sofortige, umfassende und offene Untersuchung der Ermordung al-Mahdis am 8. September 2011, wie die Verantwortlichen der Organisation in Beirut erklärten. Auch die Generaldirektorin der UNESCO, Irina Bokova, hat in Wahrnehmung ihres von den UN erteilten Auftrages der



„Förderung von gegenseitigen Kenntnissen und dem Verständnis der Völker füreinander durch die Massenmedien“, die Ermordung des prominenten Rundfunkjournalisten am 12. September verurteilt und eine umgehende Untersuchung des Mordes gefordert. „Hadi al-Mahdi und andere furchtlose Journalisten und Kommentatoren sind die Seele demokratischer Debatten. Sie üben das fundamentale Menschenrecht der Meinungsfreiheit für unser aller Wohl aus. Wer Journalisten ermordet, muss vor Gericht gestellt werden, wenn nicht Furcht und Angst die Medien und die einfachen Menschen lähmen sollen, die bei Nachrichten und Analysen als Information für ihre politischen Entscheidungen auf professionelle Journalisten angewiesen sind.“

Es ist bezeichnend, dass das Verbrechen an Hadi al-Mahdi in den großen deutschen Medien, ganz anders als in den USA (siehe z. B. New York Times), so gut wie keine Beachtung gefunden hat.

Lateinamerika

Die Reform des kubanischen Wirtschaftsmodells: Ursachen und Perspektiven

Von Salim Lamrani, Professor an der Sorbonne Paris, Centre de Recherches Interdisciplinaires sur les Mondes Ibériques Contemporains (CRIMIC) und Mitglied des Netzwerkes von Intellektuellen und Künstlern zur Verteidigung der Menschheit;

Aus: Online-Magazin „Rebelión“, 25. – 27. August 2011, Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko

Angesichts der Wirtschaftssanktionen, die die Vereinigten Staaten seit mehr als einem halben Jahrhundert Kuba auferlegen, der globalen Finanzkrise und rückläufiger Produktivität sieht sich Kuba gezwungen, sein sozioökonomisches System tiefgreifend zu reformieren, um seine sozialen Errungenschaften und seine Lebensweise zu bewahren.

Wenn die äußeren Faktoren auch die Schwierigkeiten zum Teil erklären, mit denen sich die kubanische Gesellschaft konfrontiert sieht, erweist es sich doch als unmöglich, die inneren Faktoren auszublenden, die dafür verantwortlich sind. Der kubanische Präsident Raúl Castro unterstrich auf dem IX. Kongress des Bundes Junger Kommunisten am 4. April 2010, dass „die ökonomische Schlacht heute mehr als je die Hauptaufgabe und das Zentrum der ideologischen Arbeit der Funktionäre darstellt, weil von ihr die Zukunftsfähigkeit und Bewahrung unseres Gesellschaftssystems abhängt“. Einige Monate später, am 18. Dezember 2010, hielt Raúl Castro eine alarmierende Rede vor dem kubanischen Parlament und stellte die Regierung und die Bürger vor die Verantwortung: „Entweder wir korrigieren uns oder es ist zu spät, weiter am Abgrund zu lavieren, wir stürzen ab, und wir werden abstürzen.“ Der historische Führer der Revolution, Fidel Castro, bestätigte diese Einschätzung und erklärte seine Unterstützung

für den Prozess der Aktualisierung des Wirtschaftsmodells. Die Alternative ist einfach: Das kubanische Wirtschaftsmodell muss dringend tiefe strukturelle und konzeptionelle Veränderungen erfahren – bei Strafe des Zusammenbruchs.¹

Die äußeren Faktoren

Das Haupthindernis für die ökonomische Entwicklung des Landes bleiben die Wirtschaftssanktionen, die Washington seit Juli 1960 einseitig gegen Havanna aufrecht erhält und die alle sozialen Bereiche der kubanischen Bevölkerung betreffen, ganz besonders die empfindlichsten. Zum neunzehnten Mal in Folge im Oktober 2010 von 187 Staaten auf der UNO-Vollversammlung verurteilt, verhindern die Wirtschaftssanktionen nicht nur jeden substanziellen Handel zwischen den beiden Staaten (ausgenommen einige Nahrungsmittel seit dem Jahre 2000), sondern wirken auch darüber hinaus. Seit der Annahme des Torricelli-Gesetzes 1992, des Helms-Burton-Gesetzes 1996 sowie der neuen Restriktionen, die die Bush-Regierung 2004 und 2006 verhängte, ist der Handel Kubas mit Drittländern stark beeinträchtigt.

So ist seit 1992 der Besatzung jedes Schiffes, das einen kubanischen Hafen anläuft, für sechs Monate die Einreise in die Vereinigten Staaten verwehrt. Das bedeutet für Kuba, das auf Grund seiner Insellage wesentlich vom Seeverkehr abhängt, ein erhebliches Problem. In gleicher Weise steht jeder Unternehmer, der in Kuba in die seit 1959 nationalisierten Ländereien investiert, vor dem Risiko, seinen Besitz in den Vereinigten Staaten eingefroren zu sehen. Zum anderen muss zum Beispiel seit 2004 jeder Automobilhersteller, welcher Nationalität auch immer, der seine Produkte auf dem US-Markt verkaufen will, vor dem Finanzministerium der USA nachweisen, dass sie kein einziges Gramm kubanisches Nickel enthalten. Das Gleiche geschieht mit allen Unternehmen für landwirtschaftliche und Nahrungsmittel, die auf den US-Markt gelangen wollen. Danone zum Beispiel muss beweisen, dass seine Produkte keinerlei Rohstoffe aus Kuba enthalten. Diese Maßnahmen entziehen der kubanischen Wirtschaft hohe Kapitalsummen und verschließen den kubanischen Exporten zahlreiche Märkte in der ganzen Welt.

Andererseits hat die Wirtschafts-, Finanz-, Energie-, Nahrungsmittel- und Umweltkrise in den Entwicklungsländern allgemein und in Kuba besonders verheerende Auswirkungen. Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel, von deren Import die Insel zu 83 Prozent abhängig ist, auf das Doppelte seit 2007 sowie der Preisverfall für mineralische Rohstoffe, die Kuba exportiert (wie Nickel, dessen Preis um mehr als 50 Prozent gesunken ist), haben die Zahlungsbilanz aus dem Gleichgewicht gebracht und die verfügbaren Devisen stark reduziert. So hat Kuba zwischen 1997 und 2009 durch den Verfall der Terms of Trade einen Nettoverlust von 10 Milliarden Dollar erlitten. Seine Kaufkraft wurde um 15 Prozent reduziert. Aber Kuba wird vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf Grund der Wirtschaftssanktionen jeder Zugang zu äußerer Finanzierung versagt. Die Kubaner im Ausland, besonders in den Vereinigten Staaten, haben ihre Geldüberweisungen an Angehörige auf der Insel wegen der wirtschaftlichen Rezession verringert. Die Einnahmen aus dem Tourismus sind aus den gleichen Gründen gesunken.

Dazu kommen die Naturkatastrophen, insgesamt 16 Zykklone, die zwischen 1998 und 2008 Schäden von mehr als 20 Milliarden Dollar verursachten. So löste der Hurrikan



Gustav, der die Karibik Ende August 2008 heimsuchte, dramatische materielle Kosten aus. Die Provinzen Pinar del Río, Matanzas und die Insel der Jugend boten ein Bild der Verwüstung. Von den 25 000 Wohnungen, die die Insel der Jugend hat, waren 20 000 ganz oder teilweise zerstört. Etwa 45 Prozent der Häuser in Pinar del Río, 102 000, waren schwer beschädigt. Fidel Castro verglich die Schäden, die der Zyklon verursacht hat, mit „einem nuklearen Angriff“. Und der Hurrikan Ike im September 2008 zerstörte unter anderem 323 000 Wohnungen, 700 000 Tonnen Nahrungsmittel, einen großen Teil der elektrischen Infrastruktur und der Trinkwasserreserven. Dazu kommt, dass die ungewöhnlichen Niederschläge zwischen November 2008 und Juni 2010 die landwirtschaftlichen Kulturen schädigten und die Exportmöglichkeiten bei einigen landwirtschaftlichen Rohstoffen (Tabak, Rum, Zucker) verringerten.

Alle diese Faktoren haben die Regierungsverantwortlichen veranlasst, den Transfer von Finanzmitteln ins Ausland seit 2008 zu stoppen, um die Flucht ausländischen Kapitals zu verhindern. Havanna musste angesichts der Zahlungsschwierigkeiten auch die Auslandsschulden neu verhandeln. Das Wirtschaftswachstum im Jahre 2010 betrug 2,1 Prozent.

Die inneren Faktoren

Auf der nationalen Ebene müssen verschiedene Faktoren – zu einem wesentlichen Teil in direkter Verbindung mit dem Ausnahmezustand, den die Vereinigten Staaten dem Lande aufzwingen – hervorgehoben werden, wie die Bürokratie, die Korruption auf mittlerer (und manchmal auch auf höchster) Ebene des Staatsapparates, die das Anwachsen eines parallelen Marktes bewirkt, das Fehlen einer kritischen Diskussion, die niedrige Produktivität, die Übermacht des öffentlichen Sektors, die ungenügende Produktion von Nahrungsmitteln, die nicht ausreichende Kapitalversorgung der Industrie und der industriellen Infrastruktur sowie die Überalterung der Bevölkerung.

Die Bürokratie

Die Bürokratie ist ein ernstes Problem in Kuba und betrifft ganze Sektoren der Gesellschaft. Die kubanische Presse, die dieses Thema lange Zeit mied, zögert jetzt nicht mehr, die Gleichgültigkeit, Ineffizienz und Auswüchse der Bürokratie aufzudecken. Die Granma, das Organ der Kommunistischen Partei, hat in einer Chronik unter dem Titel „Bürokratismus, von der Regel zur Ausnahme“ mit beißender Kritik die Last der Bürokratie gebrandmarkt und einen „Mentalitätswandel“ eingefordert. Nach diesem Artikel „gibt es noch Leute, die die Augen verschließen vor den neuen Bedingungen, die in der Wirtschaft und in der kubanischen Gesellschaft geschaffen werden“. Einige hätten „die Bürokratie im Blut, eingeeimpft wie ein tödlicher Virus“, während andere nicht wünschten, dass sich etwas ändere an dem „System der Verwirrung, Verzögerung, Straflosigkeit und der Zahlung von ‚Zoll‘ oder ‚Aufgeld‘“, damit irgendein Verfahren zum glücklichen Abschluss gelange. Viele Funktionäre „genießen ihre acht Stunden täglich als Henker, die den Bürgern das Leben verbittern“. „Granma“ richtete einen Aufruf an die Regierung, Schluss zu machen mit dieser „Parasitenplage in der öffentlichen Verwaltung“, besonders bei der Umsetzung der neuen Maßnahmen zur Erweiterung des privaten Sektors.²

Die Jugendzeitung Juventud Rebelde hat ebenfalls die

Existenz einer Bürokratie „mit autokratischen und hierarchischen Methoden“ angeprangert, die gefühllos gegenüber den Problemen der Bevölkerung ist. Die Zeitung geißelt ihr „untragbares und paradoxes“ Verhalten, besonders in dieser Zeit großer Veränderungen in Kuba. Die Bürokratie lässt sich nicht einmal dazu herab, Briefe der Bevölkerung zu beantworten, wie in 30 Prozent der Fälle festzustellen war, und weigert sich, „den Problemen auf den Grund zu gehen“. „Ein weiteres besorgniserregendes Element ist die Straflosigkeit, mit der Gesetze und Normen überschritten und selbst Rechte der Bürger vor den Augen der übergeordneten Organe missachtet werden.“³

Alfredo Guevara, der Vater des kubanischen Films und persönlicher Freund Fidel Castros, hat den Willen der Regierung zu Reformen unterstützt und dazu aufgerufen, Schluss zu machen mit der bis ins Extrem getriebenen „Verstaatlichung“ der kubanischen Gesellschaft. „Wir sind dabei, den Prozess des Rückbaus der Verstaatlichung der kubanischen Gesellschaft zu erleben, und ich hoffe, dass wir zu einem Staat gelangen, der sich auf seine eigentlichen Funktionen beschränkt und gestattet, dass die Gesellschaft sich entwickelt.“ Das wird es ermöglichen, „ein Niveau von Unabhängigkeit und Reife (zu erlangen), das ein großer Gewinn für das Land“ sein wird. Guevara hat oft die „absurde und ineffiziente“ kubanische Bürokratie wie auch den kontraproduktiven Paternalismus des Staates angeklagt.⁴ Raúl Castro, hat die Anhänger des Status quo gewarnt, sich dem Wandel zu verweigern: Jeder bürokratische Widerstand gegen die strikte Erfüllung der Beschlüsse des Parteitages, die massiv vom Volk unterstützt werden, sei zwecklos.

Die Korruption

Die Korruption ist in Kuba ebenfalls ein endemisches Problem und hat die mittleren Ebenen des Staatsapparates einschließlich der Steuerinspektoren erfasst, zuweilen auch die höchsten Ebenen der staatlichen Hierarchie. Der Schwarzmarkt hat sich im wesentlichen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelt. Er ist hauptsächlich der Unzulänglichkeit der monatlichen Einkommen geschuldet. Raúl Castro hat das in der genannten Parlamentsrede vom 18.12.2010 ohne Umschweife eingeräumt. Jedoch kann jede Erhöhung der Monatslöhne nur parallel zur Erhöhung der Produktion, die größere Einnahmen hervorbringt, erfolgen. Eine Studie aus dem Jahre 2005 macht den Umfang des Diebstahls von Treibstoff in den 2 000 Tankstellen des Landes deutlich. Für 45 Tage ersetzte man deren Angestellte bei voller Lohnfortzahlung durch gesellschaftliche Kräfte. Der erste veröffentlichte Bericht ergab, dass über 50 Prozent des Benzins bisher unterschlagen worden waren. Die Tageseinnahmen an diesen 2 000 Tankstellen erhöhten sich um 100 000 Dollar (115 Prozent). In der Provinz Santiago de Cuba betrug der Unterschied der Einnahmen sogar 553 Prozent, was zeigt, dass dem Staat mehr als 80 Prozent des Treibstoffes geraubt wurden, der in der Parallelwirtschaft Abnehmer fand.⁵

Gesetzesverletzungen von diesem Umfang können nicht ohne die aktive Komplizenschaft hoher Funktionäre stattfinden, die verantwortliche Posten einnehmen. In der Vergangenheit wurden mehrere Minister wegen Korruption und Umleitung von Fonds entlassen, vor Gericht gestellt und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Unlängst wurden drei Minister aus verschiedenen Gründen abgelöst. Angesichts dieser alarmierenden Feststellungen hat Fidel Castro vor einem to-



talen Zusammenbruch des Systems gewarnt: „Dieses Land kann sich selbst zerstören; diese Revolution kann zerstört werden, (...) wir selbst können sie zerstören, und es wird unsere eigene Schuld sein.“⁶

Raúl Castro, dem bewusst ist, dass die Korruption auch hohe Funktionäre betrifft, hat am 18.12.2010 eine klare Botschaft ausgesandt: „Es gilt darum zu kämpfen, Lüge und Betrug im Verhalten der Funktionäre aller Ebenen endgültig zu beseitigen.“ In ungewöhnlicher Weise hat er sich auf zwei der biblischen 10 Gebote berufen, um seine Aussage zu illustrieren: „Du sollst nicht stehlen“ und „Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen“. Ebenso hat er die drei ethischen und moralischen Prinzipien der Inka-Zivilisation beschworen: „nicht lügen, nicht stehlen, nicht faulenz“, von denen sich alle Verantwortlichen des Staates leiten lassen sollen. In der Tat wird der Schwarzmarkt durch eine massenhafte Umleitung von Waren genährt, die der Staat importiert, und notwendigerweise sind hochrangige Leiter darin verwickelt. Raúl Castro ist in dieser Hinsicht sehr deutlich gewesen: „Gegenüber den Verletzungen von Verfassung und Gesetzen bleibt uns nur, auf die Staatsanwaltschaft und die Gerichte zurückzugreifen, wie wir es bereits begonnen haben, und von den Gesetzesbrechern Rechenschaft zu fordern, wer sie auch seien, weil alle Kubaner ohne Ausnahme vor dem Gesetz gleich sind.“

Gladys Berejano, Vizepräsidentin des Staatsrates und verantwortlich für den Kampf gegen die Korruption, teilte mit, dass nach einer Anhörung von 2011 kaum 46 Prozent der untersuchten öffentlichen Einrichtungen eine akzeptable Bilanz vorweisen konnten. Bei dem Rest der Ämter und staatlichen Betriebe fälschten die Verwalter die Rechnungsbücher, um Artikel für den Schwarzmarkt abzuzweigen. Mitwisser waren die Rechnungsprüfer, die eine korrekte Buchführung zu überwachen hatten.⁷

Der Fall von Esteban Morales, bekannter Ökonom und Mitglied der KP Kubas, wirft ein Licht auf den Kampf zwischen den konservativen Kräften und kritischeren, fortschrittlichen Kreisen in der Partei. In einem Artikel auf der Internetseite des Nationalen Verbandes der Schriftsteller und Künstler (UNEAC) hatte Morales im April 2011 vor der Hauptgefahr gewarnt, die den revolutionären Prozess Kubas bedroht: der Korruption. Ohne Namen zu nennen, prangerte er hohe Funktionäre und Mitglieder der Regierung an, für den Fall des Sturzes des Regimes ähnlich wie in der früheren Sowjetunion die Übertragung öffentlicher Güter in private Hände vorzubereiten. Als Beispiel nannte er die Verteilung von Boden zur Nutzung, das Abzweigen von Fonds und die Eröffnung von Konten im Ausland.⁸

Nach dieser schwerwiegenden, aber in der Sache korrekten Veröffentlichung wurde Morales aus der Partei ausgeschlossen und sein Artikel von der Website der UNEAC zurückgezogen. Aber angesichts der breiten Unterstützung, die er unter den Mitgliedern der Partei fand, einschließlich Raúl Castro, verwarf die Schiedskommission des Zentralkomitees den Beschluss der ersten Instanz und setzte Morales wieder in seine Funktionen ein.

Die Diskussionskultur

Das Fehlen einer wirklichen Kultur der kritischen Debatte stellt ein Hemmnis für die Entwicklung dar. Die höchsten Führer sind sich dieser Realität bewusst. So beklagt Fidel Castro die Einstimmigkeit an der Oberfläche besonders in

der kubanischen Presse: „Hier hat es lange Zeit die Tendenz gegeben zu unterstellen, dass kritische Äußerungen, das Aufdecken von Missständen dem Feind in die Hände arbeiten ... Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass es notwendig ist, den kritischen Geist sehr viel stärker zu entwickeln.“⁹

Raúl Castro hat ebenfalls das Schweigen, das Einverständnis und die Mittelmäßigkeit geißelt – „den Exzess der Geheimniskrämerei, an den wir uns während mehr als 50 Jahren gewöhnt haben“, um Irrtümer, Fehler und Missgriffe zu verdunkeln.¹⁰ Er schlug vor, die politischen Mandate auf 10 Jahre zu begrenzen, „um eine systematische Verjüngung der ganzen Verantwortungskette zu erreichen“.

Über die Medien sagte er in der Parlamentsrede vom 18.12. 2010: „Unsere Presse spricht viel von den Errungenschaften der Revolution, aber man muss zum Kern der Probleme vorstoßen ... Im großen staatlichen Milchbetrieb El Triángulo war wochenlang einer der Lastwagen der Rinderzucht kaputt, und alle Milch, die in den Rinderbetrieben dieser Zone produziert wurde, hat man den Schweinen gegeben. Ich sagte dem Sekretär des ZK für Landwirtschaft, er sollte in die ‚Granma‘ setzen, was da passierte, Kritik üben. Andere sagten mir: ‚Solche Sachen helfen nicht, weil sie die Werktätigen demoralisieren.‘ Was sie nicht wussten, war, dass ich es war, der die Kritik angeregt hatte.“

Am 1. August 2011 wiederholte Raúl Castro in seiner Rede zum Abschluss der VII. Legislaturperiode des kubanischen Parlaments die Notwendigkeit einer kritischen Debatte und des Meinungsstreits in der Gesellschaft. Er rief dazu auf, Schluss zu machen „mit dem Habitus des Triumphalismus, den schrillen Tönen und dem Formalismus bei der Behandlung der Gegenwart des Landes“.

Granma geißelte am 8. Juli 2011 ebenfalls die Kultur der Geheimhaltung bei den Funktionären, die verhindern, dass die kubanische Presse die Bevölkerung korrekt informiert, ... Leute, „die ohne Kenntnis der Rechte der Bürger zu leben scheinen. Systematische, wahrhaftige, unterschiedliche Information zur Verfügung zu stellen, die es ermöglicht, die Realität von allen ihren komplizierten Seiten zu erfassen, die sie bietet, ist keine Gunst, sondern ein Recht des Volkes“, schließt die Zeitung.

Das Sektierertum

Trotz der Anstrengungen, die der Präsident der Republik unternimmt, dauern in Kuba diskriminierende Praktiken auf der höchsten Ebene des Staatsapparates an. So musste Raúl Castro über das Fernsehen Angriffe gegen die Glaubensfreiheit anprangern, die aus der Intoleranz in „der Mentalität nicht weniger Führer auf allen Ebenen“ resultieren. Er führte das Beispiel einer verdienstvollen Frau, Mitglied der Kommunistischen Partei, an, die im Februar 2011 wegen ihres christlichen Glaubens aus ihren Funktionen entfernt und deren Gehalt um 40 Prozent gekürzt wurde – all das in Verletzung des Artikels 43 der Verfassung von 1976, der jede Art von Diskriminierung verbietet. Raúl Castro sagte: „Dafür war ich nicht in der Moncada ... Wir erinnern uns daran, dass am 30. Juli ... 54 Jahre seit der Ermordung von Frank País und Raúl Pujol vergangen sind. Ich lernte Frank in Mexiko kennen, ich sah ihn wieder in der Sierra, ich erinnere mich nicht, jemals eine so reine, so tapfere, so revolutionäre, so edle und bescheidene Seele wie ihn gekannt zu haben. Zu einem der Verantwortlichen für jene Ungerechtigkeit sagte ich:



„Frank glaubte an Gott und übte seine Religion aus. Was hätte ihr wohl mit Frank País gemacht?“¹¹

Dabei waren die Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche niemals besser als nach dem Sieg der Revolution 1959. Das Klima der Konfrontation mit den religiösen Institutionen machte nach und nach dem Dialog Platz, so dass die Schroffheiten der Vergangenheit, als „beide Seiten sich Übertreibungen zuschulde kommen ließen“, sich abschliffen. Raúl Castro verurteilte heftig die genannten Praktiken, die „gegen unsere wichtigste Waffe bei der Sicherung der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität verstoßen: die Einheit der Nation ... Unsere schlimmsten Feinde sind nicht der Imperialismus oder seine Söldlinge auf dem Boden unseres Vaterlandes, es sind unsere eigenen Fehler. Sie werden sich, wenn wir sie mit Gründlichkeit und Ehrlichkeit analysieren, in Lehren verwandeln.“

Die niedrige Produktivität

Die Produktivität ist ebenfalls ein endemisches Problem in einer Gesellschaft, die gewöhnt ist, immer die gleiche Entlohnung zu erhalten, wie auch die Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit sei. Die Beschäftigten des öffentlichen Sektors interessieren die Probleme der Produktivität und Effizienz wenig. Auch die Sowjetisierung der kubanischen Wirtschaft ab 1968 mit der Nationalisierung aller kleinen Geschäfte und Unternehmen hatte im Hinblick auf die Leistung für das Land verhängnisvolle Konsequenzen. Statt die Wirtschaftspolitik den nationalen Besonderheiten anzupassen, ahmte Kuba das sowjetische Modell nach. Raúl Castro erkennt dies jetzt als Fehler an, der auch durch mangelnde Erfahrung der Führung des Staates und durch den geopolitischen Kontext jener Zeit bedingt war. „Wir gedenken nicht dahin zurückzukehren, irgendjemanden zu kopieren, es hat uns genug Probleme gebracht, und außerdem haben wir oftmals schlecht kopiert.“¹² Die kubanische Führung sieht die Mängel auf ökonomischem Gebiet durchaus klar. Sie erkennt an, dass „Spontaneität, Improvisation, Oberflächlichkeit, Nichtausschöpfung des Erreichbaren, wenig gründliche Machbarkeitsstudien und ungenügend komplexe Ausführung von Investitionen“ schwer gegen die Interessen des Staates verstoßen haben.¹³

Kuba besitzt außerordentlich fruchtbare Böden und könnte ein Exporteur von Lebensmitteln sein. Stattdessen importiert es 83 Prozent der Nahrungsmittel. Zum Beispiel wird jedes Jahr Kaffee für 47 Millionen Dollar eingeführt. Dabei wäre es möglich, ihn in Kuba in ausgezeichneter Qualität zu produzieren. 1975 hat Vietnam nach dem Kriege um kubanische Hilfe gebeten, um Kaffee zu produzieren. Heute ist Vietnam der zweitgrößte Kaffeexporteur der Welt. Ein vietnamesischer Diplomat brachte sein Unverständnis über diesen Widerspruch zum Ausdruck: „Wieso müsst ihr, die ihr uns gelehrt habt, Kaffee anzubauen, ihn jetzt von uns kaufen?“

Es gibt einen Grund dafür: Von den 6,6 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche blieben im Jahre 2008 3,6 Millionen Hektar brach liegen oder wurden wenig genutzt.¹⁴ Die Landwirtschaftspolitik der Regierung ist einer ihrer schlimmsten Fehlschläge gewesen. Verschiedene Faktoren können dies erklären. Erstens ist Ackerbau eine schwere und undankbare Arbeit, vor allem in einer Gesellschaft, die ein in der Geschichte Lateinamerikas und der Dritten Welt beispielloses Entwicklungsniveau erreicht hat. Bürger mit Universitätsdiplom sind kaum davon zu überzeugen, dass

sie Kaffee oder Weizen anbauen sollen, wofür sie das gleiche Einkommen erzielen wie ein Büroangestellter. „Die Landwirte müssen für ihre anstrengende Arbeit gerechte und vernünftige Einkommen erhalten“, forderte Raúl Castro am 18.12.2010. Seit 2008 wurden aus einem Fonds von 1,8 Millionen Hektar brachliegenden Bodens über eine Million in Portionen von 13 bis 40 Hektar für einen Zeitraum von 10 Jahren an private Landwirte und für 25 Jahre an Genossenschaften zur unentgeltlichen Nutzung übergeben. Zugleich beschloss die Regierung, die Preise für Düngemittel und Landwirtschaftsbedarf um 60 Prozent zu senken, um die Bevölkerung anzuregen, in diesem Bereich zu investieren.

Der übergroße Umfang des staatlichen Sektors und die Schwäche der produktiven Infrastruktur

Die Überdimensionierung des staatlichen Sektors ist eine unleugbare Tatsache. Der Staat beschäftigt etwa 84 Prozent der aktiven Bevölkerung von 5,2 Millionen Menschen. Die öffentliche Hand nimmt es auf sich, den Kubanern Beschäftigung zu sichern, obwohl einige Sektoren mit Arbeitskräften gesättigt sind. Durch Überbeschäftigung wird eine gewisse soziale Sicherheit erreicht, aber ca. eine Million Arbeitsplätze werden als wenig oder gar nicht produktiv angesehen.

Der Kapitalmangel in der Industrie und der produktiven Infrastruktur stellt ein ernstes ökonomisches Hemmnis dar. Kuba braucht dringend neue Investitionen, besonders an ausländischem Kapital. Aber drohende Sanktionen aus den USA hemmen das Investitionspotenzial.

Eine überalterte Bevölkerung

Wegen seines hohen Index der menschlichen Entwicklung ist die Bevölkerung Kubas ähnlich überaltert wie in Argentinien, Uruguay oder Chile. Die Lebenserwartung hat fast 80 Jahre erreicht. Über zwei Millionen Menschen oder 17,8 Prozent sind älter als 60 Jahre. In zwanzig Jahren werden es 30 Prozent sein. Kuba hat gegenwärtig 1 551 Hundertjährige. Es muss sich nicht nur dem Problem der Finanzierung der Rente stellen – das Rentenalter lag 2009 bei 55 bis 60 Jahren für Frauen und 60 bis 65 Jahren für Männer – sondern auch einer schrumpfenden Bevölkerung. Im Jahre 2010 ist die Einwohnerzahl wegen der niedrigen Geburtenrate gesunken.

Die ökonomischen und sozialen Maßnahmen

Der Entwurf für die Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik, vorgelegt durch die Kommission für Wirtschaftspolitik der KP Kubas, wurde vom 1. Dezember 2010 bis zum 28. Februar 2011 mit Unterstützung der Gewerkschaftszentrale des Landes breit öffentlich diskutiert. Daran beteiligten sich etwa 9 Millionen Kubaner. Auf dem VI. Parteitag der KP Kubas beschlossen dann 1 000 Delegierte, die 800 000 Mitglieder vertraten, einen zu 68 Prozent abgeänderten Entwurf.¹⁵ Dieser wurde am 1. August 2011 vom kubanischen Parlament angenommen.

Der kubanische Staat, der Lösungen finden muss, um den Bankrott zu verhindern, beschloss, in einem Fünfjahreszeitraum die Ausgaben den verfügbaren Ressourcen anzupassen und neue Schulden maximal zu reduzieren. Raúl Castro unterstrich den Notstandscharakter der Situation: „Wir sind überzeugt, dass das Einzige, was die Revolution und den Sozialismus in Kuba scheitern lassen und die Zukunft unserer



Nation in Gefahr bringen kann, unsere Unfähigkeit ist, die Irrtümer zu überwinden, die wir mehr als 50 Jahre lang begangen haben.“¹⁶

Zwei spektakuläre Maßnahmen müssen hervorgehoben werden. Die eine stellt eine strukturelle Revolution hinsichtlich der Arbeitskräfte dar. So beschlossen die Abgeordneten die mittelfristige Streichung von fast einer halben Million Arbeitsplätze, das sind 10 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Sektors, und von einer weiteren Million innerhalb der nächsten fünf Jahre. Die Betroffenen haben drei Möglichkeiten: die Umsetzung in einen Sektor mit Arbeitskräftemangel, die Arbeit als Selbständiger oder die Übernahme einer landwirtschaftlichen Parzelle zur Nutzung. Zunächst sollten die Entlassenen ihren vollen Arbeitslohn erhalten, bis sie eine neue Arbeit gefunden hatten. Jetzt soll das Übergangsgeld nur maximal fünf Monate gezahlt werden – im ersten Monat 100 Prozent und am Ende 60 Prozent des Lohnes. Alle Sektoren mit Arbeitskräfteüberschuss werden auf das streng Notwendige reduziert. Aber die Regierung stellte klar: „Der sozialistische Staat wird keinen Bürger seinem Schicksal überlassen und über die Sozialhilfe garantieren, dass Arbeitsunfähige die erforderliche Mindestsicherung erhalten. In der Zukunft wird es Subventionen nicht mehr für Produkte geben, sondern für die Kubanerinnen und Kubaner, die sie aus triftigen Gründen tatsächlich benötigen.“¹⁷

Die zweite Maßnahme ist ebenfalls von beispiellosem Charakter. Es handelt sich um eine Öffnung der staatlichen Wirtschaft hin zum privaten Sektor, die unter anderem dazu bestimmt ist, eine wachsende parallele Wirtschaft zu legalisieren und in einem Land, das wenig an die Kultur des Steuerzahlens gewöhnt ist, Steuereinnahmen zu erzielen. So hat der Staat, der fast 90 Prozent der Wirtschaft kontrolliert, beschlossen, einen Teil seiner ökonomischen Aktivitäten an Privatpersonen zu delegieren, und will sich auf die Bewirtschaftung und Ausbeutung der strategischen Ressourcen beschränken, um durch fortschreitende Dezentralisierung die Entwicklung zu stimulieren. In verschiedenen Branchen sind ca. 250 000 neue Lizenzen vergeben worden. Die Gastronomie (Erhöhung der Zahl der zugelassenen Plätze in Restaurants von 12 auf 50), der Einzelhandel oder die Vermietung von Wohnungen sind für private Initiativen freigegeben worden. In 83 Bereichen können neue Unternehmer jetzt Personal einstellen, was bisher dem Staat, gemischten Gesellschaften und ausländischen Unternehmen vorbehalten war. Eine Unternehmenssteuer von 25 Prozent der Lohnsumme ist abzuführen.

Der Erfolg war sofort sichtbar. Binnen sechs Monaten wuchs die Zahl der kleinen Unternehmer von 157 000 auf mehr als 320 000 und dürfte sich bei etwa einer halben Million einpegeln. Die erste positive Wirkung zeigte sich schon nach sechs Monaten in wachsenden Steuereinnahmen des Staates.

Private Unternehmungen sind einer progressiven Steuer unterworfen, die 50 Prozent der Einnahmen erreichen kann. Die Sozialabgaben betragen 25 Prozent. Einkommen bis 5 000 Pesos im Jahr sind von der Steuer befreit, während solche über 50 000 Pesos mit 50 Prozent besteuert werden. Das neue Steuergesetz bestimmt, dass von jetzt an die Unternehmer bis zu 40 Prozent ihrer Einnahmen als Betriebskosten abziehen können. Bisher waren es nur 10 Prozent. So haben die selbständig Arbeitenden insgesamt vier Steuern zu zahlen: die Einkommenssteuer von 25 Prozent (Einkom-

men über 5 000 Pesos) und bis zu 50 Prozent (Einkommen über 50 000 Pesos), Unternehmenssteuer in Höhe von 25 Prozent der Löhne ihrer Beschäftigten, die Umsatzsteuer von 10 Prozent (5 Prozent im Sektor Nahrungsmittel) und die Sozialabgaben von 25 Prozent.

Um dem Mangel an Rohstoffen zu begegnen, hat die Regierung beschlossen, bedeutende Ressourcen für den Ankauf von Material einzusetzen, das ausschließlich für den privaten Sektor bestimmt ist. Die neuen Unternehmer werden sich vor drei hauptsächliche Herausforderungen gestellt sehen: einen eigenen Kundenkreis zu aufzubauen, Kredite zu beschaffen und die bürokratischen Hindernisse zu überwinden. Die Unumkehrbarkeit der Reformen wird von höchster staatlicher Stelle garantiert und den selbständigen Werkträgern ihre Unterstützung zugesichert. Eine neue Kreditpolitik für Kleinunternehmer, vor allem im landwirtschaftlichen Sektor, wurde angekündigt. Die neuen Maßnahmen sollen nach Regierungsschätzungen Steuereinnahmen in Höhe von einer Milliarde Dollar erbringen.

Betriebskantinen und Transport der Arbeiter werden nicht mehr Sache des Staates sein, ebensowenig wie Friseurgeschäfte, Taxis und andere Dienstleistungen, die in Zukunft von den Beschäftigten geführt werden. Die Betriebe erhalten so Möglichkeiten für breitere Initiativen. Das Ziel ist, die Produktivität zu steigern, die Arbeitsdisziplin zu stärken und die Löhne breiter zu fächern, um die Bedürfnisse der Bürger zu befriedigen. Die Politik der Gleichmacherei bei den Einkommen wird aufhören. Einige Leistungen werden nicht mehr unentgeltlich sein.

Raúl Castro erkannte an, dass der „übertrieben paternalistische, idealistische und egalitäre Ansatz, den die Revolution um der sozialen Gerechtigkeit willen einführte, ein Irrtum war“. „Wir haben den Sozialismus mit kostenloser Versorgung und Subventionen, Gleichheit mit Gleichmacherei verwechselt“, erklärte er. In Zukunft wird die Entwicklung der Löhne an die Produktivität gebunden sein.¹⁸ „Gleichheit der Rechte und Chancen aller Bürger“ wird den Vorrang haben bei einer Politik, die die Arbeit „als ein Recht und zugleich eine Pflicht“ betrachtet, welche „nach Quantität und Qualität entlohnt wird“.¹⁹

Zugleich werden die zahlreichen ausufernden Verbote aufgehoben, die den Schwarzmarkt förderten. Raúl Castro rief dazu auf, die unsinnigen administrativen Verfahren beim Wohnungstausch oder beim Autokauf unter Privatpersonen aufzuheben. Jetzt werden die Kubaner und die ständig im Lande wohnenden Ausländer Wohnungen kaufen und verkaufen können. Früher wurden nur der Tausch und die Vererbung zugelassen, wodurch es zu zahlreichen illegalen Geschäften kam. Aber es wird nicht möglich sein, mehr als eine Wohnung zu besitzen. Von diesen Maßnahmen sind nicht ständig im Lande lebende Kubaner und Ausländer ausgeschlossen. Das Gesetz über die Konfiszierung des Besitzes von Emigranten wird aufgehoben, diese können beim Verlassen des Landes ihre Güter an Familienangehörige bis zur Verwandtschaft vierten Grades übertragen, sofern sie nachweisen, mindestens fünf Jahre ihres Lebens mit der betreffenden Person zusammengelebt zu haben.

Schließlich sieht sich die Insel gezwungen, die Doppelwährung abzuschaffen mit dem Peso auf der einen Seite, den die Mehrheit der Kubaner als Arbeitslohn erhielten, und dem konvertiblen Peso auf der anderen, der dem Tourismussektor vorbehalten war. Das Ziel ist, die Ungleichheiten abzu-



bauen. Das Verhältnis des konvertiblen Pesos, der etwa einem Dollar entspricht, zum Peso beträgt 1:26.

Obgleich der Wandel der Wirtschaftsstruktur unerlässlich scheint, gedenkt Kuba nicht das ökonomische Modell der Marktwirtschaft zu übernehmen. Es hält an dem Grundprinzip fest: „Nur der Sozialismus ist in der Lage, die Schwierigkeiten zu überwinden und die Errungenschaften der Revolution zu bewahren.“ So wird die Planung gegenüber den Regeln des Marktes den Vorrang behalten, wobei die Methoden, die Organisation und die Handhabung modernisiert werden.²⁰

Auf makroökonomischer Ebene trachtet Kuba nach höherer Effizienz, um das finanzielle Eingreifen des Staates in die defizitären Bereiche einzuschränken. Dafür sind zwei Lösungswege vorgesehen: Ein kurzfristiger soll es ermöglichen, das Defizit der Zahlungsbilanz durch die Reduzierung der Importe und die Steigerung der Einnahmen der Außenwirtschaft abzubauen. Das Ziel, das Lebensniveau der Bevölkerung zu erhöhen und zu verbessern, ist aber nur über eine höhere Effizienz der Wirtschaft, die Stimulierung der Arbeit und eine ausgeglichene Verteilung des Nationaleinkommens zu erreichen.

Langfristig muss Kuba Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung finden, die es ihm ermöglichen, bei Nahrungsmitteln und Energie Selbstversorgung zu erreichen, das Humankapital effizient zu nutzen, die Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen Produktionszweige zu erhöhen und die Produktion neuer Waren und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung zu entwickeln.²¹

Staatliche Unternehmen und Genossenschaften

Man wird den staatlichen Unternehmen, den Unternehmen mit gemischtem Kapital, den Genossenschaften, den selbständigen Landwirten sowie den privaten Kleinunternehmern mehr Selbstständigkeit zugestehen, ohne allerdings eine zu große Konzentration von Eigentum zuzulassen. Die Entscheidungsmacht soll zugunsten des Unternehmensektors dezentralisiert werden, um eine höhere Effektivität zu erreichen. Die Unternehmen sollen mehr Befugnisse erhalten, so eine größere Verantwortung im Umgang mit den menschlichen, materiellen und finanziellen Ressourcen, und ein Teil der bürokratischen Kontrollen soll wegfallen. Es wird Märkte für von diesen Unternehmen hergestellte nichtsubventionierte Waren geben.

Staatliche Unternehmen, deren finanzielle Bilanz strukturell defizitär, deren Arbeitskapital ungenügend ist und die sich unfähig zeigen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, werden systematisch in ein Liquidationsverfahren übergeleitet. Die Unternehmen werden keine Haushaltsmittel mehr zur Produktion von Waren und Dienstleistungen erhalten. Dagegen werden sie eigene Fonds für Entwicklung oder Lohnsteigerung bilden können, sofern sie nach Erfüllung ihrer Produktionsverträge und der Steuerverpflichtungen Gewinne übrig haben. Ebenso werden sich die Löhne der Beschäftigten des öffentlichen Sektors nach den Ergebnissen des Unternehmens entwickeln. Abgeschafft werden die Subventionen für Verluste.

Die Genossenschaften, die auf der „freien Entscheidung der Werktätigen“, beruhen, bleiben Eigentümer der Produktionsmittel und können diese nach ihrem Gutdünken nutzen (Vermietung, Eignutzung ...). Sie können sich mit anderen Einheiten zusammenschließen (zum Beispiel zur Verringerung der Kosten von An- und Verkauf). Aber das genossen-

schaftliche Eigentum darf nicht an andere Kooperativen oder andere nichtstaatliche Betriebe verkauft oder verpachtet werden. Die Löhne ihrer Beschäftigten legen sie selbstständig fest.

Die Sozialpolitik

Die Sozialpolitik soll „Errungenschaften der Revolution wie Zugang zu medizinischer Betreuung, Bildung, Kultur, Sport, Erholung, soziale Sicherheit und Schutz durch Sozialhilfe für bedürftige Menschen“ bewahren und zugleich „übertriebene Kosten“ abbauen.²²

In der Bildungspolitik werden die Universitätsstudiengänge der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft angepasst, dabei wird die Ausbildung in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern verstärkt. Im Gesundheitswesen ist eine territoriale Reorganisation der Gesundheitszentren sowie die Entwicklung der traditionellen und Naturmedizin sowie die Förderung der Vorbeugung geplant. Angesichts der alternden Bevölkerung und des steigenden Pflegebedarfs werden die Beiträge der Lohnempfänger erhöht. Nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten soll gesucht werden.

Der Arbeitslohn wird eine Hauptrolle in der kubanischen Gesellschaft übernehmen, um „unnötige unentgeltliche Leistungen und übertriebene persönliche Unterstützung zu reduzieren, während Kompensationen für Bedürftige festgelegt werden“. So hat die Libreta (ein 1963 eingeführtes Rationierungsbüchlein, um den Wirtschaftsanktionen, der Spekulation mit Rohstoffen zu begegnen und eine Ernährungs Krise zu vermeiden), viele unerwünschte Wirkungen, weil sie unterschiedslos sowohl den Werktätigen nützt, die zum Reichtum der Gesellschaft beitragen, als auch jenen, die von der sozialen Hilfsbereitschaft profitieren, ohne etwas zu produzieren.²³

Raúl Castro sagte, die Libreta „hat sich im Laufe der Jahre in eine untragbare Last für die Wirtschaft und in einen Faktor gegen den Anreiz zur Arbeit verwandelt, außerdem bringt sie verschiedene illegale Erscheinungen hervor“. ²⁴ Sie ist bereits allmählich eingeschränkt worden und soll in Zukunft ganz wegfallen, um Betrug und den Verkauf auf dem Schwarzmarkt auszuschalten. Zum Beispiel sind Zigarren bereits im September 2010 von der Libreta verschwunden. Reis und Zucker (zumindest die subventionierte Monatsration) sind heute auf den freien Markt verwiesen, während der Speiseölpreis um 10 Prozent gestiegen ist. Der Wegfall der Libreta soll durch Lohnerhöhungen kompensiert werden.

Die staatliche Förderung von Gesundheitswesen und Bildung soll erhalten bleiben, „um den verletzlichen Teil der Bevölkerung zu schützen“. Die Arbeiterkantinen werden geöffnet bleiben, aber man wird dafür bezahlen müssen, sie werden nicht weiter subventioniert. Ebenso verpflichtet sich der Staat, „zu garantieren, dass Sozialhilfe denen zugute kommt, die sie wirklich benötigen“. ²⁵

Die Industrie- und Energiepolitik

Pharmazeutische Industrie und Biotechnologie stellen einen der wirtschaftlichen Erfolge Kubas dar. Sie stehen unter den Einnahmequellen der Insel an vierter Stelle nach den Dienstleistungen, dem Tourismus und dem Nickerexport. Auf diesen Gebieten soll technologische Souveränität erreicht, soll die Anmeldung von Patenten und Industrierechten auf den wichtigsten internationalen Märkten verstärkt werden.



Im Bereich Energie muss Kuba seine Abhängigkeit vom Ausland verringern und seine Erdöl- und Gasproduktion durch die Ausbeutung der kürzlich entdeckten unterseeischen Vorkommen im Golf von Mexiko erhöhen sowie seine Fähigkeit zur Refinanzierung verstärken, um den Import von Erdölderivaten zu reduzieren. Aber das erfordert bedeutende Investitionen, und die Insel verfügt nicht über die notwendigen Finanzen. Energie für die Produktion von Waren und Dienstleistungen wird künftig nicht mehr subventioniert werden.²⁶

Um wegen steigender Erdölpreise Energie einzusparen, kündigte die Regierung im Oktober 2010 eine Erhöhung der Energiepreise für Großverbraucher an, das heißt, für diejenigen, die mehr als 300 kWh im Monat verbrauchen. Die Erhöhung wird nach dem Verbrauch abgestuft und reicht von 15 bis 285 Prozent. 5,6 Prozent der Bevölkerung werden einen Preis zwischen 1,5 und 5 Pesos pro kWh statt des normalen Preises von 1,3 Pesos zahlen müssen. Für die Haushalte, die weniger als 100 kWh verbrauchen, bleibt der Preis bei 0,09 Pesos/kWh. Der Staat gab ein Beispiel, indem er seinen Verbrauch 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent reduzierte. Der Benzinpreis stieg ebenfalls um 10 Prozent und der von Diesel um 18 Prozent, da mehr als 50 Prozent des Treibstoffes, den die Insel verbraucht, zur Produktion von Elektroenergie bestimmt ist.

Der Tourismus

Im Sektor Tourismus, der die zweitgrößte Einnahmequelle des Staates darstellt, wird angestrebt, die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern, die weit unter internationalen Standards liegen, sowie die touristischen Ziele im Landesinneren zu diversifizieren, um zu starke Urlauberkonzentrationen zu vermeiden. Um die Kapazität der Zimmervermittlung zu erhöhen, können jetzt Privatpersonen einen Teil ihrer Wohnung vermieten.

Verkehr und Wohnen

Der Verkehr bleibt eines der ernstesten Probleme in Kuba. Er hat bedeutenden Einfluss auf Wirtschaft und Alltag der Bevölkerung. Das Verkehrsnetz muss modernisiert, reorganisiert und entwickelt werden. Aus ökonomischen und ökologischen Gründen sollen Eisenbahn und Seeverkehr Priorität genießen. Die Binnenhäfen werden zu Handelszwecken ausgebaut.

Ein weiteres großes Problem ist das der Wohnungen, die nicht ausreichen und sich oft in schlechtem Zustand befinden. Die Insel muss 100 000 Wohnungen im Jahr bauen, denn auf Grund der Wirtschaftssanktionen besteht seit Jahrzehnten ein struktureller Wohnraumangel. Der Wohnungsbau soll nicht mehr ausschließlich Sache des Staates sein: Von jetzt ab kann sich der private Sektor daran beteiligen. Im November 2010 beschloss der Staat wegen mangelnder Finanzen die Aufhebung der Subventionen für Baumaterialien.

Schlussfolgerungen

Die Kubaner stehen vor einer gewaltigen Herausforderung. Wenn sie auch das Haupthindernis für die Entwicklung ihres Staates nicht aus dem Wege räumen können – die Wirtschaftssanktionen, deren Aufhebung, übereinstimmend gefordert, vom Willen des Weißen Hauses und des USA-Kon-

gresses abhängt, gereicht es ihnen zur Ehre, die am wenigsten ungerechte Gesellschaft unseres Planeten geschaffen und den höchsten Index menschlicher Entwicklung in der Dritten Welt erreicht zu haben. Dennoch bleiben die Bürokratie, die Korruption, der Schwarzmarkt, die niedrige Produktivität, das amateurhafte Handeln in der Wirtschaftspolitik, die starke äußere Abhängigkeit bei der Nahrungsmittel- und Energieversorgung, die überzogenen Verbote, die ungenügende Entwicklung der kritischen Debatte, die nachlässige Einstellung zur Arbeit Prioritäten des Kampfes. Die Kubaner, genauer gesagt die jüngere Generation, müssen sich der Situation gewachsen zeigen, sich den neuen Realitäten stellen und zugleich ihrer Geschichte, der Tradition des Kampfes und Widerstandes treu bleiben. Es gilt die prophetische Lehre des kubanischen Nationalhelden José Martí aufzunehmen: „Die erste Pflicht des Menschen ist es, ... ein Mensch seiner Zeit zu sein.“

Anmerkungen:

- 1 Agence France Presse, 18.11.2010.
- 2 Granma, 29.1.2011.
- 3 Juventud Rebelde, 6.7.2011.
- 4 Agence France Presse, 23.11.2010.
- 5 Associated Press, 7.12.2005.
- 6 Rede vor der Universität Havanna, 17.11.2005
- 7 Juan O. Tamayo, Régimen cubano reconoce aumento de corrupción, 22.6.2011.
- 8 Esteban Morales, www.uneac.org.cu www.uneac.org.cu (konsultiert am 11. August 2011).
- 9 Ignacio Ramonet, Cien horas con Fidel, La Habana, Oficina de Publicaciones del Consejo de Estado, 2006, tercera edición, S. 604.
- 10 Raúl Castro, Bericht an den VI. Parteitag der KP Kubas, 16.4.2011. In: www.cubadebate.cu/opinion
- 11 Raúl Castro, Cubadebate, 1.8.2011.
- 12 Raúl Castro, Rede vor dem Parlament am 18.12.2010.
- 13 Partido Comunista de Cuba, Resolución sobre los lineamientos de la política económica y social del partido y la Revolución, Prensa Latina, 18.4.2011.
- 14 AP, 5.8.2011, Granma, 21.5.2011.
- 15 Siehe Anm. 13.
- 16 Siehe Anm. 10.
- 17 Siehe Anm. 12.
- 18 Ebenda.
- 19 Partido Comunista de Cuba, Proyecto de lineamientos de la política económica y social.
- 20 Siehe Anm. 13.
- 21 Ebenda.
- 22 Ebenda.
- 23 Siehe Anm. 12.
- 24 Siehe Anm. 10.
- 25 Siehe Anm. 13.
- 26 Ebenda.

Wie links ist Lateinamerika?

Vortrag von Otto Pfeiffer, Präsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. Berlin, am 14. September 2011; aus: www.vip-ev.de/text650.htm

Von einem „Linksruck in Lateinamerika“ ist die Rede, seitdem auf den Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela im Dezember 1998 in nur wenigen Jahren weitere neun Wahlerfolge von Politikern folgten, die als „links orientiert“ bewertet wurden:

- 2002 Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien,
- 2003 Néstor Kirchner in Argentinien,
- 2005 Tabaré Vázquez in Uruguay und Evo Morales in Bolivien,



- 2006 Michelle Bachelet in Chile und Rafael Correa in Ekuador,
- 2007 Daniel Ortega in Nikaragua,
- 2008 Fernando Lugo in Paraguay und
- 2009 Mauricio Funes in El Salvador.
- Hinzuzufügen wäre der 2008 verkündete Entschluss des 2005 gewählten Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya, einen Linkskurs einzuschlagen und sein Land dem Linksbündnis ALBA (Bolivarische Alternative der Völker Amerikas) anzuschließen.

An dieser Stelle zwei Vorbemerkungen:

1. Ich beziehe mich auf Lateinamerika im weiteren Sinne – einschließlich der Karibik. Angesichts der Existenz von 33 Staaten in diesem Raum kann nur selektiv auf Länder und Probleme eingegangen werden.

2. Mir ist daran gelegen, einige Grundzüge und Gemeinsamkeiten und zugleich die Differenziertheit der Bedingungen von Land zu Land deutlich zu machen. Dabei sollen einige aktuelle Fragen ausführlicher behandelt werden.

Ich beabsichtige keine Definition des Begriffes „Links“ und deshalb auch keine schematische Einordnung einzelner Länder in Gruppen von Rechten und Linken, letztere dann noch geschieden in Gemäßigte und Radikale.

Es ist doch offensichtlich, dass wesentliche Unterschiede bestehen z. B. zwischen Venezuela einerseits, wo ein Umbau der Gesellschaft mit erklärter sozialistischer Perspektive anvisiert wird, und Chile andererseits, wo sich – eigentlich illusionäre – linke Hoffnungen nach 2006 lediglich darauf gründeten, dass die gewählte Präsidentin dem linken Flügel der Sozialistischen Partei zugerechnet wurde, die aber letztlich in den Fesseln der von der Pinochet-Diktatur hinterlassenen Verfassung gefangen blieb.

Außerdem darf nicht vergessen werden, dass der Gruppe der oben genannten Länder die in die USA-Politik eingebundene „pazifische Achse“ mit Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile gegenüberstand, das sich dort nach der Amtszeit von Michelle Bachelet wieder eingeordnet hat.

Folgenden Fragen wäre nachzugehen:

1. Wo liegen die Wurzeln für die Linksentwicklung?
2. Welche Tiefe haben die inneren gesellschaftlichen Prozesse in den links orientierten Ländern?
3. Wie stabil ist ihre Entwicklung einzuschätzen?
4. Welche außenpolitischen Konsequenzen ergaben sich aus der Existenz links orientierter Regierungen in Lateinamerika?

Einige Bemerkungen zu den Ursachen und Wurzeln: Länder Lateinamerikas waren in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts klassische „Laboratorien“ des Neoliberalismus. Das marktradikale Wirtschaftskonzept der „Chicago Boys“ wurde zuerst in Chile nach 1973 unter der Pinochet-Diktatur durchgesetzt. Das bedeutete die Unterwerfung unter die antisozialen Sparprogramme des IWF, die Privatisierung bzw. Reprivatisierung wichtiger Wirtschaftszweige, die Überführung von Bereichen der Daseinsvorsorge in Privathand, die drastische Beschneidung der Sozialausgaben sowie die Einbindung in multi- und bilaterale Freihandelsprojekte (Mexiko in die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA sowie Länder Mittel- und Südamerikas in bilaterale Freihandelsabkommen). Das hieß den Verlust wirtschaftspolitischer Souveränität und eine eklatante Verschlechterung der sozialen Lage besonders der untersten Volksschichten.

Nach den Plänen der Regierung Bush sollte eine gesamt-

amerikanische Freihandelszone (ALCA) die wirtschaftliche und letztlich auch politische Unterordnung Lateinamerikas unter die Interessen der USA besiegelein.

Andererseits ging von Lateinamerika der erste Impuls des Widerstandes gegen dieses Konzept und seine Folgen aus, zunächst in Gestalt der chaotischen Revolte der Bevölkerung von Caracas von 1989, dann u. a. in zielstrebigem Mobilisierungen z. B. in Uruguay und Bolivien gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Die traditionellen herrschenden Eliten und das System der repräsentativen Demokratie waren diskreditiert. Bisher marginalisierte Bevölkerungsschichten, die indigenen Bewegungen und neue Parteien griffen ins politische Geschehen ein. Nicht zufällig gingen viele der neu gewählten Präsidenten nicht aus den alten Eliten hervor: Lula aus der Gewerkschaftsbewegung, Chávez aus einer progressiven Offiziersgruppe, Lugo aus dem der Befreiungstheologie zugewandten Klerus, Vázquez und Funes aus Kreisen linker Intellektueller und Morales aus der indigenen Bewegung. Auch das ist ein Zeugnis lateinamerikanischer Vielfalt.

Was geschah nach den linken Wahlsiegen in diesen Ländern? Die Politik der Regierungen konzentrierte sich erstens vorrangig auf die Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse der untersten Bevölkerungsschichten, vor allem die Bekämpfung von Hunger und Armut, die Sicherung der gesundheitlichen Betreuung, die Beseitigung des Analphabetismus, die Gewährleistung des Zugangs zur Bildung, die Schaffung von Arbeitsplätzen – kurz: eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens, ohne dabei bestehende Besitzverhältnisse anzugreifen.

Nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) reduzierte Venezuela in den letzten 10 Jahren die extreme Armut von 25 auf 7 Prozent der Bevölkerung und die Armut generell von 60 auf 28 Prozent; die Reduzierungsrate war damit doppelt so hoch wie im lateinamerikanischen Durchschnitt.

In Brasilien profitieren 12 Mio. Familien vom staatlichen Sozialprogramm „fome zero“ („null Hunger“), das ihnen eine – allerdings sehr bescheidene – Existenz sichert. Die Rate der extremen Armut sank hier in den Jahren 2003 bis 2008 von 12 Prozent auf 4,8 Prozent.

Grad und Umfang dieser sozialen Maßnahmen sind dabei von den materiellen Möglichkeiten und dem inneren Kräfteverhältnis des jeweiligen Landes abhängig: In Venezuela war die Schaffung eines ganzen Systems von Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen bis zur Universität zur Sicherung der Chancengleichheit der Kinder der untersten Volksschichten möglich. Für Nikaragua und andere Länder sind kostenlose Schulbücher und eine Schulspeisung schon ein Fortschritt. In Uruguay gehört ein kostenloser Laptop für Schulanfänger dazu.

Zweitens entwickeln sich neue Formen der Demokratie, eine „partizipative“, d. h. auf die direkte Mitwirkung der Bürger setzende Demokratie, die sich von der repräsentativen Demokratie abgrenzt. Durch Volksentscheide angenommene Verfassungen in Venezuela, Bolivien und Ekuador enthalten umfangreiche plebiszitäre Elemente. Wichtige politische Fragen, Gesetze oder auch die Abwahl von Mandatsträgern aller Ebenen können so entschieden werden. In Venezuela werden kommunale Angelegenheiten basisdemokratisch durch Bürgerversammlungen in den sog. „Consejos Comunales“ (Kommunalräte) beschlossen, die auch mit den entsprechen-

den Budgetmitteln ausgestattet sind. „Bürgerhaushalte“ existieren auch in Brasilien und anderen Ländern.

Drittens ist die Politik auf die Verfügungsgewalt über die nationalen Reichtümer gerichtet, um sie in den Dienst der Sozialprogramme zu stellen.

Venezuela strebt ein Wirtschaftsmodell an, das die staatliche Verfügung über alle strategischen Wirtschaftszweige sichert. Das betrifft vor allem die Erdölindustrie, die bereits 1976 nationalisiert worden war und deren Kernbereich sich 1999 beim Regierungsantritt von Hugo Chávez noch in Staatshand befand. Wo auf die Zusammenarbeit mit internationalen Konzernen nicht verzichtet werden konnte, wurde die Kapitalmehrheit des venezolanischen Staates durchgesetzt. Ein verändertes System der Abgaben und Steuern sichert einen höheren Anteil an den Erlösen der Erdölindustrie.

Viertens prägt sich eine antineoliberale Wirtschaftspolitik aus. Ihre Vorzüge wurden gerade auch in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich. Antizyklische staatliche Investitionsprogramme z. B. für den Ausbau der Infrastruktur, Einflussnahme des Staates auf günstige Kreditbedingungen und die den Binnenmarkt ankurbelnden Sozialprogramme ließen die Auswirkungen der Krise in den meisten links orientierten Ländern geringer ausfallen als in den entwickelten Industriestaaten.

In der Regel hat der Grad der Bindung an den US-Markt die Tiefe der Krise im jeweiligen Land bestimmt: So im Falle der „verlängerten Werkbank“ Mexiko und der von den Devisenüberweisungen ihrer Arbeitsemigranten stark abhängigen Länder Mittelamerikas, aber auch in Venezuela durch die Fluktuation der Erdölexportpreise. Letzteres mit der Einschränkung, dass die vorhandenen Reserven und eingeleitete Sparmaßnahmen in anderen Bereichen ein Durchschlagen der Einnahmeverluste auf die Sozialpolitik verhindern konnten.

Brasilien verzeichnete 2010 wieder ein Wachstum des BIP um 7,5 Prozent.

Die meisten linken Regierungen sind gegenüber dem IWF nicht mehr verschuldet und haben damit Freiräume für ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik gewonnen. Der Aufkauf argentinischer Staatsanleihen durch die Chávez-Regierung verschaffte Argentinien die dafür notwendigen Finanzmittel. Ein qualitativer Umbruch in der Wirtschaftsstruktur ist bisher nirgendwo vollzogen worden. Das Projekt eines Sozialismus im XXI. Jahrhundert, wie es von Präsident Chávez in Venezuela proklamiert wurde, bleibt ein offenes Programm, ein Prozess des Suchens und Versuchens mit bestimmten Grundrichtungen, aber ohne fest gefügte Umrisse.

Zudem bleibt eines der fundamentalen Probleme Lateinamerikas, die Agrarfrage, im Wesen ungelöst. Die Forderungen des Millionenheeres der Landlosen in Brasilien bleiben unerfüllt.

Die bolivianische Regierung musste zur Sicherung der Annahme der neuen Verfassung der Agrarlobby substantielle Zugeständnisse machen: Heraufsetzung der zulässigen Obergrenze des Landbesitzes auf 5 000 ha und Verzicht auf rückwirkende Geltung.

Auch in Paraguay und anderen Ländern lässt das innere Kräfteverhältnis grundlegende Veränderungen im Agrarsektor bisher nicht zu.

Venezuela proklamiert in seiner Verfassung die Abschaffung des Großgrundbesitzes. Dieses Ziel ist nicht erreicht.

Die Verteilung von staatlichem Land, von illegal durch Großgrundbesitzer okkupierten Ländereien sowie von Brachland hat die Agrarfrage etwas entschärft. Mit welcher Härte aber auch hier die Auseinandersetzungen geführt werden, zeigt sich in der Tatsache, dass die meisten Opfer politisch motivierter Morde im Lande Aktivisten der Bauernbewegung sind.

Ein Charakteristikum des Linkskurses ist, dass er über Wahlsiege progressiver Persönlichkeiten eingeleitet wurde. Seine Dauerhaftigkeit hängt wesentlich davon ab, ob er in Folgewahlen bestätigt werden kann und wie sich die diese Präsidentschaft stützenden Parteien, Organisationen und Bewegungen entwickeln. Die Fortdauer dieser Präsidentschaften über mehrere Wahlperioden ist zweifellos ein großer Erfolg: Das betrifft Venezuela, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien und Ecuador. Für die Wiederwahl von Daniel Ortega in Nikaragua im November d. J. bestehen gute Voraussetzungen.

Doch nur die Präsidenten von Venezuela, Bolivien, Ecuador, Uruguay und Nikaragua verfügen über stabile parlamentarische Mehrheiten. In Brasilien und El Salvador bestehen Koalitionsregierungen. Die argentinische Präsidentin Cristina Fernández verlor die Parlamentsmehrheit bei den Zwischenwahlen 2009. Das Parlament von Paraguay wird von der rechten Opposition dominiert.

Sehr unterschiedlich ist die parteipolitische Basis der gewählten Präsidenten entwickelt: In einigen Ländern haben bereits längere Zeit im politischen Kampf stehende Parteien oder Parteienbündnisse die Wahlen – oft nach mehreren vergeblichen Anläufen – mit absoluter oder zumindest relativer Mehrheit gewonnen: die PT in Brasilien, die Frente Amplio in Uruguay, die MAS in Bolivien, die FSLN in Nikaragua und die FMLN in El Salvador. In Ecuador trat Rafael Correa bei seiner ersten Wahl 2006 ohne jeden parteipolitischen Hintergrund an. Erst danach wurde die regierungstragende „Alianza País“ geschaffen. In Venezuela vollzog sich in einem mehrjährigen Prozess die Formierung der „Bewegung V. Republik“(MVR) aus einer Art Wahlverein zur „Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas“ (PSUV) als politisch tragende Organisation.

In Paraguay verfügt der Präsident weder über eine eigene parlamentarische noch eine ausreichende parteipolitische Basis. Mit dem Auslaufen seiner Amtszeit bleibt die Zukunft des Landes höchst ungewiss, sollte es nicht gelingen, das Einheitsabkommen von 18 linken Parteien und Bewegungen, das am 13. September veröffentlicht wurde, bis zu den Wahlen 2013 zu einer tragfähigen Plattform zu gestalten.

Doch lediglich in Honduras ist es den Rechtskräften – mit internationaler Unterstützung – bisher gelungen, durch den Putsch vom Juni 2009 gegen Präsident Manuel Zelaya den Linkskurs wieder abzubrechen. Das Land erwies sich als das schwächste Glied unter den Linksregimes. Die Gruppe um Präsident Zelaya repräsentierte nur einen Flügel der herrschenden Liberalen Partei und verfügte über keine eigene organisatorische Basis. Das könnte sich in der Zukunft ändern. Der mit venezolanischer und kolumbianischer Vermittlung geschlossene innenpolitische Kompromiss ließ zwar die aus den Wahlen vom Oktober 2009 hervorgegangene Rechtsregierung Porfirio Lobo im Amt, sicherte aber den hinter Zelaya stehenden Kräften legale politische Wirkungsmöglichkeiten. Die antiputschistische Widerstandfront ist dabei, sich als Partei zu konstituieren und kann in der künftigen in-



nenpolitischen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen.

Beobachter haben den Putsch in Honduras als Beginn oder Versuch des Beginns einer Gegenoffensive gegen die Linksentwicklung in Lateinamerika gewertet. Aber Gegenbewegungen gab es von Anfang an: der gescheiterte Putsch gegen den venezolanischen Präsidenten vom April 2002 und der ebenfalls fehlgeschlagene Versuch, die Regierung um die Jahreswende 2002/2003 durch die Stilllegung der Erdölförderung zu stürzen; in Bolivien die seit 2007 offen proklamierten separatistischen Bestrebungen der regionalen alten Eliten in den erdölreichen Tieflandsdepartements, durch die Präsident Morales 2008 zu Fall gebracht werden sollte. Diese Versuche setzten sich fort: siehe die Revolte bewaffneter Einheiten im September 2010 gegen Präsident Correa in Ecuador.

Deutliche Verschiebungen nach rechts ergaben sich in letzter Zeit in einigen anderen Ländern: durch den Wahlsieg von Ricardo Martinelli im Mai 2009 in Panama, von Sebastian Piñera im Januar 2010 in Chile und Michel Martelly im April 2011 in Haiti. Ihnen wird sich voraussichtlich Otto Pérez Molina in Guatemala zugesellen, der letzten Sonntag die erste Wahlrunde gewann.

Teilerfolge erzielte die rechte Opposition auf regionaler Ebene auch in den links orientierten Ländern: Sie regiert die argentinische Hauptstadt Buenos Aires, mit São Paulo das industrielle Zentrum Brasiliens sowie mehrere Bundesstaaten Venezuelas, darunter das traditionelle Erdölfördergebiet Zulia und an Kolumbien angrenzende Gebiete.

In letzter Zeit wurden einige typische Entwicklungsprobleme der links orientierten Länder sichtbar:

Dazu gehört die Auseinandersetzung um den Charakter des Entwicklungsmodells: Der Anspruch dieser Länder auf eine nachholende Entwicklung ist unbestreitbar. Die Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Ausbau der Infrastruktur gehören dazu. In Ländern wie Ecuador und Bolivien mit einem hohen Anteil indigener Bevölkerung kollidiert dieses Erfordernis mit dem berechtigten Anspruch der Indigenen, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen und Traditionen zu gestalten. Wenn die in den neuen Verfassungen dieser Länder verankerten Möglichkeiten, Konflikte einvernehmlich zu lösen, nicht ausgeschöpft werden, führt das zu einer Entfremdung zwischen den Regierungen und den Führungen einiger indigener Bewegungen, hinter die sich auch in- und ausländische Gegner des Linkskurses gestellt haben.

Negative Auswirkungen haben auch Rückstände bei der Lösung brennender sozialer Probleme wie der Wohnungsfrage in den venezolanischen Städten, der Kriminalität, der Korruption, der Inflation und kommunaler Aufgaben. Das erklärt manche Rückschläge bei Wahlen in den urbanen venezolanischen Ballungsgebieten.

Diese Probleme sind in der internationalen – und besonders auch deutschen – Diskussion häufig Anlass, die Stabilität der links orientierten Staaten Lateinamerikas grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Ohne die Schwierigkeiten gering schätzen zu wollen, ist dabei doch oft der Wunsch der Vater des Gedankens. Das Iberoamerikanische Institut in Berlin veranstaltete im Sommer 2003 – in Venezuela waren Putsch und Erdölsabotage gerade abgewehrt – ein Symposium unter dem Titel „Die Krise des Neopopulismus“. Unter „Neopopulismus“ wurde die Politik des im Jahre 2000 wegen Korruption amtsenthobenen rechtsorientierten peruanischen

Präsidenten Alberto Fujimori mit der von Hugo Chávez in Venezuela zusammengefasst. Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik von 2004 überschreibt ihr Venezuela-Kapitel mit „Venezuela: Staatszerfall in einem polarisierten Land“. Das Land sei ein „über Lateinamerika hinausgehendes Sicherheitsrisiko“.

Solche Einschätzungen verkennen die Entstehung links orientierter Regierungen als Resultat der historischen Entwicklung und wollen sie als wichtigen Teil der heutigen lateinamerikanischen Realität nicht zur Kenntnis nehmen. Sie sind – ich werde darauf zurückkommen – nicht ohne Einfluss auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik.

Die weitere Entwicklung Lateinamerikas nimmt darauf jedoch keine Rücksicht.

Von nicht zu unterschätzendem Gewicht ist in diesem Zusammenhang der Wahlsieg von Ollanta Humala im Juni d. J. in Peru: Mit ihm wurde aus der neoliberalen „pazifischen Achse“ ein wichtiges Glied herausgebrochen.

Dieses Ereignis haben die gleichen Faktoren bewirkt wie in anderen lateinamerikanischen Ländern: die Folgen der neoliberalen Politik der Vorgängerregierungen für die Lebensbedingungen der unteren Volksschichten, der Ausverkauf der Bodenschätze an ausländische Konzerne (25 Mio. ha, d. h. ca. ein Fünftel der Landesfläche sind an Bergbaukonzerne vergeben) und die Benachteiligung der indigenen Bevölkerung. Peru muss etwa die gleiche Summe für die Beseitigung der vom Bergbau verursachten Umweltschäden aufwenden wie sie der Staat bisher aus dem Export der Bergbauerzeugnisse erzielte. Während im Landesdurchschnitt ca. 30 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu Trinkwasserversorgung und Elektrizität haben, sind es in den Landgebieten bis zu 65 Prozent. Aus den ländlichen Gebieten rekrutierte sich der größte Teil der Wähler Humalas. Sein Regierungsprogramm entspricht in allen Grundzügen der Politik, die andere Linksregierungen Lateinamerikas eingeschlagen haben – dazu nur einige Stichworte:

- Ablehnung des neoliberalen Wirtschaftsmodells,
- Inbesitznahme der Naturreichtümer zur Überwindung von Armut und Ungleichheit.
- nationale Souveränität über Naturschätze und strategische Aktivitäten,
- Schaffung einer „demokratischen, multikulturellen und dezentralisierten Republik“ durch eine neue Verfassung,
- aktive Rolle des Staates bei der Wirtschaftsentwicklung, bei der Regulierung von Wirtschaft und Markt sowie bei grundlegenden sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Rechtswesen, Sozialversicherung, Wasserversorgung und Abwasser.

In den Außenbeziehungen stehen im Vordergrund:

- Förderung der lateinamerikanischen Integration mit den Schwerpunkten Andengemeinschaft, MERCOSUR und UNASUR,
- strategische Allianz mit Brasilien und den Nachbarstaaten Bolivien, Ecuador und Kolumbien,
- Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den Ländern Lateinamerikas, mit China und den Entwicklungsländern sowie mit der EU, Russland und den Pazifikanrainern,
- Abschaffung des Interamerikanischen Gegenseitigen Beistandspaktes (TIAR, des sog. Rio-Paktes von 1947),
- Umfassende Reform der OAS und
- Revision der bilateralen Freihandelsverträge.

Eine erste Initiative der Regierung war die Bestätigung eines Gesetzes, das zur Abstimmung aller Vorhaben in den Siedlungsgebieten der Indigenen mit deren Vertretern verpflichtet. Der Amtsvorgänger Alán García hatte das Inkrafttreten durch sein Veto verhindert.

Für eine Einschätzung der Politik Humalas ist es nach drei Monaten noch zu früh. Seine Partei verfügt nicht über eine parlamentarische Mehrheit. Er wird auf innere und äußere Widerstände treffen, was sich schon jetzt zeigt: Das Vorhaben, die Überschussgewinne der Minenkonzerne zusätzlich zu besteuern, konnte nicht durchgesetzt werden. Es wird in den nächsten fünf Jahren nur Pauschalzahlungen an den Staat von umgerechnet ca. einer Mrd. US-Dollar jährlich geben.

Die links orientierten Regierungen haben zu einer neuen Qualität der lateinamerikanischen Integration geführt, und zwar sowohl hinsichtlich einer effektiven gegenseitigen Unterstützung als auch bezüglich der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen vor allem gegenüber den USA und den entwickelten Ländern „des Nordens“ überhaupt.

Aus dem Bestreben, dem USA-Plan einer gesamtamerikanischen Freihandelszone einen konstruktiven Gegenentwurf entgegenzusetzen, wurde 2004 das Konzept der ALBA („Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika“) geboren. Grundlage der Zusammenarbeit sollten Komplementarität, gegenseitige Unterstützung und Solidarität sein – als Muster gelten die kubanisch-venezolanischen Vereinbarungen über venezolanische Erdöllieferungen und den Einsatz kubanischer medizinischer Personals in Venezuela. 2006 trat Bolivien bei. Inzwischen sind Ekuador, Nicaragua und die drei karibischen Inselstaaten Antigua und Barbuda, Dominica sowie St. Vincent und die Grenadinen Mitglieder geworden. Grenada, Haiti, Paraguay und Uruguay haben Beobachterstatus.

Im Rahmen des seit 2005 bestehenden PETROCARIBE-Abkommens beziehen 15 Staaten des karibisch-mittelamerikanischen Raumes sowie Guyana und Suriname zu Vorzugsbedingungen venezolanisches Erdöl. Bei einem Ölpreis von unter 100 US-Dollar/Fass werden innerhalb von 90 Tagen nur 60 Prozent des Kaufpreises fällig. Bei höheren Preisen noch weniger. Der Rest ist innerhalb von 25 Jahren zu zahlen und wird mit 1 Prozent/Jahr verzinst. Durch die gemeinsame Schaffung einer Erdöl verarbeitenden Industrie in den Mitgliedstaaten soll eine nachhaltige Versorgung mit Energierohstoffen gesichert werden. Venezuela ist auf der Basis seiner umfangreichen Vorräte langfristig zur Lieferung in der Lage (nach jüngsten Angaben der OPEC sind es die größten der Welt noch vor Saudi-Arabien.)

Ausdruck des Strebens der südamerikanischen Länder, ihre Angelegenheiten selbst, ohne Einmischung Dritter, zu regeln, ist die 2004 auf ihrem Gipfeltreffen in Cuzco gegründete Südamerikanische Staatengemeinschaft – heute Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) –, die – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – alle 12 Staaten des Subkontinents umfasst. Seit 2007 verfügt sie über ein gemeinsames Sekretariat in Quito, Ekuador, und seit 2009 über einen gemeinsamen Verteidigungsrat als Gesprächsforum der Verteidigungsminister.

Im November 2010 wurde auf dem Gipfel in Guyana ein „Demokratieprotokoll“ verabschiedet, wonach die Anerkennung von Putschregimes in Südamerika kategorisch abgelehnt wird. Sie würden einer Schließung von Grenzen, See-

wegen und Luftraum, einem Handelsstopp sowie der Einstellung von Energielieferungen unterworfen sowie diplomatisch und politisch sanktioniert werden.

UNASUR – und insbesondere ihr damaliger Generalsekretär, der inzwischen verstorbene argentinische Expräsident Néstor Kirchner – spielten eine wesentliche Rolle in der Beilegung des venezolanisch-kolumbianischen Konflikts im Juli 2010, der den Abbruch aller bilateralen Beziehungen zur Folge gehabt hatte und in einen Krieg zu münden drohte.

Der Stand der Integration erlaubt es den UNASUR-Mitgliedern auch, gemeinsame Maßnahmen gegen die internationale Wirtschaftskrise zu ergreifen. Auf ihrem Sondergipfel im August d. J. in Buenos Aires wurde die Schaffung eines eigenen Gold- und Devisenreservefonds beschlossen. Die Goldreserven von ca. 6 Mrd. US-Dollar sollen aus USA- und europäischen Banken zurückgeholt werden. (Die Länder verfügen z. Z. insgesamt über Devisenreserven von etwa 600 Mrd. US-Dollar.)

Die „Bank des Südens“ (BANCOSUR) wird die Unabhängigkeit Südamerikas von Weltbank und IWF weiter vorantreiben. Beginnend mit 7 Mrd. US-Dollar Startkapital, könnte die Bank voraussichtlich noch in diesem Jahr ihre Tätigkeit aufnehmen. Venezuela, Ekuador und Bolivien haben die Gründungsdokumente ratifiziert. Nach der kürzlichen Zustimmung durch den argentinischen Senat stehen nun noch die Ratifizierungen durch Brasilien, Uruguay und Paraguay aus. Im Februar 2011 wurde die Gründung der CELAC beschlossen, eines Staatenbundes dem alle 33 lateinamerikanischen und karibischen Staaten mit ihren nahezu 600 Mio. Einwohnern angehören werden, aber nicht die USA und Kanada. Am 2. und 3. Dezember d. J. soll in Caracas ihre offizielle Konstituierung erfolgen. Damit wird eine Alternative zur von den USA dominierten OAS geschaffen.

In all diesen Integrationsprozessen spielt Brasilien eine herausragende Rolle. Brasilien ist aufgrund seines Entwicklungsstandes, seiner Potenziale und seiner konstruktiven Regionalpolitik die heute unumstrittene regionale Vormacht mit zunehmend auch überregionalem Einfluss. (Mexiko hat sich durch seine Anbindung an die USA als lateinamerikanischer Akteur verabschiedet. Argentinien – hier war in den 1950er Jahren noch der größte Teil der verarbeitenden Industrie Südamerikas konzentriert – konnte mit Brasilien nicht Schritt halten.)

Brasilien sieht sich nicht mehr als Schwellenland. Von den fünf BRICS-Staaten ist es neben Russland der einzige, der über eine umfassende Rohstoffbasis – einschließlich des Energiesektors – verfügt. Ein hoher brasilianischer Diplomat formulierte den Rang seines Landes so: Wenn man in je einer Liste die 10 wichtigsten Staaten der Welt nach ihrer territorialen Größe, nach ihrer Bevölkerungszahl und nach dem Umfang ihres Bruttoinlandsprodukts aufzählte, gäbe es nur drei Staaten, die in jeder dieser drei Listen erschienen: die USA, China und Brasilien. International ist das Land von einem Schuldnerstaat zu einem Gläubigerstaat geworden. 10 Mrd. Dollar Kredite wurden an Entwicklungsländer ausgereicht.

Gleichzeitig streben einflussreiche brasilianische Kreise nach wie vor ein enge Anbindung an die USA an. Nach Einschätzung von PT-Politikern ist der Einfluss des Neoliberalismus in Brasilien eingeschränkt, aber nicht beseitigt. Seine Außenpolitik habe zwei Dimensionen: „Eine Dimension ist der Schutz der nationalen Interessen des Landes. Diese Inte-



ressen sind oft die Interessen der kapitalistischen Unternehmen, die im Ausland agieren, oder es sind Interessen des Staates im weitesten Sinne des Wortes, eines kapitalistischen Staates mit einem ‚subimperialistischen‘ Potenzial ...“ Die andere Dimension sei die „eines peripheren Staates unter Hegemonie der Linken, der eine neue internationale Ordnung sowie eine kontinentale Integration mit volksverbundener und demokratischer Orientierung zu schaffen sucht“.

In Lateinamerika ist Brasilien objektiv zu einem Gegengewicht für den Einfluss der USA geworden. Unter Präsident Lula hat es die Formierung des regionalen Blocks erfolgreich vorangebracht. Es hat sich in die Lösung von Konflikten in und zwischen den Staaten der Region eingeschaltet, da es davon ausgeht, dass „Brasilien auf lange Sicht nicht die Möglichkeit zu einer wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung hätte, wenn es von Ländern mit großen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Problemen umgeben wäre“. D. h.: Die Formierung des lateinamerikanischen Blocks ist auch Voraussetzung für die globale Rolle des Landes.

Dazu ist man auch bereit zu Kompromissen und Zugeständnissen, die sich auf lange Sicht auszahlen werden, z. B. die Akzeptanz der Kontrolle Boliviens über seine Erdgasvorkommen, die eigentlich die Investitionen des brasilianischen staatlichen Erdölkonzerns PETROBRAS beeinträchtigt. Dasselbe gilt für die Gewährung günstigerer Bedingungen für Paraguay beim Bezug von Elektroenergie aus dem Wasserkraftwerk Itaipú.

Im Interesse der Absicherung weiterer Fortschritte in der regionalen politischen Integration stimmte Brasilien auch der Kompromisslösung für Honduras zu.

Über die Lateinamerikapolitik der USA ist im Grunde nicht viel zu sagen, zumindest nichts substantiell Neues. Präsident Barack Obama verkündete zwar zu Beginn seiner Amtszeit, er wolle mit allen lateinamerikanischen Präsidenten sprechen, die Formulierung eines neuen, sich auf die Realitäten einstellenden Konzepts unterblieb jedoch. Die USA beschränken sich zum einen darauf, mit bisherigen Methoden Positionen zu halten und im militärischen Bereich auch auszubauen (Neubelebung der IV: Flotte, Sicherung von Nutzungsrechten auf sieben kolumbianischen Militärbasen).

Zum anderen wird die rechte Opposition in den links orientierten Ländern finanziell und ideell unterstützt.

Für die Länder Lateinamerikas bleiben die USA zwar ein wichtiger Partner, vor allem wirtschaftlich, ihre Position erleidet jedoch eine deutliche Erosion.

Als wichtigster Handelspartner Brasiliens können sie bald von China abgelöst werden, das überall auf dem Vormarsch ist. Der vereinbarte Bau von chinesisch-venezolanischen Raffinerien in China mit einer Kapazität von 800 000 Fass/Tag bis 2014 wird venezolanische Öllieferungen dorthin in einer Größenordnung ermöglichen, wie sie jetzt in die USA getätigt werden.

Auch in der OAS mussten die USA Rückschläge hinnehmen: Bereits bei der Wahl des OAS-Generalsekretärs im Jahre 2005 konnten sie weder ihren Favoriten, den Expräsidenten von El Salvador Francisco Flores, noch ihren „Ersatzkandidaten“, den ehemaligen mexikanischen Außenminister Luis Ernesto Derbez durchbringen, sondern mussten der Wahl des Chilenen José Miguel Insulza hinnehmen. Alle lateinamerikanischen Staaten lehnen den Kuba-Boykott der USA ab und beziehen Kuba in die lateinamerikanische Integration

ein. Im Juni 2009 musste der 1962 gefasste Beschluss über den Ausschluss Kubas aus der Organisation aufgehoben werden.

Wie hat sich die Außenpolitik der BRD auf die Existenz links orientierter Regierungen in Lateinamerika eingestellt? Am 4. August 2010 wurde das Konzept der Bundesregierung „Deutschland, Lateinamerika und die Karibik“ beschlossen. Es ersetzt ein entsprechendes Dokument aus dem Jahre 1995 und erhebt den Anspruch, sowohl an Gegebenem in den Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik anzuknüpfen als auch neue Bedingungen zu berücksichtigen. Es bleibt aber unbeantwortet, wie die BRD diesen neuen Bedingungen und der wachsenden Rolle Lateinamerikas mit neuen Politikansätzen entsprechen will.

Aktuelle (gemeint sind progressive) Entwicklungen in einigen Staaten, d. h. ein Wandel des „politischen Klimas“, „neue politische Strömungen und Kräfteverhältnisse“ werden mit Defiziten an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bzw. mit Angriffen auf diese Prinzipien gleichgesetzt. Explizit abgelehnt wird ein „populistisches Demokratieverständnis“. Die gerade von putschistischen und gewaltbereiten Rechtskräften ausgehende Gefahr für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wird hingegen verschwiegen.

Der Entwicklung der Beziehungen zu links orientierten Regierungen wird praktisch eine Absage erteilt, da „nur ein stabiles, rechtsstaatlich ausgerichtetes Lateinamerika ... ein verlässlicher politischer und wirtschaftlicher Partner“ sei. „Je größer die Gemeinsamkeit der Werte mit den einzelnen Ländern ist, desto besser sind die Voraussetzungen für erfolgreiche bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit“, heißt es. Als wichtiges Kriterium gilt dabei der Schutz des Privateigentums. Die Länder Lateinamerikas sollen auf das neoliberale Gesellschaftskonzept und das Modell der repräsentativen Demokratie festgelegt werden, aus denen linksorientierte Regierungen gerade ausbrechen.

Die Versicherung, progressive soziale Entwicklungen fördern zu wollen (z. B. Zugang zur Bildung für marginalisierte Gruppen, Wahrung der Rechte der indigenen Völker, Teilhabe bisher ausgeschlossener Bevölkerungsteile an der politischen Willensbildung, Armutsbekämpfung) wird dadurch entwertet, dass die Entwicklung der Beziehungen gerade zu denjenigen Staaten ausgeschlossen wird, die auf diesen Gebieten die größten und erfolgreichsten Anstrengungen unternehmen.

Von Brasilien – und teils auch Argentinien – abgesehen, finden nur Länder positive Erwähnung, die voll in die neoliberale Globalisierung eingebunden sind, wie Mexiko, Chile und Kolumbien.

Ausdrücklich werden die Boykottmaßnahmen der EU („gemeinsamer Standpunkt“) gegen Kuba bekräftigt.

Das Konzept registriert, dass die Länder Lateinamerikas heute neue Partner vor allem in Asien und Afrika suchen und selbst stärker umworben werden, analysiert aber nicht, warum eine einseitige Orientierung auf die traditionellen Beziehungen zu den USA und Westeuropa ihren Entwicklungsinteressen nicht entspricht.

Aus der durchaus richtigen Erkenntnis, dass die „traditionellen Gemeinsamkeiten und Bindungen im deutsch-lateinamerikanischen Verhältnis heute nicht mehr selbstverständlich und auf Dauer garantiert“ seien, wird lediglich geschlussfolgert, die bisherigen Formen der Beziehungen zu aktivieren und nicht, ihnen eine neue Qualität zu verleihen. Allenfalls



sollen einige Bereiche wie Umwelt, Bildung und Forschung stärker akzentuiert werden.

Als Fazit bleibt: Das Konzept registriert einige wichtige Probleme, die sich aus der neuen, gewachsenen Rolle Lateinamerikas ergeben, gibt aber keine konstruktive, die Interessen Lateinamerikas und der Karibik berücksichtigende Antwort.

Es ist für die Entwicklung einer neuen Politik Deutschlands gegenüber diesen Ländern ungeeignet.

Es verdeutlicht eine Verstärkung der Bemühungen der deutschen Außenpolitik zur Zurückdrängung linker Entwicklungen und der Festlegung auf einen neoliberalen Kurs.

Eine Antwort auf die Frage „Wie links ist Lateinamerika?“ geben in erster Linie die sozialen Veränderungen in einer Reihe von Ländern, mit dem sich andere Regionen der Dritten Welt nicht vergleichen können. Das internationale Gewicht Lateinamerikas ist gewachsen. Es wird außenpolitisch in hohem Maße von den links orientierten Ländern geprägt.

Die Transformationsprozesse in Lateinamerika und ihre Kritiker

Von Helma Chrenko und Achim Wahl, Arbeitskreis Lateinamerika der BAG Friedens- und Internationale Politik

Trotz einiger Rückschläge und vieler belastender Faktoren zeichnet sich ein anhaltendes, wenn auch verlangsamtes und differenziertes Voranschreiten der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Lateinamerika ab. Sie werden immer wieder in demokratischen Wahlen bestätigt und besitzen nach wie vor das Potenzial zur Ausdehnung auf weitere Länder.

Wenn auch überwiegend im demokratischen Prozess erungen, waren diese Wahlsiege kein einfaches Ergebnis der Abstimmung in den Wahlkabinen, sondern sind mit dem Blut von Protagonisten auf den Straßen von El Alto, Quito oder Buenos Aires, auf den Halden der andinen Bergbauggebiete, in den Wäldern Amazoniens und auf besetzten Latifundien Brasiliens oder Venezuelas erkämpft worden. Dabei waren die Wahlsiege nur der erste, der kleinere Teil des Ringens um gesellschaftlichen Wandel. Die Schwierigkeiten, so zeigt sich, haben damit erst begonnen. Das ist die Erfahrung aller großen gesellschaftlichen Umwälzungen, sie bestätigt sich auch in den Ländern Lateinamerikas.

In der Sprache westeuropäischer Theoretiker oft als „Post-neoliberalismus“ bezeichnet, was allerdings nur auf die Scheu hinweist, einem laufenden Prozess noch unbekannter Tragweite einen Namen zu geben und sich damit festzulegen, gehen diese Anstrengungen für gesellschaftlichen Wandel jetzt allmählich zu den wesentlichen Fragen über – die Sicherung der Macht und die Fortsetzung des progressiven Kurses auch durch die jeweils nächste Regierung sowie die Schaffung der Voraussetzungen für tiefere Eingriffe in die gesellschaftlichen Strukturen. Es sind Länder im Übergang, in denen der Kampf um die Hegemonie jener Kräfte aufgenommen wurde, die Wege zu einer nicht mehr vom Profitstreben bestimmten Gesellschaft suchen, in denen sich Neues herausbildet, die dabei aber auch noch scheitern können.

Diese Transformationsprozesse haben sich nicht nur mit übermächtigen Gegnern und mit den Folgen jahrzehntelanger neoliberaler Verwüstungen in den Gesellschaften auseinanderzusetzen, deren Überwindung mehr als eine Generation erfordern wird. Sie stehen auch vor gigantischen Herausforderungen in ihrem Anliegen, eine zukunftsfähige, gerechte und solidarische Gesellschaft ohne Ausgrenzung zu schaffen. Weder die Strategie noch die Wege dorthin sind in irgendeinem Konzept vorgezeichnet; sie werden Schritt für Schritt und nicht ohne Irrtümer neu gebahnt. Alle diese Prozesse mussten bereits ernste Krisensituationen überstehen. Wie nicht anders zu erwarten, treten dabei auch zunehmend Meinungsverschiedenheiten und Interessen- oder Verfahrenskonflikte unter den immer in ihrer Pluralität zu sehenden Akteuren auf. Konflikte werden auf unterschiedliche Weise ausgetragen – durch Dialog im besten Fall, mit der Autorität des Präsidenten und nicht selten als ein Gegeneinander bisher vereinter Protagonisten. Dass sie, begleitet von Unsicherheiten, Lernprozessen, notwendiger Kritik und Korrekturen vorwärts schreiten, sollte nicht verwundern. Die kritische Debatte muss jedoch konstruktiv, nicht negierend und verdächtigend sein, wenn sie weiterhelfen soll.

Der portugiesische Philosoph Boaventura de Sousa Santos, der seit Jahren die neuen Gesellschaftsprozesse in Lateinamerika und die Weltsozialforen theoretisch begleitet, sagt: „Man muss kritisch sein, aber nicht überkritisch, weil die Rechte uns ständig im Auge hat und sich über jede Kritik derer freut, die auf der Seite der Veränderungen stehen, weil sie sich gegen unsere eigene Sache, gegen uns selbst richtet.“¹

Seit die ersten Regierungen mit progressiver Ausrichtung in lateinamerikanischen Ländern angetreten sind, reißen Horrorszenarien und Gewaltaktionen bis hin zu Putschversuchen seitens rechter Kräfte, Drohungen der USA-Regierung und Spaltertätigkeit der von ihr beeinflussten „Hilfs“organisationen nicht ab. Zugleich haben Unkenrufe von Kritikern aus dem linken Lager eingesetzt, die sich nicht in den Gang der Ereignisse einfügen konnten oder den Einfluss darauf verloren haben. Leider sind auch sie an praktischen und ideologischen Destabilisierungsversuchen beteiligt. Hinzu kommen belehrende und herabsetzende Stimmen aus Europa.

Über solche Kritiker sagt der Vizepräsident Boliviens, Álvaro García Linera, in einer Streitschrift, die zugleich eine Bilanz des bisher Erreichten zieht: „Mit einer gewissen belehrenden Haltung leugnen sie den schwierigen Lernprozess und negieren die immer neuen Anstrengungen, Rückschläge und Fortschritte der Führungstätigkeit, die nun mal einer Regierung eigen sind, welche aus Personen aus den Volksschichten, aber mit verschiedener sozialer Herkunft zusammengesetzt ist, von Menschen, die nicht als ‚professionelle Vertreter der Macht‘ erzogen worden sind und die ‚auf dem Marsch‘ lernen müssen, die ihre Fehler ‚unterwegs‘ korrigieren, jeden Moment Entscheidungen wieder ins Gleichgewicht bringen müssen, aber als höchstes Ziel immer im Auge haben, die auf den Straßen erkämpften Siege der sozialen Bewegung in befestigte Errungenschaften auf staatlicher Ebene umzuwandeln.“² Er wendet sich gegen die „Patenschaften“, die Beratungstätigkeit und selektiven Projektfinanzierungen, mit denen die zahlreichen ausländischen Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen im Lande, die er, mit positiven Ausnahmen selbstverständlich, als Fort-



setzung kolonialer Praktiken bezeichnet, den Gang der Auseinandersetzungen zu beeinflussen suchen und Destabilisierungsarbeit betreiben.

Aber auch unter den Trägern der heutigen Umgestaltungsprozesse, in Parteien, Massenorganisationen, sozialen Bewegungen, an Universitäten und Strategieinstituten nimmt die Diskussion um den weiteren Weg zu. Das ist begrüßenswert, um Fehler zu korrigieren, den bisherigen Mangel an theoretischer Aufarbeitung der Erfahrungen zu überwinden und den Blick auf die Zukunft zu richten. Diese Diskussion sollte von uns aufmerksam verfolgt und ausgewertet werden. Auf einige Kernfragen der Debatten wollen wir hier eingehen.

Hat es reale Veränderungen in den Gesellschaften gegeben oder bleibt alles beim Alten?

In akademischen Kreisen sowohl europäischer als auch lateinamerikanischer Länder ist die (abwertende) Meinung verbreitet, die linken Regierungen in Lateinamerika realisierten zwar recht lobenswerte Sozialprogramme, bisher seien aber keine strukturellen Veränderungen (der ökonomischen Machtverhältnisse, der Eigentums- und Verteilungsverhältnisse) festzustellen. Was für strukturelle Veränderungen will man innerhalb von fünf, im Höchstfall (Venezuela) zehn Jahren erwarten? Vor allem wenn man sich die Ergebnisse jahrzehntelanger, unter Einsatz gewaltiger Mittel betriebener sogenannter Entwicklungspolitik der entwickelten Länder in der Dritten Welt mit ihren wechselnden Schlagwörtern vor Augen führt und damit vergleicht, was in den betreffenden lateinamerikanischen Ländern in wenigen Jahren erreicht worden ist.

Um beim Beispiel Bolivien zu bleiben: Bolivien ist auch fünf Jahre nach dem Wahlsieg von Evo Morales ein ökonomisch unterentwickeltes, in vieler Hinsicht abhängiges Land, wo mehr als 45 Prozent der Bevölkerung zu den Armen gehören, wo kapitalistische Ausbeutung nicht überwunden ist. Kann das überraschen? Aber der Staat verfügt heute nach der Nationalisierung der Erdöl- und weiterer Rohstoffindustrien über 34 Prozent der industriellen Wertschöpfung gegenüber 17 Prozent beim Antritt der Regierung Morales. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in diesen Jahren verdoppelt. Das erwirtschaftete Nationaleinkommen wird für die Entwicklung des Landes, für notwendige produktive und soziale Investitionen eingesetzt. 2011 wurden fünfmal höhere öffentliche Investitionen getätigt als 2005, fast die Hälfte davon in der Infrastruktur, was zum Beispiel in dem weitgehend weglassenen Land der Integration der einzelnen Regionen und vor allem der Landbevölkerung zugute kommt. Die Verfügung über die Wasserversorgung wurde profitgierigen ausländischen Gesellschaften entzogen, die Stromerzeugung, die Telekommunikation und die Zementindustrie wurden nationalisiert. Große staatliche Unternehmen, die in der neoliberalen Periode an ausländische Unternehmen verschleudert worden waren, hat man wiederhergestellt. Die heutige Regierung weist knebelnde Handelsverträge, wie sie die USA und die EU wünschen, zurück und sucht sich ihre Handelspartner selbst nach dem von Evo Morales formulierten Motto: „Bolivien braucht Partner, nicht Patrone“. Keine Veränderung?

In diesen Jahren sind eine Million Menschen aus extremer Armut befreit worden, die vor allem indigene Familien auf dem Lande trifft. Die Alphabetisierung wurde vollständig erreicht. Ist das unerheblich? Landbesitz wurde auf 5 000 ha begrenzt. Wenn auch bestehender Großgrundbesitz ange-

sichts des Kräfteverhältnisses zunächst nicht angetastet wird; ist das zumindest eine Bremse gegen die weitere Aneignung von Kleinbauern- und Gemeindebesitz und den Aufkauf von Ländereien durch ausländische Unternehmen. Indigene Territorien, indigener Gemeindebesitz, in der Vergangenheit stets angefochten und gefährdet, wurden bestätigt und verbrieft. Alles wie bisher?

In diesen Tagen werden in Bolivien die obersten Organe der Rechtspflege, ein Bollwerk der Reaktion und bisher eines der Haupthindernisse für die verfassungsmäßigen Neuordnung, in allgemeinen Wahlen vom ganzen Volke gewählt. Ändert das nichts an den politischen Machtpositionen?

Die Binnenmarktorientierung, Ansätze für die Verarbeitung der Rohstoffe im eigenen Land, die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zur Erreichung der Nahrungsmittelsouveränität, die Preiskontrolle über Grundnahrungsmittel – all das sind Kennzeichen einer neuen Wirtschaftspolitik, ja, einer anderen Gesellschaftsorientierung. Freilich brauchen die Ansätze des Neuen Zeit, um Früchte zu tragen, und viele Bolivianer drängen auf ein schnelleres Tempo, was verständlich ist.

Die Rolle des Staates und Frage der Macht

In den hier zur Diskussion stehenden Ländern kann eine Verstärkung der ökonomischen Rolle des Staates konstatiert werden. Im Gegensatz zu seinem Rückbau im Bereich der Wirtschaft während der neoliberalen Zeit (der allerdings nie die Unterstützung der ökonomischen Interessen des Großkapitals betraf) wird ihm erneut die Rolle eines regulierenden, planenden und demokratisch gelenkten Instruments zugewiesen.

Ausgangspunkt der Übergangsprozesse in den Ländern mit Mitte-Links-Regierungen ist der übernommene Staat, der zur Erfüllung seiner neuen Rolle im Transformationsprozess selbst der Transformation bedarf.

„Demokratie, Menschenrechte und Rechtswesen sind Instrumente, die man gebraucht hat, um die soziale Emanzipation zu verhindern. Nun versuchen wir sie unter bestimmten Aspekten zu nutzen, um soziale Emanzipation zu erreichen. Wie kommt man zu dieser gegenhegemonialen Nutzung? ... Der Staat wird zu einem Experimentierfeld.“³

Sowohl die Schwierigkeiten dieser Transformation als auch der inhärente Widerspruch zwischen der lenkenden, machtausübenden Rolle des Staates und der selbständigen Aktivität und Eigenverantwortung der handelnden Subjekte beim Umgestaltungsprozess veranlassen manche Kräfte, dem Staat generell mit Misstrauen zu begegnen, die von ihm geleiteten Prozesse als „nicht originär“, sondern von oben initiiert zu diskreditieren oder dem Staat ungenügende Unterstützung von Eigeninitiativen vorzuwerfen. Dies ist ein Diskussionsproblem, das auch von „antiautoritären“ Kreisen der westeuropäischen Linken, die sich in oder zu Lateinamerika betätigen, gern aufgegriffen wird.

Grundsätzlich steht fest: Angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation in der Welt ist nur ein starker Staat in der Lage, die Interessen der Nation und der Bevölkerung geltend zu machen. Die staatlichen Großunternehmen in wichtigen Wirtschaftszweigen sind heute die Hauptstütze der Organisation der Wirtschaft und der Mittelwirtschaft für den Umgestaltungsprozess. Der Staat nimmt die Umverteilungspolitik in die Hand und sichert die Grundorientierung der gesellschaftlichen Entwicklung, die



Entkolonisierung und den sozialen Ausgleich. Die geopolitische Konstellation macht die Sicherung der Souveränität und Unabhängigkeit jedes Landes zu einer erstrangigen Aufgabe. Nach wie vor liegt die wirtschaftliche Macht zum größten Teil, über viele Mechanismen vermittelt, in den Händen des Auslandskapitals und der mit ihm im Lande verbundenen Bourgeoisie. Die Linke darf zudem nicht vergessen, dass die USA zwar geschwächt sind, ihre militärische Macht aber jederzeit einsetzen können, um einen weiteren Machtverlust, insbesondere in Lateinamerika, zu verhindern.

Über die Rolle des Staates zu sprechen heißt heute mehr denn je, über seinen Charakter zu sprechen. In der Tat wirft die Nutzung des vorhandenen alten Staatsapparates für progressive Veränderungen und sein Verhältnis zur Eigenaktivität der gesellschaftlichen Organisationen große Probleme auf, die seinen grundlegenden Umbau erfordern. Voraussetzungen dafür wurden durch die verfassungsgebenden Prozesse in verschiedenen Ländern geschaffen. Jedoch steht die staatsrechtliche, institutionelle und organisatorische Umsetzung meist noch bevor. In einem demokratischen System ist sie bekanntlich an bestimmte Verfahren gebunden und wird von den politischen Gegnern in den Parlamenten und staatlichen Institutionen nach Kräften behindert, zuweilen auch von Kräften, die sich selbst als Linke sehen, wie in Ecuador. In Bolivien, Ecuador und Venezuela lassen sich bereits Ansätze erkennen, den Charakter des Staates im Verlaufe seiner Neukonstituierung zu verändern.

Der Staat steht in diesen Prozessen auch in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Konzepten und Praktiken der kommunitären Eigenständigkeit und Selbstbestimmung entsprechend den indigenen Traditionen, ein Spannungsverhältnis, das durch Abgrenzung der Kompetenzen zur unverzichtbaren gegenseitigen Ergänzung entwickelt werden kann, was zunächst auch Konflikte hervorruft. Durch die Wiederbelebung der kommunalen Ordnung werden bestimmte Bereiche dem Zugriff der Staatsmacht entzogen. Ansätze zur Herausbildung einer Volksmacht sind auch in Venezuela im konfliktreichen Verhältnis zwischen konstituierter und sich konstituierender Macht (wie Dario Azzellini das Verhältnis zwischen vorhandenen staatlichen Institutionen und revolutionären Räten der sich organisierenden Bevölkerung nennt) noch erste und widerspruchsvolle Schritte.

In Brasilien stehen die Reform des Staates und seine Neukonstituierung noch aus. Brasilianische Linke aller Strömungen sind sich aber darüber im klaren, dass eine politische Reform des Staates aktuell erforderlich ist. Gefordert werden seine Demokratisierung, die Veränderung seiner Institutionen und die direkte Beteiligung der Menschen. Besonders deutlich wird das in der Forderung nach einem „nationalen Projekt“, das die unterschiedlichsten Kräfte übereinstimmend befürworten.

Charakter, Wege und Ziele der Transformation

Immer wieder wird die Frage nach der Richtung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozesse in Lateinamerika aufgeworfen. Damit wird häufig die Losung vom „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ verbunden, die Hugo Chávez schon 2005 in die Diskussion gebracht hat. Er entwickelte diesen Gedanken in seiner Rede auf dem Sozialforum in Porto Alegre aus der Erkenntnis, „dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden“, da die bisherige Entwicklung zwar den Volksmassen Errungenschaften gebracht habe, noch mehr aber

das einheimische Kapital stärke. Dies ist jedoch als ein weiterer Blick voraus zu verstehen. In keinem Moment hat der venezolanische Staatschef die gegenwärtige Gesellschaft Venezuelas sozialistisch genannt und auch nicht nennen können.

Der X. ALBA-Gipfel in Otavalo (Ecuador) im Juni 2010 definierte als die Ziele dieses Integrationsbündnisses: Sicherung der Souveränität der Länder der Region; Aufbau eines alternativen Wirtschaftsmodells; Errichtung von inklusiven, kulturell vielfältigen und umweltbewussten Gesellschaften, die im gleichberechtigten Dialog und Austausch von Wissen und Visionen stehen.⁴

Die gegenwärtigen Veränderungsprozesse sind noch nicht klar als Systemwechsel definiert. Sie richten sich auf „eine andere Gesellschaft“, in der mehr soziale Gerechtigkeit, demokratische Beteiligung, sozialstaatliche Verantwortlichkeit und neue Wertvorstellungen erreicht werden. Unbestimmt bleibt, ob damit in der Zukunft die Loslösung aus dem kapitalistischen System verbunden sein muss. Das entspricht auch der sozialen, politischen und ideologischen Vielfalt der gegenwärtig wirkenden Fortschrittskräfte, die ihre gesellschaftlichen Erfahrungen sammeln und ihre Reifeprozesse durchmachen müssen.

Während eines kürzlich in Rio de Janeiro durchgeführten Seminars „Linksregierungen – Regierungen und Wege zum Sozialismus“ wurde erklärt, dass Lateinamerika sich in einem progressiven, antiimperialistischen und demokratischen Zyklus befindet, der als Beispiel für andere Völker der Welt gelten kann. „Dieser Prozess erfasst die verschiedensten politischen Erfahrungen. Wir haben es mit unterschiedlichen Kräften zu tun, aber es gibt einige gemeinsame Merkmale wie nationale Souveränität, eine bedeutende Beteiligung des Volkes, mehr Rechte für die Werktätigen und regionale Integration.“⁵

Rafael Correa, der Präsident Ecuadors, formulierte den Inhalt der „Bürgerrevolution“ in seinem Lande als radikalen, tiefen und raschen Wandel der bestehenden Strukturen, insbesondere der politischen Machtverhältnisse, einen definitiven Wechsel von der Macht einiger weniger Eliten, die die Völker im Zusammenspiel mit den ausländischen Mächten immer ausgebeutet haben, zur Macht der Mehrheiten, als Übergang zu wirklichen Volksstaaten. Dies, sagte er, sei die große Herausforderung für Lateinamerika im 21. Jahrhundert, zumindest in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Alle diese Äußerungen betonen die Langfristigkeit des Wandlungsprozesses und den Übergangscharakter der gegenwärtigen Verhältnisse.

Wenn der „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ als Orientierung angesehen wird, so ist der Weg dorthin noch lang und kann nur entsprechend dem Willen der Bevölkerung beschritten werden. Eine Zeit sich vertiefender demokratischer Auseinandersetzungen wird erforderlich sein, um Veränderungen in den politischen und ökonomischen Verhältnissen, in Kultur und Bewusstsein dorthin zu führen und dauerhaft zu machen. Andererseits bedeutet diese Orientierung auch den Versuch, Elemente des Sozialismus schon im kapitalistischen Umfeld zu erringen, so in Formen des kollektiven Eigentums, in der Entfaltung der Basisdemokratie, bei der Durchführung radikaler Reformen, die von breiten Bevölkerungsschichten getragen werden. Der „Ausreifungsprozess“ kapitalistischer Verhältnisse kann starke antikapitalistische Elemente enthalten. Im Transformationsprozess werden par-



tielle Errungenschaften neue Reformen ermöglichen, die die Gesellschaft nach und nach verändern und neue gesellschaftliche Verhältnisse schaffen.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Transformationsperiode lässt eine Neubelebung der Entwicklungskonzeptionen der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) aus den 50er und 60er Jahren, des Desarrrollismus (von span. desarrollo = Entwicklung), erkennen. Unter neuen Vorzeichen sind Prämissen wie das Streben nach nationaler Verfügung über die Naturressourcen, der Aufbau einer eigenen industriellen Basis, Agrarreformen, die Entwicklung des Humankapitals, die regionale Integration wieder aufgenommen worden. Diesem Neo-Desarrrollismus, der die demokratische, linksorientierte Variante des alten Desarrrollismus aufgreift, entspricht die zentrale Rolle des Staates in der Wirtschaft. Die Umsetzung erfolgt jedoch in den einzelnen Ländern in verschiedenen Varianten und unter im Vergleich zu damals veränderten Bedingungen, wobei insbesondere auf das Nebeneinander von staatskapitalistischer und kommunitär-vorkapitalistischer Wirtschaft sowie die ungleich stärkere Rolle des Auslandskapitals und auf die veränderten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Bedingungen hingewiesen werden muss. In einem Widerspruch, für den Lösungen gefunden werden müssen, befinden sich die Industrialisierungskonzeptionen des Desarrrollismus und die unabdingbare Notwendigkeit, die Zerstörung der Natur nicht weiter voranzutreiben.

Die Debatte um das Entwicklungsmodell

Die heutigen Umgestaltungsprozesse in Lateinamerika fallen in eine Epoche, da die bisherige Entwicklungsauffassung, die auf der Ausbeutung der Natur beruht, zutiefst in die Kritik geraten ist, weil sie die Existenz der Menschheit aufs Spiel setzt. Diese Kritik hat bei einer Reihe von Intellektuellen in den lateinamerikanischen Ländern starken Anklang gefunden. Es handelt sich aber keineswegs nur um eine intellektuelle Debatte. Der Fortschrittsbegriff der kapitalistischen Ära wird auch von indigenen Völkern, deren Lebensweise durch die kapitalistische Modernisierung zerstört wird, nachdrücklich in Frage gestellt. Naturvernichtung, Umweltverseuchung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen haben durch das Wirken der ausländischen Unternehmen, die sich meist nicht an Umweltgesetze halten, wie auch infolge der Armut und der Verdrängungsprozesse einen kritischen Grad erreicht. Bergbau und industrielle Großprojekte dringen in bisher unerschlossene Gegenden – sensible Bergregionen, das Amazonasgebiet – vor, die Gentechnik breitet sich in der Landwirtschaft aus, das Agrobusiness bemächtigte sich der Sojaproduktion für den Export und die Produktion von sogenannten Agrarpestiziden, was zur Auslaugung der Böden und zur Vertreibung der Kleinlandwirte führt. Das ist eine der explosiven Problemlagen, aus denen starke soziale und Umweltbewegungen hervorgehen, und eine der wichtigsten Fragen, denen sich die Transformationsprozesse zu stellen haben. Zugleich gilt auch: Ohne Druck von unten sind Lösungen nicht zu erwarten.

In den heutigen Debatten über Lateinamerika wird die Forderung nach neuen Entwicklungsmodellen unseres Erachtens jedoch verabsolutiert, was sich vor allem gegen die neuen Regierungen richtet, die sich um eine Lösung dieser Fragen bemühen. Von ihnen werden sofortige Ergebnisse verlangt. Dabei lässt man das Erbe der Vergangenheit, not-

wendige Zeiträume für Umorientierungen und globale Zusammenhänge völlig außer acht. Manche Kritiker halten schon das Wort Entwicklung für obsolet, ohne dass ihr Inhalt, wie er in den lateinamerikanischen Ländern heute auf der Tagesordnung steht, definiert wird. Er umfasst bekanntlich weitaus mehr als ökonomisches Wachstum. Die (ererbte) auf dem Rohstoffexport basierende, als „Extraktivismus“ bezeichnete Erwirtschaftung der benötigten finanziellen Ressourcen – andere Quellen stehen zur Zeit meist nicht zur Verfügung –, das Wirtschaftswachstum generell werden unterschiedslos, ohne Differenzierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, gebrandmarkt, ohne dass realistische Alternativen für die ökonomische und soziale Entwicklung aufgezeigt werden. Die Rechte bedankt sich für die Stichwörter und mutiert zum glühenden Verteidiger der Natur.

Vergessen oder gar als Zweideutigkeit diffamiert wird, dass zum Beispiel gerade die bolivianische Regierung in der Klimadebatte eine hervorragende und konsequente mobilisierende Rolle gespielt und diese Problematik aus den Konferenzräumen der Staatenvertreter in die weltweite soziale Bewegung getragen hat. Die Dringlichkeit dieser Probleme wurde dabei sichtbar gemacht. Aber schnelle Ergebnisse bleiben aus. Die Kritiker übergehen die Blockadehaltung der wichtigsten Industriestaaten, der Hauptverantwortlichen für den übersteigerten Ressourcenverbrauch. Statt dessen werden jene Länder angeklagt, die, ohne eine „nachholende“ Entwicklung anzustreben, doch das Recht in Anspruch nehmen müssen, sich aus der Unterentwicklung zu lösen. Die Adressaten der Kritik sind falsch gewählt. Von den schwächsten Ländern kann keine Vorreiterrolle erwartet werden. Die Forderung nach einem Ressourcen- und Technologietransfer aus den Industrieländern zur Bewältigung der Anforderungen des Klimawandels, im globalen Interesse unerlässlich, stößt dort auf Verweigerungshaltung. Hier ergeben sich neue innergesellschaftliche und internationale Konfliktpotenziale.

Unbestreitbar ist jede industrielle Entwicklung und Rohstofferschließung mit Naturzerstörung und Raumforderungen verbunden, doppelt fühlbar in Ländern, wo Territorien der Indigenas bereits immer wieder eingeschränkt und diese in bisher ungenutzte Gebiete abgedrängt wurden. Selbst bei Einsatz ressourcensparender Technologien, die in diesen Ländern meist nicht verfügbar sind, werden Umweltschäden durch Bergbau- und Industriestandorte, durch große Infrastrukturprojekte verursacht. Nach den neuen Verfassungen Venezuelas, Ecuadors und Boliviens haben die indigenen Bewohner das Recht, über Industrie- oder Bergbauprojekte, Infrastrukturmaßnahmen und ähnliche Vorhaben auf ihrem Territorium mitzuentcheiden und am Gewinn beteiligt zu werden. Diese Vorab-Konsultationen werden jedoch nicht immer eingehalten. Das zeigt sich gerade in Bolivien beim geplanten Bau einer 600 km langen Trasse, die die Departements Beni im Norden und Cochabamba in Zentralbolivien verbinden und dabei ein bisher nahezu unberührtes Urwaldmassiv und indigenes Siedlungsgebiet durchqueren soll. Zwischen divergierenden Interessen ist zu vermitteln, Beeinträchtigungen sind zu kompensieren. Dabei mischen sich ausländische Organisationen ein, und der Weg des Dialogs verhärtet sich auf beiden Seiten, so dass der Konflikt heute die ganze Nation erschüttert.

In Ecuador entstand aus den Protesten der Anwohner und Umweltaktivisten die Idee, im Yasuní-Nationalpark das dort lagernde Erdöl nicht weiter zu fördern, sondern im Boden zu



lassen und den ecuadorianischen Staat, dessen Haushalt zu 60 Prozent von den Erdöleinnahmen abhängt, für die entgangenen Gewinne zumindest teilweise durch einen zu bildenden internationalen Fonds zu entschädigen – eine hervorragende Initiative, die hohes internationales Lob fand. Yasuní, in der Guarani-Sprache „Heilige Erde“, im „Mittelpunkt der Erde“ am Äquator gelegen, ein Gebiet von fast einer Million Hektar, gehört zu den artenreichsten der Erde, es nimmt eine besondere Stellung in der erdgeschichtlichen Entwicklung ein und ist von indigenen Gemeinschaften bewohnt, die in freiwilliger Isolation leben. Aber dort liegen 20 Prozent der Erdölvorkommen Ecuadors, bestätigt sind gegenwärtig 846 Millionen Barrel, was einem geschätzten Wert von etwa 9 Milliarden Dollar entspricht. Nach 40 Jahren Erdölgewinnung in diesem Gebiet durch das US-Unternehmen Texaco (heute Chevron), die zu schwerer Verseuchung von Boden und Wasser geführt hat, wurde von der Regierung Correa im Rahmen eines Planes, innerhalb von 13 Jahren zu erneuerbaren Energien überzugehen, im Jahre 2007 ein Fördermoratorium erklärt. Dies ist einer der wenigen groß angelegten Schritte in der Welt gegen die Klimakatastrophe. Doch die Einzahlungen in den Treuhandfonds, der bei der UNO (UNDP) eingerichtet wurde, fließen trotz internationaler Zusagen spärlich. Ecuador hat die Zeitvorgabe für die Aufrechterhaltung des Moratoriums mehrfach verlängert, gelangt aber jetzt an die Grenze seiner Hoffnungen. Wenigstens 100 Millionen Dollar sind bis Ende 2011 erforderlich, um die Tragfähigkeit der Initiative zu beurteilen. Gegenwärtig sind nicht mehr als 40 Millionen Dollar eingezahlt worden. Es handelt sich hier nicht um Spenden, sondern um Entschädigungszahlungen an ein souveränes Land, das die Hälfte der Einbußen selbst zu tragen bereit ist. Der Deutsche Bundestag hat bereits 2008 mit parteienübergreifender Einmütigkeit (außer der FDP) eine Beteiligung der Bundesrepublik beschlossen. In Gesprächen wurden 40 Millionen Euro jährlich erwogen. Aber unter der schwarz-gelben Regierung negiert Entwicklungsminister Dirk Niebel diese Zusage, obgleich die Einrichtung des Treuhandfonds bei der UNO und die Aufnahme eines deutschen Vertreters in das Direktorium der Initiative Forderungen gerade der Bundesrepublik waren, die umgesetzt wurden. Man wolle keinen Präzedenzfall für Kompensationsforderungen schaffen, heißt es, und auch die Dauerhaftigkeit des Förderverzichts wird angezweifelt, obgleich gerade das durch den geschaffenen Treuhandfonds abgesichert ist.

Rettungsschirme für Banken lassen sich offenbar schneller aufspannen.

Die Regierung Correa droht damit, die Erdölförderung wiederaufzunehmen, hat aber auch eine Verlängerung des Moratoriums erwogen, während die indigenen Bewohner des Gebietes eine Fortsetzung der Produktion auf keinen Fall dulden wollen. „Wir meinen, dass das Projekt Yasuní viel mit Ethik zu tun hat. Es wird vom Schutz der Umwelt, der indigenen Gemeinschaften, und vom Kampf gegen die Umweltverseuchung gesprochen, aber die entwickelte Welt geht ziemlich heuchlerisch mit dieser Ethik um“, lautet die Meinung, die sich ecuadorianische Umweltaktivisten gebildet haben.⁶ Andere aber erklären die Regierung Correa für wortbrüchig.

Die Überwindung der Armut, der Umgang mit der Natur, der Ausgleich des Nord-Süd-Verhältnisses, die von jeder Unterdrückung freie Gestaltung der Geschlechterverhältnisse – all das sind Erfordernisse, die über den Kapitalismus hinaus weisen. Aber sie erfordern, die neue Gesellschaft vor allem

als ein anderes Zivilisationsmodell, als eine andere Wirtschafts-, Lebens- und Verhaltensweise zu gestalten. Neue Blicke dafür ergeben sich aus den Werten und Praktiken der indigenen Welt: aus den Werten der kommunitären Demokratie und Horizontalität, der Autonomie als Impuls, der schöpferische Kräfte freisetzt, dem Ideal des Buen Vivir (Guten Lebens), das vielen Vorstellungen alternativen und sozialistischen Denkens auch bei uns gar nicht so fremd ist.

Um mit Boaventura de Sousa Santos zu sprechen: „Wir haben es mit einer zivilisatorischen Debatte zu tun, und solche Debatten dauern Jahrzehnte. Wir rechnen mit Zeiträumen des Menschen, die nicht sozialen und historischen Zeiträumen entsprechen. Es gibt eine große Anzahl von Übergangsprozessen, die länger dauern, als wir uns vorstellen können.“⁷ Doch unbegrenzte Zeit steht der Menschheit nicht mehr zur Verfügung.

Regierungen, Parteien und soziale Bewegungen heute

Über das Verhältnis von linken Parteien und sozialen Bewegungen wurden in der Vergangenheit zahlreiche Konferenzen abgehalten und Berge von Papier beschrieben.

Motor des Kampfes breiter Volksschichten für ihre Lebensinteressen ist die Gesamtheit der Linkskräfte Lateinamerikas. Die Bildung linksgerichteter Regierungen ist das Ergebnis der Aktivität weitgefächerter sozialer Bewegungen und einer pluralen Linken mit ihren vielgestaltigen politischen Orientierungen und Organisationsformen.

Die Respektierung der realen Vielfalt und ihre Verteidigung als unverzichtbares Gut – entgegen dem Zwang zur Unterordnung unter fremde Modelle – wird als Voraussetzung für das Zusammenwirken sowohl im Maßstab jedes Landes als auch im regionalen Rahmen angesehen. Diese Losung entwickelt enorme Sprengkraft. Sie wirkt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften und besonders in den ethnisch heterogenen Gesellschaften, wo sie zeitweilige Schwierigkeiten und Spannungen hervorruft.

Mehrheitlich streben sowohl die politische als auch die soziale Linke eine Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus an, die vornehmlich über tiefgreifende Reformprozesse erreicht werden soll. Aber die Umsetzung einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist eine gewaltige Aufgabe und stößt auf enorme Schwierigkeiten.

Die progressiven Regierungen Lateinamerikas, die bei unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnissen in ihr Amt gelangt sind, haben ein schweres Erbe übernommen. Die Faktoren, die die Proteste der Massen hervorgebracht und Millionen Wähler zum Votum für linke Politik geführt haben – die verzweifelte Lebensverhältnisse, die Delegitimierung der politischen Apparate, die Verletzung der nationalen Würde –, wirken jetzt als Entwicklungsschranken und behindern die Handlungsfähigkeit der neuen Regierungen. Es dürfte kaum verwundern, dass nach der vollen Amtszeit eines linken Präsidenten nicht alle Übel bereits überwunden sein können. Es gibt neue Verfassungen, aber es fehlt die Umsetzung im von alten Kräften beherrschten Rechtssystem und unter den vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Zwischen der Amtsübernahme neuer Regierungskräfte und der Herausbildung neuer politischer Machtverhältnisse kann kein Gleichheitszeichen gesetzt werden. Für die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse fehlt noch weitgehend die ökonomische Basis. All das ist ein weites Feld für



Konflikte auch innerhalb der progressiven Kräfte und in ihrer Massenbasis. Solche Auseinandersetzungen nehmen in der letzten Zeit zu. Die Kräfte differenzieren sich nach ihren jeweiligen konkreteren Interessen.

Auch in Lateinamerika gibt es einen Unterschied zwischen Wort und Tat, Fälle von Korruption in den Regierungsparteien, die Nichterfüllung von Wahlversprechen unter dem Druck von Schwierigkeiten und ungünstigen Kräfteverhältnissen, unterschiedliche Einschätzungen zwischen Regierungen und sozialen Bewegungen, was die Dringlichkeit bestimmter Anliegen betrifft. Nicht überall funktioniert der Dialog zwischen ihnen. Aber auch soziale Bewegungen, auch indigene Kräfte ziehen nicht immer an einem Strang.

Dieses insgesamt widersprüchliche Bild beweist die Langfristigkeit der angestrebten Veränderungen. Überall ist jedoch ein starker Druck von unten zur Beschleunigung der Veränderungsprozesse spürbar, der den realen Kräfteverhältnissen nicht immer Rechnung trägt. Er ist zwar unbequem, aber notwendig. Unter veränderten Bedingungen stellt sich erneut die Frage nach dem Verhältnis von Parteien – die jetzt an der Spitze von staatlichen Institutionen stehen – und sozialen Bewegungen.

Die regierenden Parteien, in den Anfängen der Umbruchprozesse zuweilen als zu starr, als wenig attraktiv, als überholt angesehen, entwickeln ihre politischen Gestaltungspotenziale und erscheinen auf der jetzigen Stufe der Entwicklung im Vorteil gegenüber den Bewegungen, die ihre Kraft in Mobilisierungen verbrauchen. Viele Aktivisten befürchten eine Schwächung der sozialen Bewegungen und damit eine Gefährdung der Reformprozesse. Kritisch werden solche Regierungen beurteilt, die – wie teilweise in Ecuador – es bisher nicht verstehen, ein konstruktives Verhältnis zu den sozialen Bewegungen herzustellen. Als problematisch und ungelöst schätzt der ecuadorianische Ökonom und Aktivist der sozialen Bewegungen Alberto Acosta, ehemals Minister für Erdölindustrie und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, bis er von diesem Amt zurücktrat, das Verhältnis zwischen Regierungen und sozialen Bewegungen ein: „Groß ist das Risiko für die Übergangsprozesse durch wenig kooperative Regierungen, die nicht versuchen, Beziehungen und Allianzen zu jenen Bewegungen herzustellen, die die historischen Fortschritte erst ermöglicht haben“, sagte er auf einem Seminar in Quito.⁸

Die Option für eine desarrollistische Politik mit dem Schwerpunkt Überwindung der Abhängigkeit und Unterentwicklung wird nicht von allen bisherigen Protagonisten gutgeheißen: Das führt zu Konflikten und Auseinandersetzungen, die auch das Verhältnis zwischen Regierung und Basis betreffen. Manche linke Parteien und auch soziale Bewegungen lehnen eine Politik des Desarrollismus ab. Nach ihrer Auffassung konserviert eine desarrollistische Politik die aktuellen kapitalistischen Verhältnisse, negiert nachhaltige Umweltpolitik und setzt die extraktivistische Exportwirtschaft fort. In den Andenländern steht für indigene Bewegungen die Hinwendung zu den Traditionen des „Buen Vivir“ und zur Förderung kommunitärer Lebensformen im Vordergrund.

Linksgerichtete Regierungen sind trotz mancher Missgriffe bemüht, ihre Politik in Übereinstimmung mit den Forderungen ihrer Protagonisten zu entwickeln. Dies zeigt schon der häufige Rückgriff in verschiedenen Staaten auf die Konsultation der gesamten Bevölkerung, auf Referenden zur Entscheidung von Streitfragen über das weitere Vorgehen. Von

der weiteren Mobilisierung breiter Volksschichten wird es abhängen, ob die eingeleiteten Prozesse vertieft werden können. Eine Gegenüberstellung von sozialen Bewegungen, Linkskräften und Regierungen, wie es in Kreisen der europäischen Dritte-Welt-Aktivisten zuweilen geschieht, ist unproduktiv. Auftretende Probleme können nur in konstruktiver Auseinandersetzung gelöst werden. Bestrebungen in einzelnen Ländern, übergreifende politische Bündnisse zu erreichen, in denen Parteien, soziale Bewegungen und Linksregierungen gemeinsam agieren, werden von vielen Kräften als politisches Ziel unterstützt. Zahlreiche Beispiele belegen die Möglichkeit, breitere Volkskräfte in politische Prozesse einzubeziehen und die demokratische Partizipation von unten zu verstärken. Während sich zum Teil Koordinationsorgane der verschiedenen sozialen Bewegungen herausgebildet haben, ist jedoch die Schaffung regulärer Mechanismen eines kontinuierlichen Dialogs zwischen ihnen und den Regierungen bisher zurückgeblieben. Ausnahmen sind vielleicht die Arbeitsweise der Frente Amplio in Uruguay, in Ansätzen auch die Schaffung des „Paktes der Einheit“ (Pacto de Unidad) zwischen der Regierung und den wichtigsten sozialen Organisationen in Bolivien.

Die regionale Integration und die internationalen Wirkungen der Veränderungsprozesse

Die Bedeutung der neuen Tendenzen in der Entwicklung lateinamerikanischer Länder wird unseres Erachtens vor allem deutlich, wenn sie in der Gesamtheit des Kontinents betrachtet werden. In diesem Zusammenhang gesehen, sind die in Lateinamerika sich vollziehenden Veränderungen gewichtiger als die in jedem einzelnen Land. Verstärkt wird diese Tendenz durch die Notwendigkeit für alle Länder des Kontinents, sich gegen die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus zur Wehr zu setzen. Diese Krise, so kann man feststellen, trägt besonders dazu bei, noch vorhandene Illusionen über die Europäische Union abzubauen und verstärkt nach eigenen Wegen zu suchen.

Vor allem für die Länder mit linksgerichteten Regierungen beginnt die regionale Integration, in der Vergangenheit so oft angestrebt und so oft für gescheitert erklärt, politisch wie wirtschaftlich mehr und mehr an Bedeutung zu gewinnen. Ohne die USA und unter Einbeziehung Kubas, ermöglicht sie, Ansätze einer eigenständigen Handels- und Finanzpolitik in Angriff zu nehmen, auch wenn verschiedene Integrationsbündnisse noch keinen alternativen Charakter haben und auch die ALBA unter Schwierigkeiten voranschreitet.

Diese Prozesse verlaufen keineswegs geradlinig, ohne Hindernisse und brauchen Zeit. Schnelle Wendungen, neue Anläufe und langwierige Diskussions- und Reifeprozesse wechseln einander ab. Rivalitäten, Verteilungskonflikte und ökonomische Verwerfungen, besonders als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, sind dabei nicht ausgeschlossen. All das bildet auch einen Nährboden für Konflikte in den einzelnen Ländern, für unterschiedliche Einschätzungen und Prioritäten, Kritik an den Regierungen und Enttäuschungen.

Die lateinamerikanische Diplomatie, die Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen haben unter den neuen Konstellationen einen schnellen Aufschwung genommen. In den Außenhandelsbeziehungen verschiedener Länder Lateinamerikas hat China den ersten Platz erobert. Viele Investitionen, nicht nur zur Erschließung von Rohstoffvorkommen, sondern auch zur Entwicklung verarbeitender Industrien und in der



Infrastruktur, werden von China übernommen. Die Verbindungen, die lateinamerikanische Länder mit der arabischen Welt, mit Afrika, mit Indien geknüpft haben, betreffen sowohl die politische als auch die ökonomische Ebene und beginnen Wirkung zu zeigen. Besonders die Entwicklung in einigen arabischen Ländern weist Parallelen zur Situation in Lateinamerika auf, die von beiden Seiten erkannt und in konkrete Politik umgesetzt werden können. Auf dem internationalen Parkett treten die progressiv regierten lateinamerikanischen Staaten heute weitaus aktiver auf und initiieren ein internationales Zusammenwirken der Länder der Dritten Welt.

Damit ist eine relative Schwächung des US-amerikanischen Einflusses auf Lateinamerika verbunden. Auch wenn dieser über die verschiedensten Instrumente nach wie vor übermächtig ist, gibt es in den meisten Ländern keine schweigende Akzeptanz der Einmischung und Missachtung der Souveränität mehr. Die Stärkung der nationalen Souveränität ist eine wesentliche Triebkraft und Grundlage für die Einbeziehung weiterer Kräfte, so auch des Militärs, in progressive demokratische Prozesse.

Die Gestaltung der Beziehungen zu den USA bleibt jedoch eine zentrale Frage für die progressiven Regierungen. Hoffnungen auf eine neue Ära der Beziehungen unter Obama wurden schnell begraben. Die unter Hillary Clinton entwickelte „smart power“, die „intelligente“ Kombination von militärischen, diplomatischen und entwicklungspolitischen Instrumenten sowie die Differenzierungsversuche der USA-Politik gegenüber den einzelnen Ländern, von der US-Außenministerin selbst als „eine der wichtigsten Waffen in unserem außenpolitischen Instrumentarium“ bezeichnet, hat den neuen Regierungen bereits genügend Erfahrungen vermittelt – von wirtschaftlichen Drangsalierungen über die Anstiftung von Putschversuchen bis zur Diversion mittels CIA-Aktivitäten und USAID. Damit sind auch Fragen des Verhältnisses zu den Streitkräften, die anstehenden Reformen der Polizei, die Bekämpfung von Drogenhandel und Schmuggel sowie Probleme der Grenzsicherung verbunden, also Aufgabenstellungen, die tief in innere Prozesse eingreifen.

Mit den USA zu verhandeln oder erträgliche Beziehungen zu pflegen kann nicht als „Paktieren“ oder „Rechtswendung“ diffamiert werden. Eine selbstbewusste, aber für einvernehmliche Lösungen offene Haltung ist erforderlich gegenüber einer Macht, die man mit Prinzipien nicht wegdiskutieren kann, sondern die in vieler Hinsicht die konkreten Bedingungen der Umgestaltungsprozesse beeinflusst.

Die Entwicklung in Lateinamerika vollzieht sich vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die die grundsätzlichen Probleme der Zukunft der Menschheit heute aufwerfen. Das verbindet uns in Europa mit den Kräften, die in Lateinamerika um gesellschaftlichen Wandel ringen. Nicht nur ein Systemwechsel, sondern der Übergang zu einem neuen Zivilisationsmodell ist erforderlich. Diese Probleme komplizieren den Prozess, treiben ihn aber auch voran, weil sie sowohl Umbrüche als auch neue, schöpferische Lösungen verlangen. Die Weltkonferenz der Völker in Cochabamba hat dies am Beispiel der Klimakrise demonstriert. Im Herangehen an diese Aufgaben gibt es hier wie dort Nachholebedarf. Dazu stellt Boaventura de Sousa Santos treffend fest: „Was wir brauchen, ist nicht nur die Entwicklung von Alternativen, sondern ein anderes Denken, aus dem sich Alternativen ableiten lassen. Das ist eine Aufgabe der Zukunft, denn dieses

alternative Denken existiert noch nicht, ich jedenfalls sehe es nicht.“⁹

Linke Parteien und Bewegungen in Europa und die Kräfte, die sich in Lateinamerika für gesellschaftlichen Wandel einsetzen, ob in sozialen Bewegungen, linken Parteien oder Regierungen, kämpfen unter unterschiedlichen Bedingungen, aber für Ziele, die nicht weit auseinander liegen. Informations- und Erfahrungsaustausch, die Diskussion von Gesichtspunkten und Einschätzungen, die nicht einseitig ausfallen sollte, sind nötig. Manche Erfahrungen, die dort gemacht werden, können für uns ebenfalls sehr aufschlussreich sein. Auch in vielen Fragen der internationalen Entwicklung kann die Linke Europas in Lateinamerika Gemeinsamkeiten und Unterstützung für ihre Positionen finden. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit werden unseres Erachtens bisher bei weitem nicht ausgeschöpft.

So gewiss, wie idealisierende und revolutionsromantische Vorstellungen über die Kämpfe in Lateinamerika fehl am Platze sind, dürfen wir uns auch nicht durch kurzsichtige Kritik, beherrschende Rechthaberei oder Intoleranz gegenüber anderen Standpunkten und Ungeduld in unseren Erwartungen gegeneinander stellen lassen.

Anmerkungen

- 1 Boaventura de Sousa Santos, in: Demokratie, Partizipation und Sozialismus – Bolivien, Ecuador, Venezuela, Publikation des Büros der Rosa Luxemburg Stiftung in Quito, Ecuador, Oktober 2010, S. 196, span.
- 2 Álvaro García Linera, EL „Oenegismo“, enfermedad infantil del derechismo. Vicepresidencia del Estado Plurinacional, La Paz 2011.
- 3 Boaventura de Sousa Santos, a. a. O., S. 195/196.
- 4 Vgl. Declaración de Otavalo, X Cumbre de Jefes de Estado y de Gobierno de la Alianza Bolivariana de los Pueblos de Nuestra América (ALBA) y el Tratado de Comercio de los Pueblos (TCP), 25.6.2010.
- 5 Fundação Perseu Abramo, Seminário Governos de Esquerda – Os governos e os caminhos para o socialismo, 1.7.2011.
- 6 Die Umweltaktivistin und Bevollmächtigte des Umweltministeriums Ecuadors, Yvonne Baki, während ihrer Europareise im Juli 2011 im Interview, in: Antonio Rondón, www.argenpress.info/2011/07/yasunitt-un-voto-por-la-etica.html | Yasuní-ITT: un voto por la ética medioambiental, Prensa Latina, 4.7.2011.
- 7 Boaventura de Sousa Santos, a. a. O., S. 196.
- 8 Alberto Acosta, in: Demokratie, Partizipation und Sozialismus, a. a. O., S. 181.
- 9 Boaventura de Sousa Santos, a. a. O., S. 195.



China

Zum Umgang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der Volksrepublik China

Von Cheng Enfu und Hu Leming; Direktor bzw. Abteilungsleiter des Instituts für Marxismus der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS); aus: World Review of Political Economy, Nr. 3, Herbst 2010 (gekürzt)

Die Weltgeschichte hat gezeigt, dass kein Entwicklungsland das westliche Modell kopieren kann und dabei modern und stark wird; ebensowenig kann ein einziges Entwicklungsmodell allen Nationen genügen. In der Folge des letzten Ausbruchs der Finanz- und Wirtschaftskrise suchen die Entwicklungsländer, das westliche Entwicklungsmodell hinterfragend, aktiv nach Wegen, die auf ihre eigene Situation passen. Wie groß auch der Einschlag der Krise ist, China ist nicht in dieses Loch gefallen, und die grundsätzliche Richtung seiner langfristigen Entwicklung hat sich nicht geändert. Chinas Erfahrung, erfolgreich auf die Finanz- und Wirtschaftskrise im Westen zu reagieren, wird zweifelsohne ein wichtiges Zeichen für andere Entwicklungsländer setzen.

In einer Zeit wirtschaftlicher Globalisierung kann kein Land vollständig immun gegen eine globale Krise sein. Die westliche Finanz- und Wirtschaftskrise hat eine große Auswirkung auf die chinesische Wirtschaft gehabt. Jedoch haben die Überlegenheit des sozialistischen Systems und die Wirksamkeit der Gegenmaßnahmen China geholfen, gesund zu bleiben. Erstere ist der Hauptgrund dafür, dass China die Krise vermeiden konnte.

Sozialismus und Stabilität

Zuallererst haben die sozialistischen Produktionsverhältnisse die Produktivität stark erhöht und damit ein solides materielles Fundament für China gelegt, um sich gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Westen zu verteidigen. Die Volksrepublik wurde aus einer halbfeudalen und halbkolonialen Gesellschaft entwickelt, und die lange Geschichte imperialistischer Ausplünderung und Kriege hatte in China zu extremer Armut und Schwäche geführt. Nach der Gründung des neuen Chinas haben die fortschrittlichen Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte befreit und entwickelt und zu enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen geführt. Die Sozialleistungen wurden erheblich erhöht und die gesamte Produktion qualitativ verbessert, speziell seit der Reform und Öffnung nach außen im Jahre 1978. Heute ist das chinesische BIP weltweit auf Rang drei (mittlerweile auf Rang zwei – d. Übers.) und die Devisenreserven bleiben weltweit die größten. All das sind solide materielle Bedingungen, die China helfen, sich gegen mannigfaltige wirtschaftliche Risiken zu verteidigen sowie auf die derzeitige Krise zu reagieren.

Zweitens kann das sozialistische System mit dem Gemeineigentum als Grundlage in großem Umfang die Blindheit und die mangelnde Kontrolle der Produktion einschränken und wirkungsvoll allen Formen externer Krisen widerstehen. Das

Gemeineigentum als Basis des sozialistischen Systems ist eine wichtige Garantie für eine stabile und gesunde ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung und für den Erhalt der nationalen wirtschaftlichen Sicherheit. Der öffentliche Sektor hat bei der Bekämpfung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise eine signifikant positive Rolle gespielt. Mit seinen hauptsächlich in Staatseigentum befindlichen Finanzinstitutionen hat das chinesische Finanzsystem effektiv eine Kreditkrise vermieden. Dominierende Staatsbetriebe in den Schlüsselindustrien und in den Wirtschaftssektoren haben die Stabilität der Gesamtwirtschaft aufrechterhalten.

Drittens, mit der demokratischen Diktatur des Volkes, den Volkskongressen, der Zusammenarbeit und den politischen Konsultationen im Mehrparteiensystem, der regionalen Autonomie der Nationalitäten und der lokalen Selbstverwaltung besitzt das sozialistische politische System einen flexiblen und effizienten Modus des Politikvollzugs, der es ermöglicht, die Ressourcen effizient zu verteilen und die wesentlichen Probleme kollektiv zu lösen. Ohne die fundamentale Garantie des sozialistischen Systems würde es für China unmöglich sein, das Versinken im Sumpf der westlichen Finanz- und Wirtschaftskrise zu vermeiden.

Vorrang des Gemeineigentums

Die erste Maßnahme ist die Umsetzung einer vorausschauenden Steuerpolitik und einer moderaten Geldpolitik. Das massive Anwachsen der Staatsausgaben hat schnell und wirksam die Konsum- und andere inländische Nachfrage anwachsen lassen. Ein zweijähriger Investitionsplan (umgerechnet zirka 360 Milliarden Euro) hat die Nachfrage nach Investitionen erhöht und den gesellschaftlichen und privaten Kapitalfluss angeregt. Zweitens hat eine weitere Öffnung nach außen die externe Nachfrage und den Außenhandel schnell stabilisiert. Während der westlichen Finanz- und Wirtschaftskrise ist China aktiv dabei, für technische Innovationen Grundlagen zu legen, um den Export von Eigenmarken und geistigem Eigentum zu unterstützen. Drittens: Um die Qualität der nationalen Wirtschaft und deren zukünftige Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, hat China ein Programm zur Regulierung und Erneuerung im großen Maßstab aufgelegt, das sich besonders mit der Restrukturierung der Industrie befasst. Schließlich hat China eine aktivere Beschäftigungspolitik umgesetzt und die soziale Sicherheit mit mehr Mitteln aus dem öffentlichen Sektor angehoben sowie die Deckung der Renten- und Krankenversicherung ausgedehnt. Solche Maßnahmen zielen darauf ab, den Lebensstandard des Volkes zu heben. Diese Maßnahmen haben eindeutig sozialistischen Charakter.

Der Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert eine Konsolidierung und Verbesserung der sozialistischen Basis des Wirtschaftssystems. Dreißig Jahre Reformen und Öffnung nach außen haben bewiesen, dass die Basis des Wirtschaftssystems mit dem Gemeineigentum als Hauptform und anderen Eigentumsformen als Ergänzung den Bedürfnissen der gegenwärtigen Stufe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Chinas entsprechen, dass sie für die gesunde Entwicklung der Wirtschaft und die gesellschaftliche Stabilität wesentlich sind.

Der Vorrang des Gemeineigentums muss ständig konsolidiert und weiterentwickelt werden. Das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist die Grundlage des sozialistischen Wirtschaftssystems und das wesentliche Merkmal, das den



Sozialismus vom Kapitalismus unterscheidet. Die sozialistische Marktwirtschaft überwindet das spontane, anarchische Stadium der Produktion, welches dem Marktmechanismus innewohnt, und beseitigt damit die Bedingungen für zyklische ökonomische Krisen. Um eine wirksame Vorbeugung und Reaktion auf die verschiedenen Typen finanzieller und wirtschaftlicher Krisen zu gewährleisten, müssen wir ständig die führende Rolle des Gemeineigentums festigen und stärken.

Wir brauchen eine Festigung und Stärkung der staatseigenen Unternehmen. Die Dominanz dieser Unternehmen muss in den Schlüsselindustrien und entscheidenden Bereichen, die die nationale Sicherheit und wirtschaftliche Dynamik betreffen, behauptet werden.

Weiterhin müssen wir fortfahren, die kollektive Wirtschaft vor allem in den ländlichen Gebieten zu festigen und zu entwickeln. Die Praktiken beim Transfer von vertraglich geregelten Nutzungsrechten von Land sollten nicht durch die Privatisierung von Bauernland ersetzt werden, was nur die Funktion hätte, die Bedingungen der kollektiven Wirtschaft auf dem Land zu untergraben. Wir müssen die verschiedenen Formen der wirksamen Realisierung von Gemeineigentum erforschen. Die Entwicklung der nicht-gemeineigenen Formen der Wirtschaft sollte aktiv unterstützt und gelenkt werden. Deren Vorhandensein und Entwicklung in verschiedenen Formen ist eine objektive Notwendigkeit des unausgeglichene Produktivitätsniveaus im frühen Stadium des Sozialismus.

Potenzial mobilisieren

Auf dieser Stufe spielen die selbständigen, in Privatbesitz befindlichen und die ausländischen Unternehmen eine positive Rolle bei der Mobilisierung aller gesellschaftlichen Reserven und positiven Kräfte, erhöhen die Zahl der Arbeitsplätze, erfüllen die Bedürfnisse der Menschen, erhalten die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung und schaffen die materiellen Bedingungen, um mit den Auswirkungen externer Krisen umzugehen. Da China für eine geraume Zeit auf der frühen Stufe des Sozialismus verbleiben wird, ist es ebenso notwendig, die nicht-gemeineigene Wirtschaft aktiv zu fördern.

Die Beziehung zwischen dem Primat der gemeineigenen Wirtschaft und der gleichzeitigen Entwicklung der vielfältigen Eigentumsformen sollte dialektisch begriffen werden. Das Wirtschaftssystem im frühen Stadium des Sozialismus in China beruht auf den Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, während es gleichzeitig unverwechselbare chinesische Züge trägt, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit der heutigen Zeit Rechnung tragen. Zuerst müssen wir das Verhältnis von Sozialismus und Kapitalismus richtig betrachten. Auf keinen Fall sollten wir den Kapitalismus als total entgegengesetzt zum Sozialismus behandeln und auf dieser Basis ein „rein“ sozialistisches Wirtschaftssystem anstreben. Wir sollten die historische Rolle der verschiedenen Formen der nicht-gemeineigenen Wirtschaft erkennen und sie danach beurteilen, in welchem Ausmaß sie unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nützen. Auf der frühen Stufe des Sozialismus sind beide, der gemeineigene Sektor und die verschiedenen nicht-gemeineigenen Eigentumsformen, wichtige Teile der sozialistischen Marktwirtschaft. Es ist irrational, die beiden einfach als in Gegensatz zueinander stehend (und nicht als einen sich entwickelnden Widerspruch – d. Übers.) anzusehen.

Zweitens ist es nicht das Gleiche, ob man die nicht-gemeineigene Wirtschaft ermutigt, unterstützt und begleitet oder das kapitalistische Privateigentum vorherrscht. Das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist die Grundlage des Sozialismus. Ohne die Vorrangposition des Gemeineigentums gäbe es keine materielle Voraussetzung für die Herrschaft der kommunistischen Partei und den sozialistischen Überbau, noch wäre es uns möglich, gesellschaftliche Polarisierung zu verhindern, gemeinsamen Wohlstand zu erreichen und den verschiedenartigen Finanz- und Wirtschaftskrisen vorzubeugen oder auf sie zu reagieren. Im frühen Stadium des Sozialismus muss die Entwicklung der nicht-gemeineigenen Wirtschaft dem Ziel der Verbesserung der sozialistischen Marktwirtschaft dienen und nicht der Ersetzung des sozialistischen Wirtschaftsystems durch das kapitalistische. Die beharrliche Ermunterung und Unterstützung der nicht-gemeineigenen Wirtschaft setzt die Dominanz des Gemeineigentums voraus.

Drittens bedeutet die Konsolidierung und Entwicklung des Gemeineigentums nicht eine Wirtschaft mit alleinigem Gemeineigentum. In der frühen Stufe des Sozialismus müssen wir diesen Sektor konsolidieren und entwickeln, ohne die nicht-gemeineigene Wirtschaft auszuschließen, und so das Potential der verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen voll mobilisieren. Diese Kombination ist eine notwendige Bedingung für die weitere Entwicklung und Konsolidierung der Wirtschaft. In einem Land, in dem die Produktivkräfte relativ unterentwickelt sind, ist es eine natürliche Anforderung an das sozialistische System, die nicht-gemeineigene Wirtschaft in ihrer Entwicklung zu ermutigen und zu begleiten. Es gilt, den Kapitalismus richtig zu behandeln und zu nutzen, um den Sozialismus aufzubauen und, dem damit verbundenen Widerspruch Rechnung tragend, Privateigentum zuzulassen.

Führende Rolle des Marxismus

In Chinas sozialistischer Marktwirtschaft spielt der Markt die Hauptrolle bei der Verteilung der Ressourcen unter der Voraussetzung einer gesamtstaatlichen Regulierung. Die regulierte Marktwirtschaft, basierend auf der dominierenden Rolle des Gemeineigentums, ist genau das, worin der wesentliche Vorteil von Chinas sozialistischer Marktwirtschaft liegt. Um eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu erreichen und um der westlichen Finanz- und Wirtschaftskrise vorzubeugen und darauf wissenschaftlich zu antworten, müssen sozialistische Entwicklungsländer ihre makroökonomischen Steuerungsinstrumente ständig verstärken und verbessern, die profitorientierte Natur des Privatkapitals und des Finanzkapitals regulieren und die Stabilität, Balance und nachhaltige Entwicklung der Gesamtwirtschaft erhalten.

Wir müssen die regulierende und steuernde Funktion von beiden, Markt und Regierung, verbessern sowie die langfristige Planung und die kontrollierte Anpassung verstärken. Wichtig ist, die langfristige behördliche Planung durch die Regierung zu verbessern. Die Wurzel der häufigen Finanz- und Wirtschaftskrisen der westlichen kapitalistischen Länder liegt in den grundlegenden, sich unkontrolliert entwickelnden Widersprüchen des Kapitalismus. Die spontane, kurzfristige, blinde Entwicklung des Marktes und die zyklische, kurzfristige makroökonomische Strategie der einander an der Macht ablösenden politischen Parteien tragen zum Ausbruch solcher Krisen bei. Im Unterschied dazu beruht die



ökonomische Regulierung der sozialistischen Marktwirtschaft auf dem enormen Vorteil des sozialistischen politischen Systems. Dieses ist darauf gerichtet, die Rolle der Regierung bezüglich der langfristig programmierten, kontrollierten, wissenschaftlichen Planung der langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Stabilität und Kontinuität jeder dieser politischen Strategien zu stärken.

Wir müssen das Unternehmensrecht, weitere Gesetze und politische Grundsätze verbessern und ein modernes Unternehmenssystem für den Sozialismus chinesischer Prägung aufbauen. Um das zu erreichen, müssen wir die Demokratie in der Unternehmensführung auf der Grundlage von Belegschaftsversammlungen verbessern, dem Volk das Recht geben, den Produktionsprozess zu managen, über die Verwendung des Mehrprodukts zu entscheiden sowie die am Profit orientierten Tendenzen des Kapitals und die Ausbeutung beschränken. Auch müssen wir das Bewusstsein der Arbeiterklasse verbessern, ihr eigener Herr zu sein, von dem alles abhängt.

Die Entfaltungsmöglichkeiten kapitalistischer Elemente werden in China durch Entwicklungsprogramme, durch die Umsetzung von politischen Grundsätzen und durch ökonomische Regeln eingeschränkt. Die Beschränkung der kapitalistischen Einflussfaktoren auf ein überschaubares Maß wird die „totale Kapitalisierung“ unseres gesellschaftlichen Lebens verhindern. Währenddessen müssen wir es der Regierung erleichtern, die Möglichkeiten der verschiedenen Formen der nicht-gemeineigenen Wirtschaft auszunutzen; darin liegt der Schlüssel, um abzusichern, dass die nicht-gemeineigene Wirtschaft dem Sozialismus dient. Schließlich müssen wir koordinieren zwischen der Staatsmacht sozialistischer Natur und der Vielfalt der ökonomischen Basis, um so die sozialistische Richtung der Entwicklung zu garantieren. Zudem müssen wir sicherstellen, dass die Führung der Kommunistischen Partei den Interessen des Volkes entspricht. Wir sollten am Marxismus festhalten, jeder Form der bürgerlichen Liberalisierung entgegenzutreten, extensive Kapitalexpansion verhindern und immer wachsam gegen die „korrupte Allianz von Macht und Geld“ sein. Gleichzeitig sollten wir die demokratischen Rechte des Volkes ausbauen und die Beteiligung des Volkes an den Entscheidungsprozessen ausweiten.

Strengere Regeln

Angesichts verschiedener Unsicherheiten und Krisen in dieser Zeit der Globalisierung ist es umso notwendiger, ernsthaft ein wissenschaftliches Konzept einzuführen, das die inländischen und internationalen Verhältnisse eng miteinander verknüpft und die Fähigkeit der Regierung wirksam verbessert, mit allen Arten von Krisen umzugehen und die ökonomische Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität zu erhalten. Es ist auch dringend geboten, die Überwachung sowohl des inländischen als auch des internationalen Finanzsystems genauso wie die Überwachung der globalen Kapitalflüsse mit größerem Einsatz staatlicher Ressourcen für Maßnahmen zu verstärken, die die Währung, die Wechselkurse, die Zinssätze und das Finanz- und Kreditsystem stabilisieren. Die Regierung sollte auf dem Gebiet strategischer und hochriskanter neuer Industrien (Biotechnik, Internetwirtschaft, Raumfahrt, kohlenstoffarme und digitale Technologien) nicht nur sowohl die staatlichen als auch die privaten Investitionen ermutigen, sondern sie auch mit strengeren Regeln und Management

begleiten, um so mit der „technologischen Kolonisierung“ durch die entwickelten kapitalistischen Länder fertig zu werden. Solche Maßnahmen erfordern eine aktivere Teilnahme im Spiel der „globalen Regulierung“ und vermeiden „Kolonialisierung durch Regulierung“. Wir müssen die Fallstricke eines derartigen Regelsystems und die konsequenterweise folgende Krise durch Festhalten am System des wissenschaftlichen Sozialismus vermeiden und eine akzeptable internationale Verantwortung innerhalb akzeptabler Bedingungen eines internationalen Regelsystems übernehmen.

Für ein sozialistisches Entwicklungsland wie China muss es eine umfassende und wissenschaftliche Transformation und Verbesserung seiner traditionellen Art der wirtschaftlichen Entwicklung geben, um sich an die strukturellen Veränderungen der globalen Wirtschaft anzupassen, die Fähigkeit zu einer kontinuierlichen Entwicklung zu erhöhen und sich so in eine bessere Schutzposition gegen die Auswirkungen verschiedener Arten von Krisen zu bringen.

Wir sollten wirksam die Abhängigkeit vom Außenhandel verringern und die Rolle des Binnenkonsums für das Wirtschaftswachstums erhöhen. Es sollte eine schnellere Reform des Systems der Einkommensverteilung geben, das den Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttosozialprodukt erhöht. Das Einkommen der normalen Bürger muss erheblich erhöht werden, um so die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen. Zur selben Zeit muss die Entwicklung des ländlichen Chinas das absolut zentrale Thema in der Arbeit der Partei und der Regierung bleiben. Wir brauchen auch kraftvolle Maßnahmen, um den Lebensstandard des Volkes durch Verbesserung der Infrastruktur, des Transportwesens, der Telekommunikation, Stromversorgung, Ökologie usw., der sozialen Sicherheit sowie durch mehr Mittel für das Bildungs- und Gesundheitswesen zu erhöhen.

Wir sollten die Abhängigkeit vom Außenhandel effektiv überwachen und die Effizienz der kombinierten Verwendung von inländischem und ausländischem Kapital verbessern. Ausländisches Kapital hat eine unentbehrliche Rolle beim ökonomischen Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt Chinas gespielt. Wenn ausländische Unternehmen jedoch anfangen, ihre hochgradig umweltverschmutzenden Produktionsprozesse nach China auszulagern, verursacht das für China extrem hohe ökonomische und ökologische Kosten. Die gewaltige Menge von hereinströmendem ausländischen Kapital führt zu einer drastischen Erhöhung der Währungsreserven und einer positiven Handelsbilanz, die ein Drohpotential für Chinas ökonomische Sicherheit darstellt und international ökonomische Reibungen verursacht. Unter solchen Umständen sollte man Praktiken, die ausländische Unternehmen begünstigen, auslaufen lassen sowie ein Umfeld fairen Wettbewerbs für inländische Unternehmen schaffen. Die ökonomische Sicherheit Chinas macht es erforderlich, die Kontrolle und Monopolisierung der chinesischen Industrie durch multinationale Konzerne mittels ökonomischer und rechtlicher Maßnahmen zu verhindern.

Wir sollten die Abhängigkeit von ausländischen Technologien verringern und die Fähigkeit zur unabhängigen Innovation verbessern. Aus der Weltgeschichte wissen wir, dass nur die Stärke zur unabhängigen Erneuerung es einem Land ermöglichen kann, großen Herausforderungen mit Zuversicht entgegenzutreten und eine aktive Rolle im Wettbewerb zu spielen. Zuviel Vertrauen auf fortgeschrittene Technologien aus den entwickelten Ländern führt zum Verlust des An-



triebs für technischen Fortschritt. Begleitet von einem wissenschaftlichen Entwicklungskonzept müssen wir aktiver werden, um neue Typen von Talenten zu entwickeln, welche sich besser an die gesellschaftliche Entwicklung anpassen können; auch ist mehr in Forschung und Entwicklung von unabhängigen Innovationen zu stecken, und dafür sind die notwendigen materiellen Voraussetzungen zu schaffen.

Ressourcen und Reserven

Wir sollten unsere Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen verringern und die Effizienz der Ressourcenverteilung verbessern. Chinas Import von Energie und Rohstoffen ist seit 1990 dramatisch angestiegen. Seit China 1993 ein Nettoimporteur von Öl geworden ist, hat sich die Abhängigkeit von ausländischem Öl Jahr für Jahr erhöht und heute 46,6 Prozent erreicht, nahe zur kritischen Linie von 50 Prozent. Solch eine hohe Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen ist nicht nur Anlass für internationale Reibungen, sondern auch eine potentielle Bedrohung für die politische und wirtschaftliche Sicherheit einer Nation aufgrund verschiedener Arten von Krisen, die dadurch ausgelöst werden können.

Wir sollten das Ausmaß unserer Devisenreserven stets unter Kontrolle halten und die Rückflüsse aus ihrer Nutzung verbessern. Ausreichende Devisenreserven helfen China, Zahlungen im Ausland zu leisten, vermeiden Risiken beim internationalen Gleichgewicht und den Finanzen und erhöhen das Vertrauen in Chinas Wirtschaft in China und im Ausland. Unangemessen hohe Reserven über einen langen Zeitraum werden jedoch unvermeidlich negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Es ist eine effektive Streuung der ausländischen Währungsreserven notwendig.

Einige Probleme der Veränderung und Entwicklung der Sozialstruktur Chinas

Interview mit Prof. Li Qiang, Direktor des Instituts für Human- und Sozialwissenschaften der Qinghua-Universität Beijing; aus: Lingdao Wencui, Nr. 2, 2011, Interviewer: Shi Lingling, Übersetzung aus dem Chinesischen: Helmut Ettinger

Welche grundsätzlichen Veränderungen haben in der Sozialstruktur Chinas stattgefunden?

● **Dreißig Jahre Reform- und Öffnungspolitik haben in der Sozialstruktur Chinas zu enormen Veränderungen geführt. Welchen kommt besonders weitreichende Bedeutung zu?**

Der große Wandel, den Reform und Öffnung in der Sozialstruktur unseres Landes mit sich gebracht haben, hat in der ganzen Gesellschaft tiefe Wirkungen hinterlassen. Im Grunde genommen ist seitdem eine neue Sozialstruktur entstanden. Sie hat die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft bisher vorangetrieben und wird auch eine Triebkraft für deren weitere Entwicklung bleiben. Konkret bedeutet das:

Erstens haben sich die Kriterien der sozialen Schichtung verändert. Die erste große Veränderung seit Reform und Öffnung besteht darin, dass an die Stelle politischer Kriterien ökonomische getreten sind. Vor dem Reform- und Öffnungskurs gab es zwar keine Einteilung nach der ökonomischen Stellung, waren in dieser Hinsicht alle mehr oder weniger

gleich. Aber es existierten schon sehr große Unterschiede und ein heftiger Klassenkampf, denn damals gab es die „roten fünf Kategorien“ und die „schwarzen fünf Kategorien“, es gab (ehemalige – d. Übers.) Gutsbesitzer, reiche Bauern, schlechte Elemente, rechte Elemente und weitere Klassenunterschiede. Kriterium der Einstufung war nicht das Eigentum sondern die politische Stellung. Seit dem Beginn von Reform und Öffnung ist aus einer politisch strukturierten eine ökonomisch strukturierte Gesellschaft geworden – eine gewaltige Veränderung. Sie stellt einen großen Fortschritt dar, denn in der Gesellschaft einer Republik, wo alle zusammenwirken, sind sie als Staatsbürger auch gleichberechtigt.

Zweitens hat sich die Einstufung selbst verändert. Vor der Reform- und Öffnungspolitik gab es zwar keine Einstufung nach ökonomischen Kriterien, aber die Menschen hatten natürlich eine verschiedene soziale Stellung. Die typischste Einteilung war die nach dem gemeldeten Wohnsitz (chin. Hukou). Arbeiter und Bauern sollten die gleiche soziale Stellung haben. Aber der Hukou bewirkte eine sehr tiefe soziale Spaltung. Seit Beginn der Reform hat sich das starre Einstufungssystem stark verändert. Die soziale Stellung war angeboren und ließ sich durch Anstrengungen des Individuums nur sehr schwer verändern. Seit der Reform ist es den Bauern zumindest gestattet, in die Stadt zu gehen und an der Mehrsektorenwirtschaft teilzuhaben. Wenn ein Bauer über die notwendigen Fähigkeiten verfügt, kann er zum kleinen Gewerbetreibenden werden. Es gibt auch bereits einige große Geschäftsleute bäuerlicher Herkunft.

Beim System der Einstufung nach der politischen Stellung spielten die angeborenen Faktoren die Hauptrolle. Als dieses System wegfiel, traten erworbene Faktoren wie eigene Anstrengung und Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund. Zwar hat der Hukou auch jetzt noch beträchtliche Wirkung, aber im Vergleich zu früher sind qualitative Unterschiede festzustellen. Seit das Wohnraumgesetz abgeschafft ist, können die Bauern in der Stadt eine Arbeit aufnehmen und nicht mehr ausgewiesen werden. Das System der sozialen Einstufung ist in Veränderung begriffen. Das Hukou-System steht permanent unter Kritik, weil es bestimmte Elemente der früheren Einstufung konserviert, z. B. die Nutzung von Sozialleistungen. Jetzt besteht aber zumindest die Möglichkeit, die soziale Stellung durch eigene Anstrengungen zu verändern.

Drittens hat sich die Gruppenstruktur der Gesellschaft verändert. Vor Reform und Öffnung waren zahlreiche nach Eigentumskriterien definierte Gruppen wie nationale Bourgeoisie oder Kleinbürgertum im Laufe der sozialistischen Umgestaltung verschwunden. Die vier kleinen Sterne auf der Staatsflagge der Volksrepublik China symbolisieren die vier großen Klassen – Arbeiter, Bauern, nationale Bourgeoisie und Kleinbürgertum. Zwei der kleinen Sterne, die nach 1956 erloschen waren, leuchten seit Reform und Öffnung wieder. Als erste sind seit den 1980er Jahren die Familienbetriebe aufgetaucht. In selbstständigen Kleinbetrieben von Industrie und Handel in Städten und Dörfern werden heute ca. 60 Millionen Menschen beschäftigt. In den 1990er Jahren kamen die ersten Privatunternehmer auf. Gegenwärtig sind im Industrie- und Handelsregister etwa 5,5 Millionen Privatunternehmen verzeichnet. Diese Zahl wirkt nicht sehr groß, aber die Privatwirtschaft spielt bei der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes eine bedeutende Rolle. ChiNext, eine neue Börsenplattform in Shenzhen, bedient vor allem die Privatwirtschaft.



An Programm und Statut der KP Chinas wurden Veränderungen vorgenommen, so dass jetzt auch Angehörige anderer sozialen Schichten (als nur der Arbeiter und Bauern – d. Übers.) der Partei beitreten dürfen. In Dokumenten des ZK der KP Chinas werden außer den Privatunternehmern weitere neu entstandene soziale Gruppen genannt, z. B. Anwälte, Wirtschaftsprüfer, Gutachter – die sogenannten Weißkragen. Dazu kommen alle möglichen neuen Organisationsformen wie Beraterfirmen, ausländische Unternehmen u. a. Besonders die Zahl der Weißkragen, d. h., Verwaltungsbeamte, technische Fachkräfte, im Handel Tätige und Büroangestellte, ist in den Großstädten in den letzten Jahren stark angewachsen. Neuere Studien aus Beijing und Shanghai besagen, dass unter der ansässigen Bevölkerung dieser Großstädte die Zahl der Weißkragen die der Blaukragen bereits übertrifft. Die Sozialstruktur hat sich hier also stark verändert.

Über die Intellektuellen – heute Menschen mit höherer Bildung – ist zu sagen, dass ihre Zahl in der Vergangenheit recht klein war. Mao Zedong bezifferte sie 1957 in einer Rede auf ca. 5 Millionen. Heute verlassen in einem Jahr allein 7 Millionen Absolventen die Hochschulen Chinas, das sind in zehn Jahren 70 Millionen. Heute geht der Umfang dieser gebildeten Gruppe bereits in die Hunderte von Millionen, und ihr Wachstum beschleunigt sich weiter. Sie stellt eine Triebkraft der weiteren Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Wenn wir die Zweigstruktur, Charakter und Form unserer traditionellen Wirtschaft regulieren wollen, dann ist sie dafür eine unverzichtbare neue Kraft. Um Demokratie und Recht voranzubringen, werden diese Menschen mit moderner Bildung und Kultur gebraucht.

Noch ein Wort zu den 1980er und 1990er Jahren. Sie haben mannigfaltige Geschäftsformen hervorgebracht. So ist unter ihnen die Gruppe der über das Internet Arbeitenden sehr groß. Die Jugend ist eine lebendige Kraft, die Veränderung ihrer Struktur hat enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Die neuen Gesellschaftsschichten müssen noch breiter gefasst werden. So hat es eine Gruppe wie die ehrenamtlich im Dienste der Gesellschaft Tätigen früher nicht gegeben. Die überall entstehenden privaten Stiftungen und Wohltätigkeitsvereine zählen dazu. Auch diese neu entstandenen Kräfte bringen die gesellschaftliche Entwicklung weiter voran.

Viertens verändern sich die Beziehungen zwischen den Gesellschaftsschichten. Vor der Reform gab es keine Kapitalisten und damit auch kein Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Vorherrschend war das Verhältnis zwischen Volksmassen und Funktionären. Seit der Reform ist mit der Einführung von Kapital auch der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zurückgekehrt. Gegenwärtig tritt dieser Widerspruch sehr in den Vordergrund, es kommt häufig zu Streiks. Angesichts des komplizierten Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit muss und kann der Staat des Sozialismus chinesischer Prägung neue Formen zur Lösung der daraus resultierenden Widersprüche finden.

Seit Beginn der Reform sind viele neue gesellschaftliche Verhältnisse entstanden. Wenn sie sich günstig auf die Entwicklung der Gesellschaft auswirken und diese voranbringen, sind sie zu begrüßen. Frühere Untersuchungen von Familienunternehmen in der Stadt Wenzhou (Provinz Zhejiang – d. Übers.) kamen zu dem Schluss, diese seien nichts Gutes. Später erkannte man, dass in diesen Familienunternehmen

leicht vertrauensvolle Beziehungen entstehen und die Entwicklung der Wirtschaft von diesen Unternehmen profitiert. Die Verhältnisse in diesen Betrieben sind nicht einfach solche zwischen Kapitalisten und Arbeitern, sondern dort hat man stets die Entwicklung der Großfamilie im Auge.

In China sind inzwischen viele Menschen hervorgetreten, die auf dem Wege zum Wohlstand für alle vorangehen. Sie gibt es in zahlreichen erfolgreichen Dörfern. Sie besitzen ein starkes ökonomisches Potenzial, aber ihr Verhältnis zu den Arbeitern ist nicht einfach das zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse sind vielfältig. Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Fabrikbesitzern und Arbeiterklasse, seitdem es in China Unternehmen mit ausländischem Kapital gibt? Insgesamt ist zu sagen: Die chinesische Gesellschaft von heute ist kein einförmiges Gebilde mehr, sondern ein Geflecht mannigfaltiger, komplizierter Beziehungen.

Hier ist ein Wort zum Verhältnis zwischen Stadt und Land angebracht. Zu Beginn der Reform in den 1980er Jahren verringerte sich der Rückstand des Dorfes. Der Grund war, dass die Bauern Zugang zum Markt erhielten und dort beträchtliche Gewinne machen konnten. Ihr Einkommen wuchs in hohem Tempo. Ab Mitte der 1990er Jahre schritt die Reform in den Städten mit Riesenschritten voran, deren Wettbewerbsfähigkeit stieg deutlich an, die des Dorfes blieb im Vergleich damit zurück. Sein Rückstand vergrößerte sich wieder. Seit 2002 (dem 16. Parteitag der KP Chinas, auf dem das derzeitige Führungsduo Hu Jintao und Wen Jiabao gewählt wurde – d. Übers.) schenkt die zentrale Führung des Landes dem Dorf größere Aufmerksamkeit und hat die Investitionen auf dem Lande erhöht, wodurch das Verhältnis zwischen Stadt und Land sich erneut verändert hat.

Zum Verhältnis von Stadt- und Landbewohnern: Früher, zur Zeit der politischen Kampagnen, wurden oft Stadtbewohner (zur Umerziehung als Strafmaßnahme – d. Übers.) aufs Land geschickt. Die Bauern behandelten sie trotzdem gut. Seit Beginn der Reform ziehen Stadtbewohner kaum noch aufs Land. Heute gehen eher Bauern in die Stadt, um Arbeit zu finden, nehmen am Wirtschaftsleben der Stadt teil, bieten Dienstleistungen für Stadtbewohner an, was die verschiedensten Beziehungen hervorgebracht hat. So gestalten sich die Beziehungen von Kinderfrauen oder fliegenden Händlern zu Stadtbewohnern schwierig.

Insgesamt gesehen, sind die Verhältnisse zwischen den Schichten seit Reform und Öffnung komplizierter geworden. Davon können negative Wirkungen ausgehen. Nehmen wir z. B. die Konflikte beim Abriss von alten Häusern und dem Umzug der Bewohner. Früher wurden dabei die gesellschaftlichen Interessen betont und die des Einzelnen vernachlässigt. Jetzt rücken die Interessen des Einzelnen mehr und mehr in den Vordergrund. Das macht es schwer, exakte Kriterien für Entschädigungen festzulegen. Früher gab es komplette Lösungen und gleiche Wohnverhältnisse für alle, da traten nicht so viele Widersprüche auf. Früher hatten wir eine einheitliche Leitung und einheitliche Verteilung, das machte die Verhältnisse einfach. Heute dagegen gibt es persönlichen Wettbewerb, Marktkonkurrenz und Bewegungsfreiheit. Das macht die Beziehungen außerordentlich kompliziert.

Fünftens haben sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich sowie die Einkommensunterschiede insgesamt verändert. Alle Zahlen weisen darauf hin, dass sie seit Beginn der



Reform deutlich gewachsen sind. Nehmen wir den Gini-Koeffizienten. Der war vor der Reform sehr niedrig. Wir hatten eine relativ gleiche Gesellschaft. Mehrfache Untersuchungen im Rahmen des ganzen Landes haben ergeben, dass der Gini-Koeffizient beim Pro-Kopf-Einkommen von Familien in Stadt und Land zwischen 0,47 und 0,5 liegt. Das weist auf einen relativ großen Unterschied zwischen Arm und Reich hin, der rasch weiter wächst. In den Ländern mit dem größten Unterschied liegt er um 0,6, in einzelnen sogar um 0,7, aber das ist schon ziemlich selten. Allerdings muss man den Gini-Koeffizienten objektiv betrachten. Er stellt nicht den einzigen Maßstab dafür dar, ob eine Gesellschaft gut oder schlecht ist. Bei meinen Untersuchungen zur Geschichte der wirtschaftlichen Lage der Bürger habe ich festgestellt, dass wir den niedrigsten Gini-Koeffizienten der Einkommen von Familien in Stadt und Land während der „Kulturrevolution“ hatten. Die sieht aber niemand als eine besonders gute Zeit an. Ist der Unterschied zu groß, hat das immense negative Auswirkungen. Nach meiner Meinung muss man genau hinschauen, welche Faktoren ihn hervorbringen. Wenn ein fairer Wettbewerb und Chancengleichheit vorliegen, dann können die Menschen den Unterschied akzeptieren. Wenn es allerdings ungerecht zugeht oder gar systemische Ursachen dafür verantwortlich sind, dann ist das höchst problematisch.

Wie sind die Herausbildung und das Wachstum der Mittelschicht zu sehen?

● **Sind Sie der Meinung, dass sich bei der Veränderung der Sozialstruktur Chinas eine stabile Mittelschicht herausgebildet hat? Wie schätzen Sie sie ein?**

Das Wort Mittelschicht taucht jetzt häufig in den Medien auf. Er ist die Übersetzung des englischen middle class. Dieser Begriff sagt nichts über Eigentumsverhältnisse aus, sondern bezeichnet eine Klasse die zwischen anderen steht. In den Dokumenten der 5. Tagung des 17. ZK der KP Chinas (vom 17. Parteitag im Oktober 2007 gewählt – d. Übers.) wird der Begriff „Gruppe mit mittlerem Einkommen“ verwendet; zuvor sprach man von „Personen mit mittlerem Einkommen“. Sie sind also inzwischen zu einer Gruppe geworden. Das zeigt, dass englische „Mittelklasse“, keine exakte Klassendefinition ist. Es gibt zwei Arten von Klassendefinitionen – nach den Eigenschaften und nach der Stellung. Bei ersterer ist das Kriterium der Charakter der Klasse. Danach unterscheidet man so klar umrissene Klassen wie Arbeiter, Bourgeoisie oder Grundbesitzer. Die Mittelklasse gehört zur zweiten Art der Definitionen: Ihr stehen die Oberklasse und die Unterklasse gegenüber. Ihre Grenzen sind nicht exakt bestimmt.

Weshalb benutzen die Medien diesen Begriff so häufig? In den Gesellschaften von heute lassen sich mit verschwommenen Klassengrenzen vorhandene Klassenwidersprüche relativ leicht abmildern. So fühlen sich z. B. in den USA 80 Prozent der Bevölkerung der Mittelklasse zugehörig. Dabei sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich dort sehr gravierend. Der Gini-Koeffizient liegt etwa bei 0,47. In der amerikanischen Gesellschaft gibt es natürlich arme und reiche Menschen. Wenn sich aber die große Mehrheit mit der Mittelklasse identifiziert, dann zeigt das, dass dieser Begriff seine ideologische Wirkung tut.

In unserem Lande ist es genau umgekehrt. Untersuchungen zeigen, dass sich die Mehrheit der Menschen in einem psychisch labilen Zustand befindet. Sie fühlen sich nicht der

Mittelschicht zugehörig, sondern höchstens deren unterem Segment oder überhaupt der Unterklasse. So lebt die Gesellschaft in einem Zustand sozialer Spannungen, was eine der tieferliegenden Ursachen für die derzeitige Verschärfung der sozialen Widersprüche ist.

Um den Begriff der Mittelklasse umfassender zu definieren, seine Grenzen schärfer zu ziehen, müssen nach meiner Meinung zwei weitere Kriterien einbezogen werden – die Art der Beschäftigung und das Bildungsniveau. Wenn man nur vom Einkommen ausgeht, kann man einige praktische Umstände nicht berücksichtigen. So kann z. B. auch ein Müllsammler ein hohes Einkommen haben. Aber vom Ansehen der Beschäftigung her ist diese Gruppe kaum in die Mittelklasse einzuordnen. Danach gehören dieser an: Personen, die mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind, die hohen Ränge natürlich ausgenommen, Fachkräfte aller Art, im Handel Beschäftigte und Büroangestellte. Nach dem Kriterium der Bildung kommen Menschen mit Hoch- oder Fachhochschulbildung hinzu.

Nach diesen drei Kriterien definiert, ist die Mittelschicht in unserem Lande relativ klein. Im Jahre 2009 betrug sie etwa 17 Prozent der Bevölkerung. Nach objektiven international anerkannten Zahlen erreicht sie in Ländern wie Großbritannien oder den USA etwa 65 Prozent, wodurch der besondere Umstand bestätigt wird, dass die Mittelschicht in der Sozialstruktur dieser Länder die Hauptkraft darstellt. Hier haben wir gegenüber den entwickelten Ländern noch einen großen Rückstand, was sich auch nicht kurzfristig ändern lässt.

● **Wenn man das subjektive Empfinden einmal beiseite lässt und nur von objektiven Kriterien ausgeht – aus welchen Gruppen setzt sich die Mittelschicht in unserem Lande dann zusammen?**

Nach der gegenwärtigen Sozialstruktur zu urteilen, gehören der Mittelschicht folgende Hauptgruppen an: Erstens, Menschen mit Fachkompetenz jeglicher Art, die Gruppe der ausgebildeten Fachkräfte. Das heißt, die bekannte Gruppe der Intellektuellen außer einigen Spitzenvertretern, die einer höheren Schicht zuzuordnen sind. Fachkräfte und Intellektuelle wurden während der sechzigjährigen Geschichte der VR China immer der Mittelschicht zugerechnet. Zweitens, Verwaltungsangestellte jeglicher Art und Beamte. Wiederum gehören auch hier die höchsten Ränge der Verwaltungshierarchie und Spitzenfunktionäre einer höheren Schicht an. Drittens, die sogenannte „neue Mittelschicht“, jene Gruppe, die neuartigen, mit Hightech verbundenen Beschäftigungen nachgeht und vor allem aus jungen Leuten besteht. Viertens, die Angestellten von gewinnbringend wirtschaftenden Staatsunternehmen, Aktiengesellschaften, weiteren Unternehmensformen und Institutionen. Fünftens, die große Zahl der Eigentümer oder Betreiber von kleinen und mittleren Unternehmen, Handels- und Handwerksbetrieben. Diese Gruppe wächst am schnellsten und verzeichnet den größten Zufluss aus verschiedenen Bereichen.

Hier muss noch hinzugefügt werden: Diese Gruppen sind einander wenig ähnlich, oder anders gesagt, bei den Merkmalen, die diese Gruppen der Mittelschicht Chinas kennzeichnen, bestehen große Unterschiede. Wenn z. B. ein Wanderarbeiter vom Lande durch erfolgreichen Handel zum Betreiber eines kleinen Handelsgeschäfts wird, dann unterscheidet er sich, was seinen Alltag, sein Denken und seine



sozialen Beziehungen betrifft, beträchtlich vom typischen Angehörigen der Gruppe der Angestellten oder Intellektuellen.

Wenn die Mittelschicht einmal eine bedeutende Stellung der chinesischen Gesellschaft einnehmen soll, dann reicht es nicht aus, sie nach den Kriterien von Einkommen, Beschäftigung und Bildung zu analysieren. Sehr wichtig ist auch die Akzeptanz innerhalb dieser Schicht. Wenn es in der Mittelschicht einer Gesellschaft an gegenseitiger Akzeptanz der einzelnen Gruppen mangelt, dann fehlt es der Gesellschaft an einer stabilisierenden Kraft. Gegenwärtig ist die chinesische Mittelschicht uneinheitlich, vielfältig und zersplittert. Das ist eine wichtige Ursache für ihre große Schwäche. Dass es innerhalb der Mittelschicht an gegenseitiger Akzeptanz mangelt, ist in hohem Maße dem Nachwirken der früheren Einstufung nach der politischen Stellung geschuldet. Sollte die Mittelschicht künftig zur Hauptkraft der Gesellschaft werden, dann ist gegenseitige Akzeptanz der Gruppen unabdingbar. Ich betone die Rolle der Bildung so sehr, weil mit annähernd gleichem Bildungshintergrund die Ähnlichkeit und Akzeptanz der Gruppen zunimmt.

Die chinesische Gesellschaft der Zukunft wird 1,3 bis 1,5 Milliarden Menschen umfassen. Eine große Mittelschicht stellte eine wesentliche stabilisierende Kraft dieser Gesellschaft dar. Ich bin der Meinung dass der Reichtum in der chinesischen Gesellschaft zu den mittleren und unteren Schichten fließen muss. Gegenwärtig ist der Reichtum in dieser Gesellschaft zu stark monopolisiert.

Moderne Mega- und Großunternehmen tendieren aus Effizienzgründen in der Regel dazu, in Produktion und Verwaltung modernste Technologien anzuwenden, den höchstmöglichen Automatisierungsgrad durchzusetzen. Die bei ihnen Beschäftigten stellen nur einen sehr kleinen Teil des Arbeitskräftepotenzials des ganzen Landes dar. Wo werden die über 800 Millionen Arbeitskräfte der VR China künftig vor allem Jobs finden? In kleinen und mittleren Betrieben. Der Ausweg wird eine Beschäftigungsstruktur sein, in der kleine und mittlere Einheiten den Ton angeben. Wenn das zutrifft, dann muss der Staat mit seiner Politik die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen. Von der Ebene der Politik her gesehen entsteht gegenwärtig jedoch der Eindruck, je größer ein Staatsunternehmen, je ausgeprägter sein Monopolcharakter ist, desto eher wird es gefördert, desto leichter kommt es an Kredite und schwimmt zuweilen im Geld. Betreiber kleiner und mittlerer Unternehmen dagegen haben Schwierigkeiten, Unterstützung zu erhalten. International läuft das ganz anders. Wenn man z. B. in den USA eine gute Kreditwürdigkeit hat, dann erhält man leicht einen Kredit. Man braucht keine Genehmigungen, das erledigt die Bank. Chinesische Großunternehmen, auch solche, die Schulden haben, bekommen problemlos Kredite. Das muss von der Politik korrigiert, die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen muss stärker vorangetrieben werden. Für Chinas Zukunft ist das von strategischer Bedeutung.

● **Wie soll die Mittelschicht wachsen? Hat die Gruppe der Wanderarbeiter die Chance, in die Mittelschicht aufzusteigen?**

Wir hoffen, dass in der chinesischen Gesellschaft der Zukunft die Mittelschicht die Hauptkraft darstellen wird. Die zentrale Führung spricht davon, dass die Gruppe mit mittleren Einkommen permanent wachsen soll. Dafür müssen Wege geöffnet werden. Wenn ein Mensch sich entsprechend

anstrengt, muss er die Chance haben, der Mittelschicht anzugehören. Gegenwärtig gibt es in unserem System dafür noch zu wenig Treppen, Türen und Wege.

Der erste Weg führt über die Bildung. In China heißt das, die Aufnahmeprüfung für eine Hochschule zu bestehen. Der Anteil derer, die nach erfolgreichem Hochschulstudium mit anschließender entsprechender Beschäftigung zur Mittelschicht stoßen, ist hoch. Die Zahlen belegen, dass die Effizienz unserer Bildungseinrichtungen gegenwärtig steigt. Formal steht der Zugang zur Hochschule jedem offen, in der Praxis sind gewissen Gruppen aber Grenzen gesetzt. Heute erreichen z. B. zahlreiche Kinder auf dem Lande gar nicht die Oberstufe der Sekundarschule (Klassen 10 bis 12 – d. Übers.), sondern verlassen die Schule nach der 9. Klasse und gehen arbeiten. Die Zahl der Arbeitsmigranten in China beträgt inzwischen ca. 270 Millionen. Sie haben nicht die Chance, über ein Hochschulstudium in die Mittelschicht zu gelangen. Das ist ein großer Mangel im System.

Der zweite Weg führt über den Markt. Die Einführung des Marktmechanismus im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik war ein großer Fortschritt unserer Gesellschaft. Das wichtigste Prinzip des Marktes ist Gerechtigkeit bei Chancen und Wettbewerb. Ob nun Arbeiter oder Bauer, jeder kann auf dem Markt durch Konkurrenz Gewinn erzielen und sich so wirtschaftlich hocharbeiten. Der Zugang zum Markt ist viel offener als zur Hochschule. Aber einige Märkte in monopolisierten Zweigen wie Erdöl oder Energie aber auch Immobilien, wo es hohe Investitionen und weitreichende gesellschaftliche Beziehungen braucht, sind nicht für jeden zugänglich. Märkte müssen offen und allgemein zugänglich sein, dort muss offener Wettbewerb herrschen, sonst werden sie leicht von Wenigen monopolisiert.

Der dritte Weg führt über eine Beamtenlaufbahn. Die Ausbildung als Beamter hängt nicht vom Hukou, sondern von den Bildungsvoraussetzungen des Einzelnen ab. Gegenwärtig ist unsere Beamtschaft noch zu klein, aber ein Staat sollte auch nicht zu viele Beamte haben. Heute möchten viele in einer staatlichen Behörde angestellt sein, aber wer erledigt dann die Arbeit vor Ort?

Marx hat richtig festgestellt, dass Werte nur durch Arbeit geschaffen werden. Wenn die große Mehrheit der Menschen in einer Gesellschaft nicht mehr arbeiten will, wie sollen dann Werte geschaffen werden? Es ist richtig, dass in der letzten Zeit die Finanzblase kritisiert wird. Die Leute gehen keinem Gewerbe nach, wollen nur noch mit Finanzpapieren und Währungen spekulieren. So kann durch eine Währungsblase eine Krise heraufbeschworen werden. Für Arbeiter und Bauern, die produktiv arbeiten und Werte schaffen, müssen wir im System den Zugang zur Mittelschicht bahnen. Vor kurzem habe ich in der Zeitschrift Jiangsu sheng shehui kexue [Gesellschaftswissenschaft in der Provinz Jiangsu] einen Artikel veröffentlicht. Dort ging es darum, dass die körperlich Arbeitenden in unserem Lande, die vor allem durch die Wanderarbeiter repräsentiert werden, nach meiner Meinung aus dem System des stetigen Aufstiegs entsprechend der Qualifikation ausgeschlossen sind. Dafür ist in der Volksrepublik seinerzeit ein sehr gutes System, das der acht Lohnstufen, entwickelt worden. Es wurde 1956 eingeführt und war viele Jahre lang in Kraft. Es böte einen wichtigen Zugang zur Mittelschicht.

In der Mittelschicht gibt es zwei wichtige Gruppen – die ausgebildeten Fachkräfte und das technische Personal. Es



sind vor allem die Techniker, die die Wirtschaft am Laufen halten. Für sie ist der Zugang zur Mittelschicht in unserem Lande zu eng. Im Jahre 1995 hat das Arbeitsministerium das System der acht Lohnstufen abgeschafft und nach britischem Vorbild den fünfstufigen Qualifikationsausweis eingeführt. Bei einer kürzlichen Recherche habe ich festgestellt, dass 89 Prozent der vom Lande kommenden Wanderarbeiter diesen Ausweis nicht besitzen. Das heißt, er hat keinerlei Bedeutung. Bis heute weiß kaum jemand, was das überhaupt ist, und keiner kümmert sich darum.

Das System der acht Lohnstufen war seinerzeit ein wichtiger Kanal zum Erwerb technischer Kompetenz. Wer Lohnstufe Fünf oder Sechs erreicht hatte – von Lohnstufe Acht gar nicht zu sprechen –, der genoss im Betrieb hohes Ansehen, war faktisch Angehöriger der Mittelschicht. Wenn man dagegen heute tatsächlich im Besitz des fünfstufigen Qualifikationsausweises ist, dann bedeutet das keinen Aufstieg im Betrieb. Wird die technische Qualifikation der Beschäftigten missachtet, dann können sie sich auf diesem Wege nicht in die Mittelschicht hocharbeiten. Dabei bestehen für das Vorkommen durch fachliche Qualifizierung breite Möglichkeiten. China hat Hunderte Millionen Produktionsarbeiter. Durch ihre Fortbildung, verbunden mit entsprechenden Prüfungen, könnte man die Qualität der Erzeugnisse wesentlich verbessern. Nach wie vor wird viel zu viel Ausschuss produziert. Als kürzlich auf der Baustelle eines Hochhauses in Shanghai ein Feuer ausbrach, wurde festgestellt, dass die Schweißer keinen Berufsausweis hatten. Das trifft auf die Mehrheit aller Schweißer in China zu. Wie kann das sein? Das ist ein Problem für die Betriebsführungen.

Gegenwärtig sind in den Großstädten ca. 150 Millionen Wanderarbeiter tätig. Unternehmen in Kleinstädten und Dörfern beschäftigen noch einmal 120 Millionen. Das macht zusammen 270 Millionen. Um deren berufliche Weiterbildung kümmert sich niemand. Das heißt aber auch, dass diese Menschen in unserem System keine Aufstiegschancen haben. Eine Folge ist die unbefriedigende Qualität der Produkte.

● **Gegenwärtig leben bereits viele Wanderarbeiter in den Städten. Ihnen geht es aber nicht nur um den sozialen Aufstieg, sondern auch um die Frage, wie sie in der Stadt sesshaft werden können.**

Das Haupthindernis dafür ist der Hukou. Dieses Problem ist in China ungelöst, und in den Großstädten wird das immer sichtbarer. Dass die von auswärts kommenden Arbeitskräfte in den Städten keinen ständigen Wohnsitz erhalten, ist der Hauptgrund für ihr Nomadenleben. Wie ich bereits erläutert habe, setzt die soziale Stellung dem Aufstieg der Menschen Grenzen. Ein Staat muss die Menschen aber zumindest als Staatsbürger und hinsichtlich des Zugangs zu seinen Ressourcen gleichstellen. Das Hukou-System teilt sie jedoch in verschiedene Klassen ein. Ich bin gar nicht der Meinung, dass man das Problem mit einem Schlag lösen kann. In Städten wie Beijing oder Shanghai ist das bestimmt sehr schwierig. Aber langfristig muss sich daran etwas ändern.

Sozialer Aufstieg ist ein Ergebnis von Wettbewerb. Ein gerechtes System muss es allen ermöglichen, an einer fairen Konkurrenz teilnehmen zu können. Voraussetzung dafür ist ein gerechtes Verfahren. Für die Hochschul-Aufnahmeprüfungen gibt es das, für den sozialen Aufstieg der Wanderarbeiter noch nicht. Ein solches Verfahren muss den Wander-

arbeitern größere Chancen eröffnen, sich durch fairen Wettbewerb in der Stadt niederlassen zu können.

● **Aber was geschieht mit den schwachen Gruppen, die durch die Konkurrenz ausgesondert werden?**

Auch ein fairer Wettbewerb bringt zweifellos starke und schwache Gruppen hervor. Aber bei den hier genannten Schwachen handelt es sich nicht um Alte, Kranke oder Behinderte, wie dieser Begriff traditionell verstanden wurde. Letztere müssen von der Gesellschaft sozial abgesichert werden.

Die hier gemeinten schwachen Gruppen sind gegenwärtig in China stark im Wachsen begriffen. Vielfach werden sie durch tiefgreifende systemische Veränderungen hervorgebracht. Dazu gehört die große Gruppe der Bauern, die durch Beschlagnahme für Baumaßnahmen ihr bisheriges Pachtland verlieren. Ebenso die vielen Tausend Beschäftigten, die bei der Umstrukturierung der Staatsbetriebe arbeitslos wurden. Sie haben häufig eine hohe berufliche Qualifikation, geraten aber wegen ihres Einkommensverlusts in die Gruppe der sozial Schwachen. Wir haben es hierbei mit zwei sehr verschiedenen Gruppen zu tun.

Die erste Gruppe muss vom sozialen Sicherungssystem einer Gesellschaft aufgefangen werden. Zwar erhalten die Bauern, die ihr Land verlieren, eine gewisse Entschädigung, aber eine neue Arbeit zu finden ist das Problem. Die durch systemische Veränderungen entstandenen sind auch keine wirklich schwachen Gruppen; häufig verfügen sie noch über beträchtliches Potenzial. Wenn sie aber von der Gesellschaft ausgegrenzt werden, dann ist das ein Problem der Gerechtigkeit des Systems. Gegenwärtig werden starke und schwache Gruppen künstlich geschaffen. Hier ist in erster Linie das Gerechtigkeitsproblem des Systems zu lösen.

Wie soll die Frage der Einkommensverteilung und der Kluft zwischen Arm und Reich gelöst werden?

● **Um den Wanderarbeitern den sozialen Aufstieg und die Veränderung ihrer Stellung zu ermöglichen, muss das System gerecht gestaltet werden. Hierzu gehört als weiterer Aspekt aber auch die Erhöhung des Einkommens der Bürger. Derzeit ist der Anteil des Einkommens aus Arbeit am BIP in unserem Lande recht niedrig. Wie sehen Sie das?**

In der vergangenen Wettbewerbsstufe in China war das Kapital absolut im Vorteil und die Beschäftigten im Nachteil. In westlichen Gesellschaften schließen letztere sich zusammen und bilden Gewerkschaften, die ihre Interessen in Tarifverhandlungen vertreten. Können unsere Gewerkschaften diese Rolle heute schon spielen? Wer vertritt heute die Rechte der Beschäftigten? Gibt es für sie einen im System verankerten Schutz? Wir haben in China das Arbeitsgesetz. Die Rechte der Beschäftigten stehen unter seinem Schutz – dort wo nach diesem Gesetz verfahren wird. Aber viele Arbeitgeber halten sich nicht daran. Nach dem Arbeitsgesetz müssen die Unternehmen Sozialversicherungsbeiträge abführen, aber viele kleine und mittlere Betriebe suchen das auf manigfache Weise zu umgehen. In Großunternehmen besteht dieses Problem nicht oder nur geringfügig, weil das dort kontrolliert wird.

Gegenwärtig ist die Praxis noch weit verbreitet, Beschäftigten keine unbefristeten Arbeitsverträge zu geben. Das muss laut Arbeitsgesetz nach der ersten Verlängerung eines befristeten Vertrages geschehen. Jetzt ist es verbreitete



Praxis, dass Unternehmen ihre Personalabteilung und Lohnbuchhaltung an Subauftragnehmer auslagern. Das ist eine schwerwiegende Verletzung des Arbeitsgesetzes.

● **Zur Zeit ist sehr viel von den Wanderarbeitern die Rede. Aber auch andere Gruppen, die in Armut leben, verdienen Aufmerksamkeit. Die Einkommensschere öffnet sich weiter, Armut gibt es in Stadt und Land. Wie soll dieses Problem gelöst, wie soll überhaupt die Kluft zwischen Arm und Reich künftig überwunden werden?**

Die Kluft zwischen Stadt und Land war in China auch in der Vergangenheit groß – dem Dorf fehlte es an sozialer Sicherheit, es gab Armut, die Betreuung von Alten, Kranken und Behinderten ließ zu wünschen übrig. Zu Chinas Realität gehören seit alters her sehr arme Gegenden. In einigen von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten Südwest- und Nordwestchinas liegen noch zahlreiche arme Kreise.

Inzwischen sind aber auch neue arme Gruppen hinzugekommen. Vor Reform und Öffnung kamen Großbetriebe und Institutionen für die sozialen Belange aller Menschen auf, so dass es in den Städten nur wenig Armut gab. Inzwischen hat sich viel verändert. Mit der Einführung der Marktwirtschaft wurde das System der Vollbeschäftigung und umfassenden sozialen Sicherung, das die Unternehmen garantierten, aufgehoben. Auch die staatlichen Unternehmen entlassen seit ihrer Umstrukturierung Mitte der 1990er Jahre jetzt Mitarbeiter, die Zeit der „eisernen Reisschüssel“ ist vorbei. Seitdem nimmt auch in den Städten die Zahl armer Menschen zu.

Hierbei handelt es sich allerdings nicht um absolute, sondern um relative Armut. In den letzten dreißig Jahren hat es bei der Befriedigung der vier Grundbedürfnisse der Menschen – Kleidung, Nahrung, Wohnung, Mobilität – riesige Fortschritte gegeben. Damit hat sich auch das Gesicht der Armut verändert. Relative Armut wird am Abstand zu Menschen mit hohem Lebensniveau gemessen. Die davon Betroffenen sind nicht absolut arm; zu ihnen gehören auch arbeitslose oder für geringes Entgelt tätige Akademiker. Relative Armut in den Städten stellt heute ein akutes Problem dar.

Der Begriff der relativen Armut ist nicht klar umrissen. Alles hängt davon ab, welche Gruppe man zum Maßstab nimmt. Die Unterschiede in den Städten sind groß, was eine ganze Reihe relativ armer Gruppen hervorgebracht hat. So halten sich z. B. die Menschen für arm, die es sich zur Zeit nicht leisten können, eine Wohnung zu kaufen. Andererseits gibt es im städtischen Milieu auch viele wohlhabende Gruppen, deren Angehörige nicht alle auf legalem Wege zu ihrem Reichtum gekommen sind. In den Städten muss man sich jetzt Gedanken machen, wie man sich zu diesen Gruppen stellt, wie man das Problem von Armut und Reichtum löst.

Vor allen anderen steht die Frage der Gerechtigkeit. Nach Wohlstand zu streben ist ein legitimes Ziel, aber er muss legal erworben werden. Z. B. sind pünktlich Steuern zu entrichten. Gegenwärtig tragen die Lohnempfänger den größten Teil der Einkommensteuer. Dagegen ist der Anteil der Kapitaleinkünfte bisher recht niedrig. Arm und Reich gibt es in jeder Gesellschaft. Man muss schauen, welche Menschen arm und welche reich sind. Wenn diejenigen, die von ihrer Arbeit leben, arm sind, und jene, die ihre gesellschaftliche Stellung, Beziehungen und Korruption nutzen oder das Recht brechen, reich sind, dann ist das keine gerechte Gesellschaft.

Wenn wir dieses Problem lösen wollen, müssen wir als Erstes erreichen, dass das System gerecht funktioniert.

Zweitens brauchen die städtischen armen Gruppen verschiedene Schutzmechanismen. Heute gilt im Wesentlichen im ganzen Lande ein städtisches Existenzminimum. Wenn das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen einer Familie ein gewisses Niveau unterschreitet, dann kann sie entsprechend den örtlichen Genehmigungsverfahren Unterstützung erhalten. Aber dieses System weist eine Lücke auf: Zugewanderte können es bislang nicht in Anspruch nehmen. Drittens sind NGO, Wohltätigkeits- und Spendeninitiativen zu entwickeln. Viertens ist die Hilfe für schwache Gruppen eine Verantwortung der ganzen Gesellschaft. Zu einer harmonischen Gesellschaft gehört gegenseitige Hilfe nach dem Prinzip, dass die Wohlhabenden geben und schwerere Lasten tragen.

Wie kann der unausgewogenen Entwicklung der Regionen begegnet werden?

● **Nicht nur soziale Gruppen teilen sich in arme und reiche, auch die Regionen sind in verschiedenem Maße entwickelt. Wie kann man diese Unterschiede überwinden?**

Diese Aufgabe hat das 12. Fünfjahresprogramm in den Mittelpunkt gestellt. Das Typische ist hier das Ost-West-Gefälle, der große Entwicklungsunterschied zwischen Küsten- und Inlandsgebieten. Die Zentralregierung hat in der letzten Zeit stark umgesteuert und die Investitionen in den unterentwickelten Regionen aufgestockt. Das Wesen des Rückstandes betrifft aber vor allem die Menschen.

Die Region Wenzhou (heute ein prosperierendes Gebiet in der Küstenprovinz Zhejiang – d. Übers.) hat keinerlei Naturressourcen und ist sehr dicht besiedelt. Die Leute dort konnten sich nur auf die eigene Initiative verlassen, um ihre Region zu entwickeln. Ich schreibe seit längerem über das Problem der kulturellen Armut. Wenn man die Rückständigkeit einer Region überwinden will, dann sind die Änderung der Finanzpolitik der Zentrale und ihre Zuwendungen wichtig, aber viel wichtiger sind der Bildungsstand, die Ideen, die Ziele und der Charakter der Menschen. Ein Problem ist allerdings, dass es in den unterentwickelten Regionen des Süd- und Nordwestens an allen Voraussetzungen fehlt. Daher ist es sehr schwierig, Menschen dorthin zu locken. Heute brauchen wir wieder willensstarke Menschen wie einst Yan Yangchu oder Liang Shuming (Aktivisten der 1920er und 1930er Jahre, die in China ländliche Entwicklung durch Bildung in Gang zu setzen versuchten – d. Übers.) die heute über die Förderung der Menschen die Entwicklung der Regionen voranbringen.

● **Gegenwärtig teilt man den einzelnen Regionen Entwicklungsschwerpunkte zu. So legt man in den Westgebieten das Schwergewicht auf den Umweltschutz und nicht auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung. Wie sollen da die Unterschiede zwischen den Regionen je überwunden werden?**

Die Unterschiede sind nicht in einer Generation zu überwinden. Da wird es große Anstrengungen im Bereich der Bildung brauchen und es müssen neue Generationen nachwachsen. Die Westgebiete stellen jedoch keine Einheit dar, nicht alle Regionen sind arm und zurückgeblieben. So liegen Chongqing (heute die bevölkerungsreichste Stadt Chinas – d. Übers.) oder Chengdu ebenfalls im Westen des Landes, entwickeln sich aber in rasantem Tempo. Vielleicht sollte man so sagen: Die Westgebiete, die bereits über eine gute Basis für Entwicklung verfügen, sollten weiter schnell vor-

anschreiten. Aber Provinzen wie Yunnan, Guizhou, Gansu oder Qinghai, wo Umweltschutz und Ökologie sehr wichtig sind, sollten nicht nach ihrem Anteil am BIP, sondern an der Durchsetzung hoher Umweltstandards beurteilt werden. Die Westgebiete sind je nach den örtlichen Gegebenheiten differenziert zu entwickeln.

● Aber es gibt doch ein Recht auf Entwicklung. Wie soll das durchgesetzt werden?

Die Regierung muss durch Umschichtung der Finanzmittel den Regionen, die sich auf den Umweltschutz konzentrieren, einen Ausgleich zahlen. So muss die Stadt Beijing den für eine gesunde Umwelt sorgenden Kreisen an den Zuflüssen des Miyun-Stausees, aus dem sie ihr Wasser bezieht, finanzielle Unterstützung leisten. Zur Zeit ist diese noch relativ niedrig angesetzt. Hier geht es um die Herstellung von Chancengleichheit. Wenn einerseits Umweltschutz gefordert wird, andererseits aber nicht ausreichend Mittel umverteilt werden, wenn damit den betroffenen Regionen kein Lösungsweg geboten wird, dann ist deren Recht auf Gerechtigkeit verletzt. Zur Zeit haben wir für derartige Ungerechtigkeiten noch keine verbindlichen Lösungen. Und wo wir sie haben, fehlt es an der nötigen Kontrolle.

Wenn wir in den zurückgebliebenen Gebieten wirklich etwas ändern wollen, dann müssen wir bei der jungen Generation ansetzen und ihr durch Ausbildung neue Wege weisen. Außerdem müssen entsprechend den Entwicklungsschwerpunkten Mittel umgelenkt und Ausgleichs gezahlt werden.

Es gibt auch den Vorschlag, zur Berechnungsformel des BIP einen Umweltfaktor hinzuzufügen, den erzielten ökologischen Wert einzuberechnen und auf diese Weise den Druck des BIP auf die örtlichen Regierungen zu verringern.

Schließlich ist zu bedenken, dass manche Gegenden für Entwicklung nicht geeignet sind, weil es dort zu sehr an Ressourcen mangelt. In solchen Fällen kann eine Umsiedlung der Bevölkerung ins Kalkül gezogen werden. Jeder Mensch hat das Recht auf Entwicklung. Wenn man Industrie entwickeln will, dann muss man das an anderer Stelle tun. Sollte es sich allerdings um die Umsiedlung großer Menschengruppen handeln, dann sind sehr viele Faktoren zu berücksichtigen, was in der Regel sehr kompliziert ist.

Eine Chinareise einmal anders

Von Helmut Ettinger, aus: „Disput“, Nr. 6 und 7, 2011

Was ist so ungewöhnlich daran, als Tourist durch China zu fahren, seine exotische Natur und uralte Geschichte zu bewundern, seine rasante Entwicklung aus der Nähe zu erleben und vielleicht interessante Leute kennenzulernen – kurz, dieses große Land unbeschwert zu genießen? Für die Millionen, die das jährlich tun, sicher nichts, für einen, der jahrelang dort arbeitete und auch danach stets nur im dienstlichen Auftrag, eingespannt in offizielle Besuchsprogramme, dorthin flog, dagegen einiges.

Schon der Anlass dieser Reise war alles andere als normal: ein Versprechen, das wir einst unseren Kindern gegeben hatten, ohne viel über die Folgen nachzudenken. Als Zielprämie für Schule und Studium hatten wir ihnen in Aussicht gestellt, sollten einmal alle Hürden genommen sein,

dann wollten wir mit ihnen noch einmal das Land besuchen, in dem sie während unserer Tätigkeit an der Botschaft der DDR in Peking einige Jahre ihrer frühen Kindheit verbracht hatten. Nun, lange erwachsen und selbst gestandene Leute, nahmen sie uns beim Wort. China, inzwischen im Guten wie im Bösen in aller Munde, lockte sehr. Da Mutter und Sohn aber aus einsichtigen familiären Gründen unerwartet verhindert waren, blieb es Vater und Tochter vergönnt, das Abenteuer zu wagen.

Die Festlegung der Reiseroute bereitete einiges Kopfzerbrechen. Sie sollte sehr gegensätzlichen Erwartungen genügen – zum einen für die Tochter, die das Land außerhalb der Hauptstadt nie erlebt hatte, ein paar wichtige Highlights erhalten, zum anderen auch mir etwas Neues bieten. Einig waren wir uns darin, in den zwei Wochen nicht nur Megastädte mit ihren Hochhauswäldern, sondern auch entlegene, möglichst ländliche Gegenden zu besuchen.

Als Reisebüro kam wegen seiner Kompetenz für uns nur East Asia Tours am Berliner Alexanderplatz in Frage, ein Team promovierter Chinawissenschaftler, die nach Wende und Kahlschlag in den ostdeutschen Geisteswissenschaften erfolgreich eine zweite Laufbahn als kluge Reise-Anbahner in ganz Ost- und Südostasien gestartet haben. Das Reisebüro wurde seinem Ruf voll gerecht. Es strickte uns aus seinen Baustein-Angeboten eine Einzelreise zusammen, die uns von Peking über die historischen nordchinesischen Hauptstädte Luoyang (Longmen-Höhlen mit fast 100 000 buddhistischen Figuren aus dem 3. bis 7. Jahrhundert, Shaolin-Kloster) und Xi'an (Tonkrieger) bis in die südwestchinesische Provinz Yunnan führte, die sich von der Grenze zu Vietnam bis an den Rand des Hochlandes von Tibet erstreckt. Das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmte, denn wir hatten stets die Wahl, uns von Reiseleitern führen und betreuen zu lassen oder unser Programm spontan und auf eigene Faust zu gestalten. Beides etwa jeweils zur Hälfte erwies sich für uns als die richtige Mischung.

Tourismus in China heute

Natürlich wusste ich: Für eine Reise nach China sind die Wochen vor und nach den hohen Feiertagen Frühlingsfest im Januar oder Februar, 1. Mai und 1. Oktober, dem Gründungstag der VR China, tunlichst zu meiden. In dieser Zeit geht ein beträchtlicher Teil des 1,3-Milliarden-Volkes auf Reisen – zu den eigenen Wurzeln im Heimatdorf oder in die schönsten, angesagten Gegenden des Landes. Das bedeutet, Verkehrsmittel, Sehenswürdigkeiten Restaurants, Parks und andere Vergnügungsstätten sind in einem Maße überfüllt, wie es sich kein Mitteleuropäer vorstellen kann. Nach Befragung der Terminkalender schienen die ersten beiden Aprilwochen geeignet. Aber, wie ärgerlich, ich hatte Qingming vergessen! Qingming, das chinesische Totenfest am 5. April, unserem Totensonntag vergleichbar, da man seiner verblichenen Lieben gedenkt, ihre Gräber besucht und pflegt. Auch das löst in dem Riesenland viel Bewegung aus. Unser knapp viertägiger Aufenthalt in Peking fiel genau in diese Zeit.

Und so erfuhren wir drastisch am eigenen Leibe, was es heißt, dass die Hauptperson des chinesischen Tourismus heute der Chinese ist, nicht etwa der privilegierte, stets in Watte gepackte Ausländer. Das war vor Jahren anders. Aber seit ein gesetzlicher Urlaub von durchschnittlich zwei bis drei Wochen eingeführt wurde, seit die Einkommen eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung gestiegen sind, gibt es als



neues gesellschaftliches Phänomen die privat oder in der Gruppe unternommene Reise – ins Ausland, aber vorwiegend im eigenen Land, dem viele wegen der zahlreichen attraktiven Ziele, wegen Sprache Klima, Essen und Lebensgewohnheiten den Vorzug geben.

So erlebt man sie denn überall – die Reisegruppen mit den gleichen, aber von Fall zu Fall immer wieder neuen flotten Basecaps oder Hütchen, die alle bereitwillig tragen, um sich in der brodelnden Menge nicht zu verlieren. Chinesen reisen gern gemeinschaftlich – so macht das Besichtigen, Staunen, Essen, Trinken und einander Verulken doch erst richtig Spaß. Geräuschvoll und lustig geht es dabei zu. Unvergesslich die Szene im Steinwald von Yunnan, einem Gebiet mit bizarren Felsformationen, wo sich die Besucher durch einen engen Spalt zwängen müssen, was vielen der inzwischen ziemlich fülligen Chinesen nur mit höchstem Körpereinsatz gelingt. Spott und Gelächter sind die Folge. Als meine Tochter sich ohne sichtbare Mühe hindurchschlängelte, erntete sie donnernden Beifall. Und erst das Fotografieren! Die Bilder sollen beweisen, an welch bedeutenden Orten man gewesen ist, zugleich aber auch die eigene Person ins beste Licht rücken. So wird denn – wieder unter großem Gaudi – geprobt und gestikuliert, umgezogen und umgruppiert. Anwesende „Langnasen“ werden als Beigabe sehr gern mit einbezogen. So geriet meine Tochter im Jingshan-Park in Peking auf ein Foto mit einem schüchternen jungen Mann im Kostüm des Kaisers von China und im Tempel des Weißen Pferdes in Luoyang zwischen zwei hübsche Mädchen, die den eigenen Liebreiz damit offenbar noch zu steigern hofften.

Die Chinesen von heute sind selbstbewusst, besonders die jungen Leute bewegen sich so locker und ungezwungen, als hätte es die Zeiten nie gegeben, da Einförmigkeit und Disziplin das Leben beherrschten. Ihnen das aus vollem Herzen zu gönnen fällt nicht immer leicht, wenn man nach einem Tag voller Erlebnisse und Eindrücke Ruhe haben möchte, aber eine Runde draußen in der lauen Frühlingsnacht beim Essen, Trinken, Lachen und Schwatzen einfach kein Ende findet.

Unter den jungen Frauen und Mädchen gibt es solche, die keinen internationalen Modetrend auslassen. Besonders beeindruckten mich langbeinige Girls in heißen Hotpants über feinen schwarzen Strumpfhosen. Die waren mir in Berlin bisher kaum begegnet. Meine Tochter konnte sich gar nicht wieder einkriegen, dass die Kleinkinder immer noch mit dem praktischen Schlitz in der Hose herumlaufen, der sich von selber öffnet, wenn sich das Kerlchen niederhockt, um sein kleines oder großes Bedürfnis zu erledigen.

Die Übermacht des chinesischen Touristen zeigt sich auch im sehr lokal geprägten Angebot der üppigen Frühstücksbuffets. Die Vielfalt der chinesischen Küche haben wir mit allen Sinnen genossen, aber beim Frühstück wäre uns etwas mehr Heimisches lieber gewesen. Kaum Probleme schienen bei ihren Essgewohnheiten die Japaner, Taiwanesen, Südkoreaner oder Inder zu haben, die unter den Reisenden aus dem Ausland ohnehin die größten Gruppen stellen, denen Australier, Amerikaner, Briten, Russen, Deutsche und andere Europäer erst mit großem Abstand folgen. Aber ein Kaffee, Brot, Marmelade und Ei fanden sich für uns immer, um den neuen Tag gestärkt anzugehen.

Reisen in China ist nach internationalen Kriterien eine preiswerte Angelegenheit. Besonders beeindruckte uns eine

ältere Auslandschinesin, die seit über vierzig Jahren in Kanada lebt und der wir bei den Tonkriegern von Xi'an am Mittagstisch begegneten. Sie erzählte uns, sie komme immer wieder, weil „ich mir bei meinem Einkommen einen Urlaub mit solchen Erlebnissen, solchem Essen und solcher Unterkunft in Kanada nie leisten könnte“.

Der Tourismus ist für die VR China zu einem wichtigen Wirtschaftszweig geworden. Das spürt man zuallererst daran, wie modern und großzügig sich wichtige Sehenswürdigkeiten heute darbieten. Der Stolz auf die lange Geschichte und die alte Kultur des Landes ist allenthalben zu spüren. Er ist auch ein wichtiges Motiv für die Reiselust der Chinesen, die mit deren materiellen Zeugnissen in Berührung kommen wollen. So sind die mit jahrtausendealten Ausgrabungsgegenständen reich bestückten Museen voll von Schulklassen, Reisegruppen und Familien, die ehrfürchtig durch die hoch professionell und modern präsentierten Ausstellungen gehen. Seit dem 1. April 2011 stehen alle zentralen staatlichen Museen in der Hauptstadt und den Provinzen den Besuchern kostenlos offen, was den Ansturm noch steigert. In die Verbotene Stadt von Peking kamen wir erst im zweiten Anlauf, und am Provinzmuseum in Xi'an half nur ein Trick, um stundenlanges Anstehen zu umgehen. Kurzerhand erklärten wir uns zur Zwei-Personen-Gruppe und gelangten über den Schalter für Gruppen relativ rasch hinein.

Bei den Tonkriegern, die ich in den 80er Jahren einmal besucht hatte, verschlug es mir fast den Atem ob der gewaltigen Museumsbauten, die sich heute über die inzwischen drei Grabungsfelder spannen. Dort bestaunt man nicht nur die zum Schutze des Reichseinigers Qin Shihuang vor über zweitausend Jahren aufmarschierte Armee, sondern kann bei den anhaltenden Grabungen zuschauen, sich ansehen, wie die Figuren aus unzähligen gefundenen Bruchstücken wieder zusammengesetzt werden, oder in einem eigenen Museum zwei mit vier Pferden bespannte Bronzewagen des Kaisers bewundern. Für die Bewohner der Dörfer, auf deren Boden die Ausgrabungen vorgenommen werden, hat man ganz in der Nähe ein nagelneues Dorf im Stile vergangener Jahrhunderte, aber mit allem Komfort auf die grüne Wiese gestellt. Yang Junpeng, der letzte Überlebende der vier Bauern, die in den 70er Jahren beim Brunnenbau als erste auf Tonscherben stießen und das Ganze ins Rollen brachten, ist täglich damit beschäftigt, für die Touristen einen Bildband über diese heutige Top-Sehenswürdigkeit Chinas zu signieren, und hat so ein gesichertes Einkommen.

Das Shaolin-Kloster bei Luoyang, aus dem Verfall der Jahrhunderte und den Verwüstungen der Kulturrevolution in alter Schönheit wiedererstanden, mit Autobahn, eigenem Megaparkplatz und Empfangsgebäude mit Hotel und Saal versehen, steht nach Größe und Besucherzahlen berühmten europäischen Wallfahrtsorten in nichts nach. Zwar trifft man zwischen Tempelhallen und Pagodenwald auch auf Mönche und Laien, die arbeiten, beten oder stille Einkehr halten, aber das Bild prägen die Kungfu-Vorführungen im Veranstaltungssaal und die über zwanzig Kungfu-Schulen, die sich inzwischen unweit dieses Ortes etabliert haben und deren Schülern man beim Training in der Umgebung zuschauen kann. Sie können sich des Ansturms junger Männer kaum erwehren, denn ihre Absolventen sind nicht nur bei Zoll, Polizei oder Sicherheitsfirmen begehrt. Eine Ausbildung dort ist auch für Menschen mit Hochschulabschluss eine hervorragende Empfehlung, sollen sie neben körperlicher Fitness



doch auch Zielstrebigkeit, Ausdauer und Charakterstärke vermitteln.

In China, wo eine exakte Kopie nicht als Fälschung, sondern als hohe Handwerkskunst gilt, tat man sich nie schwer damit, alte Bausubstanz, deren Sanierung zu umständlich oder teuer war, abzureißen und im alten Stil wiederaufzubauen. So geschehen mit der Hauptstraße der Pekinger Südvorstadt, der Qianmenwai dajie, und ihren Nebenstraßen, die auf uns wirkten wie die Kulisse eines alten Films. Als man in Luoyang die Stadtmauer rekonstruierte, baute man die Tore einfach ein Stück größer und weiter, um ein Verkehrshindernis zu beseitigen. Verwunderte Nachfragen des Ausländers stoßen in solchen Fällen zumeist auf Unverständnis. Oder auf unerwartet heftige Widerrede. Als meine Tochter in Xi'an die Sauberkeit auf den Straßen lobte, die uns Berlinern ins Auge gefallen war, reagierte unsere Reiseführerin Shi, eine gebildete, nette, hervorragend Deutsch sprechende Frau in mittlerem Alter, die kompetenteste, die wir auf der ganzen Reise hatten, plötzlich mit einem echten Temperamentsausbruch. Das finde man nur in den neuen Stadtteilen, nicht aber in den alten Gassen, den Hutongs, deren Verschwinden man im Westen so beklage. Wer sich darüber aufrege, hätte mal dort wohnen sollen – ohne fließendes Wasser und Spülklosett, mit dem Müll vor der Tür und dem ständigen Gestank. Die könne man nur abreißen, und das sei gut so! Andererseits wurde uns beim Gang durch die Altstadt von Luoyang berichtet, Abrisspläne der Stadtbehörden seien zurückgestellt worden, weil die Bewohner der betroffenen Viertel, meist Angehörige der muslimischen Hui-Nationalität, dagegen protestierten. Gerade seien Stadt und Eigentümer dabei, die Häuser gemeinsam zu restaurieren.

Verkehr

Touristenströme erfordern einen gut funktionierenden Verkehr. Der Ausbau des in den letzten Jahren stark gewachsenen, aber bei weitem noch nicht ausreichenden Netzes von Autobahnen, Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsstrecken und Flugplätzen ist eine der Maßnahmen der Konjunkturpakete, mit denen es China bisher gelang, Arbeitsplätze zu schaffen, damit die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise recht gut zu bewältigen und zugleich einige ohnehin anstehende Infrastrukturprobleme zu lösen.

Als wir gegen 6.00 Uhr morgens nicht durch eigenes Verschulden etwas knapp auf dem neuen Flughafen von Xi'an eintrafen und die Menschenmassen an der Sicherheitskontrolle sahen, ließen wir fast die Hoffnung fahren, unsere Maschine nach Kunming, der Hauptstadt Yunnans, noch zu erreichen. Aber die zehn Schleusen mit einem Personal, das mit Routine und Ruhe arbeitete, bewältigten den Ansturm, so dass wir zwar als Letzte, aber immer noch pünktlich einstiegen. Freunde in Peking sagten uns, die Gepäckabfertigung am dortigen riesigen Flugplatz sei um Längen schneller als in Berlin-Tegel, wovon wir uns bei der Rückkehr dann auch prompt überzeugen konnten.

Im Stadtgebiet von Peking fährt man für einen Yuan (9 Cent) jede beliebige Strecke mit Bussen, die nach Ausstattung, Fahrgastzahlen und Fahrzeiten durchaus europäischem Standard entsprechen – ein riesiger Fortschritt gegenüber denen, die ich aus den 70er Jahren kannte. Die Benutzung des gesamten U-Bahnnetzes kostet zwei Yuan ohne Strecken- oder Zeitbeschränkung. Einen neuen Fahrschein braucht man, wenn man das System verlässt und dann er-

neut benutzt. Besonders beeindruckte uns die Hochgeschwindigkeitsbahn auf Stelzen mit eigener Strecke und eigenen Bahnhöfen, die die knapp 400 km lange Distanz von Luoyang nach Xi'an in zwei Stunden, statt früher fünfeinhalb bewältigte. Der Zug war voll besetzt, die Bahnhöfe riesig – auf Zuwachs gebaut. Im Rundfunk wurde gerade darüber diskutiert, die Züge geringfügig langsamer fahren zu lassen, dadurch wesentlich Energie einzusparen, die Kosten und damit die Fahrpreise zu senken. Ein interessanter, aber für deutsche Verhältnisse recht unwahrscheinlicher Gedankengang.

Für die ziemlich weite Fahrt zu unserem Hotel im Zentrum von Xi'an erwischten wir ein Taxi, dessen Taxometer nicht funktionierte. Sofort gingen beim misstrauischen Reisenden alle Alarmlampen an. Der junge Fahrer, von unseren bohrenden Nachfragen zunächst etwas pikiert, taute jedoch bald auf, erzählte von sich und seiner Familie. Wir schieden fast als Freunde. Sein Preis erwies sich bei Nachfrage im Hotel als durchaus korrekt.

Dass es auch anders geht, lehrte uns ein Rikschafahrer, der uns auf dem Weg zum Pekinger Himmelstempel ansprach. Noch nie hatte ich eine Fahrradrikscha benutzt, weil ich mir fast wie ein Kolonialherr vorkam, mich von Menschenkraft durch die Gegend befördern zu lassen. Aber der Weg schien noch weit, wir waren mit unserem Zeitplan im Verzug – also, warum nicht eine Ausnahme machen? Auf die Frage nach dem Preis antwortete der Mann nur mürrisch: „Dreißig.“ Nach knapp fünfzehn Minuten, die er uns geschickt durch die Blechlawine der Autos steuerte, hatten wir das Ziel erreicht. Ich wollte ihm die dreißig Yuan geben, die mir für diese Fahrt ziemlich viel vorkamen, da erklärte er: „Dollars, natürlich!“ Als ich ihn nur müde anlächelte, denn das wären fast 200 Yuan gewesen, ein fantastischer Preis, meinte er: „Dreißig pro Person!“ Ich legte die ursprünglich vereinbarten dreißig Yuan auf die Sitzbank, und wir gingen mit einem unguuten Gefühl, begleitet vom Schimpfen des Fahrers. Später sagte mir einer, der es wissen muss, zehn Yuan wären angemessen gewesen.

Verkehrsunfälle kamen uns während der ganzen Reise nicht zu Gesicht, aber an ihrem Sicherheitsbewusstsein müssen chinesische Kraftfahrer wohl noch arbeiten. Als wir in der Gebirgsstadt Dali in Yunnan mit einer chinesischen Hongqi-Limousine vom Flugplatz abgeholt wurden, die hinten keine Sicherheitsgurte hatte, und ich wusste, dass uns am nächsten Tag eine lange Fahrt durch die Berge bis auf 2500 m Höhe erwartete, erklärte ich, dass sich auch die Fahrgäste auf der Rückbank anschnallen wollten. Großes Erstaunen beim Fahrer. Das tut in China bisher kaum jemand. Erst nach einem hitzigen Wortwechsel mit der Reiseführerin, von dem ich wegen des Yunnan-Dialekts wenig mitbekam, lenkte er unwillig ein. Am nächsten Morgen erschien er tatsächlich mit einem blitzblanken VW Santana, der in Shanghai gebaut wird. Unterwegs wurde ich in meinen Bedenken bestätigt. Die Reiseführerin schäkerte an einer Tankstelle mit einem niedlichen kleinen Jungen. Dass bei der Weiterfahrt etwas leise klapperte, störte niemanden. Erst nach zwei Stunden und zahllosen engen Bergkurven fiel dem Fahrer auf, dass die Beifahrertür nicht richtig geschlossen war. Die junge Frau, nicht angeschnallt, war unterwegs eingeknickt und hatte sich schwer gegen die Tür gelehnt. Bei dem Gedanken, was hätte passieren können, wurde sie kreidebleich. Der Fahrer erging sich in Lobeshymnen über die deutsche Technik. An einem anderen Wagen wäre die Tür bestimmt



aufgegangen, meinte er. Am Abend bei einem Bier ließ er sich dann zu dem für einen Profi und Chinesen sehr weitgehenden Spruch herbei, ich hätte mit meiner Forderung schon recht gehabt, und er werde das künftig beachten.

Der junge Mann um die dreißig, der im übrigen sehr umsichtig und vorausschauend fuhr, erwies sich bald auch als interessanter Gesprächspartner, der auf manche Frage mehr und Gründlicheres zu sagen wusste als die Reiseführerin. Die 60 km/h Höchstgeschwindigkeit auf allen chinesischen Straßen und Autobahnen erklärte er damit, dass bei dem derzeitigen Boom des Privaterwerbs von Autos viele Neu- und Sonntagsfahrer unterwegs seien, die bei höheren Geschwindigkeiten ein zu hohes Risiko darstellten. Auch für die Autobahn-Maut auf alle Fahrzeuge, einschließlich PKW, hatte er eine Erklärung. China stehe beim Autobahnbau noch ganz am Anfang, die Investitionen seien so gewaltig, dass man die Nutzer, die den Vorteil davon hätten, an den Kosten beteiligen müsse. Die träfen in erster Linie Dienstwagen, die das Gros der Fahrzeuge stellten. Die Privatleute, die mit ihren Wagen Autobahnen benutzten, seien Besserverdienende, die diesen Obolus durchaus leisten könnten und sollten. Die Maut ordnet sich ein in ein ganzes Paket von Maßnahmen, mit denen man aus ökologischen Gründen das rasche Ansteigen der Zahl von Privatautos zu begrenzen sucht: Verbot des Erwerbs von privaten Zweitwagen, Verteuerung, mancherorts gar Verlosung von Erstzulassungen, Erhöhung der Benzinpreise, in Großstädten umschichtiges Fahren an geraden und ungeraden Tagen entsprechend dem Nummernschild. Das klingt drastisch für deutsche Ohren, aber wer den Smog in der Sieben-Millionen-Stadt Xi'an erlebt hat, dem bleibt manche skeptische Nachfrage in der kratzenden Kehle stecken. In Peking haben derart einschneidende Maßnahmen zusammen mit der Schließung oder Verlegung besonders umweltschädlicher Industriebetriebe dazu geführt, dass die deutliche Verbesserung der Luftqualität, die vor den Olympischen Spielen von 2008 erreicht wurde, im Wesentlichen gehalten werden konnte.

China – ein Vielvölkerstaat

Dass China ein Vielvölkerstaat ist, kann man nach einem Besuch in der Provinz Yunnan nicht mehr bezweifeln. Etwa die Hälfte der 56 größeren Nationalitäten des Landes siedelt hier. Stellen sie im ganzen Land etwa 9 Prozent der Bevölkerung, so sind es in Yunnan 38 Prozent. Da für die nationalen Minderheiten im Unterschied zu den Han-Chinesen keinerlei Geburtenbeschränkungen gelten, ist ihr Anteil stetig im Wachsen begriffen. Als symbolisch dafür kann gelten, dass der Gouverneur der Provinz Yunnan von 1985 bis 1998 He Zhiqiang, Geologe und Angehöriger des relativ kleinen Naxi-Volkes (ca. 309 000 Menschen) war. In einem Tempel seiner Heimatstadt Lijiang wird der inzwischen Verstorbene wie ein Nationalheiliger verehrt.

Wir haben Yunnan als Touristen kennengelernt. Der Tourismus ist in dieser vor der Reformpolitik relativ rückständigen Provinz heute ein äußerst wichtiger Wirtschaftszweig. In ihn wird gewaltig investiert, vor allem aus den Mitteln des zentralen Programms zur Entwicklung der Inlandsgebiete, das in China seit 2003 läuft. Baustellen auf Schritt und Tritt: Autobahnen, Eisenbahnstrecken, neue Flughäfen, Hotels, Sanierung von ganzen Stadtvierteln und Sehenswürdigkeiten.

Die wichtigsten sind in der Hand der Nationalitäten, liegen auf ihrem Territorium und werden von ihnen bewirt-

schaftet. Sie verschaffen ihnen Arbeitsplätze mit wachsenden Einkommen aus Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Dienstleistungen. Das traf auf alle drei großen Ziele unserer Reise in der Provinz zu: Der Steinwald liegt im Autonomen Kreis Lunan der Yi (die größte Nationalität in Yunnan mit ca. 8 Millionen Menschen), die Städte Dali und Lijiang sind selbst Zentren Autonome Kreise der Bai (ca. 1,8 Millionen) und der bereits genannten Naxi.

Als unsere Reiseführerin Fang in Kunming, eine junge Frau Ende zwanzig, die sich erst spät als Angehörige des Yi-Volkes outete, uns vom harmonischen Zusammenleben der Nationalitäten untereinander und mit den Han-Chinesen vorschwärmte, nahmen wir das zunächst mit Zurückhaltung auf. Aber unsere Eindrücke vom Leben in den Städten und Dörfern, von Handel und Wandel, vom gelösten, ausgelassenem Abend- und Nachttreiben, das man selbst erlebt haben muss, haben es bestätigt.

Der Tourismus und die aktive Rolle der Nationalitäten geben diesen die Möglichkeit, ihre alte, reiche Geschichte und Kultur zu pflegen und zu demonstrieren. Sie tun das mit Stolz und Selbstbewusstsein. Wer wusste schon, dass die Yi und die Bai bereits vor über tausend Jahren eigene Staatsformen besaßen, dass sie seit der Tang-Zeit (7. – 10. Jahrhundert) im chinesischen Reich leben, dabei ihre Sitten und Gebräuche, ihre Sprache und Kultur bewahrt haben. Oder dass die Naxi eine eigene Bilderschrift besitzen, die ihre Priester, die Dongba, noch heute zu lesen und zu schreiben in der Lage sind? Dass bei den Mosu, einer Untergruppe der Naxi, nach wie vor das Matriarchat besteht, wo die Frauen Beziehungen zu mehreren Männern haben dürfen (nacheinander – so wurde mit einem Augenzwinkern erklärt), von diesen Kinder gebären, für deren Versorgung aber die Väter oder Brüder der Frauen die Verantwortung tragen? Dass bei vielen Nationalitäten relativ große sexuelle Freizügigkeit herrscht, dass Homosexualität wie selbstverständlich toleriert wird?

Manches wirkt auf den Beschauer ein wenig überdimensioniert. So der Chongshen-Tempel in Dali, der sich hinter den drei wunderschönen schlanken Pagoden im Bai-Stil aus der Tang-Zeit den Berg hinaufzieht. Nach Erdbeben und Schäden aus der Kulturrevolution wurde er völlig neu wiedererrichtet – mit Hallen, deren Dimensionen an die des Peking-Kaiserpalastes erinnern, mit gewaltigen vergoldeten Statuen Buddhas und seiner Schüler, wie wir sie so riesig nirgendwo sonst gesehen haben. Es soll einer der größten buddhistischen Tempel in China, wahrscheinlich sogar in ganz Asien sein. Auf unsere erstaunte Frage nach dem Warum antwortete unsere Reiseführerin, natürlich eine Bai in entzückender Tracht, verschmitzt: „Ja, manchmal sind wir schon ein bisschen verrückt.“ Allerdings habe es in der Tang-Zeit an dieser Stelle einen Tempel ähnlicher Größe gegeben, erläuterte sie dann.

Sie wies uns auf buddhistische und daoistische Elemente hin, die in dieser Anlage miteinander verwoben sind. Viele ihrer Landsleute, aber auch Han-Chinesen praktizierten ein individuelles, freies Gemisch von Riten aus verschiedenen Religionen, erklärte sie uns. Bei den Bai kämen Ahnenkulte und Naturverehrung hinzu. Religiöse Toleranz werde großgeschrieben. Auch das sei ein Grund für das gute Zusammenleben der Nationalitäten. Sehr tolerant ging es in diesem Tempel, der Pilgerstätte für gläubige Buddhisten und neugierige Touristen gleichermaßen ist, tatsächlich zu. Es schien niemanden zu stören, dass zwischen Betenden und Meditieren-



den Reisende umhergingen, schauten und fotografierten.

Als besonderes Bonbon präsentierte uns die umtriebige Reiseführerin ein christliches Kirchlein in Dali – ein Haus im Bai-Stil mit einem Kreuz darauf. Der Katholizismus sei im 19. Jahrhundert von französischen Missionaren aus Indochina nach Yunnan gebracht worden. Die Gemeinde zähle noch etwa 60 Mitglieder im Autonomen Kreis Dali, wo heute 3,2 Millionen Menschen leben.

Die Bemerkung, Bai und Naxi fühlten sich den Tibetern eng verwandt, provozierte die Frage, weshalb es 2008 zu den blutigen Zusammenstößen in Lhasa gekommen sei, die sich nicht nur gegen Han, sondern auch gegen Hui und Angehöriger weiterer Nationalitäten gerichtet hatten. Ein tiefer Seufzer war die Antwort. So richtig könne man sich das nicht erklären, aber der Lamaismus (der tibetische Buddhismus) sei wohl ähnlich intolerant wie das Christentum. Ich will diese Bemerkung nicht kommentieren, halte sie aber der Erwähnung wert.

Das einst abgelegene, rückständige Yunnan schließt mit Riesenschritten zur modernen Zeit auf, so unser Eindruck. Die Nationalitäten, die in ihren Autonomien das Leben bestimmen und auch in der Provinz nicht wenig mitregieren, scheinen nichts dagegen zu haben. Sie profitieren davon. Es gibt keine Abgrenzung untereinander; die Jugend mischt sich und will alle Chancen des boomenden Chinas für sich nutzen. Damit verschieben sich Prioritäten, nicht für alle stehen Pflege und Gebrauch der eigenen Sprache und Gebräuche noch im Vordergrund. So redeten Reiseführerin und Kraftfahrer in Dali, beide von der Bai-Nationalität, untereinander im chinesischen Yunnan-Dialekt. Meine Frage danach war ihnen zunächst ein wenig peinlich, aber dann meinten sie, das sei eben der Zug der Zeit.

China ist eine Reise wert! Dies ist wahrlich keine neue Erkenntnis, aber so oft man in das Land kommt, es überrascht einen immer wieder. Mit dem Tempo seiner Entwicklung und dem wachsenden Selbstbewusstsein seiner Bewohner. Zwei charakteristische Sentenzen zum Schluss, die uns beeindruckten und ins Grübeln brachten:

Unser Fahrer in Lijiang: „China hat sich gewaltig verändert. Vor 60 Jahren (als die VR gegründet wurde – H. E.) haben wir noch gehungert. Jetzt müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu dick werden. Aber das Ausland scheint noch Probleme zu haben, das anzuerkennen.“

Unsere Reiseführerin in Peking: „Viele Chinesen haben den Sozialismus im Herzen und den Kapitalismus im Kopf.“ Was wohl heißen sollte, das Ziel einer gerechteren Gesellschaft sei nicht vom Tisch, im Moment aber müsse man in der Marktwirtschaft bestehen.

China wird uns noch viele Rätsel aufgeben.

Internationale Politik der LINKEN

Eine Zäsur für die Weltpolitik

Aus: <http://die-linke.de>

Anlässlich des zehnten Jahrestags der terroristischen Angriffe auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 erklären die Vorsitzenden der LINKEN, Klaus Ernst und Gesine Löttsch, der Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, Lothar Bisky, sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi:

Der 11. September 2001 war in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur für die Weltpolitik: Die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington D. C. zeugten nicht nur von ungeheurer Brutalität, sondern auch von einer bis dato unbekanntem Art der Selbstinszenierung der Attentäter. Die schockierenden Bilder der einstürzenden „Twintowers“ gingen um die Welt und werden uns immer im Gedächtnis bleiben. Dieser terroristische Akt ist und bleibt unentschuldigbar und nicht relativierbar.

Wir gedenken an diesem Tag der nahezu 3 000 Opfer des 11. September, unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen. Der Tod tausender Menschen und das Leid ihrer Angehörigen kann durch nichts gerechtfertigt werden.

Aber auch die Kriege, die die USA und ihre Verbündeten im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus seit dem 11. September 2001 führen, und die Konflikte, die sich als Folge der Anschläge verschärften, haben das Koordinatensystem der Welt verändert. Es gilt, der Spirale der Gewalt ein Ende zu setzen. Zehn Jahre Krieg in Afghanistan haben den Angehörigen der Opfer ihre Nächsten nicht zurückgebracht. Stattdessen wurde ein ohnehin schon kriegs- und armutsgebeuteltes Land in einen militärischen Konflikt gezogen, der bisher weitere 30 000 Zivilisten und 2 600 alliierte Soldatinnen und Soldaten das Leben gekostet hat. Hinzu kommen die Tausenden Toten des Irak-Krieges. In vielen demokratischen Staaten, auch in Deutschland, wurden Bürger- und Freiheitsrechte eingeschränkt.

Die tragischen Entwicklungen in Afghanistan und im Rest der Welt in den vergangenen zehn Jahren haben gezeigt, dass Krieg keine Antwort auf Terror sein kann. Ein Antiterrorkrieg muss scheitern. Der Terrorismus ist nicht geschwächt worden, seine Anhängerzahl hat zugenommen. Keines der zur Kriegsrechtfertigung ausgegebenen Ziele für Afghanistan – von der Schulbildung über Demokratie und Rechtsstaat bis hin zur Durchsetzung von Frauenrechten – wurde erreicht. Selbst an die Möglichkeit einer effektiven Staatlichkeit in Afghanistan ohne Taliban glaubt niemand mehr. Deshalb muss die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abgezogen werden.

Krieg ist und bleibt das falsche Mittel. Stattdessen müssen die Staaten friedlich beieinander stehen und mit einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, einem Dialog der unterschiedlichen Kulturen und Religionen und sozialer Wohlfahrt dem Terror den Boden entziehen.

Berlin/Brüssel, 9. September 2011



Zum 75. Jahrestag der Internationalen Brigaden und des Kampfes um die Spanische Republik

Rede von Gesine Löttsch, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, am 10. September 2011; aus: www.linksfraktion.de

Vor einer Woche war ich in Dortmund und habe mit vielen Menschen gegen Nazis demonstriert. Ich habe Hochachtung vor allen Antifaschisten, die beharrlich für Demokratie und Toleranz kämpfen und dafür keinen Beifall der Medien und keinen Orden des Bundespräsidenten erwarten können. Sie müssen sogar mit Verfolgung durch Neonazis, Polizei und Justiz rechnen. Trotzdem halten die Antifaschisten die Fahne der Demokratie hoch! Dafür brauchen sie keinen Dank der Regierenden, sondern die Solidarität aller Menschen in Deutschland und in Europa!

Es ist wirklich ungeheuerlich, dass die Nazis den Antikriegstag immer wieder missbrauchen, um die Taten ihrer Väter und Großväter zu verharmlosen. Es wäre für den Anlass angemessen gewesen, wenn die Kanzlerin und ihre Minister sich in Dortmund eingefunden hätten, um gegen die Nazis Gesicht zu zeigen und jede Relativierung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg zurückzuweisen. Nein, die Bundesregierung war am Antikriegstag weit und breit nicht zu sehen. Keine einzige Presseerklärung der Bundesregierung zum Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Kein Bekenntnis zum Frieden! Keine Entschuldigung bei den Opfern des Krieges. Kein Lob für die mutigen Widerstandskämpfer.

In diesem Land werden Jahrestage sehr unterschiedlich gehandhabt. Das wollen wir ändern!

Nur ein kleines Beispiel: Ich fahre jedes Jahr mit Jugendlichen in ein europäisches Land und begeben mich auf die Spuren der Partisanen. Vor zwei Jahren war ich in Griechenland. Dort erzählte mir die Legende des antifaschistischen Widerstandes, Manolis Glezos, von einer Milliarden-Zwangsanleihe, die das faschistische Deutschland in Griechenland zur Finanzierung des Krieges erhoben hatte. Bis heute warten die Griechen vergeblich auf die Rückzahlung dieser deutschen Zwangsanleihe oder auf eine gutgemeinte Geste. Alle Bundesregierungen haben das abgelehnt. Ich bin mir sicher, dass alle Jugendlichen, die bei der Antifa-Reise dabei waren, sich für diese Bundesregierung schämen, die das griechische Volk mit Hohn und Spott überschüttet und es wirtschaftlich weiter in die Knie zwingt. Es ging nie um die Rettung Griechenlands, sondern nur um die Rettung des Geldes der Gläubiger, der französischen und deutschen Banken. Wir sind mit dem griechischen Volk solidarisch und mit allen Völkern, die sich gegen ihre Regierungen und ihre Banken und Versicherungen wehren müssen.

Auch in Spanien protestieren viele Jugendliche gegen Arbeitslosigkeit und Chancenlosigkeit. Sie empören sich, wie es Stephane Hessel in seinem Buch gefordert hat. Er war Mitglied der Résistance, hat das KZ Buchenwald überlebt und ist einer der Mitautoren der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen. Er ruft zum friedlichen Widerstand gegen die Unzulänglichkeiten unserer Gesellschaft auf. Er beklagt, dass der Finanzkapitalismus die Werte der Zivilisation bedroht und den Lauf der Welt diktiert.

Ich war mit Jugendlichen 2007 in Katalonien auf den Spu-

ren der Interbrigadisten. Für den heutigen Tag habe ich noch einmal unser Tagebuch gelesen. Hier ein Auszug: „Wir besuchen ein ehemaliges Internierungslager für die Interbrigadisten. Die Verteidiger der Spanischen Republik wurden von der demokratischen französischen Regierung nach der Niederlage 1939 nicht mit offenen Armen empfangen, sondern am Strand von Argelès interniert. Es gab für die 100 000 Menschen nichts: keine Unterkünfte, keine Toiletten, nur Stacheldraht. Unter den Insassen befanden sich auch schwangere Frauen und Kinder. Die Kindersterblichkeit lag bei über 90 Prozent. Die 25jährige Elisabeth Eidenbenz aus der Schweiz, die schon in Spanien als Krankenschwester geholfen hatte, holte die schwangeren Frauen aus dem Lager heraus. Für 30 000 Franken – aus Spenden, die sie gesammelt hatte – ließ sie innerhalb von drei Wochen in größter Eile ein verfallenes Haus herrichten. Dann zogen die ersten Schwangeren ein. Unter einem Dach waren Frauen aus 50 Nationen zusammen. Die ersten Wiegen waren alte Gemüseboxen. Das war schon ein großer Luxus: Die Kinder hatten ein Dach über dem Kopf und mussten nicht mehr frieren. Wir sehen Bilder von halb verhungerten Kindern, die im Geburtshaus wieder zum Leben erweckt wurden. Jeder Raum trägt den Namen einer Stadt oder eines Landes. Der Geburtsraum hieß Marokko, weil mit Marokko die besonders brutalen Söldner, die für Franco kämpften, in Verbindung gebracht wurden. Schlimmer als die marokkanischen Söldner konnte eine Geburt auch nicht sein, so die einhellige Meinung der Frauen.“

Ich habe so ausführlich aus unserem Tagebuch zitiert, weil es ein so bewegendes Beispiel für die Jugendlichen und auch für mich war. Wozu sind Menschen in der Lage? Diese Frage kann sich jeder selbst beantworten, der die Schlachtfelder des Krieges besucht. Dieses Beispiel hat mir aber gezeigt, dass selbst unter widrigsten Umständen Solidarität Unglaubliches bewirken kann.

Wenn die Jugendlichen, die heute auf den Straßen Europas demonstrieren, sich auf die Kraft der Solidarität besinnen, dann können sie Europa verändern. Sie können aus einem Europa der Banken und Versicherungen ein Europa der Solidarität schaffen. Ich danke allen Interbrigadisten, dass sie uns vorgelebt haben, was internationale Solidarität bewirken kann. Nur eine solidarische Gesellschaft ist auch eine demokratische Gesellschaft und für eine solidarische Gesellschaft kämpfen wir als Partei DIE LINKE.

Zur Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage.

Herausforderungen für die Partei DIE LINKE als internationalistische Partei;

Vom Ältestenrat der LINKEN, 1. Juni 2011

Die Mitglieder des Ältestenrates lassen sich in ihrer Tätigkeit davon leiten, dass für ein Profil bestimmendes Programm der Partei DIE LINKE eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse im Inneren, des Umfeldes, der Weltlage sowie die Berücksichtigung der Lehren der revolutionären Bewegung hilfreich sind. In diesem Sinne hat sich der Ältestenrat mit seinen Ausarbeitungen zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD, zur Geschichte, Jugendpolitik und anderen



Fragen in die bisherige Programmdiskussion eingebracht. Während in der laufenden Diskussion der vorliegende Entwurf mehrheitlich als Diskussionsgrundlage akzeptiert wird, gibt es Änderungsanträge, Meinungen zur Korrektur, Präzisierung und Ergänzung einer Reihe von inhaltlichen Aussagen. Geäußert wurden auch Meinungen, dass neben wesentlichen Aussagen zur Weltwirtschaftskrise, zur EU, zu Militäreinsätzen die Charakterisierung der Weltlage einer weiteren Klärung und Präzisierung bedarf. Deren gründliche Analyse sei eine wichtige Voraussetzung für die internationalistische Profilierung unserer Partei. Dazu möchte der Ältestenrat mit diesen Überlegungen einen Beitrag leisten.

I. Grundlegende Veränderungen der Weltlage, Haupttendenzen, globale Probleme, Hauptakteure in den internationalen Beziehungen

Mit der Zerstörung der UdSSR, der Niederlage des Sozialismus in Europa kam es zu einer grundlegenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses, zu einem zivilisatorischen Rückschlag im Ringen um eine bessere, gerechtere, friedlichere, ausbeutungs- und unterdrückungsfreie Welt. An die Stelle der militärstrategischen Parität, der Bipolarität, trat zunächst die Dominanz der USA und ihres politischen Hauptinstruments, der NATO. In der Folgezeit entstanden neue Kraftzentren wie China, Indien, Brasilien. Es begann sich zwar eine multipolare Welt herauszubilden, jedoch vor allem mehrere imperialistische Machtzentren, die miteinander in Konkurrenz, gemischten Bündnissen und Konflikten stehen.

Zu welchen Konsequenzen wird diese Multipolarität führen, falls sie sich durchsetzen kann? Kann sie eine neue Weltwirtschaftsordnung, eine neue Weltordnung hervorbringen? Können sich bei fortdauernder Dominanz des kapitaldominierten Systems nicht auch alte und neue zwischenimperialistische Widersprüche zuspitzen? Welche Rolle könnte eine reformierte UNO dabei spielen? Das sind Fragen, mit denen die Partei DIE LINKE in ihrem nationalen und internationalen Wirken konfrontiert ist.

Auch unter Mitgliedern unserer Partei halten Diskussionen über Wesen und Konsequenzen dieser Veränderungen an. Gleichzeitig werden von kommunistischen Parteien wie in China, Kuba oder Russland auch andere Positionen vertreten, die unter den deutschen Linken umstritten sind: Der Sozialismus habe Rückschläge, eine ernste bzw. zeitweilige Niederlage erlitten, die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befinde sich noch in der Anfangsphase, behalte aber ihren Charakter bei, auch wenn es gegenwärtig neue vielgestaltige Widersprüche in der Welt gibt. Einige Länder halten an ihrer sozialistischen Orientierung fest. Trotz einer großangelegten Politik der Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung, trotz des Strebens der westlichen Staaten nach Revanche lassen sich nicht alle Errungenschaften des Sozialismus ohne Weiteres rückgängig machen. Die KP Chinas orientiert sich langfristig auf die Position „ein Erdball – zwei Systeme“ sowie darauf, in einer Einheit von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit den Kapitalismus für den Aufbau des Sozialismus zu nutzen.

Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz verschwand nicht

nur ein soziales und demokratisches Korrektiv. Es kam auch zu einem Verlust an Idealen des gesellschaftlichen Fortschritts, an Ideologie, zu einer Abkehr vieler linker Kräfte vom Ideengut von Marx, Engels und Lenin, zur Anpassung an den politischen Zeitgeist, zu Resignation und massenhafter Enttäuschung über Politik, Parteien, Parlamente und Regierungen, über Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Das entstandene ideologische Vakuum wird ausgefüllt durch das Suchen nach einem anderen, oftmals religiösen Glauben, durch wachsenden religiösen Fundamentalismus und Fanatismus, durch die Verbreitung neuer religiöser, ethnischer und anderer Heilslehren. All dies führt zu Orientierungslosigkeit, Lähmung gesellschaftlicher Aktivität, zu Spaltungs- und Auflösungserscheinungen in linken Parteien und in der Friedensbewegung.

Inzwischen beginnen jedoch solche praktischen Erfahrungen zu wirken wie die Bedrohung des Friedens, ja sogar der Existenz der Menschheit. Eine zunehmende Ablehnung der USA-Hegemonie ist die Folge. Vielfach wird auch erkannt, dass die neoliberale Marktwirtschaft nicht nur für solche Länder wie Russland und China, sondern generell zur Lösung globaler Probleme ungeeignet ist, dass der Kapitalismus sich über seine Krisen und die von ihm weltweit praktizierte Ausbeutung von Menschen und Ressourcen reproduziert und zu einer immer größeren Gefahr für die menschliche Zivilisation wird. Es entwickeln sich Antiglobalisierungsbewegungen, die soziale und ökonomische Kernthemen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft in ihrem Bezug zur Lebenswelt der Menschen aufgreifen und in der Bevölkerung wachsenden Widerstand gegen den Kurs der sozialen und ökologischen Verantwortungslosigkeit fördern (ATTAC, Porto Alegre, Sao-Paulo-Forum, antikapitalistische Tendenzen in Lateinamerika).

Der soziale Inhalt der Auseinandersetzung um die Sicherung des Friedens und die Existenz der Menschheit wird immer besser erkannt. Regionale Organisationen unterschiedlichen Charakters wie ALBA, UNASUR, die Afrikanische Union entwickeln sich erfolgreich, es bilden sich neue Bündnisse in der Dritten Welt heraus, wie die Foren Afrika-Lateinamerika und die ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen lateinamerikanischen und arabischen Staaten, die von der Suche nach Alternativen der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit zeugen. Unter dem Eindruck der Globalisierung und ihrer Gestaltung durch das Großkapital kommt es in vielen Ländern der Dritten Welt zu einer Rückbesinnung auf nationale und ethische Werte und Traditionen, die nicht generell als rückwärtsgewandt angesehen werden können, sondern sich gegen den neoliberalen Umbau der gesellschaftlichen Beziehungen, gegen ausländische und rassistische Vorherrschaft richten, zum Erstarren von kommunitären und kooperativistischen Bewegungen mit antikapitalistischem Potential, zur Thematisierung ökologischer Überlebensprobleme auf internationaler Ebene.

Die Berücksichtigung kultureller Faktoren und unterschiedlicher Wertesysteme gewinnt in der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit wachsende Bedeutung. Ihre arrogante Missachtung verschärft die internationalen Konflikte und beschwört ernste Gefahren herauf, wie die gewollte Konfrontation mit der islamischen Welt zeigt.

Diese Prozesse unterstreichen die Rolle von Visionen in unserer Zeit, die aktuelle Verantwortung der Linken für die Förderung sozialer und politischer Aktivitäten der gesellschaftlichen Kräfte, konsequenter antikapitalistischer Posi-



tionen und sozial gerechter, humanistischer Alternativen. Es geht um die Entwicklung neuer Inhalte, Methoden und Strukturen, strategischer Wege für antikapitalistische gesellschaftliche Veränderungen.

Die Blockkonfrontation wurde mit der Auflösung des Warschauer Vertrages beendet. Der Kalte Krieg wird jedoch modifiziert fortgesetzt. Neue Runden der Hochrüstung mit modernsten Waffensystemen zeichnen sich ab. Substanzielle Abrüstungsschritte zum Verbot und Abzug von Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen bleiben aus. Es werden wieder Kriege geführt (Balkan, Irak, Afghanistan, Libyen), während die Fähigkeit zur politischen Lösung von Konflikten zunehmend verdrängt wird. Deutschland ist nach dem Anschluss der DDR faktisch in zwei aggressive Blöcke eingebunden – in die NATO und in den Prozess der Militarisierung der EU. Als Mitglied der NATO, als Verbündete der USA, die selbst auf europäische Angelegenheiten entscheidenden Einfluss nehmen, kann die BRD in jede Aggression des westlichen Bündnisses direkt oder indirekt hineingezogen werden.

Die Auseinandersetzungen um das Neue Strategische Konzept der NATO und die jüngsten Ereignisse um Libyen offenbaren sowohl die sich zuspitzenden Interessengegensätze in dieser Allianz als auch die zunehmende Schwäche der USA. Neben gemeinsamen Interessen, Zielen und zeitweiligen Bündnissen nimmt die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen Kraftzentren, die Konkurrenz zwischen ihnen, insbesondere zwischen den relevanten Mächten wie USA, China, Russland, Japan, Indien, Brasilien sowie einigen EU-Staaten zu. Gesucht werden Alternativen zum Dollar als Leitwährung, eine stabilere Ordnung durch eine unabhängige Reservewährung.

Zu einigen Hauptakteuren:

Die **USA** verfügen als derzeitige Supermacht über das größte ökonomische, militärische und politische Potenzial zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie haben den höchsten ständig wachsenden Rüstungsetat. 30 Prozent der weltweiten Dienstleistungen werden in den USA erbracht. Mit einem enormen „Einkauf“ allein von 200 000 Wissenschaftlern und Technikern aus Russland und anderen früheren Sowjetrepubliken konnten die USA ihre Stellung als Weltzentrum für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik ausbauen. Mit dem großen Potenzial dieses Landes wachsen durchaus nicht automatisch Realismus, Verantwortungsgefühl und politische Vernunft seiner Machtelite, sondern eher Arroganz und Aggressivität, wächst der Hang zu kriegerischen Handlungen. Insgesamt bedarf es jedoch einer gründlichen, differenzierten Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der USA-Politik, der sich zuspitzenden Widersprüche in und zwischen den Machtzentren USA, Russland, China, Japan und Westeuropa. Das Streben der USA nach Weltherrschaft untergräbt deren Lebensfähigkeit und Kräfte, stößt auf zunehmenden Widerstand in der Welt und in den USA selbst. Es überfordert vor allem deren Wirtschaft. USA-Bürger verbrauchen bereits heute im Durchschnitt 10 bis 15mal mehr Ressourcen pro Kopf der Bevölkerung als Chinesen. Dafür entfallen auf die USA mit einem Anteil von vier Prozent der Weltbevölkerung über 25 Prozent der Schadstoffe der Welt.

Die USA sind besonders verwundbar in der Rohstoff- und Energiefrage. Sie zeigen sich daher sehr „besorgt“ um den „vitalen“ Zugang zu den entsprechenden Quellen im Persischen Golf, im Kaspischen Raum, im Nahen und Mittleren

Osten. Sie befürchten angesichts geostrategischer und militärpolitischer Interessen anderer Staaten, wie zum Beispiel der BRICS, die Herausbildung potenzieller Gegenpole auch in Form anderer Staatenkoalitionen.

Russland befindet sich im Zentrum der Weltwidersprüche und setzt unter Nutzung seiner natürlichen Ressourcen auf ein Wiedererlangen seiner Rolle als Weltmacht. Im Zuge der Überwindung seiner derzeitigen Schwäche konzentriert sich die Machtelite (eine Symbiose von Oligarchen und Staatsbeamten) auf die nationalen Interessen des Landes, wie sie sie versteht, vermeidet Konfrontation und setzt auf Dialog. Gegenwärtig gibt es keine klaren Vorstellungen davon, wie Russland im Jahr 2015 aussehen wird. Auf seine reichen Naturressourcen haben es viele Länder, vor allem die anderen Machtzentren, abgesehen. In einigen wenigen Bereichen der Rüstung und der Kosmosforschung ist Russland mit den USA ebenbürtig. Insgesamt herrscht in der russischen Politik jedoch die Haltung vor, dass das Land mit den USA derzeit nicht konkurrenzfähig ist. In der Außenpolitik ist damit zu rechnen, dass die Wahrnehmung geostrategischer Interessen in dem Maße weiter zunehmen wird, wie es gelingt, vor allem auf ökonomischem Gebiet Boden gutzumachen. In den internationalen Beziehungen wird es wohl keine einseitigen Aktionen, sondern eher das Bestreben geben, am Weltgeschehen gleichberechtigt mit den anderen Kraftzentren teilzunehmen. Das heißt, dass eine Partnerschaft Russlands mit den USA als politischer Akteur und Rivale mit Bestrebungen einhergehen wird, insbesondere die Beziehungen zur EU und Deutschland sowie zu den anderen Regionalmächten als Gegengewicht zu fördern. In diesem Zusammenhang wird Russland auf der Entwicklung neuer Sicherheitssysteme in der Welt und insbesondere in Europa bestehen und zugleich eine umfassende Konfrontation mit islamischen Staaten zu vermeiden suchen.

China konnte infolge seiner beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen zwei Jahrzehnten seine Stellung als zweite Wirtschaftsmacht in der Welt ausbauen und ist zu einem entscheidenden Faktor in der Weltpolitik geworden. Es stellt in seiner Innen- und Außenpolitik die nationalen, alle Chinesen in- und außerhalb des Landes erfassenden Interessen und den pragmatischen Einsatz für möglichst günstige äußere Bedingungen sowie für den Durchbruch zu einer den USA ökonomisch und strategisch ebenbürtigen Großmacht in den Mittelpunkt. Es sucht dabei seinen eigenen Weg und lehnt eine totale Übernahme des westlichen Wertesystems ab. Schon in nächster Zeit wird sich zeigen, ob es gelingt, den Reform- und Öffnungskurs bei anhaltendem Wirtschaftswachstum und innerer Stabilität fortzusetzen und die ernststen Probleme der sozialen und territorialen Unterschiede, der Korruption, der anstehenden Veränderungen im politischen System zu lösen.

Japan steht angesichts der jüngsten Naturkatastrophen und des atomaren Gaus vor ernststen Konsequenzen, die zur Schwächung seiner Rolle in der Welt führen werden. Die Überwindung seiner ökonomischen Schwierigkeiten durch forcierte Privatisierung und eine Reform der Staatsverwaltung wird nicht ausreichen, um den dritten Platz in der Weltwirtschaft zu halten. Neben der zunehmenden ökonomischen Konkurrenz mit den USA und der EU werden auch die sicherheitspolitischen Differenzen und Interessengegensätze zwischen Japan und China, Japan und Russland eine bedeutende Rolle spielen.



Konfliktherde, globale Probleme

Auf allen Kontinenten gibt es zahllose „abrufbare“ Konfliktherde. Auch nach dem Wegfall der Blockkonfrontation kann von einer Entideologisierung der internationalen Beziehungen keine Rede sein. Davon zeugt der Missbrauch Jahrhunderte alter Konflikte zwischen den sieben großen Konfessionen, besonders dort, wo ethnische Gegensätze mit Grenzen zwischen Kulturen zusammenfallen.

Früher konnte man sich bei der Einschätzung der Weltlage auf zwei Weltsysteme, zwei Blöcke mit zwei Supermächten konzentrieren. Heute gilt es, eine Vielzahl von geostrategischen Interessen verschiedener Kraftzentren, vieler anderer Akteure, geopolitische, sozialökonomische, nationale Faktoren, globale Probleme, die gemeinsame internationale Lösungen erfordern, zu berücksichtigen und dies unter Bedingungen eines außerordentlich harten Kampfes um Wissen und Information, einer Informationsrevolution globalen Ausmaßes.

Die neoliberale Globalisierung ist einerseits eine Folge der Internationalisierung des Kapitals, andererseits beinhaltet sie eine Reihe für die menschliche Existenz ernster globaler Probleme. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Die Krise des kapitalistischen Systems hat alle Lebensbereiche erfasst und verlangt nach einer Alternative zur vorherrschend nicht mehr funktionierenden kapitaldominierten Ordnung.

Die hochexplosive Kluft zwischen Nord und Süd, die Militarisierung der internationalen Politik, eine neue Runde der Hochrüstung und die Entwicklung neuer High-Tech-Waffen machen die Welt um vieles verwundbarer. Man spricht von einer asymmetrischen Kriegführung, von kybernetischen Kriegen als internationalem Problem, biologischen Kriegen, bioterroristischen Anschlägen. Gefahren können auch von einer militärischen Nutzung der Biotechnologie, der Nanotechnologie, der Entwicklung neuer Werkstoffe ausgehen. Zielscheibe von Anschlägen mit unübersehbaren Folgen können Computernetze und die Infrastruktur werden. Die sich gegenwärtig im Weltraum befindenden über 500 Systeme ermöglichen eine Kriegführung über riesige Entfernungen.

Die besondere Gefährlichkeit des Neuen Strategischen Konzepts der NATO besteht in der Erweiterung des sogenannten Verteidigungsfalles. Über territoriale Grenzen hinaus wird er um den Einsatz militärischer Gewalt zur Verteidigung weitgefasster nationaler, „vitaler“ Sicherheitsinteressen, geostrategischer Positionen (wie Zugang zu Rohstoffen, Märkten, Transport- und Handelswegen), der Einsetzung „genehmer“ Regierungen erweitert.

In den nächsten Jahren sind regionale Konflikte als die häufigste Bedrohung der Stabilität der Welt zu erwarten. Selbst Kriege zwischen einzelnen Staaten können in einen neuen Weltkrieg münden. Der bereits zur Praxis gewordene Staatsterrorismus verhindert bis heute eindeutige internationale Abkommen zum Terrorismus. Absolute Priorität haben Machtkalkül und Interessen der USA unter der Devise „Menschenrecht geht vor Völkerrecht.“

Im Zuge einer umfassenden historischen Revanche werden die demokratischen Prinzipien des Völkerrechts, der UN-Charta ausgehöhlt. Das betrifft insbesondere den Gewaltverzicht. Mit der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates und der auf dieser Grundlage erfolgten militärischen Intervention in Libyen zunächst seitens der „Willigen“ und schließlich der

NATO hat die Verletzung des allgemeinen Völkerrechts eine neue Dimension erreicht. Unter grober Missachtung der Festlegungen zur Sicherung von Weltfrieden und internationaler Sicherheit in den Kapiteln VI und VII der UN-Charta hat der Sicherheitsrat einen Präzedenzfall geschaffen, der die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung innerstaatlicher Konflikte sanktioniert. An die Stelle politischer Konfliktlösungen und Konfliktprävention tritt im Zuge sogenannter „humanitärer Interventionen“ die Gewalt als Hauptinstrument zur Durchsetzung eigennütziger Interessen. Mit dem Angriffskrieg gegen Libyen wächst die Notwendigkeit, im Interesse des Weltfriedens das allgemeine Völkerrecht zu verteidigen und jeglicher Kriegspropaganda (ob direkt oder unter dem Deckmantel „humanitärer Interventionen“) entgegenzutreten. Die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten, andere Verletzungen der internationalen humanen Prinzipien, der Missbrauch der Menschenrechte und die Verletzung ihrer Unteilbarkeit müssen sofort verboten werden. Das Fehlen kollektiver Sicherheitssysteme birgt die Gefahr friedensgefährdender Ersatzlösungen in Form von Staatsterrorismus, des Diktats über Völker und Ressourcen, über Mensch und Natur in sich.

Die kapitaldominierte Globalisierung der Wirtschaft stößt auf gravierende Probleme, die für das neoliberale System unlösbar sind. So die Probleme des Bevölkerungswachstums und des sinkenden Lebensniveaus, der Diskrepanz zwischen der Erschließung und dem Verbrauch von natürlichen Ressourcen, der Ökologie u. a. m. Die Globalisierung ist, für sich genommen, ein objektiver Prozess, der maßgeblich von der Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt wird. Die gegenwärtig ablaufende neoliberale ökonomische Globalisierung globalisiert jedoch die Grundwidersprüche des Kapitalismus, internationale Konzerne verschärfen die Konkurrenz und Anarchie auf dem Weltmarkt. Das führte bisher unter anderem dazu, dass mindestens 60 Staaten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgefallen sind.

Ernste globale Probleme erwachsen aus der demografischen Situation, aus einem ausufernden Urbanisierungsprozess, aus dem wachsenden Getreide- und Energiebedarf, der Nutzung von Nuklearenergie, der Wasserversorgung, im Gesundheitswesen, aus ökologischen Katastrophen. Der Kampf um Nahrungsmittel, Energie und Wasser führt zur Verschärfung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern und Zentren sowie zwischen Nord und Süd. Die wachsenden ökologischen Belastungen durch Konsum- und Wachstumswahn fordern einen ökonomischen Strategiewechsel, eine den Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft entsprechende neue Lebensweise. Die Fratze der kapitalistischen Welt ist die Ressourcenausbeutung – maskiert vom Eintreten für Demokratie und Menschenrechte.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die sich zuspitzen den globalen Probleme stellen mit allem Nachdruck die Systemfrage und damit für die Partei DIE LINKE sowie für alle Fortschrittskräfte national wie international die Eigentumsfrage und damit die Frage nach den eigentlichen Werten des menschlichen Lebens. Der Frieden, die internationale Sicherheit und damit die ureigensten Menschenrechte sind heute gefährdeter denn je. Eine aggressive Außenpolitik des Westens geht einher mit einer regressiven Politik im Inneren der Staaten, mit Demokratie- und Sozialabbau. Faschistische Tendenzen nehmen zu. Damit und mit den sich zuspitzenden globalen Problemen sind die natürlichen Existenzbedingun-



gen der Menschheit äußerst ernststen Gefahren ausgesetzt. Diesen Gefahren entgegenzuwirken, für ein gleichberechtigtes System der ungeteilten und allumfassenden Sicherheit im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, einer neuen Weltordnung einzutreten bleibt ein Gebot der Vernunft und des Realismus und daher auch erstrangiges Anliegen unserer Partei.

II. Zu den Antikriegs- und Friedenspositionen in der Programmatik der Partei DIE LINKE

Im Zusammenhang mit seinen Überlegungen zur Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage hat sich der Ältestenrat auch mit den Antikriegs- und Friedenspositionen im Entwurf des Parteiprogramms befasst.

Wir erklären unsere Zustimmung dazu, dass der Entwurf des Wahlprogramms das Profil der Partei DIE LINKE als Antikriegs- und Friedenspartei ausprägt. Wir begrüßen es, dass schon in der Präambel deutlich bekundet wird, dass DIE LINKE für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg kämpft, dass auch die Kriterien zur internationalen Politik für die Frage einer Regierungsbeteiligung betont werden.

Im Teil I. „Woher wir kommen, wer wir sind“ wird mit Recht der antimilitaristische Kampf der deutschen Linken als eine unserer Traditionslinien hervorgehoben. Es sollte auch zum Ausdruck gebracht werden, dass die Friedens- und Entspannungspolitik der DDR als deren positives Markenzeichen zu unserem Erbe gehört (und nicht nur die von Willi Brandt).

Im Abschnitt „Imperialismus und Krieg“ des Teils II. „Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“ werden der Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg und der imperialistische Charakter von Kriegen der Gegenwart dargestellt. Wir erwarten, dass diese Aussagen bei der Überarbeitung des Programmentwurfs erhalten bleiben.

Teil III. „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ kann den Eindruck erwecken, als hielte DIE LINKE den „transformatorischen Prozess“ hin zu einem demokratischen Sozialismus auf nationaler Ebene für machbar. Die internationale, zumindest europäische Dimension dieses Prozesses und des Kampfes dafür sollten betont werden.

Zum Abschnitt 4. „Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ werfen wir die Frage auf, ob die dort behandelten internationalen Probleme im Teil IV. „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“ im richtigen Zusammenhang stehen. Reform der UNO, Kampf um Frieden, Abrüstung, eine andere EU sind keine Reformprojekte der LINKEN. Es würde dem Stellenwert der internationalen Politik gerecht werden, wenn diesen Problemen ein eigener Teil im Programm gewidmet würde.

Der Ältestenrat hält die strikte Ablehnung jeglicher Kampfeinsätze der Bundeswehr, auch solcher, die vom UN-Sicherheitsrat nach Kapitel VII der Charta oder von NATO und EU beschlossen sind, im Parteiprogramm für unverzichtbar. Es geht hier um die eindeutige Festschreibung eines Alleinstellungsmerkmals unserer Partei im Friedenskampf. Die Bundeswehr dient – solange sie noch besteht – ausschließlich der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta. Das entspricht auch den Buchstaben

und der ursprünglichen Intention des Grundgesetzes.

Es genügt nach unserer Meinung nicht, das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete zu fordern. Durch Waffenexporte werden Krisengebiete erst geschaffen. DIE LINKE sollte das Verbot jeglicher Waffenexporte, und das zuerst aus Deutschland, fordern und für die Abschaffung der Rüstungsindustrie bei sozialverträglicher Konversion in der Perspektive eintreten.

Das „Setzen“ auf „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ ist eine schwache Formel für ein friedenspolitisches Grundproblem, ohne dessen Lösung Frieden nicht garantiert werden kann. Solange es Kriegswaffen gibt, besteht latente Kriegsgefahr. DIE LINKE sollte nicht hinter völkerrechtliche Vereinbarungen der 60er Jahre zurückfallen, mit denen „Allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“ angestrebt wird. Wir sollten eine „Welt ohne Waffen“ in unsere Programmatik aufnehmen.

Die Forderung nach Auflösung der NATO und Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ist richtig. Zu überlegen ist, ob diese Forderung nicht durch die Forderung nach Austritt Deutschlands aus der NATO ergänzt werden sollte. Insgesamt sollte (insbesondere im Teil V, wo es um Politikwechsel geht) die Rolle des internationalen Kräfteverhältnisses deutlicher und als wirklich relevant auch für DIE LINKE aller Ebenen z. B. in den Bundesländern, betont werden.

Linke sollten sich auf den aufstrebenden Osten und Süden einstellen, sich gegen Vorurteile wenden, den Dialog suchen. Viele identische oder ähnliche Positionen werden sich finden, vornehmlich auf internationalem Gebiet: Gewaltfreiheit und Ablehnung von Kriegen, bedingungslose Respektierung des Völkerrechts und des Primats der UNO, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und Unverletzlichkeit der territorialen Integrität, Ablehnung hegemonialer Bestrebungen, und Blockbildungen, also auch der NATO, das Eintreten für eine demokratische, pluralistische Weltordnung, in der Armut und Hunger und damit die Wurzeln für Terror und Drogenkriminalität wirkungsvoll bekämpft werden. Dies sollte im Vordergrund stehen und nicht Unterschiedliches, selbst wenn es um solche substanziellen Streitfragen, wie politische Menschenrechte, staatliche Dominanz, Machtpolitik, Demokratiedefizite geht. Linke sollten hier nicht auf scheinheilige ideologisierende Gefechte, doppelte Standards und Einmischungsbestrebungen westlicher Politiker und Medien hereinfallen, die in der Regel hegemoniale Motive haben.

III. Anforderungen an die Partei DIE LINKE als internationalistische Partei

Ausgehend von den oben getroffenen Einschätzungen und aufgeführten Problemen gilt es, Inhalt und Erfordernisse des Internationalismus einer linken Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen zu bestimmen und daraus ihr internationalistisches Profil abzuleiten. Dabei ist davon auszugehen, dass die Linkspartei sich sowohl über einen längeren Zeitraum unter den gegenwärtigen vom Kapital und seinen Widersprüchen bestimmten Bedingungen behauptet, als auch auf jähe Wendungen in der Entwicklung der Gesellschaft und der Weltlage eingestellt sein muss. Nicht passives Warten auf ein plötzliches Umschwenken von sozialen und politischen Spannungen zum aktiven Handeln von großen Teilen



der Bevölkerung, sondern stetes Ringen um antikapitalistische Lösungen, auch um Teilziele auf dem Weg zu einer gerechten ausbeutungs- und unterdrückungsfreien Gesellschaft ist gefragt. Dies umso mehr, da wie in der Friedensfrage, so auch bei allen anderen globalen Problemen deren sozialer Inhalt immer deutlicher zutage tritt.

Die Partei sollte sich auf allen Ebenen wieder mehr zu Fragen der internationalen Politik engagieren, z. B. gegen Krieg und Aufrüstung mobilisieren. Von der internationalen Entwicklung sind alle Bürger in zunehmendem Maße betroffen. Auf allen Ebenen bis in die Kommunen müsste daher mit Sachargumenten gearbeitet werden. Das würde auch an beste Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpfen.

In diesem Verständnis unterbreitet der Ältestenrat für die weitere Diskussion nachfolgende Überlegungen:

1. Er geht davon aus, dass die Partei bei einer verantwortungsvollen Bewertung der gegenwärtigen Weltlage nicht umhin kommt, sich auch mit den Lehren und Erfahrungen der Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses, der internationalen Politik der sozialistischen Staaten und anderer linker Kräfte des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Dies umso mehr, da heute um Fragen der Geschichte ein wahrer ideologischer Krieg entfacht wird. Revanchestreiben und historischer Revisionismus sind auf dem Vormarsch.

Der objektive, verantwortungsvolle Umgang mit der Geschichte ist somit auch für DIE LINKE zu einer hochaktuellen Herausforderung geworden. Ohne das Wissen und die Lehren aus vergangenen Auseinandersetzungen um gesellschaftlichen Fortschritt, um eine friedliche und ausbeutungsfreie Welt lassen sich keine realistischen Ziele für Gegenwart und Zukunft abstecken. Dazu gehören:

- die Errungenschaften der UdSSR, der DDR und anderer Länder beim Beschreiten von Neuland beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft;
- die neue Qualität, die neuen Werte des Lebens unter nichtkapitalistischen Verhältnissen;
- die Überwindung des Kolonialsystems, die Entwicklung national befreiter Staaten;
- der Sieg über den Faschismus;
- die Erfolge der Weltfriedensbewegung und die internationale Solidarität des WGB, des WBDJ, der IDFF; der Zwang des kapitalistischen Systems zur Anpassung an das veränderte internationale Kräfteverhältnis und der Wettstreit mit einer alternativen Gesellschaftsordnung;
- der Aufschwung der Antikriegs- und Protestbewegung in den entwickelten kapitalistischen Staaten.

Zugleich gilt es notwendige Schlussfolgerungen aus Fehleinschätzungen der internationalen Lage und beim Zusammenwirken revolutionärer Kräfte zu ziehen, die vor allem die Entwicklung der sozialistischen Staaten und der kommunistischen und Arbeiterparteien beeinflussten:

Die Definition der **Epoche** als gesetzmäßiger Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus entsprach in vielem nicht der Realität. Der Sozialismus wurde frühzeitig zum ausschlaggebenden Faktor erklärt, obwohl er die Entwicklung in der Welt nicht zu bestimmen vermochte. Ungeachtet dessen wurden „allgemeine Gesetzmäßigkeiten“ der Entwicklung zum Sozialismus zur Richtschnur der Politik erklärt. Ein solches Herangehen an die gesellschaftliche und internationale Entwicklung trug oft mechanistischen Charakter und lief in Verkennung der Dialektik auf eine Art Automatismus hinaus.

Der Stellenwert der **Ökonomie** in der Systemauseinandersetzung wurde unterschätzt. Das kapitalistische System dominierte die weltwirtschaftliche Entwicklung. Es ist nicht gelungen, die Errungenschaften des Sozialismus mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden. Die sozialen Errungenschaften allein vermochten nicht, die internationale Auseinandersetzung entscheidend und nachhaltig zu beeinflussen.

Das **Militärische** überlagerte alle anderen Bereiche. Die aufgezwungene Hochrüstung überforderte die Sowjetunion und führte schließlich zu einer ersten Krise im realen Sozialismus. Mit dem Erringen des militärstrategischen Gleichgewichts allein konnte der in allen Lebensbereichen geführte Wettstreit zwischen den beiden Weltsystemen nicht zu Gunsten des Sozialismus entschieden werden. Er erlitt eine strategische Niederlage. Eine grobe Unterschätzung der enormen Potenzen des kapitaldominierten Systems im Wettbewerb mit den sozialistischen Staaten und der Anpassungsfähigkeit des Imperialismus begünstigte die Niederlage des sozialistischen Systems in Europa.

Über viele Jahrzehnte hatte der proletarische **Internationalismus** oberste Priorität. Die Haltung zur Sowjetunion galt als entscheidender Prüfstein des Internationalismus. Alle kommunistischen und Arbeiterparteien waren angehalten, sich im Kampf beim „gesetzmäßigen“ Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gegenseitig solidarisch, d. h. internationalistisch zu verhalten. Die praktische Umsetzung dieser Grundposition offenbarte eine nicht unproblematische Gestaltung der Parteibeziehungen. Eine bedeutende Rolle spielte über Jahrzehnte die Kommunistische Internationale (Komintern), von der die Herausbildung von Parteien neuen Typus initiiert und organisiert wurde. Unter maßgeblichem Einfluss der KPdSU wurde dieses Profil den Parteien durch diese Zentrale diktiert und wie wir heute wissen, mit zum Teil ersten Folgen für die gesamte Bewegung durchgesetzt. Im Laufe der Zeit und wesentlicher Veränderungen in den nationalen und internationalen Kampfbedingungen wurde eine zunächst durchaus richtige und den Anfängen der kommunistischen Bewegung entsprechende Absicht des Zusammenwirkens im Interesse einer anderen besseren Welt, zunehmend zum Hemmnis.

Die Partei DIE LINKE, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennt, ist somit angehalten, besonders verantwortungsbewusst mit der Dialektik des Nationalen und Internationalen in der Politik jeder Partei und jeder linken Bewegung umzugehen. Das betrifft sowohl die Analyse der Ursachen für Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen als auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit Tendenzen des Dogmatismus und des Opportunismus. Das zunehmende Interesse insbesondere unter der Jugend, sich Grundkenntnisse der Theorie und der Geschichte der revolutionären Bewegung seit Marx und Engels anzueignen, sollte gefördert werden. Linke Parteien können im Interesse ihres erfolgreichen Wirkens, wie Marx meinte, das „umfangreiche Gepäck“, darunter schmerzliche historische Erfahrungen, nicht willkürlich und selektiv abwerfen. Fehler bei der Beachtung ihrer Erfahrungen, bei der praktischen Umsetzung von Zielen und Idealen einer ausbeutungs- und unterdrückungsfreien Gesellschaftsordnung, das Ausbleiben einer zielstrebig schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie förderten nicht nur Stagnation, sondern vor allem eine fehlerhafte Praxis.



Ausgehend von einer realistischen Analyse der jeweiligen Situation und des Kräfteverhältnisses befördert die Partei DIE LINKE eine solidarische Zusammenarbeit mit Parteien und anderen Kräften auf gleichberechtigter und demokratischer Grundlage und erteilt den Entartungen der Vergangenheit eine eindeutige Absage.

2. Es geht um ein möglichst breites Zusammenwirken der zum Erhalt der menschlichen Zivilisation bereiten Kräfte, um Bündnispartner und koordinierte Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene. Das internationale Kapital, das heute eine nie da gewesene Konzentration erfährt und sein Hauptziel darin sieht, das kapital- und profitdominierte System um jeden Preis zu erhalten und allen Völkern aufzuzwingen, ist letzten Endes nur international zu überwinden. Es zu schwächen, bedarf es nationaler wie internationaler Aktivitäten, eines ständigen Erfahrungsaustausches und über nationale Grenzen hinausgehender Initiativen.

3. Die soziale Basis für antikapitalistische Alternativen sind jene Kräfte, die sowohl im Arbeitsprozess stehen, als auch jene, die um ihre Perspektive bangen oder als Arbeitslose, als sozial Behinderte, als Migranten und am Rande der Gesellschaft zu den Benachteiligten und Verlierern des kapitalistischen Systems gehören. Internationalistisches Handeln erfordert, dass die Linkskräfte sich notwendiges Wissen um nationale wie internationale Zusammenhänge, um historische, philosophische, kulturelle Wurzeln und ökonomische Vorgänge aneignen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten politikwirksam zur Geltung bringen. Auch dazu bedarf es der Pflege internationaler Kontakte. Andernfalls kann man dem Informationskrieg, Faschismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, der gnadenlosen Massenmanipulierung und den Verdummungskampagnen der herrschenden Medien nicht erfolgreich widerstehen. Wiederum schafft die Informationsrevolution auch für die linken Kräfte zusätzliche Möglichkeiten für die Wirksamkeit und die Internationalisierung ihres Kampfes.

4. Natürlich führen die Linken wie auch andere progressive Kräfte den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen in erster Linie im nationalen Rahmen. Angesichts der globalisierten Welt wird dieser Kampf jedoch umso erfolgreicher sein, je mehr es gelingt, ihn über die Ländergrenzen hinaus zu internationalisieren. Dabei kommt es darauf an, die national spezifischen Aspekte mit den gemeinsamen internationalen Gegebenheiten zu verbinden. Dies erhöht die Wirksamkeit des Kampfes, hilft nationale Begrenztheit zu überwinden und möglichen nationalistischen Entgleisungen vorzubeugen. Gleichzeitig setzt es jedoch ein ausgewogenes, feinfühliges Vorgehen und somit das Erfassen der Dialektik von Nationalem und Internationalem voraus.

5. Um den Inhalt und den Begriff des proletarischen Internationalismus gab es bereits in der Vergangenheit heftige Auseinandersetzungen. Vordergründig rückte in die Diskussion, welche von den beiden Seiten erstrangig und welche zweitrangig wäre. Allein die Analyse der Begriffsbestandteile besagt jedoch etwas Anderes. Einen Internationalismus an sich, abstrahiert von der Wirklichkeit, von seinen sozialen Grundlagen gibt es nicht. Betrachten wir die Wortbestandteile „inter“ und „national“ so offenbaren sie unmittelbar das Wesen in der dialektischen Einheit von Nationalem und Internationalem. Ausgehend von der Tatsache, dass es Nationen und mit ihnen nationale Organisationsformen der Gesellschaft, nationale Entwicklungen usw. gibt, führt uns der Be-

griff des Internationalismus zu den Beziehungen „zwischen“ (und nicht über) den Nationen, zwischen dem bestehenden Nationalen verschiedener Länder. Es liegt im nationalen wie internationalen Interesse gegen das Kapital, das ebenfalls international seine Macht durchsetzt, über Ländergrenzen hinweg wirksam zu werden. Internationalismus unter den heutigen Bedingungen beinhaltet nicht nur den maximal wirkungsvollen nationalen Beitrag, die gegenseitige Solidarität. Vielmehr geht es darum, das Nationale, die eigene Politik und Programmatik mit den internationalen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Internationalistisches Handeln einer linken Partei schließt somit gemeinsame oder zumindest koordinierte Aktionen ein.

6. Ausgehend vom Profil einer Linkspartei und bei Berücksichtigung der Herausforderungen unserer Zeit kommt es daher im Programm der LINKEN darauf an, die innenpolitischen Prämissen ebenso festzulegen wie die Position zu internationalen Fragen. Zur Realisierung der Programmziele sind günstigere innere wie äußere Rahmenbedingungen von wesentlicher Bedeutung. Eine internationalistische solidarische Profilierung sollte daher auch beinhalten, wie und mit wem heute die künftige Entwicklung der menschlichen Zivilisation, der Erhalt unseres Planeten mit seinen Ressourcen gewährleistet und für die künftigen Generationen nachhaltig gesichert werden können. Wir sollten deutlicher machen, wer in den internationalen Kämpfen unsere Verbündeten, wer die Akteure für progressive Veränderungen sind. Dazu gehören Gewerkschaften und internationale Gewerkschaftsorganisationen (für uns z. B. Seeleutegewerkschaft mit Blockaden gegen Kriegsmaterialtransporte), Bewegungen/Netzwerke aller Art gegen imperialistische Politik und Ausbeutung von Mensch und Natur, Kirchen, kleine kapitalistische Staaten, die am Kriegskurs der Großen nicht partizipieren können, Menschen, die zwar nicht sozial bedingt auf unserer Seite stehen, aber aus humanistischen Grundüberzeugungen objektiv unsere Verbündeten sind. Beim Vorherrschen von gegensätzlichen Klasseninteressen in der internationalen Politik gibt es auch ein allgemein menschliches Interesse an Kriegsverhinderung, an dem wir anknüpfen müssen.

7. Einer solchen internationalistischen Profilierung könnten somit sehr unterschiedliche Kräfte zustimmen. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Partei DIE LINKE sich nicht als alleinige Vertreterin der Wahrheit bzw. als Kern einer unbestimmten pluralistischen Bewegung betrachtet. Auch die „Europäische Linke“ (EL) stellt die Gemeinsamkeit lediglich eines Teils europäischer linker Parteien dar. Zu den europäischen Linken gehören jedoch weitere Parteien und Organisationen. Die Gefahr der Ausgrenzung der einen oder anderen Partei beginnt dort, wo man auf Solidarität angesichts der Verfolgung kommunistischer Parteien, auf die entschiedene Verurteilung des Antikommunismus, verzichtet.

8. DIE LINKE setzt sich prinzipiell mit dem neoliberalistischen Turbokapitalismus auseinander. Sie geht auf Kompromisse nur in dem Maße ein, wie sie langfristig auf die Überwindung des kapitalistischen Systems gerichtet bleiben. Dazu gehört jedoch keine Gemeinsamkeit mit den Herrschenden. Es gilt eine zielgerichtete Bündnispolitik im Inneren des Landes durch ein internationalistisches Vorgehen mit allen für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie europä- und weltweit eintretenden Parteien und Bewegungen zu verbinden. Dabei profiliert sich die LINKE im Sinne einer solidarischen Zusammenarbeit auf gleichberechtigter und demo-



kratischer Grundlage, wobei sie alle Organisationen, Parteien und Bewegungen und damit auch ihre Bündnispartner nach deren sozialem Inhalt bewertet.

9. Solidarischer Internationalismus stellt den Kern auch der ihrer nationalen Verantwortung bewussten Linken dar, deren Mitglieder sowohl Patrioten als auch Internationalisten sein sollten. Die eigentlichen nationalen Interessen dürfen nicht antidemokratischen, nationalistischen Kräften überlassen werden, zumal Nationalstaaten noch für lange Zeit eine entscheidende Rolle in den sozialen und politischen Kämpfen unserer Zeit, auch innerhalb und außerhalb der EU spielen werden. Der Erhalt der nationalen Souveränität und Identität bleibt eine entscheidende Voraussetzung für eine demokratische EU. Damit bleibt auch das Verhältnis EU-Nationalstaat eine Kernfrage für eine internationalistische Politik der Partei DIE LINKE.

10. International, besonders in Lateinamerika begeben sich linke Kräfte auf die Suche nach neuen Lösungen der sozialen Frage. Sozialismus im 21. Jahrhundert wird mehr und mehr zu einer internationalen Debatte, an der sich auch die Partei DIE LINKE kritisch und konstruktiv beteiligen sollte.

Die Welt verändert sich

Zum Papier des Ältestenrates; von Wolfgang Grabowski

Die Hoffnung der Sieger im Kalten Krieg nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, des RGW und der Warschauer Vertragsorganisation, dass damit die endgültige Dominanz der westlichen Welt, das Ende jeglicher Alternative zum westlichen System erreicht sei, erweist sich als Trugschluss. Die Hegemonial- und Kriegspolitik der Bush-Administration hat dazu maßgeblich beigetragen. Die USA stürzten in ihre schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise und rissen die Welt mit. Die abenteuerliche Kriegspolitik erreichte nicht ihr Ziel, die Energieressourcen und ihre Transportstränge zu sichern. Sie beförderte Widerstand, und der Terrorismus eskalierte. Im Kaukasus scheiterte der Konfrontationskurs der Bush-Administration, und man verfolgt in Washington mit großer Sorge die Entwicklung in Zentralasien (80% der heute bekannten Weltenergieressourcen). Die Stärkung der Positionen Russlands, Chinas und Indiens, der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in der Region kann nicht mehr verhindert werden.

Es ist nicht gelungen, die Welt dominanz der USA, eine unilaterale Weltordnung mit Gewalt durchzusetzen. Das Ansehen der USA sank auf einen beispiellosen Tiefpunkt. Eine Mehrheit in den USA suchte den Wechsel und wählte ihn. Das schier Unglaubliche geschah: die für das Desaster verantwortlichen Konservativen erlitten eine historische Niederlage. Ein Politiker mit afroamerikanischem Hintergrund, ein im Milieu der Habenichtse Aufgewachsener wurde Präsident.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen. Enttäuschung und Ernüchterung machen sich breit. Obamas Bilanz ist nicht gerade überzeugend. Die tieferen Gründe dafür analysierte Jan Ross in dem Aufmacherartikel „Die Ohnmacht des Mächtigen“ für Die Zeit (Nr. 43, 15.10.2009). Sein Resümee:

„Es ist nämlich nicht Barack Obamas fehlende Entschiedenheit, die für seine bisher bescheidenen Erfolge vor allem verantwortlich ist. Dass die Welt sich nicht nach amerikani-

schen Wünschen richtet, hat wenig mit den persönlichen Eigenschaften des Präsidenten zu tun und viel mit dem historischen Machtverlust der USA. Es ist ein geschichtlicher Prozess, in den Obama hineingeworfen wurde, dessen Ausdruck er ist und den er managen muss“.

Scholl-Latour spitzte in einem Interview mit Neues Deutschland vom 30.10.2009 zu: „Dem Weißen Mann ist vor allem das Monopol industrieller und militärischer Überlegenheit abhanden gekommen, auf das er bisher seinen imperialen Anspruch gegründet hat. Nach dem Intermezzo der Pax Americana haben wir ein wieder erstarktes Russland und ein starkes selbstbewusstes China. Und die wachsende islamische Welt“.

Eine multilaterale Weltordnung ist im Entstehen

Der Aufbruch des Ostens und Südens ist unübersehbar. Er ist nicht aufzuhalten. Er dokumentiert sich im dynamischen Aufschwung Chinas, Indiens und Brasiliens, in der Stabilisierung Russlands als Weltmacht. Er findet seinen Ausdruck in der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, im Verbund der BRICS-Staaten.

Es gibt sichere Anzeichen dafür, dass die BRICS-Staaten eher und besser aus der Weltfinanz- und -wirtschaftskrise herausfinden als der Westen.

China ist zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht in der Welt aufgestiegen. China verfügt inzwischen über mehr als 3 Billionen Dollar Valutareserven und ist dabei, im Gefolge der Krise weltweit, auch in Westeuropa, verstärkt zu investieren. China wird als neue Supermacht bezeichnet: „Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis China die Vereinigten Staaten als Weltmacht Nummer eins ablöst“. Goldman Sachs prognostiziert für 2030 ein BIP Chinas von 31 731 Milliarden Dollar und der USA von 22 920 Milliarden Dollar (Der Spiegel 1/2011).

Von prinzipieller Bedeutung für die geostrategische Weltlage ist geblieben, dass Russland nach den USA die führende Atommacht ist, auch wenn es sich nicht wie zu Sowjetzeiten auf einen ruinösen Rüstungswettlauf einlassen will. Das russische Abschreckungspotential ist die entscheidende Barriere für Kriegsabenteurer. Damit haben die Falken in den USA und der NATO zu rechnen. Das eröffnet Möglichkeiten für Abrüstung in diesem Bereich

Das Entstehen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist Ausdruck gravierender geostrategischer Veränderungen, auch wenn vieles in ihrer Charta und den anderen Grundsatzdokumenten konzipierte noch der Umsetzung harret. Die Organisation, die – Beobachterländer einbezogen – fast die Hälfte der Menschheit repräsentiert, hat sich auf den Weg gemacht. Im Unterschied zur GUS, die eher als Instrument zur einigermaßen „zivilisierten Scheidung“ und zur Zerstörung einer ehemals hoch integrierten Struktur entstand, sind die Akteure der SOZ auf Zusammenarbeit aus, weil sie sicher sind, auf diese Weise ihren Interessen besser dienen zu können

Wichtiges Gründungselement war die historische Friedensregelung an der 7 000 Kilometer langen Grenze. Man weiß sich zur dynamischsten Entwicklungszone der Welt zugehörig. Hier sind die strategischen Ressourcen konzentriert.

Die Kriegspolitik der Bush-Administration in unmittelbarer Nähe der Teilnehmerstaaten hat die Suche nach Alternativen nur verstärkt. Man lehnt die Anwendung und Androhung von Gewalt ab und versucht, die Zusammenarbeit mit den USA



ausgehend von den strategischen Veränderungen in der Welt und auf gleichberechtigter Grundlage neu zu gestalten (Russische Sicherheitsstrategie, 12.5.09). Man setzt auf Blockfreiheit und Transparenz und ist um Ausgleich und Abstimmung bemüht, schlägt eine Art friedliche Koexistenz der Interessen vor.

Die Organisation soll offen, kein Militärblock sein. Eine Beistandsklausel ist weder in der Charta noch in den zwischen den Mitgliedstaaten abgeschlossenen Freundschaftsverträgen enthalten. Man will Pluralismus in den internationalen Beziehungen, weil man überzeugt ist, dass sich die verändernde Welt objektiv multilateral gestaltet und dass das Hegemoniestreben einer Supermacht Gefahr und Destabilisierung mit sich bringt, was der Entwicklung der Mitgliedsländer abträglich ist und den Konflikt der Zivilisationen provozieren kann.

Die SOZ ist ein Projekt, das dem entgegensteht. Sie bezieht sich als Alternative dazu. Sie will eine andere Welt, sie will „zur Errichtung einer neuen demokratischen, gerechten und rationalen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung beitragen“, wie es in der Charta heißt. Dementsprechend wurden die Prinzipien formuliert, von denen man sich leiten lassen will: „Gegenseitige Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität der Staaten und Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen, Nichtangriff, Nichtanwendung oder Androhung von Gewalt in internationalen Beziehungen, Verzicht auf einseitige militärische Vormachtstellung in den Grenzgebieten.“

Die Linke und die geostrategischen Veränderungen in der Welt

Linke im Westen sollten sich auf den aufstrebenden Osten und Süden einstellen, genau hinschauen und zuhören, sich nicht von Vorurteilen leiten lassen, den Dialog suchen. Viele identische oder ähnliche Positionen werden sich finden, vornehmlich auf internationalem Gebiet: Gewaltfreiheit und Ablehnung von Kriegen, bedingungslose Respektierung des Völkerrechts und des Primats der UNO, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und Unverletzlichkeit der territorialen Integrität, Ablehnung hegemonialer Bestrebungen, und Blockbildungen, also auch der NATO, Eintreten für eine demokratische, pluralistische Weltordnung, in der Armut und Hunger und damit die Wurzeln von Terror und Drogenkriminalität wirkungsvoll bekämpft werden.

Dies sollte im Vordergrund stehen und nicht Unterschiedliches, selbst wenn es um solch substantielle Streitfragen wie die politischen Menschenrechte, staatliche Dominanz, Machtpolitik, Demokratiedefizite geht. Linke sollten hier nicht auf scheinheilige ideologisierende Gefechte, doppelte Standards, und Einmischungsbestrebungen westlicher Politiker und Medien hereinfließen, die in der Regel hegemoniale Motive haben.

Die Entwicklung im Osten/Süden ist sicher nicht per se als links zu verorten. Auch ist eine nachholende kapitalistische Entwicklung, oder Kapitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu übersehen. Aber eine vereinfachte Gleichsetzung mit dem westlichen Imperialismus als Imperialismen chinesischer, russischer, indischer oder brasilianischer Couleur, die Multipolarisierung der Welt nur als Konkurrenzverhältnis imperialistischer Akteure zu betrachten scheint fraglich.

Der Osten, die BRICS-Staaten formieren sich ausgehend

von ihren nationalen Interessen, ihrer wachsenden, vor allem wirtschaftlichen und internationalen Potenz, ausgehend von den Erfahrungen und Ergebnissen des Zusammenbruchs der Sowjetunion, des Warschauer Pakts und der Nachwendeentwicklungen objektiv als Gegenkraft zum Westen und seinem Vormachtstreben.

Dass man diese Entwicklung im Westen verhindern möchte, liegt auf der Hand. Die Versuchung ist groß, sich mit allen Mitteln, auch militärischen, gegen die Veränderungen in der Welt zu stemmen. Die Verknappung entscheidender Ressourcen in der Welt, die ja vor allem im Osten vorkommen, verschärft das noch.

Die BRICS-Staaten aber sind bemüht, einem Abgleiten in Konfrontation, Schlagabtausch und Wettrüsten auszuweichen und ihre Angebote für Dialog und Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen (u.a. russischer Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsstruktur, Abrüstungsinitiativen, Befürwortung von kernwaffenfreien Zonen in Zentralasien und im Nahen Osten). Aber ein Zurückweichen wird es wohl auch nicht mehr geben. Sicherheit und Fortschritt werden nicht gegen den Osten erreicht werden können. Nur mit China, Indien und Russland werden Gewalt- und Hegemoniestreben, konfrontative Politik neutralisiert und eine Politik des Interessenausgleichs ermöglicht.

Die Ostmächte sind aufgrund ihrer objektiven Interessenslage ein starkes Antikriegsbollwerk.

Die Staaten der SOZ haben die Kriege gegen Jugoslawien und den Irak scharf verurteilt und wollen, dass das Afghanistan-Problem vorrangig mit anderen Mitteln als mit militärischer Gewalt angegangen wird. Entsprechende hochrangige Aktivitäten wurden unternommen.

Nicht übersehen werden darf, dass die deutlich gewachsene Präsenz Chinas, Russlands und auch Indiens in Afrika und in Lateinamerika, die enge Zusammenarbeit mit dessen linken Regierungen selbstverständlich in erster Linie eigenen Interessen dient, zugleich aber den Handlungsspielraum der betroffenen Regierungen kräftig erweitert. Auch im Umweltbereich hat der Osten inzwischen einiges zu bieten.

Aber nicht nur internationale Herausforderungen und Außenpolitik sind zu bedenken, wenn der Osten/Süden betrachtet wird. Auch im Inneren laufen Prozesse ab, die anders sind als im Westen. Eine reine Wiederholung westlicher kapitalistischer Entwicklung, zumal diese offensichtlich in ihrer schwersten Krise steckt, ist nicht akzeptabel. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers sah man wohl zu Recht keine andere Chance, als sich der Weltwirtschaft und der Marktwirtschaft zu öffnen. China war diesen Weg bekanntlich bereits wesentlich früher gegangen. Aber es haben sich Formen der Marktwirtschaft entwickelt, die auch bestimmte Elemente aus der Vergangenheit hervorgegangener Eigentumsverhältnisse und zentralistischer Leitungsstrukturen aufweisen. Derartige Abweichungen von der im Westen vorherrschenden Orthodoxie sind nicht nur das gute Recht der aufstrebenden Staaten; es wird ihnen aufgrund ihrer politisch-ökonomischen Geschichte, der realen Lage und der alltagskulturell geprägten Lebensweise auch gar nichts anderes übrig bleiben.

Nicht unterschätzt werden sollten die Erfahrungen der Völker des Ostens und Südens aus der Zeit des antiimperialistischen Befreiungskampfes. Die Erfahrungen mit dem Kolonialismus, dem Rassismus, der Arroganz und den Dominanzbestrebungen des Westens, die von diesem zugefügt



Zerstörungen und Demütigungen, der Volkskampf dagegen bleiben sicher noch für eine lange Zeit identitätsstiftend.

Die Feierlichkeiten in Russland und anderen GUS-Staaten zu den Jahrestagen des Sieges über den Faschismus belegen, welch hohen Stellenwert diese welthistorische Leistung in der Werteskala besitzt.

Die Linken haben eine hohe Verantwortung dafür, dass sich das Wissen um all diese Zusammenhänge verbreitet, dass die Agitation und Hetze gegen den Osten und Süden nicht unwidersprochen bleiben.

Aus der internationalen Linken

Berlusconis Arznei bringt den Kranken um

Italiens Linkspolitiker Nichi Vendola im Interview; aus: Neues Deutschland, 7. September 2011

Nichi Vendola (53) ist Präsident der süditalienischen Region Apulien und Sprecher des rot-grünen Parteienbündnisses Sinistra Ecologia Libertà (SEL). Der gläubige Katholik war einer der ersten italienischen Politiker, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekannten. Dank seiner großen Popularität gilt er als möglicher Anwärter auf die Spitzenkandidatur für ein Mitte-Links-Bündnis. Am vergangenen Wochenende führte er in Berlin Gespräche mit dem LINKE-Vorsitzenden Klaus Ernst. Für ND befragte Antje Stiebitz den italienischen Politiker.

● **Ein interessanter Zahlenvergleich: Alle Bürgermeister und Stadträte kleinerer italienischer Städte kosten zusammen 5,8 Millionen Euro. Genauso viel zahlen die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung für ihre Restaurantbesuche. Ministerpräsident Berlusconi wollte Gemeinden zusammenlegen, um Geld zu sparen. Da wird doch wohl am falschen Ende gekürzt?**

Es gab verschiedene Fassungen des italienischen Sparpakets, keine davon ist bisher endgültig. Von den Kürzungen für die Politiker ist allerdings wenig übrig geblieben. Die größten Abstriche werden am Sozialstaat vorgenommen. Es gibt tatsächlich gehässige Privilegien in der Welt der Politik. Merkwürdig ist nur, dass sich ausgerechnet die Regierung Berlusconi jetzt über diese Privilegien beschwert. Diese Minister regieren seit 15 Jahren das Land – der Berlusconiismus ist eine Epoche. Damit man das soziale Gemetzel verbergen kann, sagt die Regierung: „Wir werden die Reichen härter schlagen“ und „Wir werden die politische Kaste schlagen“. Berlusconi richtet den Zeigefinger auf die Politiker – er, der seit 15 Jahren Herr der politischen Kaste und der Medienlandschaft ist, und noch dazu der reichste Mann im Land! Die Diskussion über die Einsparungen in den Gemeinden ist dramatisch. Bei der Korruption oder den Spesen der Politiker wird die Regierung nicht kürzen, dafür bei den Rechten der

Bürger. Wird Apulien von den Sparmaßnahmen getroffen, werde ich die öffentlichen Verkehrsmittel, die Umweltpolitik und die Kindertagesstätten abschaffen müssen.

● **Warum zeigen die Italiener Berlusconi denn nicht endlich die rote Karte?**

Die Italiener warten nur darauf, die Gelegenheit dafür zu haben. Das Parlament hat bereits versucht, Berlusconi davonzujagen. Man hatte darauf gesetzt, dass die Rechten, die sich mit ihm gestritten haben, zur Opposition überlaufen. Aber Berlusconi hat Abgeordnete dafür bezahlt, dass sie ihn weiter unterstützen. Bei den Kommunalwahlen und beim jüngsten Referendum hat er immerhin eine Niederlage einstecken müssen. Doch Anti-Berlusconiismus kann nicht nur moralische Kritik an Berlusconi sein. Wir brauchen ein alternatives Modell.

● **Wie könnte dieses Modell aussehen?**

Berlusconiismus bedeutet, alles zu privatisieren – das Ende der Gemeingüter. Also muss das Programm der Linken darin bestehen, den öffentlichen Raum und die Gemeingüter wiederzuentdecken.

● **Aber wie geht die Linke mit Italiens Schuldenlast um?**

Am Anfang der Krise stand die neoliberale Revolution. Die Arbeit wurde abgeschafft und die Finanzwirtschaft in den Mittelpunkt gestellt. In den letzten drei Jahrzehnten entstand das größte soziale Gefälle, das man in der Geschichte beobachten kann. Die Krise ist das Kind dieses Wahnsinns. Die reale Wirtschaft steht nicht mehr im Mittelpunkt. Momentan wird Geld durch Geld produziert. Warum wird die Finanzwirtschaft nicht gebremst? Früher hat bei uns der Chef einer Autofabrik 40-mal mehr als ein Arbeiter verdient, heute verdient er 450-mal so viel. Wir müssen in Bildung, Forschung und grüne Ökonomie investieren. Die italienischen Sparpakete sind eine Arznei, die den Kranken umbringt. Die Reichen müssen mehr zahlen und Privilegien müssen gekürzt werden. Wir müssen verhindern, dass die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben wird. Besser wäre es, die Vollbeschäftigung gesetzlich zu verankern.

● **Wie wollen Sie Arbeit schaffen? Betrachten Sie Industrialisierung als Lösung?**

Wir haben in Italien nicht die Chance, uns so wie in Deutschland oder Frankreich auf Auto-, Chemie- oder Stahlindustrie zu stützen. Industrialisierung wäre ein Teil der Lösung. Ich meine aber nicht die Industrialisierung des 19. oder 20. Jahrhunderts. In meiner Region habe ich Kulturindustrie aufgebaut, Film- und Musikindustrie. Aber ich würde auch die Maschinenbau, Stahl-, Chemie- oder Textilindustrie unterstützen. Der Kompass für die Zukunft ist die Innovation.

● **In Kalabrien gibt es die kleine Gemeinde Riace. Dort schaffte es der Bürgermeister Domenico Lucano, das austerbende Dorf mit Hilfe von Flüchtlingen zum Blühen zu bringen.**

Migranten sind ein Teil der Lösung. Wir haben in Italien an die drei Millionen Familien, die ihren Hausschlüssel an Pflegepersonal übergeben haben. Die Migranten leben und arbeiten bei den Familien. Ohne Migranten könnten unsere Renten nicht gezahlt werden. Europa ist ein alter Kontinent, es gibt bei uns zu wenig Kinder und zu wenig neue Ideen.



Die Migranten sind eine der wenigen Lösungen für unseren alten Kontinent.

● Brauchen wir eine neue Vision für das alte Europa?

Vielleicht ist es wirklich an der Zeit, die Vereinigten Staaten von Europa aufzubauen. Wir brauchen ein linkeres und vielleicht auch ein christlicheres Europa. Wir müssen die alte Utopie und die Demokratie wieder ins Leben rufen. Und wir brauchen eine post-ideologische, pluralistische Linke, eine Linke für das Volk und die Jugend.

Kurzanalyse der Parlamentswahlen in Portugal aus linker Sicht

Von Dominic Heilig, Referent der Bundestagsfraktion DIE LINKE; aus: <http://dominic.linkeblogs.de>

Die diesjährigen Parlamentswahlen in Portugal waren nötig geworden, nachdem die Minderheitsregierung unter dem Sozialisten José Socrates (PS) nach dreimaliger Abstimmung keine Mehrheit für die dritte Stufe ihres Kürzungsprogramms erhalten hatte. Gegen die dritte Stufe stimmten, wie schon zuvor gegen die beiden ersten Programme 2010, die beiden Linksparteien Linksblock (BE) und Portugiesische Kommunistische Partei (PCP). Auch der linke (Parlaments)Flügel der regierenden Sozialistischen Partei (PS) stimmte gegen alle drei Kürzungspakete. Die Mehrheit für seine Programme erhielt Socrates 2010 nur mit Hilfe der Stimmen der größten Oppositionspartei, der liberal-sozialdemokratischen Partei (PSD). Diese verwehrt Socrates jedoch im März 2011 ihre Zustimmung, so dass die Regierung am 24. März zurücktrat und Präsident Cavaco Silva (PSD) für den 5. Juni 2011 Neuwahlen ansetzte. Die Verweigerung der abermaligen Zustimmung durch die PSD entsprang jedoch nicht einem inhaltlichen Kurswechsel, sondern steigenden Umfragewerten für die PSD bei gleichzeitig sinkenden Popularitätswerten für Ministerpräsident Socrates.

Kopf-an-Kopf-Rennen und kein Politikwechsel

Am 5. Juni 2011 waren nun 9,6 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Zu den Wahlen traten 17 politische Parteien und Listenverbindungen an. In das neue Parlament zogen die fünf bereits bislang dort vertretenen Parteien wieder ein (von links nach rechts):

Portugiesische Kommunistische Partei (PCP), Linksblock (BE), Sozialistische Partei (PS), liberal-sozialdemokratische Partei (PSD), rechts-populistische Zentrumspartei (CDS-PP) Die Umfragen in den Wochen vor dem Wahltermin konnten keine sicheren und zutreffenden Angaben zu den Partei- und Wahlpräferenzen der Wählerinnen und Wähler machen.

Die beiden stärksten politischen Parteien PS und PSD waren im Wahlkampf nach ihren inhaltlichen Schwerpunkten kaum voneinander zu unterscheiden. Beide Parteien hatten die zwei bzw. drei Kürzungsprogramme mitgetragen, die vor allem geprägt waren durch:

- den Stopp öffentlicher Investitionen für Großprojekte (Tejo-Querung, Eisenbahnausbau nach Madrid, Modernisierung der Infrastruktur)
- das Einfrieren der Renten und Gehälter im Öffentlichen Dienst
- das Absenken des Mindestlohns und der Mindestrenten auf 300 Euro pro Monat
- die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent (derzeit bei 23 Prozent, Zwischensteuersatz bei 13 Prozent)
- den Stopp der Investitionen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, besonders im Bildungs- und Gesundheitswesen
- massive Privatisierung staatlicher Unternehmen in den kommenden drei Jahren mit einem Gesamtvolumen von rund 5 Milliarden Euro.

Beide Parteien, PS wie PSD, warben deshalb weniger inhaltlich, sondern eher strategisch um die Zukunft des Landes und damit um eindeutige Mehrheitsverhältnisse. Beide akzeptieren die Verhandlungsergebnisse mit der Troika (EU, IWF und Eurozone) und damit auch weitere Kürzungsmaßnahmen.

Aufgrund dieser inhaltlich verschwommenen Trennungslinie zwischen den Parteien der Mitte umwarben diese jeweils die politischen Ränder des Parteiensystems. Die PS agierte mit ihrem „voto util“, der nützlichen Stimme, und forderte die traditionell links wählenden Stimmberechtigten auf, ihre Stimme der PS und nicht dem BE oder der PCP zu geben. Letztere trat wie seit langem im Bündnis mit den Grünen als „CDU“ an.

Antworten und Strategien der portugiesischen Linken

Der Linksblock (BE)

Der BE fand vor allem drei Antworten auf die strategischen und politischen Herausforderungen im Wahlkampf:

1. Kooperation der parteipolitischen Linken: Obwohl sich PCP und BE seit der Gründung des Linksblocks fast unversöhnlich gegenüber stehen, trafen sich beide, von den Medien viel beachtet, Anfang April, um über mögliche Koalitionen und Kooperationen zu beraten. Zwar kam es nicht zu prä-elektoralen Kooperationsvereinbarungen, aber man verabredete sich auf einen kurzfristigen Termin nach den Wahlen, um über post-elektorale Bündnisse im Parlament zu diskutieren. Beide Parteien stimmten in der vergangenen Legislaturperiode in 80 Prozent der Fälle gemeinsam ab, dennoch trennen beide Formationen kulturell, historisch und programmatisch immer noch Welten. Ein Teil des BE, der erst 1999 gegründet wurde, sind ehemaligen PCP-Mitglieder, die aufgrund des innerparteilich stark gelebten „Demokratischen Zentralismus“ ausgetreten waren. Die Medien verfolgten das erste Treffen nach zwölf Jahren zwischen beiden Parteien mit großer Aufmerksamkeit (Titelseiten aller überregionalen Tageszeitungen).

2. Eine „verantwortungsvolle Linke“: Kernthese der Strategie der Partei war es, den Linksblock als Teil einer „verantwortlichen Linken“ zu definieren. Die Partei sah im Vorfeld der Wahlen keine Möglichkeit einer post-elektoralen Kooperation mit der bislang regierenden Sozialistischen Partei (PS), dennoch wollte sie dem Vorurteil entgegentreten, nur auf Opposition zu setzen und sich so der Übernahme von (Regierungs-)Verantwortung nach den Wahlen zu entziehen.



Aus dem Konzept einer „verantwortungsvollen Linken“ entwickelte die Partei eine interessante politische Strategie: So warb der BE-Vorsitzende Francisco Louça offensiv für eine linke Mehrheit im portugiesischen Parlament und eröffnete dadurch die Möglichkeit einer Kooperation des BE und der PCP mit dem linken PS-Flügel. Dieser hatte in den vergangenen Jahren den Kürzungspaketen der Minderheitsregierung von Premier Socrates stets die Zustimmung verweigert. Bereits im Januar 2011 hatte der Linksblock den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten und Nationaldichter, Manuel Alegre unterstützt, der Exponent des linken Flügels innerhalb der PS ist. Zusätzlich ging er offen auf die Gewerkschaften zu, um auch dort linkes Potenzial in eine „verantwortungsvolle Linke“ einzubinden. Mit dieser (kommunikativ) schwierigen Strategie versuchte die Partei die Wahlstrategie der Sozialistischen Partei (PS) des „voto util“ (nützliche Stimme) zu umgehen.

3. Demokratisierung & Europäisierung: Schließlich aber setzte der Linksblock vor allem auf die jungen Menschen in Portugal, die, ähnlich wie im Vorfeld der Regionalwahlen in Spanien Ende Mai, am 13. März 2011 über soziale Netzwerke und ohne die Hilfe von Parteien oder Gewerkschaften zu den größten Demonstrationen (Facebook-Demonstration) seit dem 1. Mai 1974 (nach der Nelkenrevolution) mobilisiert hatten. Viele dieser jungen Menschen hatten bis dato noch nie gewählt, da sie dem politischen System und all seinen politischen Parteien skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. In diesem Milieu sah der Linksblock für sich und eine politische Linkswende in Portugal das größte Potenzial. Der Linksblock, der sich seit seiner Gründung nicht nur als Partei oder Teil der sozialen Bewegung versteht, sondern nach eigener Aussage selbst eine Bewegung darstellt, nahm dies zum Anlass, einen umfassenden Systemwechsel auf der Basis einer radikalen Demokratisierung des Landes zu fordern. Der BE forderte eine „zweite Nelkenrevolution“.

Gleichzeitig erteilte die Partei allen Tendenzen eine Absage, die einer stärkeren Betonung des Nationalstaates in Wirtschaft und Politik das Wort redeten. Vielmehr setzte der BE auf die Neugründung der Europäischen Union und die Installation einer Europäischen Wirtschaftsregierung.

Die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP)

Die PCP stellte vor allem zwei Forderungen in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes:

1. Renationalisierung der Schlüsselindustrien und erneute Debatte über den Austritt Portugals aus EU und Eurozone: Anders als der BE verband die PCP ihre Forderung nach einem Stopp der Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge mit der Forderung nach einer Renationalisierung der einheimischen Schlüsselindustrien. Dabei bezog sich die Partei auf ihre Forderungen in der ersten Verfassungsgebenden Versammlung zur Verabschiedung einer Verfassung nach der Nelkenrevolution 1975. Gleichzeitig stellte sie, wie die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), einen Verbleib des Landes in der Eurozone und in der EU in Frage. Diese Position wurde vor allem durch die Verhandlungen Portugals mit der Troika (EU, IWF und Eurozone) verursacht.

2. Demokratisierung vs. Klassenstaat: Auch die PCP sah in den aufkeimenden Protesten der Jugend ein großes Potenzial für sich als Partei. Allerdings negierte sie den politischen Gehalt der Proteste und monierte deren fehlende politische

und klassenspezifische Ausrichtung. Ihrer Ansicht nach seien die Demonstrationen eben nicht mit 1974/75 vergleichbar. Die PCP orientierte stattdessen auf einen radikalen Systemwechsel und forderte die Jugend auf, sich dieser Haltung anzuschließen. Wohl auch deswegen konnte die PCP bei den jungen Protestierenden nicht sonderlich gut punkten. Eine Koalition mit der PS oder deren Tolerierung schloss die Partei rigoros aus.

Gemeinsame Forderungen von PCP und BE

- Schaffung von Arbeitsplätzen und Verstaatlichung von Schlüsselindustrien (hier PCP viel weiter gehend als BE)
- Stopp des Sozialabbaus
- Stopp der Privatisierungen und Erhöhung der staatlichen Investitionen
- Ablehnung der Konzepte der Troika (EU, IWF, Eurostat) – PCP erwägt Austritt aus EU und Eurozone
- Bekämpfung von Vetterwirtschaft und Korruption.

Die Wahlergebnisse im Einzelnen

Die Wahlbeteiligung lag bei nur 55 Prozent. Damit traten von den 9,6 Millionen Wahlberechtigten erneut 4 Prozent weniger als bei den vorangegangenen Wahlen 2009 an die Urnen. In einigen kleineren südlichen Gemeinden wurden durch Bauern Wahllokale blockiert, in einem Fall sogar Bienenvölker freigelassen, um die Abstimmung zu behindern. Etwa 4 Prozent der abgegebenen Stimmen waren ungültig.

Erster Wahlverlierer ist eindeutig die bislang regierende PS unter Premier José Socrates, die nunmehr auf kaum 28,05 Prozent der Stimmen kommt. Zu den Wahlverlierern gehört aber auch der Linksblock. Er stürzte von 9,8 Prozent 2009 auf 5,19 Prozent 2011 ab, das Bündnis CDU legte nur leicht zu und erreichte 7,94 Prozent (plus 0,08). Der Linksblock ist damit wieder bei seinem Ergebnis von 2005 angelangt.

Zu den eindeutigen Wahlsiegern gehört die bislang größte Oppositionspartei Portugals, die liberal-sozialdemokratische PSD. Mit ihrem Spitzenkandidaten und zukünftigen Ministerpräsidenten Pedro Passos Coelho erreichte sie 38,63 Prozent der Stimmen. Zweiter Wahlsieger ist die rechtspopulistische CDS-PP, welche sich auf 11,74 Prozent der Stimmen steigern konnte.

Insgesamt waren 17 Parteien und Listenverbindungen zu den Wahlen angetreten, aber nur die hier näher benannten zogen auch in das Parlament ein und teilen die 230 Abgeordnetensitze untereinander auf. Die Mehrheit liegt demzufolge bei 116 Sitzen. Das Land ist durch die Wahlen 2011 praktisch zweigeteilt worden. Während die Hochburgen der Konservativen und der Rechtspopulisten im Norden des Landes liegen, konnte die PS im Süden punkten. Im Süden, besonders im Alentejo, Evora, Beja und in Setubal war die PCP stark (über 20 Prozent), der Linksblock war vor allem in den oder um die urbanen Zentren vergleichsweise stark (Porto, Lissabon über fünf Prozent).

Ein (Zwischen)Fazit

Wie auch immer nun die Koalitionsverhandlungen ausgehen – eine Koalition zwischen den beiden Rechtsparteien PSD und CDS-PP ist wahrscheinlich. Eines ist klar: In jedem Fall wird die kommende Regierung die zwischen der Troika und der



(geschäftsführenden) Minderheitsregierung unter José Sócrates (PS) ausgehandelten Kürzungspakete durchsetzen (müssen), denn an diese sind die Finanzhilfen in Höhe von 78 Milliarden Euro für das Land gebunden.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass die radikale Linke von den vorgezogenen Neuwahlen nicht nur nicht profitieren konnte, sondern, im Gegenteil, vor allem durch das schlechte Abschneiden des Linksblock sogar geschwächt wurde.

Tiefer zu analysieren wird auch sein, warum sich die Massenproteste nicht positiv sowohl auf die Wahlbeteiligung, als auch auf die Ergebnisse der radikalen Linken auswirkten. Ist es wirklich so, dass das Vertrauen der Jugend, ähnlich wie in Spanien, in das gesamte politische Establishment, also auch die Linke, derart schwach ist? Und wenn ja, sind die Strategien der politischen Linken zur Gewinnung dieses Potenzials die richtigen (gewesen)?

Weder verfiel die Strategie des BE, für eine „verantwortungsvolle Linke“ zu werben und sich damit irgendwo zwischen Regierungsoption und strikter Opposition zu bewegen, noch scheint die Strategie der PCP mit dem Ruf nach einer starken Renationalisierung aufgegangen zu sein. Die Menschen in Portugal, zumindest jene, die überhaupt zur Wahl gingen, wollten stabile Mehrheitsverhältnisse. Anders ist die Gleichzeitigkeit von massenhaftem Protest und der Wahl ausgerechnet jener Kräfte, die ursächlich für das Staatsdefizit und die radikalen Kürzungen im Sozialbereich verantwortlich sind, nicht zu erklären. Die Strategien der beiden Großen, an den jeweiligen politischen Rändern zu fischen, war demnach erfolgreich.

Die Linke profitiert also auch in Portugal nicht automatisch von aufkeimenden starken Protesten der Jugend oder von den Krisenerscheinungen nach dem Finanzmarktcrash 2009/2010. Egal wie sehr die radikale Linke das bestehende politische System bekämpft, sich außerhalb dessen stellt oder sich als politische Alternative präsentiert: Die radikale Linke wird als Teil des politischen Systems – wie in Spanien bei den Regionalwahlen auch zu beobachten war – wahrgenommen und damit, ganz gleich, welche unterscheidbaren politischen Forderungen durch die Linksparteien zum Rest des Parteiensystems vertreten werden – mehr als Problem, denn als Teil der Lösung betrachtet. Viele Protestierende zogen es eher vor, nicht zu wählen, als sich für eine politische Alternative zu entscheiden, für die beiden Parteien, die konsequent gegen die Kürzungspakete der Regierung votierten und agitierten.

Es wird sich nun zeigen, wie belastbar zum einen die Parteien der radikalen Linken nach innen sind und zum anderen, wie realistisch der vorgetragene Wunsch nach engerer Kooperation zwischen BE und PCP angesichts dieses Abfalls wirklich ist. Dennoch gehört die portugiesische Linke auch nach den Wahlen 2011 verglichen mit den anderen Linksparteien in Europa zu den stärksten. Beide, PCP und BE vereinigen gemeinsam noch immer ca. 13 Prozent der (abgegebenen) Wählerstimmen auf sich.

Ein Durchbruch für radikal-reformerische Politik

Kurzanalyse der Parlamentswahlen in Dänemark; von Dominic Heilig, Referent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Vorbemerkung

Hinter dem kleinen skandinavischen Staat Dänemark liegt ein kurzer, aber intensiver und konfliktreich geführter Wahlkampf. Am 26. August 2011 kündigte Regierungschef Lars Løkke Rasmussen (Venstre, V) für den 15. September 2011 vorgezogene Neuwahlen an. Damit ist Dänemark das fünfte Land der Europäischen Union (EU) nach Irland, Griechenland, Portugal und Spanien, das die Wahlbevölkerung aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise vor Ablauf einer Legislaturperiode an die Wahlurne ruft.¹

Zwar hätte das Land im November ohnehin ein neues Parlament bestimmen sollen, aber die derzeit amtierende rechtskonservative Minderheitsregierung hätte die Geschichte des Landes wohl kaum bis zum Jahresende bestimmen können. Zum einen ist die Koalition aus rechtsliberaler Venstre und konservativer Volkspartei wegen der Programme zur Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Dänemark als Exportland stark getroffen hat, zerstritten und kaum mehr kommunikationsfähig. Zum anderen war sie im Folketing (Parlament) häufig auf die Stimmen kleinerer konservativer Parteien angewiesen. Dabei hat sich die Regierung vor allem von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DF) abhängig gemacht. Dies hat jüngst (Aussetzung des Schengener Abkommens und Wiedereinführung von Grenzkontrollen nach Deutschland) zu einem Ansehensverlust Dänemarks in der EU geführt. Auch die Tatsache, dass auf Druck der DF in dem liberalen Dänemark eines der schärfsten Asylsysteme der EU eingeführt wurde, stieß vielfach auf Kritik, und das nicht nur bei Nichtregierungsorganisationen.

Trotz der Probleme innerhalb der Koalition aus Venstre und Konservativen traten beide als „blauer Block“ gegen die Parteien links der Mitte, den „roten Block“, unter Führung der Sozialdemokraten an. In Dänemark standen sich also zwei in etwa gleich starke politische Blöcke gegenüber, die jeweils von einer großen und mehreren kleineren Parteien gebildet werden.

Zum politischen System Dänemarks

Dänemark blickt auf eine lange Geschichte des Parlamentarismus zurück. Bereits am 5. Juni 1849 wurden freie Wahlen im Grundgesetz verankert, 1915 erhielten die Frauen das Wahlrecht. Die noch heute gültige Verfassung von 1953 sieht die Einrichtung eines Ein-Kammer-Systems vor. Das Folketing besteht aus 179 Abgeordneten, von denen 175 in Dänemark sowie jeweils zwei auf den Färöern und in Grönland bestimmt werden. Die Mandate werden nach dem Verhältniswahlrecht verteilt. Es gilt eine Sperrklausel von zwei Prozent der Stimmen.

Seit 1909 verfügt keine Partei im Folketing über eine absolute Mehrheit. Die Regierungsbildung war immer von der Koalitionsfähigkeit der beteiligten Parteien oder der Tolerierung einer Minderheitsregierung abhängig. Seit 1982 bestehen Koalitionen aus mehreren Parteien, die ihrerseits teilweise auf die Stimmen der Opposition angewiesen sind. Eine



Legislaturperiode dauert vier Jahre, allerdings kann der Ministerpräsident – wie jüngst geschehen – innerhalb der Wahlperiode Neuwahlen ausschreiben, wenn er dies für politisch erforderlich oder vorteilhaft hält.

Dänemark besteht aus fünf Regionen und 98 Gemeinden. Es gibt 135 Direktmandate, die auf die Regionen und dann auf sogenannte Mehrpersonenwahlkreise verteilt sind. Die Kandidaten stellen sich in jeweils einem der 17 Mehrpersonenwahlkreise zur Wahl. Die restlichen 40 Sitze im Folketing sind sogenannte Kompensationssitze. Die Sitzberechnung ist für deutsche Verhältnisse sehr kompliziert.

Spätestens ab 1920 hatte sich in Dänemark ein stabiles Parteiensystem herausgebildet. Dieses bestand aus vier Parteien: den Sozialdemokraten, den Konservativen, den (Rechts)Liberalen und den Sozialliberalen. 1960 kam es zu einem ersten Aufbrechen des Parteiensystems, denn mit dem Einzug der Sozialistischen Volkspartei (SF) ins Folketing erweiterte sich das Parteienspektrum. Ein zweites Mal wurde das etablierte Parteiensystem Mitte der 1990er Jahre mit der Etablierung der Rot-Grünen Einheitsliste und der rechts-populistischen Dänischen Volkspartei aufgebrochen. Die Wahlbeteiligung ist in Dänemark traditionell hoch und lag bislang immer um die 85 Prozent.

Seit fast 20 Jahren heißt der Regierungschef in Dänemark Rasmussen. Zuerst führte der Sozialdemokrat Poul Nyrup Rasmussen vier Legislaturen die Regierung an (1993 – 2001), ihm folgte der rechtsliberale Anders Fogh Rasmussen mit drei Regierungszeiten (2001 – 2009) und seit 2009 Lars Løkke Rasmussen, ebenfalls vom rechtsliberalen Venstre.

Erstmals seit 20 Jahren bestand also die Chance, dass Dänemark in der kommenden Legislaturperiode nicht von einem Ministerpräsidenten mit dem Namen „Rasmussen“ regiert wird. Die sozialdemokratische Spitzenkandidatin Helle Thorning-Schmidt konnte im Falle eines Wahlsieges zudem die erste Regierungschefin Dänemarks werden.

Die radikale Linke Dänemarks

Neben der Sozialdemokratischen Partei existieren in Dänemark – im Unterschied zu den anderen skandinavischen Staaten – gleich zwei etablierte Linksparteien, ähnlich wie in Griechenland, Portugal und Frankreich. Dabei bildet die Rot-Grüne Einheitsliste den linken Rand des Parteiensystems. Zwischen der Einheitsliste und der Sozialdemokratie operieren die Volkssozialisten. Erst in den vergangenen Jahren und unter dem Eindruck der rechtskonservativen bis rechtspopulistischen Regierungsjahre hat sich das Verhältnis beider Parteien untereinander normalisiert und ist seit kurzem durch eine offene und kooperative Atmosphäre geprägt.

Die Volkssozialisten

In der politischen Literatur wird die SF oft mit dem linken Flügel der deutschen Grünen verglichen. Dies geht vor allem auf die ökologischen programmatischen Grundsätzen der Partei zurück. Die SF nimmt darüber hinaus einen Beobachterstatus bei den Europäischen Grünen ein und ist Mitglied in der Europafraktion der Grünen. Bis 2009 allerdings entsandte die Partei je einen ihrer beiden Europaabgeordneten in die Grüne- und in die Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament.

Programmatisch, organisatorisch und historisch ist die SF aber vielmehr mit der deutschen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu vergleichen. Entstanden ist die SF

1959 aus der Kommunistischen Partei Dänemarks, vor allem aus der Kritik an der Politik der Sowjetunion und der Intervention der Roten Armee in Ungarn. Die SF verfolgte daraufhin einen eurokommunistischen dritten Weg zum Sozialismus. Mit dem Ende des Kalten Krieges und des Zusammenbruchs des Ostblocks in Europa kappte die Partei die letzten Verbindungen zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas und kooperierte zum Beispiel über das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) nun mit radikal-reformerischen demokratischen Sozialisten, wie der deutschen PDS oder der griechischen SYNASPISMOS.

Die reformsozialistische Programmatik der SF wurde zu Beginn der 1980er Jahre durch ökologische Ziele ergänzt. Auch dadurch kam es in Dänemark nicht zur Herausbildung einer monothematischen grünen Partei.

Seit den 1960er Jahren im Folketing vertreten, gelang der Partei mit den Wahlen 2007 der Durchbruch. Vor vier Jahren errang die SF 13 Prozent der Stimmen (+7) und nahm auf 23 Sitzen im Parlament Platz (+12). Gestärkt durch das Wahlergebnis und vor allem durch die strategische, programmatische und inhaltliche Schwäche der Sozialdemokratie verdreifachte sich die Mitgliederzahl der SF zwischen 2007 und 2010 auf rund 18 000.

Die meisten Neumitglieder waren zuvor Mitglied der Sozialdemokraten. Auch die Popularität des SF-Parteivorsitzenden Villy Sovndal dürfte diesen Zuwachs hinreichend begründen.

Die Rot-Grüne Einheitsliste

Die Einheitsliste – wie bereits der Name verrät – entstand 1989 aus einem zunächst nur als Wahlbündnis gebildeten Zusammenschluss von Kommunistischer Partei (DKP), Linkssozialisten (VS), der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und vielen parteilosen Einzelpersonen, die zuvor in mannigfaltigen maoistischen, trotzkistischen oder stalinistischen K-Gruppen und Zirkeln organisiert waren. 1991 traten dem Bündnis die inzwischen aufgelöste Kommunistische Arbeiterpartei (KAP) und 1997 das Aktive Sozialistische Forum (ASF) bei.

Die Aufspaltung der radikalen Linken in den 1970er Jahren und der beinahe zur vollkommenen Zerstörung führende sektiererische Kleinkrieg unter den Miniparteien und K-Gruppen sollte mit dem Wahlbündnis überwunden werden. Ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie wurde geschaffen und eine große Skepsis gegenüber Funktions- und Mandatsträgern zur Basis der innerparteilichen Organisation gemacht. Nach einer kurzen Übergangsphase gelang es, das Wahlbündnis in eine eingetragene Partei zu überführen. Dennoch begreift sich die Einheitsliste mehr als parlamentarischer Arm der sozialen und globalisierungskritischen Bewegung, denn als Partei.

Seit 1990 im Parlament vertreten, spielte die Einheitsliste vor allem in den Jahren der sozialdemokratischen Minderheitsregierungen unter Poul Nyrup Rasmussen eine wichtige und zentrale Rolle. Ihre Stimmen waren im Folketing oftmals das Zünglein an der Waage.

Die Partei, international organisiert im Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF), ist nach jahrelangem Beobachterstatus nunmehr Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL) und zugleich Teil der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL). Rund 4 500 Dänen verfügen über ein Mitgliedsbuch der Partei, welche durch ein Kollektivorgan,



einen 21-köpfigen Vorstand – und nicht durch Vorsitzende – gelenkt und geleitet wird.

Die politischen Blöcke – zentrale Felder der Auseinandersetzung

Obwohl der Wahlkampf in Dänemark nur kurze drei Wochen dauerte, befand sich das Land seit über einem Jahr in sogenannten Vorwahlkämpfen. Seit Monaten wurde in den Parteien und in der Presse mit vorgezogenen Neuwahlen gerechnet. Die Umfragewerte der Regierungskoalition hatten seit 2009 insbesondere durch die Wirtschafts- und Finanzkrise stark gelitten. Die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes, vor allem in den Themenfeldern Wirtschafts- und Sozialpolitik, dominierten auch die letztlich kurze heiße Wahlkampfphase.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat das exportabhängige Land schwer getroffen. 2009 ist die Wirtschaftsleistung um fünf Prozent gesunken und hat sich seither kaum erholt. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit 2008 von 2,7 auf 6,1 Prozent mehr als verdoppelt. Nach anderen Berechnungen wird sogar eine Arbeitslosenquote von rund acht Prozent ausgewiesen. Die Zeit der jahrelang erwirtschafteten Haushaltsüberschüsse war nun endgültig vorbei. Bereits diese konnte die rechtskonservative Regierung nur durch massive Sozialkürzungen erreichen. So wurden beispielsweise die Möglichkeiten, in Frührente zu gehen, stark eingeschränkt.

Für das kommende Jahr rechnete die scheidende Regierung mit einem Haushaltsloch von rund 11,4 Mrd. Euro, was 4,6 Prozent des BIP entspricht. Damit würde auch Dänemark die EU-Stabilitätskriterien, die eine Neuverschuldung von maximal drei Prozent des BIP zulassen, nicht erfüllen. Das wirtschaftliche Wachstum für 2012 und 2013 wird derzeit um die Ein-Prozent-Marke angegeben.

Mit dem Urnengang 2011 hatten sich die Dänen somit nicht nur zwischen zwei politischen Blöcken, sondern eben auch zwischen zwei Zukunftsoptionen zu entscheiden. Während die bisherigen Regierungsparteien auch im Wahlkampf auf strenge Haushaltsdisziplin und weitere Kürzungen bei den traditionell hohen Sozialleistungen setzten, agitierte die (linke) Opposition mit einem milliardenschweren Konjunkturpaket, das die Wirtschaft ankurbeln sollte. Gleichzeitig forderten auch die Sozialdemokraten größere Opfer von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. So sollte es – im Falle eines Wahlsieges – zu einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit kommen. Dies war einer der am meisten umstrittenen Punkte innerhalb des (linken) Oppositionslagers im Vorfeld und während des Wahlkampfes.

Ein zweites zentrales Feld der Auseinandersetzung im Wahlkampf war die Zuwanderungs- und Ausländerpolitik. Die rechtskonservative Minderheitsregierung musste sich die Zustimmung der Rechtspopulisten für ihre Wirtschaftspolitik besonders im Politikbereich Integration und Migration teuer erkaufen. So gelang es der rechtspopulistischen DL, zahlreiche Änderungen und Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht durchzusetzen. Dänemark rückte damit in Europa weit nach rechts. Das dänische Ausländerrecht gilt mittlerweile als eines der härtesten in der Europäischen Union.

So wurde zum Beispiel von rechts die sogenannte 24-Jahres-Regel durchgesetzt. Sie verbietet eine Familienzusammenführung bei Ehen zwischen Dänen und Ausländern, wenn einer der Partner jünger als 24 Jahre alt ist. Dadurch

sollten Zwangsehen verhindert werden, so die Rechtspopulisten. Suchten 2001 noch 13 000 Menschen in Dänemark Asyl, waren es 2010 nur noch 5 000.²

Gegen die verschärfte (Nicht-)Zuwanderungspolitik machten im Wahlkampf besonders die beiden kleinen radikalen Linksparteien, die Einheitsliste und die Sozialliberalen, mobil. Die Volkssozialisten und Sozialdemokraten versuchten das Thema nicht allzu sehr in den Vordergrund zu stellen, um die Kooperation untereinander nicht noch weiter zu schwächen. Denn auch wenn vor allem SF und Sozialdemokraten nach außen als gemeinsamer Teil des linken Blocks auftraten, trennen diese beiden Parteien nach wie vor in vielerlei Hinsicht programmatische Welten. So hatten die Sozialdemokraten beispielsweise beim Thema Zuwanderung zwar eine neue Öffnung des Landes angekündigt, dennoch wollten sie nicht völlig mit der Logik der rechtskonservativen Regierung brechen. Dies missfiel vor allem den kleineren linken Partnern der Sozialdemokratie.

Zum dritten kam dem bislang amtierenden Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen nicht gerade zugute, dass er erst 2009 die Amtsgeschäfte von seinem populären Namensvetter übernommen hatte, der als NATO-Generalsekretär nach Brüssel wechselte. Dem Neuen blieb nur wenig Zeit, eigene Akzente zu setzen und sich als Führer des konservativen Blocks zu präsentieren. So machte der Parteichef der Konservativen, Lars Barfoed, bereits vor der Wahl deutlich, dass seine Partei – vor allem in der Ausländerpolitik – nicht länger bereit sei, sich zur Geisel der Rechtspopulisten von Pia Kjörsgaard zu machen.³ Erschwerend kam für den Amtsinhaber Rasmussen hinzu, dass er öffentlich eher als blass wahrgenommen wurde, während seine sozialdemokratische Herausforderin Helle Thorning-Schmidt schillernd im Rampenlicht stand, und mal ironisch, mal liebevoll in den Medien als „Gucci-Helle“ bezeichnet wurde.⁴ Unterstützung erhielt die 44-jährige Politikwissenschaftlerin, die in Brügge studiert hat und mit dem Sohn des populären Ex-Vorsitzenden der britischen Labour-Partei, Neil Kinnock, verheiratet ist, auch von ihren sozialdemokratischen Partnern in Skandinavien, zum Beispiel vom populären norwegischen Regierungschef Jens Stoltenberg. Das Projekt von Stoltenberg und „Gucci-Helle“ war nichts weniger als die Rückgewinnung der Mehrheit für die Sozialdemokratie in Skandinavien, was mit einer Wiederbelebung der allgemein anerkannten Formel des „Volksheims“ gleichgesetzt werden kann.

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien, hat die dänische Sozialdemokratie erkannt, dass sie ohne die Einbeziehung der Parteien links von ihr eine Regierungsoption kaum mehr erreichen wird. Ausdruck dieser neuen Hinwendung zur Linken war denn auch der bislang unübliche und somit historische, für Medien wie Delegierte überraschende Auftritt der sozialdemokratischen Parteivorsitzenden, Helle Thorning-Schmidt, auf dem SF-Parteitag 2010 in Odense. In ihrer kurzen Rede begrüßte sie die SF in der neuen Linksregierung Dänemarks.⁵ Gemeinsam mit den Sozialliberalen und der Einheitsliste bildeten SF und Sozialdemokraten so den linken Block, der sich gemeinsam aufmachte, die rechtskonservative Regierung zu Fall zu bringen. Während die Einheitsliste sich lediglich für eine mögliche Tolerierung einer Mitte-Links-Regierung nach den Wahlen aussprach, waren vor allem SF und Sozialliberale die treibende Kraft in dem Bündnis mit den Sozialdemokraten. Dennoch machten sich die Linksparteien keine Illusionen

über die Sozialdemokratie und setzten in dem linken Block eigene, zuweilen unerwartete Akzente.

So stellte die SF nach dem Vorbild ihrer norwegischen Schwester- und Regierungspartei erstmals ein Strategiepapier für einen sozial-ökologischen Wirtschaftsplan in Aussicht, der sich vor allem auf die Entwicklung des privaten Sektors konzentriert. Ziel der SF ist es nicht nur, den öffentlichen Dienst und den Wohlfahrtsstaat auszubauen, sondern eben auch private Investitionen zu fördern. So sollen zum Beispiel die Hürden für die Gründung von Firmen der ökologischen Zukunftstechnologien deutlich gesenkt, das Steuersystem reformiert und dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Erfahrungsgemäß ist es ein sehr schwieriges Unterfangen, linke Inhalte in Koalitionsverhandlungen mit der Sozialdemokratie selbst nach für die Linke erfolgreichen Wahlen durchzusetzen. Doch auch hier ging die SF andere Wege, als Deutsche oder Franzosen. Über ein Jahr lang saßen Arbeitsgruppen von SF und Sozialdemokratie zusammen und brühten über einem gemeinsamen Regierungsprogramm. Dass diese Gespräche nicht immer einfach waren, räumte der SF-Vorsitzende, Villy Sovndal, offen ein. Dennoch sei man, so der populäre Linksparteichef, ein ganzes Stück vorangekommen. „Grundlage für unsere Gespräche ist die gegenseitige Offenheit. Das hat dazu geführt, dass die Sozialdemokratie uns als Partner akzeptiert hat.“ So gelang es, viele Debatten, zum Beispiel über die Ressortverteilung in einer Regierung und die Schwerpunktsetzung ihrer Politik bereits vor der Wahl vom Tisch zu bekommen. Dieses Herangehen mündete schließlich in der Formel der jeweiligen linken Spitzenkandidaten, dass es nicht entscheidend sei, wie viele Stimmen die jeweiligen Parteien des linken Blocks bekämen, entscheidend sei vielmehr, dass die Linke insgesamt die Regierung stellt und damit Dänemark vor einem weiteren Rechtsrutsch bewahrt.

Wenngleich Teil des linken Blocks, so gelang es vor allem der kleinen Einheitsliste, verlorenes Vertrauen der Wählerin-

nen und Wähler zurückzugewinnen. Dies lag zum einen an der Ankündigung, nach den Wahlen nicht (wie bislang) auf Totalopposition zu schalten und eine Mitte-Links-Regierung zu stützen. Zum anderen sind die zuletzt steigenden Zustimmungswerte nach mageren 2,2 Prozent bei den letzten Wahlen wohl der Sprecherin der Einheitsliste, Johanne Schmidt-Nielsen zuzuschreiben.

Nielsen, in einer Landkommune mit 20 Familien aufgewachsen und gerade 23 Jahre alt, führte über Monate die Beliebtheitsskala der Politiker an. Das ist erstaunlich für die Sprecherin einer Partei, die gerade noch um die zwei Prozentmarke kämpfte. Bekannt wurde ihr Gesicht durch eine Geschichte am Rande einer sogenannten Elefantenrunde mit den Spitzen der Parteien im dänischen Fernsehen. In Unkenntnis ihrer Person bat der Parteichef der Konservativen Johanne Schmidt-Nielsen kurz vor Sendebeginn, ihm einen Kaffee zu bringen. Augenscheinlich hielt er sie für eine Angestellte des Fernsehsenders.⁶

Wahl gewonnen – aber kein Durchbruch für die Linke

Nach der ersten Auszählung der Stimmen liegt der „rote Block“ mit 92 Sitzen (90 Sitze beträgt die absolute Mehrheit) knapp vor dem „blauen Block“, der auf 87 Sitze kommt. Ministerpräsident Rasmussen hat noch am Wahlabend seine Niederlage eingeräumt und seinen Rücktritt angekündigt. Dennoch wurde seine Venstre-Partei erneut stärkste Kraft vor den Sozialdemokraten. Diese erreichten 2011 noch nicht einmal ihr historisch schlechtestes Ergebnis von 2007 und verloren wiederum leicht um 0,6 Prozentpunkte.

Dass Helle Thorning-Schmidt nun eine Mitte-Links-Regierung anführen kann, verdankt sie vor allem dem hervorragenden Abschneiden der beiden kleinen Linksparteien, der Einheitsliste und den Linksliberalen. Letztere verdoppelten beinahe ihr Ergebnis von 2007, während die Einheitsliste ihr Resultat sogar verdreifachen konnte. Vom Einbruch der Sozialdemokraten wurden auch die Volkssozialisten, der engste

Tabelle 1:
Wahlergebnisse 2001 – 2011

Partei	2001	2005	2007	2011
Rechtsliberale	31,2	29,0	26,2	26,7 (+0,4 %)
Sozialdemokraten	29,1	25,8	25,5	24,9 (-0,6 %)
Dänische Volkspartei	12,0	13,3	13,9	12,3 (-1,6 %)
Konservative	9,1	10,3	10,4	4,9 (-5,5 %)
Linksliberale	5,2	9,2	5,1	9,5 (+4,4 %)
Sozialistische Volkspartei	6,4	6,0	13,0	9,2 (-3,8 %)
Einheitsliste	2,4	3,4	2,2	6,7 (+4,5 %)
Wahlbeteiligung	83,6	84,4	86,6	87,7

Tabelle 2:
Wahlergebnisse der radikalen Linken

Partei	2007 (%)	Sitze	2011 (%)	Sitze
Sozialistische Volkspartei	13 (+7 %)	23 (+12)	9,2 (-3,8 %)	16 (-7)
Einheitsliste	2,2 (-1,2 %)	4 (-2)	6,7 +4,5 %)	12 (+8)
Linksliberale	2,2 (-1,2 %)	4 (-2)	9,5 (+4,4 %)	12 (+8)

Partner von Thorning-Schmidt, heftig getroffen. Die Partei verlor knapp vier Prozent der Stimmen und somit 12 Sitze im Folketing.

Die Sozialdemokraten (24,9 Prozent) werden nun vor allem mit ihren (tolerierenden) Juniorpartnern nachverhandeln müssen, um aus dem breiten Spektrum der Standpunkte eine Regierungsgrundlage zusammenzubringen. So beansprucht die Einheitsliste als „Wachhund am Zentrum der Macht“ Einfluss für „menschliche Politik“ in Einwanderung und Wirtschaft.

Der Journalist Troels Mylenberg sieht in der neuen Regierungskonstellation dennoch eine Chance auf Rückkehr zur Konsensdemokratie.⁷

Vor allem in den letzten Wochen ist der Vorsprung des linken Lagers gegenüber dem konservativen stark zusammengeschmolzen. Das gute Abschneiden von Sozialliberalen und Einheitsliste deutet darauf hin, dass die Wählerinnen und Wähler einen wirklichen Politik- und nicht nur Machtwechsel in Dänemark wollten. Beide Parteien positionierten sich im Gegensatz zu Volkssozialisten und Sozialdemokraten deutlich in Fragen der Integrations- und Migrationspolitik und setzten mehr als SF und Sozialdemokraten auf eine Stärkung der unter Druck stehenden Sozialsysteme. Letztere fokussierten sich hingegen mehr auf eine Ankurbelung der Wirtschaft, um die Talsohle und die hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden.

Zwar hat das zu erwartende Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Thorning-Schmidt und Rasmussen mit 87,7 Prozent zur höchsten Wahlbeteiligung seit 1984 geführt, dennoch wurden durch den Urnengang nicht die beiden großen Volksparteien Venstre und Sozialdemokratie, sondern die Parteien der jeweiligen politischen Ränder gestärkt. Denn auch wenn die rechtspopulistische DF Verluste hinnehmen musste, so ist zu konstatieren, dass sich diese Partei in Dänemark endgültig als Machtfaktor etabliert hat. Trotz der massiven Kritik im In- und Ausland an den migrantenfeindlichen Positionen der Partei und der (Mit-)Verantwortung für Sozialabbau und Wirtschaftskrise, konnte sich die DF bei leichten Verlusten deutlich über der Zehn-Prozentmarke behaupten.

Dänemark hat sich also nicht weiter nach links bewegt. Beide politischen Blöcke stehen sich beinahe gleich stark gegenüber. Es wird sich nun beweisen müssen, wie groß die Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie nach links außen wirklich sein wird und wie viele Projekte der radikalen Linken innerhalb der nächsten vier Regierungsjahre umgesetzt werden können. Davon wird schließlich abhängen, ob die erste Regierungschefin Dänemarks die volle Legislaturperiode im Amt sein wird. Als Mittler zwischen Sozialdemokratie und Einheitsliste könnte hier den Volkssozialisten in der Regierungskoalition eine völlig neue Rolle zufallen. Auch die SF muss nun zeigen, ob sie diese ausfüllen kann.

Anmerkungen

- 1 Der eigentliche Wahltermin war der 13. November 2011.
- 2 Vgl. „Die Zeichen stehen auf Regierungswechsel“, in: Welt online: www.welt.de
- 3 Vgl. ebd.
- 4 Vgl. „Gucci-Helle greift nach der Macht“, in: SPIEGEL online: www.spiegel.de
- 5 Vgl. Dominic Heilig, „Europas Linke auf der Suche nach einer neuen Strategie“, in: Neues Deutschland, 7.5.2010.
- 6 Vgl. „Jung, weiblich, überzeugend“, in: taz, 5.9.2011
- 7 Vgl. „Roter Block gewinnt Wahlen in Dänemark“, in: www.dw-world.de

AKEL in der Verantwortung für Zypern

Zum Besuch von AKEL-Generalsekretär Andros Kyprianou in Berlin

Von Andreas Günther, Mitarbeiter des Bereichs Internationale Politik beim Parteivorstand DER LINKEN; aus „Disput“, 10/2011

Als Lothar Bisky am 24. Februar 2008 vor die Kameras trat, um das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Hamburg zu kommentieren, wurde ihm ein kleiner Zettel zugesteckt. Beim Lesen entfuhr ihm ein halb unterdrücktes „Ja!“. Am Ende der Pressekonferenz wurden die Journalisten dann auch über die Ursache des für ihn „geradezu überschwänglichen Gefühlsausbruches“ informiert: Dimitris Christofias von der zyprischen Linkspartei AKEL hatte die Stichwahlen um die Präsidentschaft (bei der er auch Unterstützung durch Lothar Biskys erhielt) mit 53 Prozent gewonnen. Zum ersten Mal wurde ein Land der Europäischen Union von einem Linkspolitiker regiert.

Dreieinhalb Jahre später besuchte AKEL-Generalsekretär Andros Kyprianou Deutschland und DIE LINKE und traf zu Gesprächen mit dem Parteivorsitzenden Klaus Ernst, dem Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi sowie Außenpolitikerinnen und Außenpolitikern der Linksfraktion zusammen. Natürlich war es für die deutschen GesprächspartnerInnen von großem Interesse, über die Erfahrungen der AKEL bei der Regierung des noch immer vom Zypernkonflikt überschatteten und von der Eurokrise bedrohten Landes zu erfahren. Andros Kyprianou nutzte die Gelegenheit, den Zypernkonflikt und die aktuellen, leider wenig erfreulichen Entwicklungen ins Gedächtnis der deutschen LinkspolitikerInnen zu rufen.

Beeindruckt zeigte sich der Generalsekretär von der Einschätzung Klaus Ernsts zum deutschen Anteil an der Krise. Dieser machte die deutsche Politik des Sozialdumpings und der hemmungslosen Exportorientierung zumindest mitverantwortlich für die Eurokrise: „Wir haben unter unseren Verhältnissen gelebt.“ Die Schulden des Südens seien der deutsche Exportüberschuss. Solcherlei Analysen seien in Zypern nicht zu hören, erklärte Andros Kyprianou. Dort gäbe es nur die Erklärungsmuster des neoliberalen Mainstreams.

Überhaupt befindet sich die Regierung Christofias in einer schwierigen Lage: Alle Parlamentsparteien außer der AKEL, sämtliche Fernsehstationen, der größte Teil der Medien und der in Zypern äußerst einflussreiche orthodoxe Erzbischof positionieren sich mehr oder minder offen gegen sie. Die Krise machte es auch schwierig, die zu Beginn der Regierungszeit verfolgte Politik der sozialen Sicherung und der Stärkung der Binnennachfrage weiter zu verfolgen. Hier wurde jedoch der Unterschied zwischen linker Regierung und Opposition deutlich. Während die Regierung den Dialog mit den Gewerkschaften suchte und einen ausgewogenen Kompromiss erzielte, ist die Opposition mit ihrer Mehrheit im Parlament bestrebt, eine Politik der Sparmaßnahmen und Sozialkürzungen nach dem Vorbild der anderen EU-Staaten durchzusetzen. Eine auf zwei Jahre befristete Erhöhung der ohnehin niedrigen Unternehmenssteuer von 10 auf 11 Prozent wurde abgelehnt. Ein Kompromiss zwischen Präsident und Parlament ist da naturgemäß schwierig.

Insgesamt steht die zyprische Wirtschaft auf einer ver-



gleichsweise stabilen Grundlage. Die Verschuldung beträgt 62 Prozent des BIP. Das Haushaltsdefizit sollte in diesem Jahr 4 Prozent betragen. Durch die tragische Explosion auf einem Marinestützpunkt, bei dem auch das benachbarte größte Kraftwerk der Insel schwer beschädigt wurde, wird es voraussichtlich auf 6,5 Prozent steigen. Insgesamt sind das noch immer solide Haushaltsdaten. Ein nicht zu unterschätzendes Risiko liegt allerdings darin, dass zyprische Banken 17 Mrd. Euro in griechische Staatsanleihen investiert haben, eine Summe, die dem Doppelten des Budgets entspricht. Auch den genannten tragischen Unglücksfall am 11. Juli, dessen Ursache noch nicht abschließend geklärt ist, nutzte die Opposition, um in skrupelloser Weise Präsident Christofias persönlich für den Tod von 13 Menschen verantwortlich zu machen.

Das zweite große Hauptmotiv der Linksregierung neben sozialer Gerechtigkeit und Stabilität ist die Lösung der Zypernkrise und die Wiedervereinigung Zyperns in einem bizonalen, bikommunalen Staat mit einheitlicher Souveränität und Staatsbürgerschaft. Dafür hatte Dimitris Christofias gleich nach seinem Amtsantritt eine Arbeitsgruppe beauftragt und sich auch schon sehr früh mit dem damaligen Führer der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, Mehmet Ali Talat, zu persönlichen Verhandlungen getroffen. Obwohl der persönliche Kontakt zwischen beiden linksgerichteten Politikern gut ist und trotz großer Zugeständnisse der griechischen Seite, konnte keine Einigung erzielt werden. Hauptstreitpunkte sind die Machtverteilung und das Maß der Eigenständigkeit der beiden Teile – während die griechische Seite eher auf eine starke Zentralregierung setzt, möchte die türkische eher konföderale Strukturen – sowie die Frage der Entschädigung für Vermögensverluste während der wechselseitigen Vertreibungen. Mit der Wahl eines rechtsgerichteten nordzyprischen Führers sind nahezu keine Verhandlungsfortschritte mehr erzielt worden. Dieser Konflikt führt zu wachsendem Nationalismus, Xenophobie und Rassismus in Zypern. Eine neu geschaffene rechtsextreme Partei kam bei den Parlamentswahlen dieses Jahres auf 1,08 Prozent.

Es sind also schwierige Bedingungen, unter denen die AKEL sich bemüht, einerseits ihrer Verantwortung als stärkste Partei im Parlament und Partei des Präsidenten für den Staat als Ganzes wahrzunehmen und andererseits ihren Grundsätzen und ihrem Namen entsprechend die Interessen des werktätigen Volkes zu vertreten. Da klingt Andros Kyprianous Resümee fast zu bescheiden: „Wir müssen die Probleme lösen.“

Hintergrund

- Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL)
- Gegründet 1926 als Kommunistische Partei Zyperns (KKK)
- Generalsekretär: Andros Kyprianou (seit 2009)
- Vorgänger Dimitris Christofias (1989 – 2009) erhielt 2008 bei der Stichwahl zum Präsidentenamt 53 Prozent der Stimmen. Amtszeit bis 2013.
- Parlamentswahl 2006: 31,1 Prozent
- Parlamentswahl 2011: 32,7 Prozent
- Beobachterpartei der Europäischen Linken seit deren Gründung

Der Zypernkonflikt

- 1960: Unabhängigkeit Zyperns. Die Verfassung schreibt eine Machtverteilung zwischen den Bevölkerungsgruppen mit Schutzrechten für die türkische Minderheit vor. Großbritannien, Griechenland und die Türkei fungieren als Garantmächte.
- 15. Juli 1974: Putsch von Offizieren der Nationalgarde mit Unterstützung der griechischen Militärjunta gegen die Regierung von Präsident Erzbischof Makarios.
- 20 Juli 1974: „Zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und zum Schutz der türkischen Bürger Zyperns“ interveniert die Garantmacht Türkei ohne die vorgeschriebene Abstimmung mit den anderen Garantmächten und besetzt schrittweise 37 Prozent der Insel.
- Dezember 1974: Mit der Rückkehr von Präsident Makarios ist der Putsch beendet. Die Türkei weigert sich, die Besetzung aufzugeben. Bis heute stehen 40 000 türkische Soldaten auf Zypern (bei einer Bevölkerung von knapp 800 000 im griechischen Teil).
- Seit 1979 immer wieder Verhandlungen zwischen beiden Volksgruppen, Fortschritte, aber keine Lösung.
- 2004: Kompromissvorschlag der UNO (Anan-Plan), der eine lockere Föderation vorsieht, wird im türkischen Norden angenommen, im griechischen Süden aber mit großer Mehrheit abgelehnt.
- 2008: Symbolische Öffnung der „Mauer“ durch die Hauptstadt Nikosia in der Ledrastraße der Altstadt.

Die Krise wird sich auf Zypern auswirken

Interview mit Andros Kyprianou, Generalsekretär der AKEL; aus: Neues Deutschland, 14. September 2011, Interviewer: Harald Neuber

- **Die zyprische Regierungspartei AKEL musste vor wenigen Wochen die Regierung umbilden, nachdem die bürgerliche DIKO die Koalition aufgekündigt hat. Im vergangenen Jahr hatte bereits die sozialdemokratische EDEK die Regierung verlassen. Wie laufen die Dinge?**

Es stimmt, dass beide Koalitionäre die Regierung inzwischen verlassen haben. Und das weist auf ein grundsätzliches Problem der Opposition in Zypern hin. Denn gleich, wie das Kabinett gestaltet wird oder welche Ergebnisse die Regierung vorzuweisen hat: Die Opposition wird stets alles in Grund und Boden verdammen, was von dieser Regierung kommt. Dahinter steht eine grundsätzliche Feindschaft gegen die AKEL und Dimitris Christofias als Präsidenten. Als er 2008 die Wahlen gewonnen hatte, waren die übrigen Parteien sehr konsterniert, denn zum ersten Mal war die Linke an der Regierung. Dagegen wird seither ein wahrer Feldzug geführt, unter dem die Interessen des Landes leiden.

- **Was sind die konkreten Konfliktpunkte?**

Zum einen der entschlossene Umgang der amtierenden Regierung mit dem Zypern-Problem. Präsident Christofias hat konkrete Vorschläge für ein föderatives System beider Landesteile, des Nordens und des Südens, auf den Verhandlungstisch gelegt. Und das macht den Unterschied zu eini-



gen etablierten Parteien der griechisch-zyprischen Gesellschaft aus: Sie reden viel über eine Zwei-Zonen-Lösung, wollen aber einen Staat.

● **Inwieweit tragen linke Politikkonzepte der AKEL-Regierung zu den Konflikten bei?**

Die Sozialpolitik ist der zweite große Konfliktpunkt, weil sie mit den bisherigen Ansätzen gebrochen hat. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: In den drei Jahren der Christofias-Regierung wurden die Niedriglöhne um zwölf Prozent angehoben, ebenso die Sozialleistungen.

● **Zugleich hat die Wirtschaftskrise auch Zypern nicht verschont. Wie wollen Sie die Sozial- und Umverteilungspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen beibehalten?**

Es stimmt, wir sind in einer schwierigen Situation, weil Zyperns Binnenwirtschaft in einem hohen Maße vom Ausland abhängig ist. Die wichtigste Einnahmequelle ist der Tourismus. Eine Verschärfung der Krise in der EU wird sich in diesem Bereich unmittelbar auch auf die Entwicklung in Zypern auswirken. Das trifft auch einen zweiten Bereich, die Bauindustrie, die vor allem Ferienwohnungen für Ausländer errichtet. Rund 40 000 dieser Wohneinheiten stehen leer, so dass schon 2009 ein Defizit von 1,5 Milliarden Euro entstand. Zum Vergleich: Der Haushalt in der Republik Zypern beträgt acht Milliarden Euro. Dennoch ist die Wirtschaftsstruktur stabil. Das Defizit konnte auf vier Prozent gesenkt werden, die Arbeitslosigkeit liegt bei sieben Prozent. Aber Liquiditätsengpässe und die hohe Belastung der Banken durch griechische Anleihen in Höhe von 17 Milliarden Euro haben die Herabstufung Zyperns durch Ratingagenturen provoziert.

● **Gefährdet all dies nicht die Sozialpolitik?**

Es schafft zumindest Spannungen mit den übrigen Parteien. Wir plädieren dafür, Zuwendungen für Bürger mit einem Jahreseinkommen von mindestens 60 000 Euro einzustellen, um Ressourcen zu sparen und uns auf die Bedürftigen zu konzentrieren. Zugleich gestalten wir die Politik gemeinsam mit den Gewerkschaften des Landes. Und wir sparen im Regierungsapparat ein. Durch den Abbau von Auslandsreisen und andere Maßnahmen wurden etwa 230 Millionen Euro eingespart. Mehrere Initiativen zur Besteuerung von Unternehmen und von Vermögenden wurden aber im Parlament behindert.

● **Neben der wirtschaftlichen und innenpolitischen Lage steht eine Lösung des Zypern-Problems aus. Wird es bis zur Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Republik Zypern Mitte 2012 ein Ergebnis geben?**

Zunächst haben uns die Äußerungen aus der Türkei nicht gerade ermutigt. Das betrifft die jüngsten Drohungen von Ministerpräsident Erdogan ...

● **... der angekündigt hat, die Beziehungen zur EU mit Zypern an der Spitze einzufrieren ...**

... und auch anderer Funktionäre wie Außenminister Davutoglu. Sie reden weiter von der Etablierung zweier autarker Staaten. Und wir hören vermehrt, dass die Interessen der Türkei gewahrt bleiben müssten, niemand spricht in Ankara von den Interessen der türkischen und griechischen Zypriern.

Das ist sehr negativ und leider rennt uns die Zeit davon. Die Türkei droht uns aus zwei Gründen: Zum einen geht es um die zyprische Ratspräsidentschaft, die die Türkei verhindern will. Die EU sollte darauf eine deutliche Antwort geben. Zum anderen geht es um die Erdöl- und Erdgasvorkommen in den Gewässern Zyperns. Als wir mit Probebohrungen begannen, drohte die Türkei mit einem „zweiten 1974“, einer neuerlichen Militärintervention also. Russland und die USA haben darauf klar geantwortet. Die EU sollte das auch tun.

Umbruch der indischen Automobilindustrie und die Rolle der Gewerkschaften

Von Heiner Köhnen, freier Mitarbeiter des weltweiten Gewerkschafternetzwerks TIE Global; aus: Standpunkte, RLS International 09/2011; www.rosalux.de

Hintergrund dieses Berichts ist eine Reise im März 2011 in die Autoproduktionszentren Delhi, Pune und Chennai. Heiner Köhnen besuchte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zahlreiche Betriebsgruppen und Gewerkschaften sowie kritische Aktivisten und Wissenschaftler zum Thema Mobilität und Transport, um für 2012 einen Automobilarbeiteraustausch zwischen Beschäftigten aus Deutschland und Indien vorzubereiten. Dem Projekt liegt die Einschätzung zugrunde, dass der Umbruch der indischen Autoindustrie einen strategischen Moment darstellt. Indien ist allerdings in Deutschland als Produktionsland fast unbekannt, obwohl Hersteller wie VW oder Daimler sowie zahlreiche Zulieferer neue Werke in diesem Land aufbauen, was z. T. direkte Auswirkungen auf Beschäftigte in Deutschland haben wird.

Den meisten Europäern ist Indien bis heute fremd. Zahlreiche Fantasien knüpfen sich an das Land, die Europäer zugleich irritieren und faszinieren: Megastädte, riesige Elendsviertel, Verkehrschaos, Lärm, seltsame Götter, „Heilige“ wie Mutter Teresa oder Bhagwan, religiöse Spektakel, Kastenwesen oder gut ausgebildete InformatikerInnen, um nur einige zu nennen. Und tatsächlich scheint das Erscheinungsbild vieler Großstädte Indiens die meisten dieser Phantasien zu bestätigen, wobei Widersprüche und ein enormer Umbruch zugleich überall spürbar sind. Indien ist inzwischen in vieler Hinsicht ein sehr modernes Land. Indien ist Nuklearmacht, stellt die drittgrößte Armee der Welt und ist mit China globaler Wachstumsmotor und aufstrebende Großmacht. Laut Prognosen wird Indien mit derzeit 1,2 Mrd. Menschen im Jahr 2025 China als das bevölkerungsreichste Land überholen. Von vielen Seiten werden Indiens Wirtschaft glänzende Aussichten zugeschrieben. Mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum zwischen 8 und 10 Prozent in den letzten sieben Jahren war Indien die nach China weltweit am stärksten expandierende Volkswirtschaft. Für 2012 prognostiziert die indische Regierung ein Wirtschaftswachstum von neun Prozent, wobei vor allem die Inlandsnachfrage das Tempo bestimmt. In Bezug auf das BIP nach Kaufkraftparität (PPP) lag Indien nach Berechnungen des IWF im Jahr 2010 weltweit an vierter Stelle, nach den USA, China und Japan. Eine Langzeitstudie der US-Investmentbank Goldman Sachs sagt vo-



raus, dass das kaufkraftbereinigte BIP der indischen Wirtschaft bis 2050 jährlich um 8,5 Prozent wachsen dürfte. Indien werde Japan überholen und vom heutigen vierten auf den dritten Platz vorrücken, allerdings gespalten zwischen verarmten und noch traditionell ausgerichteten Teilen der Gesellschaft und modernen Wachstumssektoren in den Städten.

Eine der Schlüsselindustrien, an der sowohl Umbruch als auch Widersprüche der neueren Entwicklungen deutlich werden, ist die Autoindustrie. Indien gehört zu den Wachstums- und „Gewinnerregionen“ des seit der Krise veränderten Weltautomobilmarkts. Zwischen 2001 und 2010 hat sich die Autoproduktion Indiens mehr als verdoppelt und wuchs von 1,3 Mio. Kfz in 2001 auf 3,5 Mio. Kfz in 2010 (vgl. OICA). Nimmt man neben den PKW- und Nutzfahrzeugen auch die Produktion von Zweirädern (75 Prozent des Marktes) und Dreirädern hinzu, so wird 2011 mit der Produktion von 17,9 Mio. Fahrzeugen gerechnet (www.siamindia.com). Das große Wachstum liegt dabei im Inlandsmarkt. 2008 waren über 106 Mio. Fahrzeuge in Indien registriert, 100 Prozent mehr als 9 Jahre zuvor.

Bis heute wird die Fahrzeugproduktion von einigen großen Konzernen dominiert wie die Suzuki-Tochter Maruti mit einem Marktanteil von 46 Prozent des PKW-Sektors und Tata mit einem Anteil von 64 Prozent bei Nutzfahrzeugen. Zusammen bestritten diese Unternehmen 2005 drei Viertel der indischen Kfz-Produktion. Hero Honda Motors ist mit 41 Prozent führendes Unternehmen bei Zweirädern und Bajaj Auto ist mit 58 Prozent unangefochtener Marktführer bei Dreirädern. In den letzten Jahren haben jedoch auch alle großen internationalen Hersteller Produktions- und Forschungskapazitäten aufgebaut.¹ Interessant ist dabei insbesondere die Strategie von VW. Im Dezember 2009 verkündete der Konzern eine Überkreuzbeteiligung zwischen VW und Suzuki. Addiert liegt der Kfz-Output der beiden Hersteller bei 8,6 Millionen und damit nahe am Niveau des Weltmarktführers Toyota (2008: 9,2 Millionen Einheiten).² In Pune eröffnete der VW-Konzern im März 2009, mitten in der Krise, ein neues Autowerk mit einer Jahreskapazität von 110 000 Einheiten. In der Nähe produzieren auch Skoda und Mercedes.

Umbruch und Wachstum der Autoindustrie wird auch durch die Entwicklung der Beschäftigung deutlich. Angaben über Beschäftigung in der Autoindustrie schwanken allerdings enorm. Im Autobericht des IMB von 2006/07 werden für Indien 493 000 Beschäftigte (für das Jahr 2001) angegeben. Indische Zahlen nennen heute mehr als 700 000 Beschäftigte. Zählt man die Beschäftigten der Zwei- und Dreirad-Produktion hinzu, so werden sogar 13 Mio. direkt und indirekt Beschäftigte genannt. Glaubt man diesen Analysten, so sollen in den nächsten 3 Jahren weitere 5 Mio. Arbeitsplätze im Sektor entstehen, und bis 2016 planen Industrie und Regierung mit 25 Mio. Beschäftigten.³ Dies würde den Sektor zu einer der größten Beschäftigungsmaschinen der nächsten Dekade machen.

Regional schälen sich insbesondere drei Zentren der Produktion heraus. Gurgaon bzw. der zusammenhängende Industriegürtel im Süden Delhis ist bisher das große Zentrum der indischen Autoindustrie. Ca. 50 Prozent der PKW-Produktion und fast drei Viertel aller Motorräder kommen aus dieser Region (Stand 2008). Neben Maruti Suzuki befinden sich hier insbesondere Fabriken und Zulieferunternehmen der größten Motorradhersteller Hero Honda, Honda Scooter,

Motorcycles India und Yamaha. Mehr als die Hälfte der japanischen Direktinvestitionen in Indien sind in den Industriegürtel um Delhi gegangen. In Maharashtra sind eine Vielzahl europäischer und deutscher Konzerne vertreten: Fiat, Renault, Skoda, VW, Daimler, Zulieferer wie SKF, Mahle oder Freudenberg, aber auch einheimische Unternehmen wie Tata Motors, Mahindra & Mahindra oder Bajaj Auto. Die neuen deutschen Herstellerwerke sowie mehrere Zulieferer liegen relativ nahe beieinander, so dass hier die Entstehung eines von der deutschen Autobranche dominierten Clusters des Fahrzeugbaus mit vielen Autozulieferern vermutet werden kann. Auch die südlicheren Staaten Tamil Nadu und Karnataka sind ein lukrativer Standort für ausländische Hersteller: Toyota, Suzuki, Volvo, Hitachi, Komatsu und Tata Motors haben Werke in Karnataka; Ford, Hyundai, Renault und BMW haben Werke in Chennai, wo ca. 60 Prozent der Kfz für den Export produziert werden.⁴ In Oragadam bei Chennai baut Daimler ein großes Nutzfahrzeugwerk für ganz Südasien, in dem ab 2012 die Produktion von LKW in den Gewichtsklassen von 6 bis 49 Tonnen anlaufen wird.

Politisch interessant ist, dass solche Investitionen und regionale Verschiebungen sowohl neue Akteure (Konzerne und ihre Zulieferer) als auch neue industrielle Beziehungen mit sich bringen. Zum einen geht es darum, ob die neuen Akteure alte bisherige Zulieferer und Herstellerstrukturen verdrängen und zum anderen, ob diese neuen Unternehmen quasi neue „Spielregeln“ (andere Rationalisierungsformen, anderer Umgang mit Beschäftigten und Gewerkschaften) durchsetzen.

Mobilität und öffentlicher Nahverkehr

Megastädte, Verkehrschaos, Luftverschmutzung und Lärm führen auch in Indien dazu, dass andere Formen des Verkehrs diskutiert werden. Der Autoboom schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern beeinflusst zugleich Stadtentwicklung, Möglichkeiten von Mobilität, sozialen Ein- oder Ausschluss und ökologische Konflikte. Von Seiten des Staats wird als Alternative zum Auto insbesondere der Bau von Untergrundbahnen vorangetrieben. Während in Delhi und Kolkata schon Metros existieren, sind diese in Pune, Bangalore, Mumbai, Hyderabad, Kochi, Jaipur und anderen Städten entweder geplant oder bereits im Bau. Schätzungen zufolge sollen im nächsten Jahrzehnt neben dem Ausbau von Straßen ca. 30 Mrd. Euro in den Metrobau investiert werden, um dem Verkehrsinfarkt der Städte Herr zu werden.⁵

Allerdings organisieren sich immer mehr Bürgerinitiativen gegen diesen Bau, da die neuen Metros ihrer Ansicht nach Mobilität nicht für die „Masse“, sondern vor allem für die Reichen und die Mittelklasse unterstützen. Die Argumente der Gegner sind vielfältig: Die Förderung teurer unterirdischer Metros sei sozial unfair, gehe an Bedürfnissen vorbei (Linien entsprechen eher den Mobilitätsbedürfnissen der oberen Mittelschicht als der ärmeren Schichten) und ermögliche keine Vernetzung mit anderen Transportmitteln. Des Weiteren seien indische Städte anders aufgebaut als europäische, bei denen es vor allem darum gehe, Menschen und Arbeitskräfte spinnennetzartig in gut ausgebaute Stadtzentren zu befördern. Indische Städte seien dagegen eher ein Konglomerat mehrerer Städte ohne Zentrum. Als Resultat dieser Entwicklung leben außer den Reichen die meisten Menschen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes.⁶

Zahlreichen Studien zufolge werden die Fahrten mit der



Metro zudem länger dauern als mit dem Auto. „Für eine Mittelklasse, die sich ein Auto leisten kann, bieten diese Fahrten deshalb nicht genug Anreiz, um zu einer wirklichen Alternative zum Auto zu werden. Auch die breite Nutzung von Motorrädern konkurriert in den Städten mit der Metro“ (Gespräch mit Prof. Mohan vom Institute of Technology in Delhi vom 7.3.2011). Geplante oder erwünschte Fahrgastzahlen haben sich deshalb niemals eingestellt.⁷

Pläne zum Bau von Untergrundbahnen sind laut Kritik zudem nicht transparent und werden ohne öffentliche Mitsprache umgesetzt. Sie seien nicht an die Struktur indischer Städte angepasst, der Kosten-Nutzen-Effekt sei negativ und eine zukünftige Bürde für die BürgerInnen, die die Metro bezahlen müssen ohne einen angemessenen ÖPNV dafür zu erhalten. Stattdessen fordern Bürgerinitiativen und Verkehrsbündnisse eine demokratische Stadtentwicklung, in der die Vermeidung von Wegen sowie nicht-motorisierte Formen des Transports gefördert werden. Bereits heute sei eine riesige Anzahl von Menschen in den Städten zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs. Alternative und billigere Oberflächenverkehrsformen wie Busse und Regionalbahnen sollen genutzt und gefördert werden. Diese sollten jedoch in erster Linie Laufwege reduzieren und vorhersehbar und sicher auch für Frauen und Kinder sein. (Vgl. Mohan 2010, Parisar 2010, Sreenivas 2011)

Situation der Beschäftigten – Umbruch der industriellen Beziehungen

In den letzten 10 Jahren berichten Analysten von einem enormen Anstieg der Produktivität der Industrie⁸, der insbesondere mit dem Anstieg der Produktivität der Arbeitskraft, sprich einer höheren Ausbeutung begründet wird. Mehrere Indikatoren sprechen dabei für einen dramatischen Umbruch der Arbeitsbeziehungen.

Bei Betriebsbesuchen in Indien fällt zunächst die enorme Spaltung der Beschäftigten zwischen LeiharbeiterInnen (contract workers) und Festangestellten auf. Schätzungen zufolge sind durchschnittlich 67 Prozent der Beschäftigten in den Betrieben Leih- bzw. ZeitarbeiterInnen.⁹ Insbesondere in den neuen Unternehmen wie Mercedes oder Skoda liegt der Anteil von prekär Beschäftigten zwischen 60 und 80 Prozent.¹⁰ In älteren Firmen arbeiten prekär Beschäftigte fast ausschließlich in Dienstleistungsbereichen, während sie in den neueren Werken die gleichen Tätigkeiten wie Festangestellte im Produktionsbereich ausüben. LeiharbeiterInnen werden zudem in vieler Hinsicht diskriminiert. Sie haben zumeist keine wirklichen Chancen auf Festanstellung. Man findet vielmehr Beschäftigte, die dauerhaft im selben Werk als ZeitarbeiterInnen tätig sind. Sie erhalten wesentlich geringere Löhne. Der indische Gewerkschaftsverband NTUI gibt die Lohnunterschiede zwischen 3:1 und 7:1 an (vgl. NTUI 2007, 7). Im Fall von Mercedes erhalten Festangestellte 24 000 Rs im Monat, ZeitarbeiterInnen lediglich 4 500 Rs. Erzwungenermaßen arbeiten prekär Beschäftigte daraufhin im Durchschnitt wesentlich länger als Festangestellte (eher 12 als 8 Stunden pro Tag). Des Weiteren zahlen Unternehmen für diese Beschäftigten oft nicht in die Sozialversicherung ein, die damit trotz rechtlicher Zusicherung ohne Krankenversicherung bleiben, ohne dass der Staat angemessen auf solche Verstöße reagiert. Prekär Beschäftigte berichten darüber hinaus von einer Vielzahl an Erfahrungen von Entwürdigung und Respektlosigkeit ihnen gegenüber. So erhalten sie in

manchen Betrieben entweder kein Essen in der Kantine oder nicht das gleiche Essen wie Festangestellte, keine Arbeitskleidung oder individuelle Schutzmittel wie Schuhe oder Handschuhe. Prekär Beschäftigte dienen als Druckmittel zur Produktionssteigerung, denen mit Entlassung gedroht wird, wenn sie nicht „spuren“. Angst und das Gefühl, „alles akzeptieren zu müssen“ herrschen vor. Festangestellten wiederum wird durch die Arbeit der Prekären signalisiert, dass auch sie jederzeit austauschbar sind. In der Regel sind ZeitarbeiterInnen nicht gewerkschaftlich organisiert und Gewerkschaften unternehmen nur wenige Versuche, dies zu ändern. Arbeitskonflikte und Auseinandersetzungen durch ZeitarbeiterInnen entstehen deshalb wenn überhaupt nur spontan und „unorganisiert“.¹¹

Die Metallindustrie hat mit dem Einsatz von Leihbeschäftigten eine Vorreiterrolle übernommen und eine Norm für industrielle Beziehungen geschaffen. Bedeutsam für diesen Umbruch der Arbeitsbeziehungen und die massenhafte Zunahme von ZeitarbeiterInnen war die Auseinandersetzung beim Branchenführer Maruti Suzuki. Das Unternehmen war bis 2001 gewerkschaftlich organisiert und ein Symbol dafür, dass es möglich ist, auch Privatunternehmen gewerkschaftlich zu organisieren. Ende der 1990er Jahre kam es zu mehreren Auseinandersetzungen um die Produktivität. In 2000/2001 wurde ein Frontalangriff auf die festangestellten Beschäftigten zur Vorbedingung für die weitere Umstrukturierung. Der Konflikt um die Änderung des Produktivitätsprämienmodells mündete in einer 3-monatigen Aussperrung, in deren Folge zunächst rund 500 Trainees ihren Job verloren. Nach Ende der Aussperrung setzte das Unternehmen ein Frühverrentungsprogramm durch. 1 000 Festangestellte verließen das Werk. Die Einstellung von LeiharbeiterInnen nahm zu. Durch Einschüchterung, Entlassungen und „freiwillige“ Vorruhestandsregelungen wurden bis zum Jahr 2006 weitere Beschäftigte abgebaut. 2006 arbeiteten nur noch 1 300 festangestellte ProduktionsarbeiterInnen, aber bereits 3 700 LeiharbeiterInnen. „Wenn diese Ärger machen, werden sie gekündigt“, so ein Aktivist des Gewerkschaftsverbands NTUI. Es war also in diesem für die Arbeitsbeziehungen strategischen Werk gelungen, die Gewerkschaft auszuschalten und den Einsatz von Leiharbeitern zu ermöglichen. Die Produktivität wurde dabei dramatisch erhöht. Während 2001 ein Beschäftigter pro Jahr 50 Fahrzeuge produzierte, waren es 2006 bereits 110 Fahrzeuge (vgl. NTUI 2007, 7). Gleichzeitig berichten Beschäftigte von einer starken Zunahme von Stresserkrankungen. Rund 6 Jahre später erklärte der damalige Geschäftsführer des Unternehmens in der Economic Times, dass ohne diese Auseinandersetzung in 2001 die „neuen Arbeitsbeziehungen“ nicht umsetzbar gewesen wären (vgl. Wildcat 2008). Parallel zum Angriff auf die Festangestellten strukturierte das Unternehmen seine Zulieferkette um. Die Anzahl der direkten Zulieferer wurde von 800 im Jahr 1998 auf 400 im Jahr 2000 reduziert.

Hindernisse für eine gewerkschaftliche Organisation bzw. für den Aufbau von Gegenmacht gegen eine zunehmende Ausbeutung sind zudem ethnische bzw. religiöse Spaltungen. Ein Großteil junger ArbeiterInnen – etwa im Norden des Landes – sind erst in den letzten Jahren aus ländlichen Regionen der ärmeren Bundesstaaten gekommen. Wenige von ihnen haben industrielle Vorerfahrungen. Viele ausgeübte Berufe oder Arbeiten lassen sich einer regionalen Herkunft zuordnen. So kommen in Delhi Fahrrad-Riksha-Fahrer oder Reini-



gungskräfte zumeist aus West-Bengalen. Selbst ganze Slums oder Hinterhöfe sind von bestimmten Herkunftsgruppen geprägt. In den Betrieben werden diese gesellschaftlichen Spaltungen reproduziert, und Beschäftigte bestimmter Arbeitsbereiche haben zumeist eine gemeinsame Herkunft oder dieselbe Kastenzugehörigkeit. Zusammengehörigkeit und Abschottung gegen „andere“ gehören dabei eng zusammen.

Ein weiterer Indikator für Veränderung sind Umbrüche der Produktionsorganisation. Beschäftigte der Automobilindustrie berichten inzwischen von einer Vielzahl von Entwicklungen, die Autobeschäftigten international nur allzu bekannt sind.¹² So wurden in den letzten Jahren in den neueren Betrieben Teamarbeit und damit verbundene neue Formen der Hierarchisierung eingeführt. Teamleader übernahmen Managementfunktionen und trugen damit neue Formen der Konkurrenz und Kontrolle unter die Beschäftigten. Nach Aufspaltung von Unternehmen in Kostenstellen und verschiedene „Einzelunternehmen“ werden einzelne Bereiche outsourct und Teile der Produktion verlagert. Seitdem gibt es eine Standortkonkurrenz mit Werken in anderen Bundesländern oder im Ausland. Innerbetrieblich erleben Beschäftigte eine enorme Steigerung der Arbeitsintensität. Neue Produktionsstandards wurden zunächst über Prämienanreize erzielt und dann als neue Standards definiert. Immer wieder werden dabei Überstunden erzwungen, während der gesetzlich zustehende Urlaub verweigert wird. Die Anzahl an LeiharbeiterInnen nimmt dabei kontinuierlich zu, da Festangestellte nicht ersetzt werden, wenn diese ausscheiden. LeiharbeiterInnen übernehmen immer mehr bisherige Funktionen von Festangestellten und dienen als zusätzliches Druckmittel, die Produktivität zu erhöhen.

Der verstärkte Einsatz von Leihbeschäftigten, neue Rationalisierungsprozesse, Arbeitsverdichtung, zunehmende Erkrankungen von Beschäftigten oder auch neue Formen von Kontrolle machen nur allzu deutlich, dass der derzeitige Umbruch große Veränderungen der industriellen Beziehungen und der Situation von Beschäftigten bewirkt. Allerdings unternimmt der weitaus größte Teil der Gewerkschaften keinerlei oder nur geringe Bemühungen, über gesetzliche Regelungen hinaus Einfluss auf diesen Prozess zu nehmen oder diesen Prozess überhaupt zu begreifen. Während die Spaltung zwischen Festangestellten und Zeitbeschäftigten immer wieder kritisiert und die Organisation Unorganisierter zumindest von linken Gewerkschaftsverbänden wie dem All India Trade Union Congress (AITUC), dem Hind Mazdoor Sabha (HMS) oder dem Centre of Indian Trade Unions (CITU) durchaus postuliert wird, werden in der Praxis kaum Versuche unternommen, dies tatsächlich auch umzusetzen. Unter organizing wird zumeist nicht die gewerkschaftliche Organisation und Aktivierung, sondern die Einforderung staatlicher Schutzmechanismen durch Gewerkschaften verstanden (vgl. auch Höllen 2011). Der derzeitige Wandel (Wachstum und neue Autounternehmen, neue Zulieferstrukturen und sich wandelnde Arbeitsbeziehungen und Produktionsweisen) und die Notwendigkeit einer strategischen Einschätzung im Hinblick auf zukünftiges Gewerkschaftshandeln scheint für die meisten Gewerkschaften kein Thema zu sein. Diese Transformation zu ignorieren bedeutet aber letztlich die Realität der Internationalisierung der Produktionsweise und die Liberalisierung der indischen Wirtschaft zu leugnen. Dadurch geraten Gewerkschaften in Gefahr, den Wandel zu „verschlafen“ und den Umbruch in keiner Weise beeinflussen zu können.

Situation der Gewerkschaften

Im Jahr 2002 waren in Indien fast 70 000 Gewerkschaften registriert, von denen jedoch viele kleinere Gewerkschaften nur auf dem Papier existieren.¹³ Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt bei einer Erwerbsbevölkerung von ca. 400 Mio. Menschen bei etwa 4 Prozent (vgl. DGB Bildungswerk u. a. 2008).¹⁴ Mehr als 90 Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind in Arbeitswelten eingebunden, die sich staatlicher Politik weitgehend entziehen und in denen sich prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse nach eigenen Regeln gestalten.¹⁵

Historisch ist die Gewerkschaftsbewegung seit der Unabhängigkeit bis heute eng an einzelne politische Parteien gebunden, stark zersplittert und aufgrund des einstigen Vorherrschens von Staatsunternehmen insbesondere auf den öffentlichen Sektor fixiert. Gewerkschaftliche Organisation gelang der Gewerkschaftsbewegung vor allem durch Verhandlungen mit dem Staat. Konflikte wurden dabei stellvertretend für, aber nicht durch die ArbeiterInnen selbst ausgeglichen. Hintergrund hierfür ist die lange Zeit staatlicher Regulierung der Wirtschaft und die Existenz eines ehemals großen staatlichen und halbstaatlichen Sektors. Neben der Schwerindustrie (inkl. Rüstungsindustrie) und der Infrastruktur (Energie, Wasser, Kommunikation, Transportwesen) gehörten zeitweilig dank Indira Gandhis Verstaatlichung auch die Banken zum staatlichen Sektor. Weiterhin werden im öffentlichen Dienst und in staatlichen Betrieben die Löhne durch ein Regierungsgremium (die sogenannte Pay Commission) festgelegt. Betriebsräte sind im Gesetz nicht vorgesehen. Ihre Funktionen werden zum Teil von staatlichen Arbeitsrechtkommissionen übernommen, so dass auch hierdurch der Staat Ansprechpartner bzw. Zielscheibe ist.¹⁶ Die Gewerkschaften sind in Folge stark im öffentlichen und nur sehr schwach im privaten Sektor vertreten und haben nur wenig Erfahrung mit eigentlichem betrieblichen „Organisieren“ im modernen Sinne. Das Gewerkschaftsverständnis ist vielmehr vom Verhältnis zu den jeweiligen Parteien, den Beziehungen zur „politischen Macht“ und den damit verbundenen Formen des Klientelismus geprägt. Verbesserungen werden einem solchen Gewerkschaftsverständnis zufolge vor allem über die (Beziehungen zur) Politik erreicht.

Schließlich sind Gewerkschaften im privaten Sektor massiven Repressionen ausgesetzt. Der Maruti-Streik, viele Auseinandersetzungen zwischen 2000 und 2010 bei Honda HMSI, Hero Honda, Shivam Autotech, Delphi und anderen sind geprägt durch Repression und Polizeigewalt gegen aktive Beschäftigte und Gewerkschaften: Beschimpfungen und Aussperrungen bis hin zu psychischer und physischer Gewalt gegenüber den eigenen ArbeiterInnen durch von den Fabrikhabern angeheuerte Aufpasser und Schläger. „Es hat in den letzten 10 Jahren keine gewerkschaftlichen Organisationsversuche in neugebauten Fabriken gegeben, die nicht zu Schikane und Opfern unter den Beschäftigten geführt haben. Und wenn es gelang Gewerkschaften zu gründen und diese überlebt haben, dann müssen sie weiter dafür kämpfen Kollektivverhandlungen führen zu können“ (Interview mit Gautam Mody, Gewerkschaftsführer der NTUI vom 9.3.2011). Dort, wo kämpferische Gewerkschaften existieren und nicht durch Repression ausgeschaltet werden konnten, wurden zum Teil unternehmerfreundliche Gewerkschaften aufgebaut.



„Wir wollen eine Plattform und Katalysator sein, um eine soziale Bewegung zu stärken“

Eine Gewerkschaftsformation und -erfahrung anderen Typs scheint hingegen die New Trade Union Initiative (NTUI) zu sein.¹⁷ Neben verschiedenen Spaltungen und Neugründungen linker Gewerkschaftsverbände traten einige Gewerkschaften in den 1970er Jahren aus linken Verbänden als unabhängige Gewerkschaften aus. Viele Gründungsgewerkschaften des NTUI kommen nach eigenen Angaben aus diesem Spektrum. Diese Gewerkschaften verstanden sich ideologisch weiterhin als „links“, kamen jedoch aus unterschiedlichen Strömungen und Gruppen. Es verband sie nach eigenen Angaben der Wunsch nach einem zukünftigen einheitlichen, „linken“ Gewerkschaftsverband, der verschiedene Strömungen „aushält“. Ein weiteres verbindendes Element für diese „unabhängige“ Linke war die Desillusionierung über den Umgang der Partei mit den „Massen“. Heute sind im NTUI nach eigener Einschätzung sehr unterschiedliche Strömungen mit durchaus verschiedenen politischen Perspektiven vertreten. Der NTUI gründete sich 2001 zunächst als Plattform, für deren Mitgliedsgewerkschaften die Herausforderung zu Beginn vor allem darin bestand, trotz all ihrer Unterschiede miteinander auszukommen, ohne sich zu spalten. In diesen ersten Jahren gab es keinerlei Gremium, das feste Regeln festlegte oder durchzusetzen versuchte. Erst im März 2006 wurde der NTUI als neuer Gewerkschaftsverband gegründet. Damit ist er der jüngste der linken Gewerkschaftsdachverbände und aus mehreren Gründen interessant.

In mehreren Gesprächen mit VertreterInnen des Gewerkschaftsverbands in Delhi und Pune bestätigten und kritisierten sie den Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie, dem mit einem basisdemokratischen Ansatz entgegenwirken werden sollte. Sie betonten die Notwendigkeit von Bündnissen mit anderen sozialen Bewegungen wie von Frauen, Dalits, Indigenen und MigrantInnen sowie mit Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen. Mody: „Wir wollen eine Plattform und Katalysator sein, um die soziale Bewegung zu stärken. Wir wollen Konflikte und Widersprüche um Gender oder der indigenen Bevölkerung nicht als Nebenwidersprüche behandeln, sondern sie angehen. Diese Fragen werden ansonsten in der Gewerkschaftsbewegung ausgeklammert“ (ebenda).¹⁸

Mit sozialen Bewegungen soll in einer nicht hierarchischen Form zusammen gearbeitet werden. Nach eigener Einschätzung ist es nicht immer möglich, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Frauengruppen, Bewegungen von indigenen Menschen sollen deshalb auch als Klassenorganisationen anerkannt und die Zusammenarbeit mit ihnen als strategisch begriffen werden. Kritik an NGOs üben Gautam und andere des Verbands derart, dass diese oft von Personen der Mittelschicht dominiert und dadurch immer wieder undemokratisch seien. Um der Zusammenarbeit mit nichtgewerkschaftlichen Klassenorganisationen eine organisatorische Form innerhalb des Dachverbands zu geben, wurde in der Verfassung des NTUI eine Mitgliedschaft sogenannter „associates“ ermöglicht.¹⁹

Associates werden definiert als „jedwede Organisation oder Bündnis von arbeitenden Menschen, außerhalb der Gewerkschaften, die sich mit dem Thema Arbeit beschäftigen, die Gewerkschaftsbewegung unterstützen oder ergänzen und die die allgemeinen Ziele der NTUI unterstützen“. Asso-

ciates sind diesem Verständnis zufolge arbeiterorientierte NGOs, Frauengruppen, Kastenlose oder indigene Gruppen. Solche associates gibt es nach eigenen Angaben zwar formal bisher wenig, aber informell gäbe es zahlreiche Formen der Zusammenarbeit. Manche dieser Gruppen können zukünftig durchaus Gewerkschaften werden, was jedoch nicht Ziel der Zusammenarbeit sei. Institutionell ist diese organisatorische Einbindung durch associates sehr originell. Wenn gleich sie sicherlich in der Schwäche der indischen Gewerkschaftsbewegung begründet liegt, ist sie dennoch eine Neuerung für Gewerkschaften und über Indien hinaus lehrreich, da „Bündnisse“ dieser Art nicht äußerlich, sondern als organischer Teil der Organisation selbst und deren Praxis als „eigene Praxis“ begriffen wird. In diesem Zusammenhang bemüht sich der Verband immer wieder um die Gründung von sogenannten Arbeiter-Plattformen von Leihbeschäftigten, um deren Organisierung aktiv zu ermöglichen. Die tatsächliche Organisierung dieser Beschäftigten gilt dem Verband dabei als strategisch, um die Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu reformieren und derart zu einer wirklichen Industriegewerkschaft aufzubauen.²⁰

Möglichkeiten einer deutsch-indischen Gewerkschaftskooperation

Eine deutsch-indische Gewerkschaftskooperation steht in vieler Hinsicht noch am Anfang. Für die meisten deutschen BetriebsvertreterInnen ist Indien noch fremder als China, obwohl Indien als neuer Markt durchaus „im Kopf“ ist. Indischen GewerkschafterInnen wiederum schienen in Gesprächen international geführte Rationalisierungsdebatten völlig neu zu sein. Ein gegenseitiger Austausch ist daher aus mehreren Gründen strategisch: Der aktuelle Umbruch der indischen Autoindustrie und deren Arbeitsbeziehungen, der Aufbau von Produktionskapazitäten von europäischen Automobilherstellern und deren Zulieferern in Indien sowie deren Auswirkungen auf Beschäftigte in Europa und Indien, die Notwendigkeit, dass die indischen Gewerkschaften auf diesen Wandel reagieren, sowie das Interesse, Organisierungsmöglichkeiten und -instrumente auszutauschen und weiter zu entwickeln.

Bedeutsam wären insbesondere Formen der Kooperation zur Unterstützung gewerkschaftlicher Organisierungsbemühungen. Es ginge darum, Informationen und Strategien auszutauschen und zu entwickeln, die die gewerkschaftliche Bewegung und Verhandlungsmacht aufbauen und stärken helfen. Themenfelder hierfür wären

- Informationen über die Wertschöpfungskette und einzelne Unternehmensstrategien als Grundlage für die Einschätzung und den Aufbau von Verhandlungsmacht und die Entwicklung neuer Gewerkschaftsstrategien,
- Austausch über Auswirkungen neuer Rationalisierungsformen wie Steigerung der Intensität von Arbeit, neue Formen von Kontrolle, verschiedene Formen der Spaltung von Belegschaften, Auswirkungen auf die Gesundheit, Bemühungen der Unternehmen um Einbindung oder Ausschluss von Beschäftigten und Gewerkschaften,
- Zusammenarbeit von BelegschaftsvertreterInnen auf Unternehmensebene zur Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht,
- Ideen und Erfahrungen mit neuen Organisationsformen insbesondere im Hinblick auf prekär Beschäftigte oder Themen wie Gesundheit und Kontrolle am Arbeitsplatz,



→ Entwicklung der Autoindustrie weltweit sowie Mobilität und Transport als soziale und ökologische Herausforderung.

Literatur:

- DGB-Bildungswerk, FES, IGM, 2008: Länderportrait Indien. Düsseldorf
- Höllen, Florian, 2011: Die indischen Gewerkschaften der Linken. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin
- IMB 2007: Autobericht 2006/2007. Internationaler Metallgewerkschaftsbund
- Mohan, Dinesh, 2010: Climate Change, Transport and Negative Feedback. Internal Paper
- NTUI, 2007: Challenges of the Future: Unity as the Perspective. Work Paper
- Parisar, 2010: The City and the Metro. A National Level Round - Table, Pune. Report of a Conference from July 20-21, 2010
- Sreenivas, Ashok, 2011: Urban Transport Planning: Lessons from the Proposed Pune Metro Rail. In: Economic & Political Weekly, February 2, 2001, Vol. XLVI No 6, S. 27 - 32
- Wildcat, 2008: Gurgaon, Indien: Neue Stadt, neues Glück, neue Kämpfe? Beilage zur Wildcat 82, Herbst
- Wolf, Winfried, 2009: Weltwirtschaftskrise & Krise der Autoindustrie. Hrsg. von TIE Global Netzwerk Auto und der LP21-Redaktion. Michendorf, Oktober 2009 (lunapark21 extra). ISSN 1866-3788.

Anmerkungen

- 1 Immer wieder gibt es bei Neuinvestitionen heftige Auseinandersetzungen um die Landnutzung. Bauern protestieren, da auf landwirtschaftlichen Flächen gebaut wird und hinterher Quellen für die Nahrungsmittelproduktion sowie Beschäftigung für die ehemaligen Bauern fehlen.
- 2 Auch die regionale Aufstellung der beiden Unternehmen ist strategisch interessant: VW ist stark vertreten in Europa, China und Südamerika; Suzuki in Südostasien und vor allem in Indien (vgl. Wolf 2009).
- 3 Vgl. Automotive Mission Plan 2006-2016, unter <http://www.siamindia.com/upload/AMP.pdf>.
- 4 Insbesondere Hyundai, das mit 66 Prozent den größten Anteil am Export von Fahrzeugen hat, hat hier einen großen Montagekomplex mit einer Kapazität von 600 000 Fahrzeugen (Stand 2007). Vgl. u. a. „The Hindu Business Line“ vom 19.10.2007.
- 5 India to invest Rs.200,000 cr in metro rail in 10 yrs. In www.zeenews.com/news562710.html vom 26.7.2010.
- 6 Laut Prof. Dinesh Mohan vom Institute of Technology in Delhi legen Informationen aus allen Städten nahe, dass die meisten zurückgelegten Wege in den großen Städten kürzer als 6 km sind (vgl. Mohan 2010, 2).
- 7 „In der ursprünglichen Planung für Delhi war vorgesehen, dass täglich über 3 Mio. Menschen U-Bahn fahren. In Wirklichkeit sind es weniger als 1 Mio. Und dies trotz der Tatsache, dass zugleich über 120 konkurrenzfähige Buslinien gestrichen und die Kosten der verbleibenden Linien um 130 Prozent erhöht wurden. Des Weiteren ist das Metrosystem Armen nicht zugänglich, weil sie die Fahrtkosten nicht bezahlen können“, so Dunu Roy vom Hazard Centre in Delhi (Parisar 2010, 4).
- 8 Vgl. bspw. http://business.gov.in/Industry_services/automobile_industry.php
- 9 <http://www.naukrihub.com/india/automobile/employment/>
- 10 Vgl. auch NTUI 2007.
- 11 Eine eindrückliche Schilderung der Situation von prekär Beschäftigten sowie mehrerer Arbeitskonflikte und Streiks von ZeitarbeiterInnen in Indien findet sich in einer von Wildcat 2008 veröffentlichten Broschüre (vgl. Wildcat 2008).
- 12 Beschäftigte finden in der Regel allerdings kaum Orte, wo diese diskutiert werden. Während der Betriebsbesuche und Diskussionen mit Beschäftigten und Betriebsgewerkschaftern im März 2011 (vgl. Fn. 1) „lebten diese richtig auf“, wenn sie von Rationalisierungsprozessen (Teamarbeit, schlanke Produktion, kurztaktige Zyklen) und damit verbundenen Problemen von Beschäftigten (Stress, Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung, Bemühungen um Einbindung oder Ausschluss von Mitarbeitern und Gewerkschaftern durch Unternehmen etc.) in Deutschland und anderen Ländern hörten. In manchen Treffen veränderte sich die Atmosphäre dadurch schlagartig. Die Beschäftigten wurden aktiv, meldeten sich und berichteten von vergleichbaren Bedingungen; allerdings immer mit der Bemerkung, dass dies bei ihnen innerhalb der Gewerkschaften nicht thematisiert würde und mit der Frage, was sie denn nun tun könnten.
- 13 Anknüpfend an das britische Prinzip der gewerkschaftlichen Organisation ist Indien wesentlich durch Betriebsgewerkschaften geprägt.

- 14 Auf nationaler Ebene existieren fünf vom Staat als Verhandlungspartner anerkannte Dachverbände: der den Hindu-Nationalisten nahe stehende Verband Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS) mit 6,21 Mio. Mitgliedern, INTUC mit 3,89 Mio. Mitgliedern, HMS mit 3,3 Mio. Mitgliedern, CITU mit 3,22 Mio. Mitgliedern sowie AITUC mit 2,67 Mio. Mitgliedern (vgl. DGB Bildungswerk u. a., 2008).
- 15 Von den ca. 400 Mio. Beschäftigten arbeiten ca. 372 Mio. im „nicht-organisierten Sektor“ (vgl. DGB-Bildungswerk u. a., 2008).
- 16 Vgl. DGB Bildungswerk u. a. 2008 sowie Höllen 2011.
- 17 Die folgende Einschätzung der NTUI beruht auf mehreren Gesprächen mit dem Generalsekretär Ashim Roy sowie auf Gesprächen und Begegnungen mit AktivistInnen und führenden GewerkschaftsvertreterInnen des Verbands in Delhi, Chennai und Pune.
- 18 In den verschiedenen Begegnungen mit der NTUI und anderen Gewerkschaften in Pune und Delhi war die Position, „Katalysator oder Plattform für eine soziale Bewegung“ zu sein, durchaus glaubwürdig. Auffallend unterschiedlich zu anderen Gewerkschaften waren die AktivistInnen der NTUI jung und es waren Frauen. Sie erschienen vom Typus her eher junge AktivistInnen einer sozialen Bewegung denn GewerkschaftsvertreterInnen zu sein. Auch Betriebsgewerkschaften anderer Verbände oder VertreterInnen unabhängiger Gewerkschaften waren sie in Begegnungen offensichtlich wohl bekannt und wurden von ihnen sehr respektiert. Sie wurden nicht als „Parteivertreter“ oder „Konkurrenten“ (was sie durchaus sind), sondern als AktivistInnen und Partner bei Auseinandersetzungen behandelt.
- 19 Vgl. Artikel 6.1 bis 6.4 der Verfassung der NTUI vom 6.3.2006.
- 20 Die Bedeutung der Organisation von Leihbeschäftigten für den Aufbau einer Industriegewerkschaft wurde von Ashim Roy, dem derzeitigen Generalsekretär des Verbands, in Gesprächen immer wieder betont.

Entstehung, Entwicklung und Zerfall der UdSSR: Zehn Lehren für den Sozialismus der Zukunft

Von Alexander Busgalin, Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Lomonossow-Universität Moskau, Chefredakteur der Zeitschrift „Alternativen“; Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger

Erster Teil: Technologie, Wirtschaft und soziale Fragen

Die Geschichte des Sozialismus in der UdSSR begann 1917, als dort eine wahrhaft große Revolution stattfand. Die Versuche, in Richtung Sozialismus zu gehen, lösten einen Bürgerkrieg aus, der fast sieben Jahre lang, bis 1924, tobte.

Was stellte die Sowjetunion nach Revolution und Bürgerkrieg dar? Der Erste Weltkrieg und der Bürgerkrieg hatten Industrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen zerstört. 80 Prozent der Bevölkerung waren Bauern und in der Mehrzahl Analphabeten. Es gab bestenfalls fünf Prozent Industriearbeiter. Ein bedeutender Teil der so genannten intellektuellen Elite verließ das Land.

Was war aus der Sowjetunion fünfzig bis sechzig Jahre später in der Zeit des „entwickelten Sozialismus“ geworden? Ein äußerst widersprüchliches System.

Einerseits stellte die UdSSR der siebziger Jahre die zweite Supermacht der Welt dar, die nach ihrer Produktion, ihrem Militär-, Wissenschafts- und Bildungspotenzial nur den USA den Vortritt lassen musste. Sie war mit einem Drittel der Menschheit eng verbunden, das ebenfalls daran gegangen war, den Sozialismus aufzubauen oder den „entwickelten Sozialismus“ bereits geschaffen hatte (Wie es sich damit wirklich verhielt, davon wird noch die Rede sein). Wir waren stolz



darauf, dass Juri Gagarin, ein Sowjetbürger, als erster Mensch ins Weltall flog, dass ein Volk, welches vor fünfzig Jahren fast nur aus Analphabeten bestand, nach seinem Bildungsniveau einen der vorderen Plätze der Welt einnahm.

Wir rühmten uns vieler Erfolge, aber andererseits ist unsere Geschichte auch voller Tragödien und Verbrechen, für die wir uns bis heute vor der Menschheit schämen müssen. Dazu gehört der unvorstellbare Terror gegenüber den eigenen Bürgern in der Stalinzeit. Millionen Menschen waren Repressalien ausgesetzt, viele wurden in NKWD-Kerkern erschossen oder im Gulag zu Tode gebracht. Das war die Übermacht einer stumpfsinnigen Propaganda, Losungen, die an jeder Straßenecke die eigenen Führer priesen. Dazu gehörte der Mangel an Grundnahrungsmitteln und moderner Kleidung. Das Ganze endete damit, dass dieser „Sozialismus“ 1991 wie ein Kartenhaus zusammenfiel und auf den ersten Blick anscheinend keinerlei Spuren hinterließ.

Warum ist es dazu gekommen?

Die Erfahrungen der UdSSR fordern Antwort auf die Frage: Was war das überhaupt? Worin bestehen die Lehren dieses ersten weltweiten Versuchs? Liefert die Praxis der UdSSR die Antwort auf die Frage, ob ein künftiger Sozialismus möglich ist, eine Welt - demokratischer, effizienter, humaner und umweltorientierter als jene, in der wir heute leben?

Ich möchte anhand von zehn Hauptbereichen der Gesellschaft darlegen, welche Errungenschaften und Mängel die UdSSR aufwies und nach einer Analyse dieser Errungenschaften und Mängel Lehren formulieren.

Betrachten wir den ersten Bereich, die materiell-technische Basis der UdSSR. Eine gewaltige Errungenschaft unseres Landes war der für die Welt völlig unerwartete Durchbruch bei den postindustriellen Technologien und dem, was ich die kreative Sphäre nennen möchte. Die Sowjetunion hat mit Erfolg einige Bereiche geschaffen, die der materiell-technischen Basis einer postkapitalistischen Gesellschaft entsprechen. Sie entwickelte vorwiegend jene Gebiete, die für den Sozialismus, eine fortschrittlichere Gesellschaft als der Kapitalismus, vonnöten sind. Dabei – das ist von prinzipieller Bedeutung – haben sowohl die positiven Züge der Praxis der UdSSR (allgemein zugängliche Bildung und Kultur) als auch ihre negativen Seiten (vorrangige Entwicklung der Hochtechnologien und des militärisch-industriellen Komplexes) die Möglichkeit aufgezeigt, dass postindustrielle Entwicklung auch in einer anderen Richtung möglich ist als im heutigen Spätkapitalismus. Sie wird zu einer Gesellschaft führen, in der 20 Prozent der Bevölkerung in der materiellen Produktion beschäftigt sind (was die entwickelten Länder, die „goldene Milliarde“ bereits erreicht haben), während 80 Prozent sich nicht mit Finanzspekulationen oder der Herstellung von Simulakren für die Welt der Übersättigten befassen, sondern mit schöpferischer Tätigkeit in Bereichen wie lebenslanger Bildung, wahrer Kultur, Wissenschaft, Sozialwesen, Erholung und Natur.

Daraus leite ich die erste Lehre für die materiell-technische Basis des Sozialismus ab: Die neue Gesellschaft muss einen vom gegenwärtigen Kapitalismus unterschiedlichen Weg des Übergangs zu einer anderen Beschäftigungsstruktur (bei der nicht Transaktionen und Simulakren, sondern die Entwicklung der Qualitäten des Menschen Vorrang haben), zu anderen Organisationsformen (allgemeiner Zugang zu Wissen, nicht dessen Privatisierung), zu anderen Zielen (Entwicklung der Persönlichkeit, nicht Profit) und folglich zu ei-

nem anderen Typ der postindustriellen Gesellschaft einschlagen. Die wirtschaftlichen, politischen und anderen Verhältnisse müssen so gestaltet werden, dass diese Aufgabe erfüllbar ist. Betrachten wir nun diese Bereiche.

Ein zweiter Problembereich ist das Verhältnis von Plan und Markt. Um keine andere Frage streiten Sozialisten so heftig als darum, wie der Markt genutzt werden kann und wie eine demokratische Planung aussehen soll. Was hat die UdSSR hier erreicht?

Erstens hat die Sowjetunion bewiesen, dass auch mit volkswirtschaftlicher Planung große strukturelle Veränderungen erreicht werden können. Der auf über fünfzehn Jahre ausgelegte Plan der Elektrifizierung führte zu einem gewaltigen technologischen Sprung in diesem für die zwanziger Jahre fortgeschrittensten Bereich. Durch die planmäßige Konzentration der Ressourcen in den entscheidenden Zweigen entwickelte sich nicht nur der militärisch-industrielle Komplex in höherem Tempo, sondern auch Grundlagenforschung, Bildung und Kunst.

Zweitens wurde in der UdSSR in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik (im Grunde erstmals in der Welt) ein Mechanismus geschaffen, der nicht nur den Markt, sondern die für jene Zeit fortgeschrittensten Formen des Spätkapitalismus wie ökonomisch selbstständig tätige Trusts und Syndikate nutzte. Diese entwickelten sich im Rahmen einer gesellschaftlich und staatlich kontrollierten indirekten Regulierung und einer langfristigen Programmen untergeordneten selektiven Regulierung. Stalin wandelte diese Politik nach und nach zu einer starren, rein direktiven Planung um. Der Markt wurde vollkommen abgeschafft, was vorwiegend negative Auswirkungen hatte.

In diesem Zusammenhang ist ein Wort zu dem nötig, was heute in China geschieht. Mir scheint, dass Chinas heutige Politik das exakte Gegenteil von dem darstellt, was Stalin tat. Der fürchtete den Markt, schaffte ihn deshalb ab und behielt nur einige Formen von Ware-Geld-Beziehungen bei. Das China Deng Xiaopings hat sich in den Markt verliebt und ist bereit, ihm seine Seele zu verkaufen. Deng Xiaoping hat einmal gesagt: „Ganz gleich, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse.“ Es sei also gleich, ob der Wirtschaftsmechanismus „rot“, „weiß“ oder „schwarz“, ob er sozialistisch oder kapitalistisch sei, Hauptsache, er führe zu einer effektiven Entwicklung der Wirtschaft. Bei einem Besuch in China habe ich eine andere Analogie vorgeschlagen. Ich denke, der Markt ist keine Katze, sondern ein Tiger. Der fängt nicht nur Mäuse, sondern er kann auch den Dompfeur verschlingen, der ihn nutzen will. In China ist der Tiger Markt gerade dabei, den Dompfeur – die sozialistischen Tendenzen – aufzufressen.

Der Markt ist kein neutraler Wirtschaftsmechanismus. Er ist ein System ökonomischer und gesellschaftlicher Beziehungen. Er gründet sich auf die Vereinzelung und Konkurrenz der Menschen. Er bringt unweigerlich eine gewaltige Differenzierung – das Wachstum der Bourgeoisie einerseits und der Lohnarbeit andererseits – hervor. Er verdrängt die sozialistische Orientierung auf die freie Entwicklung der Persönlichkeit und erzeugt statt dessen Entfremdung, Waren- und Geldfetischismus sowie Konsumdenken. Aus dem Markt ein rein sozialistisches Instrument der Entwicklung zu machen wäre so, wie wenn man den Tiger zwingen wollte, Gras zu fressen.



Was tun? Kommt es ohne den Markt zu Stalinschem Terror und mit dem Markt zu chinesischer Entartung?

Rein abstrakt sehe ich folgenden Ausweg (und das ist die zweite Lehre aus der Geschichte der UdSSR). Der Sozialismus kann und muss nach und nach eine bewusste Planung und Leitung entwickeln, indem er sich von einfachsten Formen der Rechnungsführung, Kontrolle und indirekten Regulierung zu langfristigen Plänen und Programmen bewegt. Dies zum Ersten. Zum Zweiten muss diese Planung und Leitung unbedingt demokratisch sein. Wenn man nicht in der Lage ist, eine demokratische, unbürokratische Planung und Leitung zu entwickeln, dann sollte man besser ganz darauf verzichten. Zum Dritten geht es nicht darum, einfach den Markt zu nutzen, sondern die entwickeltsten Formen der kapitalistischen Organisation, die man von ihrem kapitalistischen Inhalt (Lohnarbeit und privatkapitalistische Aneignung) befreit. Wenn man, zum Vierten, diese Formen nutzt, dann nur in dem Maße, wie effektivere Mittel der Planung und Leitung noch nicht vorhanden sind. Wenn durch bewusste Regulierung noch keine bessere wirtschaftliche Entwicklung als durch den Markt zu erreichen ist, dann bedeutet dies nur, dass die Zeit für die Einführung der Planung noch nicht gekommen ist. Wenn man aber, zum Fünften, den Markt nicht nach und nach durch bewusste Regulierung ablöst, dann wird man sich niemals in Richtung Sozialismus bewegen.

Der dritte Problemkreis ist die Eigentumsfrage. Die UdSSR hat bewiesen, dass man ohne Privateigentum leben und die Wirtschaft entwickeln kann. Zuvor erschien ein solcher Entwicklungsweg als absolut utopisch. Die Herrschaft des Staatseigentums in unserem Lande hat nicht nur Nomenklatur und Bürokratismus, sondern auch einige positive Ergebnisse hervorgebracht. Die sind allgemein bekannt: Die Sowjetunion hat ihre Sicherheit gewährleistet und in einem blutigen Krieg den Faschismus besiegt, was viele andere Staaten nicht vermochten. Für jeden Bürger (die Dissidenten vielleicht ausgenommen) gab es einen gesicherten Arbeitsplatz, Wohnung, Bildung und Gesundheitsfürsorge.

Aber diese Medaille hatte auch eine bestens bekannte Kehrseite: In dem Maße, wie sich das Stalin-System stärkte, war nicht mehr das Volk der wirkliche Herr des Landes, sondern die Nomenklatur – eine schmale Schicht von Bürokraten, die alle Befugnisse, die gesamte reale wirtschaftliche Macht in den Händen hielt. Die Bürger wurden von Eigentum, Leitung und Wirtschaftsmacht entfremdet. Wir alle wurden zu passiven „Kindern“ eines strengen „Vaters“ – der Partei- und Staatsbürokratie. Dafür erfand man in der Sowjetunion den Spruch: „Der Sommer ist da, der Frühling vorbei, dafür danken wir dir, Partei!“

Die Folge war passives Verhalten der Menschen, die sich an die staatliche Bevormundung gewöhnten. Sie büßten allmählich die Fähigkeit ein, gesellschaftliche Probleme selbstständig zu lösen und ihre Interessen zu verteidigen. Das war übrigens einer der Gründe dafür, weshalb wir den Zerfall der UdSSR, die barbarische Privatisierung mit all ihren Folgen im wesentlichen klaglos hinnahmen. Die Energie sozialen Schöpferturns erlosch in unserem Lande schließlich ganz. Das ist heute eines seiner schmerzlichsten Probleme. Daraus leite ich die dritte Lehre ab: Der Sozialismus entwickelt sich nur in dem Maße, wie sich gesellschaftliches, nicht staatsbürokratisches Eigentum entwickelt. Staatsbürokratisches Eigentum ist kein Sozialismus. Das ist die andere Sei-

te der Medaille des Privateigentums. Marx nannte es „allgemeines Privateigentum“.

Worin unterscheidet sich nun gesellschaftliches von staatsbürokratischem Eigentum?

Zum Ersten darin, dass das Privateigentum im Eigentum von Individuum und Gesellschaft aufgehoben wird, dem Eigentum eines jeden im Bereich von Kultur, Wissen und Information. Hier muss jeder Mensch Gelegenheit zu Betätigung und Entfaltung, Zugang zu wissenschaftlichen Kenntnissen und Programmen, Kunstwerken und neuen Technologien haben, der allein durch die Möglichkeiten seiner eigenen Persönlichkeit begrenzt wird. In der UdSSR waren alle diese Güter nicht nur unentgeltlich zu haben, sondern die Menschen wurden (durch Stipendien, Freizeit und soziale Vergünstigungen) geradezu stimuliert, sich Wissen und Güter der Kultur anzueignen.

In der materiellen Produktion und dem Bereich der Dienstleistungen kann und muss, zweitens, ein System vielfältiger Eigentumsformen erhalten bleiben. Hier teile ich gar nichts Neues mit, möchte aber auf einige alte Wahrheiten verweisen, die mitunter vergessen werden.

Zum staatlichen Eigentum: Diese Form kann nicht nur von Gesellschaft und Bürokratie, sondern auch vom Kapital für seine Interessen genutzt werden. Daher ist hier die Hauptfrage nicht die Form des Eigentums, sondern sein Inhalt: Wer (die Zivilgesellschaft, die Bürokratie oder das Kapital) die Produktion in den staatlichen Unternehmen organisiert, wie man das tut (durch Selbstverwaltung der Belegschaften als Miteigentümer oder durch staatskapitalistische Ausbeutung von Lohnarbeit) und mit welchem Ziel (Profit oder Entwicklung des Menschen).

Eine wichtige Eigentumsform des Sozialismus ist das genossenschaftliche Eigentum, das – hierin besteht eine wichtige Lehre aus den positiven und negativen Erfahrungen der UdSSR – gehegt und gepflegt werden kann und muss wie ein Garten, nicht aber mit bürokratischen Methoden eingeführt werden kann. Es muss von den einfachsten Formen der Absatz- und Konsumgenossenschaften bis hin zu Produktionskooperativen und vielen weiteren Formen einer „solidarischen Wirtschaft“ wachsen. Und das in den verschiedensten Bereichen: in Industrie, Landwirtschaft und wissenschaftlicher Forschung.

Privateigentum ist in der Anfangsphase des Sozialismus möglich und nötig, aber nur, wenn es gesellschaftlich eingegrenzt und reguliert wird. In dieser Entwicklungsphase des Sozialismus kann und sollte „Unternehmertum mit sozialer Verantwortung“ genutzt werden. Das können Privatbetriebe oder Aktiengesellschaften sein, in denen sich eine Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entwickelt, die Arbeiter an der Leitung beteiligt werden und die Unternehmer Verantwortung für die Lösung ökologischer und sozialer Probleme der Region übernehmen. Interessante Erfahrungen auf diesem Gebiet sind vorhanden.

Auch Kleinbetriebe können in der Anfangsphase des Sozialismus von Nutzen sein, aber unter der Voraussetzung, dass ihnen geholfen wird, sich zusammenzuschließen, weil sie ansonsten unter die Kontrolle der Mafia geraten.

Das war die dritte Lehre.

Der vierte Problemkreis ist der soziale Bereich. Hier hat die UdSSR sehr interessante, geradezu einzigartige Errungenschaften vorzuweisen. Dort existierte wahrscheinlich



zum ersten Mal auf der Welt eine kostenlose Mittel- und Hochschulbildung für alle. Bereits Ende der zwanziger Jahre wurde die kostenlose medizinische Versorgung für jedermann eingeführt. Ein System garantierter Beschäftigung wurde etabliert. Das bedeutete nicht, dass jeder problemlos Minister werden konnte, aber eine Stelle als Arbeiter, Ingenieur oder Lehrer zu finden war kein Problem.

Allerdings hatte auch diese Medaille eine Kehrseite. Gesellschaftliche Verbrauchsfonds und unentgeltliche Güter der Kultur, dazu die geringe Differenzierung der Einkommen brachten eine Tendenz zu Gleichmacherei und Schmarotzertum hervor. So entstand bei der Mehrheit der Bevölkerung der Sowjetunion der Eindruck, der Sozialismus sei eine kostenlose Futterkrippe. Daraus ziehe ich die vierte Lehre, die ich als Umkehrschluss formulieren möchte. Der Sozialismus entwickelt sich in dem Maße, wie er kostenlose Bildung, Kultur, medizinische Betreuung usw. hervorbringt. Aber der Sozialismus ist keine kostenlose staatliche Futterkrippe für Nichtstuer.

Zugleich setzt der Sozialismus voraus, dass die soziale Differenzierung der Menschen nach ihrer Arbeitsleistung, nicht nach ihrem sozialen Status oder ihrem Eigentum erfolgt. Mehr noch, auf dem Wege zum Sozialismus muss soziale Ungleichheit durch eine höhere Besteuerung von Erbschaften, Eigentum und Profit nach und nach abgebaut werden. Ein wichtiger Wesenszug des Voranschreitens zum Sozialismus ist die progressive Besteuerung übermäßig hoher (ihrem Wesen nach kapitalistischer) Einkommen. Eine weitere positive Tendenz, die sich in der UdSSR durchsetzte, war die (allerdings auch nicht problemlose) soziale Mobilität. Wer in unserem Lande in einer armen Familie geboren wurde, konnte eine gute Ausbildung erhalten, Wissenschaftler, Ingenieur oder gar Dichter werden. Ein Arbeiter, der hohe Leistungen brachte, wurde als „Aktivist“ ausgezeichnet, erhielt nicht nur einen hohen Lohn, sondern genoss auch den Respekt und die Anerkennung der Gesellschaft. Hier taten sich mit der Zeit immer tiefere Widersprüche zur Macht der Nomenklatur auf, aber in den besten Zeiten der UdSSR funktionierte dieses System erfolgreich.

Ein fünfter Problemkreis: Jedes sozialökonomische System wird danach beurteilt, welche Art Mensch es hervorbringt. Hier unterscheidet sich die Sicht des Marxismus von der der bürgerlichen Ökonomie, für die nur das Geld zählt. In der Sowjetunion entstand und reproduzierte sich ein neuer Persönlichkeitstyp. Ja, die Mehrheit in unserem Lande waren weiterhin Spießbürger, die sich der Bevormundung unterwarfen. Aber auch für sie war das Geld nicht der entscheidende Wert. Millionen Menschen begannen nach einem neuen Wertesystem zu leben. Der sowjetische Mensch hatte u. a. einen romantischen Zug – das Streben, Neuland oder den Weltraum zu erschließen, sich mit Kunst und Wissenschaft zu befassen, neue Städte zu bauen und Gedichte zu schreiben. Hier sehe ich geradezu eine Gesetzmäßigkeit: Ja, es ist wahr, der Sozialismus ist nicht allein mit Begeisterung aufzubauen, aber ohne diese kann er nicht existieren und sich entwickeln. Die Entstehung eines neuen Menschen, der kreativ ist, Taten für die Gesellschaft vollbringen will und sich solidarisch verhält – das sind Hauptziel und Kriterium für den Sozialismus.

Auch diese Medaille hat eine Kehrseite. Das war der Mangel an lebensnotwendigen Konsumgütern. Und in dem Maße,

wie die Begeisterung in der UdSSR erschlaffte, verschärfte sich das Problem des Konsumdenkens unter den Bedingungen des Mangels. Hier haben wir die beiden Seiten der fünften Lehre. Einerseits entwickelt sich der Sozialismus in dem Maße, wie sich ein neuer Mensch herausbildet. Andererseits kann man diesen neuen Menschen nicht entwickeln, wenn man seine normalen Alltagsbedürfnisse nicht befriedigt. Wenn man im Kampf gegen Markt und Konsumdenken Mangel und Warteschlangen produziert, dann vernichtet man die Keime des Sozialismus.

Zweiter Teil: Politik, Ideologie und Kultur

Der sechste Problemkreis ist der Bereich der Politik. Für gewöhnlich wird angenommen, dass die UdSSR hier keinerlei Errungenschaften aufzuweisen habe. Aber so einfach ist die Sache nicht.

In seinem ersten Jahrzehnt gab es in unserem Lande sehr interessante Ansätze eines neuen demokratischen politischen Systems. Hier entstanden die Sowjets, die Räte der Werktätigen, der Bürger als eine neue Form der Demokratie. Sie wuchsen von unten her, wurden von Bauern, Arbeitern und Soldaten gebildet. Es kann als symbolisch angesehen werden, dass im Lateinamerika des 21. Jahrhunderts, zum Beispiel in Venezuela, die Consejos Comunales, die Kommunalräte, von einer Schicht, die den bezeichnenden Namen „Prekariat“ erhielt, ebenfalls von unten gebildet wurden. Selbst wenn die Einrichtung der Sowjets bald zu einer formalen Angelegenheit wurde, behielt man lange Zeit die Praxis der Einbeziehung der Bürger, sozusagen „von der Werkbank“ bei, die viele lehrreiche positive und negative Beispiele hervorbrachte, da aus Arbeitern, Bauern, Ingenieuren, Ärzten oder Lehrern führende Persönlichkeiten von Partei und Staat wurden. Bis Ende der siebziger Jahre hat die Mehrzahl der höchsten Repräsentanten der UdSSR bis hin zu den Generalsekretären der KPdSU ihre Laufbahn als einfache Werktätige begonnen.

Eine zweite sehr interessante Erfahrung war der Versuch, in Gestalt der Zentralen Kontrollkommission – Arbeiter- und Bauerninspektion (ZKK-ABI) ein starkes Kontrollorgan zu schaffen, das die Kontrolltätigkeit von Arbeitern und Bauern einerseits sowie des Kontrollorgans der Partei andererseits zusammenfasste und das Recht hatte, jeden Staatsfunktionär zu kontrollieren.

Aber leider waren das nur Ansätze, während das politische System als Ganzes nur als autoritär und in den Jahren des Stalinismus gar als äußerst repressiv charakterisiert werden kann. Wahlen waren eine reine Formsache. Wir konnten nur jeweils einen Kandidaten wählen. Redefreiheit existierte nicht. Regierende und einzige Partei war die KPdSU. Die Macht gehörte jedoch nicht einmal ihr, sondern allein der Führungsgruppe. Jegliche Oppositionstätigkeit war strengstens verboten. All das waren wichtige Ursachen für eine allmählich wachsende Entfremdung der Macht von den Bürgern, was sowohl die Macht als auch die Bürger zu antisozialistischen Kräften werden ließ. Erstere gestaltete ihre Politik mehr und mehr im Interesse der herrschenden Nomenklatur und nicht der ganzen Gesellschaft. Letztere fühlten sich als Marionetten der Nomenklatur, was mit der Grundeigenschaft des Menschen im Sozialismus, Subjekt der gesellschaftlichen Tätigkeit, Schöpfer seines Landes und der Geschichte zu sein, unvereinbar ist.



Der von der Funktion eines Subjekts der politischen und wirtschaftlichen Macht, des aktiv Schaffenden entfremdete Mensch wurde zum passiven Konformisten, zum Kleinbürger, bei dem das Interesse des privaten Konsumenten an erster Stelle stand, der von der Vergrößerung seines persönlichen Vermögens und damit vom Privateigentum träumte. So züchteten die Widersprüche des politischen und wirtschaftlichen Systems der UdSSR dessen eigenen Totengräber heran - den Kleinbürger und Konformisten.

Daraus folgt die sechste Lehre. Der Sozialismus kann sich nur in dem Maße entwickeln, wie die reale soziale und politische Tätigkeit der Bürger sich entwickelt, die in der Praxis zum assoziierten Subjekt der wirtschaftlichen und politischen Macht werden. Die Demokratie im traditionell bürgerlichen Sinne (Parlamentarismus, Mehrparteiensystem, Rechtsstaat, Meinungsfreiheit usw.) ist eine notwendige aber nicht hinreichende Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus. Der Sozialismus selbst entwickelt sich nur in dem Maße, wie wir zu mehr Demokratie als heute voranschreiten, wozu (erstens) Selbstverwaltung (auch in der Wirtschaft, worüber aus der Zeit der NÖP und der Perestroika hochinteressante positive Erfahrungen vorliegen), (zweitens) die Priorität der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staats- und Parteiapparat, (drittens) die Unabhängigkeit der Staatsmacht von Geld und Kapital sowie weitere Komponenten einer „Graswurzel-Demokratie“ gehören. Dazu kann die Geschichte der UdSSR ebenfalls positive und negative Erfahrungen beisteuern.

Die Sowjetunion besitzt auch die Erfahrung eines enormen Enthusiasmus der Menschen, die selbstlos ihre neue Welt errichteten. Diese Energie des sozialen Schöpfertums der Bürger, die mit eigenen Händen gemeinsam neue Betriebe und Universitäten, eine wunderbare Kultur und neue Städte aufbauten, unentgeltliche allgemeine Bildung und garantierte Beschäftigung einführten, stellt die eigentliche Grundlage für die Ansätze des Sozialismus in der UdSSR, die einzige seriöse Basis für ihre Erfolge und deren Popularität in der ganzen Welt dar.

Aber auch bei dieser Medaille ging es nicht ohne Kehrseite ab. Das waren die Macht der Nomenklatur und der Personenkult des Führers.

Hier möchte ich eine Art Gesetz formulieren: Je schwächer die Energie des sozialen Schöpfertums der Bürger ist, je geringer der Enthusiasmus, desto stärker wird die Macht der Bürokratie und/oder die politische Manipulation, die nicht nur zur Entartung der Keime des Sozialismus, sondern auch der Formen der bürgerlichen Demokratie sogar dort führt, wo ihre formalen Strukturen erhalten bleiben, wie es heute in den EU-Ländern der Fall ist.

In der UdSSR war eine Folge der wachsenden Macht der Nomenklatur deren logisches Streben, Macht gegen Eigentum zu tauschen und das kapitalistische System wiederzuerrichten. So trafen sich die Macht und die verbürgerlichte Mehrheit der Bewohner der UdSSR in dem Streben nach Restauration des Kapitalismus und Verzicht auf das sowjetische Modell.

Der siebente Bereich sind die außenpolitischen Probleme. Hier bestand eine große Errungenschaft der UdSSR darin, dass sie zu einem der einflussreichsten Staaten der Welt aufstieg. Das lag nicht nur daran, dass sie eine riesige Armee und Atomwaffen besaß. Grundlage des Einflusses der UdSSR in ihrer besten Zeit - von Ende der fünfziger bis An-

fang der sechziger Jahre - war das gewaltige Ansehen unserer Wissenschaft, Kultur und Bildung sowie der Ideen des Sozialismus.

Wiederum komme ich auf die Kehrseite der Medaille zu sprechen. Vor allem auf die imperialen Ambitionen der sowjetischen Partei- und Staatsführung gegenüber unseren außenpolitischen Verbündeten. Das hat die Nomenklatur unserer wirklichen Freunde, sozialistische und kommunistische Parteien, NGOs und soziale Bewegungen zu unseren Feinden gemacht. Solche Aktionen wie den Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 oder die Verfolgung Andersdenkender in unserem Lande haben sie uns mehrheitlich nie verziehen. Die zweite negative Seite war die Abschottung unseres Landes nach außen. Unsere Bürger konnten nicht ohne weiteres ins Ausland reisen, es gab keine offenen Kontakte, die Möglichkeiten des direkten Kulturaustausches waren sehr gering.

Schließlich ließ sich unser Land auf das Wettrüsten ein und schuf einen gigantischen militärisch-industriellen Komplex. Ja, wir mussten uns verteidigen, was der Zweite Weltkrieg besonders drastisch bewies, aber wir haben alle vernünftigen Grenzen überschritten. Die Sowjetunion schuf ein derartiges Potenzial an Atomwaffen, dessen Detonation - gleichgültig, ob auf dem Gebiet der UdSSR oder unserer Gegner - zu ein und demselben Ergebnis geführt hätte: zur Vernichtung der Menschheit. Übrigens besitzen die NATO-Staaten heute noch größere Vorräte an Massenvernichtungswaffen. Das scheinen sie „natürlich“ zu finden, als ob man den internationalen Terrorismus mit Atomwaffen und U-Booten bekämpfen könnte.

Hieraus ergibt sich die siebente Lehre. Der Sozialismus der Zukunft muss offen sein. Länder, die den sozialistischen Weg einschlagen, müssen sich offenhalten für den Dialog mit neuen sozialen Kräften, mit der alterglobalistischen Bewegung und mit gesellschaftlichen Organisationen. Mehr noch, die Entstehung der globalen Informationsgesellschaft holt eine neue Lösung für ein altes Dilemma aus dem Reich der Fantasie, dass nämlich der Kapitalismus und die Voraussetzungen für den Beginn sozialistischer Umgestaltungen sich ungleichmäßig entwickeln, der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Land aber unmöglich ist. Dieser Widerspruch kann heute gelöst werden durch die Strategie der Genesis eines globalen Netzes des entstehenden Sozialismus. Dessen Knotenpunkte könnten einzelne Länder sein, in denen sich Ansätze des Sozialismus entwickeln, neue soziale Bewegungen und alterglobalistische Netze, ebenso aber auch neue Spielregeln für die Weltgemeinschaft, zum Beispiel der Verzicht der Subjekte solcher Netze auf Urheberrechte, die Übernahme höherer Verpflichtungen im Bereich sozialer, ökologischer und humanitärer Normen der Entwicklung u. a. Jegliche Isolation, mit welcher guten Absichten sie auch gerechtfertigt werden mag, führt zu Entartung und Zusammenbruch.

Der achte Bereich ist jener der Ideologie. Eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Landes ist die Tatsache, dass die Ideen des Sozialismus die ganze Welt erfasst und ihr Fortschrittspotenzial demonstriert haben.

Andererseits hat nichts die Ideen des Sozialismus und Kommunismus so diskreditiert wie der Stalinsche Gulag und die sowjetische Mangelwirtschaft, die Tatsache, dass es in unserem Lande an Transparenz fehlte und die kommunistische Ideologie mit politisch-administrativen Mitteln durchge-



setzt wurde. So entstand ein Land der Lüge. Auf Parteiversammlungen und bei offiziellen Gelegenheiten schworen wir der Partei die Treue und erklärten, dass wir vom Kommunismus träumen. Im privaten Kreis dagegen machten wir Witze über die stumpfsinnigen Führer der KPdSU und träumten davon, bei einem Spekulanten amerikanische Jeans zu kaufen. Daraus ziehe ich die achte Lehre: Der Sozialismus kann nicht existieren ohne sozialistische Ideologie, aber diese muss ausschließlich im offenen Dialog mit den Anhängern und Gegnern des Sozialismus in einer Atmosphäre der Offenheit und Wahrheit entwickelt werden. Der Versuch, die sozialistische Ideologie zu etablieren, indem man ihren Gegnern den Mund verbietet, führt zu Lüge und Entartung.

Der neunte Bereich ist die Bildung, wozu nicht nur die Wissensvermittlung sondern auch die Erziehung gehört. Diese Sphäre hebe ich besonders hervor, weil sie die Hauptrolle bei der Entwicklung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts spielt, eines Sozialismus, der den Herausforderungen der Wissensgesellschaft gerecht wird.

In der UdSSR war alle Bildung nicht nur kostenlos sondern auch allgemein zugänglich. Darin waren Kindergärten, Schulen, Berufs- und Hochschulen eingeschlossen. Um den Vertretern aller sozialen Schichten den Zugang zur Bildung zu ermöglichen, wurden zahlreiche positive Lösungen gefunden. Darunter sind Abendschulen für Arbeiter und Bauern ohne Mittelschulabschluss, Vorbereitungskurse der Hochschulen für die Arbeiterjugend und bei erfolgreichem Abschluss ein Hochschulstudium ohne vorherige Aufnahmeprüfung, Stipendien für Studenten, im Grunde kostenlose Wohnheime, sehr billige Verpflegung und vieles andere.

Was die Erziehung betrifft, so ist die Erfahrung der Pionierorganisation für Kinder von zehn bis vierzehn Jahren als überaus positiv einzuschätzen. Die Einbeziehung der Jungen und Mädchen in die gesellschaftliche Tätigkeit und in die Selbstverwaltung der Schulen, die zahlreichen Diskussionen haben zu sehr positiven Ergebnissen geführt.

Einzigartig war auch die sowjetische Erfahrung selbstverwalteter Lern- und Produktionskommunen der Jugendlichen, wo diese gemeinsam mit Pädagogen ihre eigenen „Republiken“ aufbauten. Besonders bekannt ist das Beispiel der Kommune Makarenkos, in der Jugendliche mit einer komplizierten, häufig kriminellen Vergangenheit lebten und die Hunderte hervorragender, teils bekannter Persönlichkeiten hervorgebracht hat.

Zweifellos sind das bürokratische Klima und die Macht der Nomenklatur auch im Bereich der Bildung nicht wirkungslos geblieben. Häufig haben Beamte die Initiative von Pädagogen und Jugendlichen gebremst, es gab Formalismus und ideologische Bevormundung, aber insgesamt hat der Sozialismus im Bereich der Bildung sein Potenzial selbst unter den Bedingungen der UdSSR vielleicht noch am deutlichsten gezeigt. Das ist kein Zufall. Bildung, Wissenschaft und Kultur sind die Bereiche, die im Sozialismus allgemein zugänglich sein und absoluten Vorrang genießen müssen. Das ist die neunte Lehre der UdSSR.

Der zehnte Bereich sind Wissenschaft und Kultur. Hier sind die Erfolge der UdSSR allgemein bekannt. Ihre Erfahrung hat gezeigt, dass gesellschaftliche Mechanismen von Organisation, Finanzierung und Entwicklung für die Wissenschaft geeigneter sind als private.

Was die Kultur betrifft, so erreichte sie, erstens, vorwiegend ein hohes Niveau. In unserem Lande erschien in- und ausländische klassische Literatur in Millionenaufgaben. Die Engländer anerkannten die sowjetische Verfilmung des „Hamlet“ als die weltweit beste, ebenso die Verfilmung der Romane über Sherlock Holmes.

Zweitens war sie für jedermann zugänglich. Von der Hauptstadt bis zum Dorf, in jedem Betrieb und in jeder Schule gab es kostenfreie Bibliotheken mit einem sehr guten Bestand an Büchern und Zeitschriften, mit in ihrer Mehrzahl aufrichtigen und aufmerksamen Bibliothekaren. Swjatoslaw Richter, einer der größten Pianisten der Welt, fuhr regelmäßig im eigenen Wagen Dutzende Städte und Dörfer in der Provinz ab, gab in Klubhäusern und Werkhallen Konzerte, zu denen Arbeiter, Bauern und junge Leute drängten. Es gab viele Tausende Laientheater, die klassische und moderne Stücke aufführten. Dichterlesungen füllten ganze Sportstadien.

Drittens war diese Kultur international. Wir verschlangen Neruda, Borges, Hemingway und Saint-Exupéry.

Die Kehrseite war hier die Ideologisierung der Kultur, der Versuch der Führung unseres Landes, sie mit bürokratischen Methoden zu leiten, die auch Repressalien nicht ausschlossen.

Zugleich will ich darauf hinweisen, dass ein anderer Feind der Kultur der Markt ist, dazu die Massenkultur, die er hervorbringt. Die Massenkultur ist nicht nur ein niedriges Niveau der Kultur, sondern der Feind jedes sozialistischen Kulturlebens. Man kann sie allerdings nicht verbieten. In der UdSSR hat man versucht, Rockmusik u. a. mit Verboten zu belegen. Genau das Gegenteil trat ein, denn verbotene Früchte schmecken besonders süß.

Hieraus ziehe ich die zehnte Lehre.

Erstens sind Massenkultur und Ideologisierung der Kultur Feinde der Entwicklung des Sozialismus. Eine bürokratische Ideologisierung der Kultur, aber auch ein Verbot der Massenkultur darf nicht zugelassen werden.

Zweitens ist es für den Sozialismus von grundsätzlicher Bedeutung, alle Talente, intelligente und kulturvolle Menschen zu hegen und zu pflegen. Ein begabter Dichter, Maler oder Musiker kann für den Aufbau des Sozialismus mehr tun als Tausende aktiver, aber unbegabter Politiker. Sozialisten fällt es oft schwer, mit Kulturschaffenden umzugehen. Diese stehen in ihrer Mehrheit dem Sozialismus gleichgültig gegenüber oder mögen ihn nicht. Viele halten sich selbst für die Größten, sind egoistisch, launisch und akzeptieren keinerlei politische Einschränkungen. Wenn man sie aber nicht als Talente behandelt, die der Sozialismus braucht, dann kann man keinen Sozialismus aufbauen. Wenn der Sozialismus nicht die Unterstützung der talentiertesten Kulturschaffenden findet, dann hat er verspielt.

Drittens ist es von grundsätzlicher Bedeutung, die professionelle Kultur und die Laienkultur der Mehrheit der Bürger miteinander zu verknüpfen. Einerseits wird sich der Sozialismus in dem Maße entwickeln, wie er von den begabtesten Menschen der Welt geschätzt und von den Berufskünstlern im eigenen Lande unterstützt wird. Andererseits entwickelt sich der Sozialismus in dem Maße, wie die Mehrheit der einfachen Leute sich in den verschiedensten Formen künstlerisch betätigt. In der Anfangszeit der UdSSR schätzten uns George Bernard Shaw und Romain Rolland. Gorki und Prokofjew, Majakowski und Schostakowitsch, Eisenstein



und Picasso standen an unserer Seite. Zugleich bestand in der Sowjetunion eine Vielzahl von Laientheatern, Literaturzirkeln u. a.

Viertens muss der Sozialismus schön aussehen. Wenn das Leben – die Höfe, die Häuser, die Betriebe, die Schulen und auch die Menschen keinen guten äußeren Eindruck machen, dann wird diese Gesellschaft keine Unterstützung finden. Die Entartung des Sozialismus in unserem Lande begann damit, dass unsere Städte und Dörfer immer unansehnlicher, grauer und einförmiger wurden. Wir hörten auf, schöne Häuser zu bauen, wir pflanzten nicht mehr an jeder Ecke Blumen und Bäume, was zum Markenzeichen unseres Niedergangs geriet. Das sollte man außerordentlich ernst nehmen. Sozialisten geht es um Wählerstimmen, Nationalisierung oder soziale Sicherheit. Das sind alles wichtige Dinge, aber an erster Stelle sollten Kultur und Schönheit stehen.

Zum Schluss möchte ich meine Leser aufrufen: Wiederholen Sie unsere Fehler nicht, vor allem nicht unsere Verbrennen! Sie sind uns und der ganzen Welt sehr teuer zu stehen gekommen. Finden Sie einen Weg, den wir nicht zu gehen vermochten. Aber missachten Sie unsere Erfahrungen nicht. Man kann und soll uns sehr kritisch sehen, aber nicht so tun, als hätte es die über siebzig Jahre UdSSR nicht gegeben, als seien daraus keine Lehren zu ziehen.

Internationale Umschau

Eleven-nine und US-Decline – Im Schatten von 9/11

Von Rainer Rilling, stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung;
aus: www.rosalux.de

Dynamo des American Empire

Wenige Ereignisse hinterlassen solche Spuren. Die Zerstörung der Türme war ein neues Kapital, dessen Ausbeutung kein Ende nehmen wird – schließlich stehen sie für einen massiven Schub der Entgrenzung von Gewalt. Differenz, Asymmetrie und Ungleichheit werden Gewaltgründe und –techniken. Das Alphabet der politischen Feindschaft wurde neu buchstabiert. Die neuen Kriegsarrangements nach 1989 bekamen erst mit 9/11 ihr normales Gesicht: Afghanistan, Irak, Libyen. Für die USA fanden sich alte und neue Wörter: Supermacht, Unipolarität, Empire. Die Macht einer neuen Rechten, deren Aufstieg in den USA der 60er begonnen und zwei Jahrzehnte später in der Administration Reagan seinen ersten Höhepunkt erreicht hatte, kumulierte in der Zeit der Bush, Cheney und Rice. Für sie war 9/11 gleichsam der Dynamo des Projekts eines American Empire, das in immer neuen Varianten und Schüben im letzten Jahrhundert von der ruling class der USA verfolgt wurde. Die Rückkehr des Liberalismus an die Regierungsmacht unter Obama hat keine dauerhafte Umgruppierung im politischen Kräftespektrum der USA gebracht. Die Bewegungsrechte ist vor allem in Form der Tea Party wieder erstarkt, eine machtfähige Bewegungslinke oder ein aussichtsreiches Parteiformierungsprojekt auf der Linken gibt es nicht. Dank höchstrichterlicher Rechtsprechung ist Politik mehr denn je finanzgesteuert.

Doch ein neuer Konsens scheint zu entstehen: 9/11 hat offenbar nicht ausgereicht, wie angestrebt den Jahrhundertaufstieg der USA zur globalen imperialen Macht nachhaltig und auf Dauer zu stellen. Seitdem sich 2008 zur unerwarteten Erfolglosigkeit der US-Kriege und ihrer Containmentpolitik gegenüber China die Finanzmarktkrise gesellte, hat eine neue Debatte über den Niedergang (decline) der USA begonnen. Solche Debatten sind nicht neu. Es gab sie 1957/1961 nach dem „Sputnik-Schock“, nach den Revolutionen in der Dritten Welt in den 60er Jahren und vor allem nach der Niederlage im Vietnamkrieg in den 70ern. Zweimal schien es den USA gelungen zu sein, gleichsam aus der Konkurrenz in den Status eines global wirksamen Monopols übergewechselt zu sein: 1945 hatten sie keinen relevanten ökonomischen Konkurrenten mehr: die imperialfaschistischen Konkurrenten lagen am Boden, die Ökonomie der UdSSR war beispiellos vom Krieg zerstört, das britische Empire eine Karikatur seiner selbst. Zur ökonomischen Macht kam die militärische hinzu, vor allem die nukleare und das globale Imperium Hunderter US-amerikanischer Militärstützpunkte.

The Rise of the Rest

Nach 1989 schien die plötzlich alleinstehende militärische Dominanz jede politische Intervention zu erlauben – und das



hieß vor allem: „the rise of the rest“ (Zakaria) zu verhindern und die globale Suprematie der USA erstmals auf Dauer zu stellen. Das war die grand strategy und das große Projekt der Administrationen Reagan, Clinton und Bush. Der Wandel von der „strategischen Defensive“ des Kalten Krieges zur komplexen „strategischen Offensive“ wurde bereits im Februar 1992 in einem Schlüsseldokument sehr explizit formuliert: Es war nicht 9/11, sondern 11/9, der Fall der Mauer, in deren Zeichen das zentrale Dokument der imperialen Offensive geschrieben wurde. In dem an die Presse durchgesickerten geheimen 46-seitigen Entwurf des „Defense Planning Guide“ für 1994 bis 1999 des damals von Cheney geleiteten Pentagons hieß es: „Unser erstes Ziel ist es, die Wiederauferstehung eines neuen Konkurrenten entweder auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo zu verhindern, der eine Bedrohung in der Größenordnung der einstigen Sowjetunion darstellen könnte.“ Die USA, so hieß es in dem Dokument, „müssen die Mechanismen sichern, potenzielle Wettbewerber davon abzuhalten, auch nur danach zu streben, eine größere regionale oder globale Rolle zu spielen.“¹ Es gehe um eine Zukunft, in der „die Welt letztlich von den USA gestützt wird“ – und nicht von den UN. Das Dokument, formulierte die New York Times, „argumentiert für eine Welt, die durch eine Supermacht dominiert wird“.²

„Essentially over“

Das ist vorbei. Die USA sind nicht mehr die einzigen Spieler im Weltordnungsgeschäft. Die fabelhaft simple Idee, von der Multipolarität über die Bipolarität zur globalen Unipolarität zu kommen, hat nicht getragen. Ihre große Innovation, die im England im vorletzten Jahrhundert entstandene Idee des informal Empire zu globalisieren, hat seit den 60er Jahren immer mehr an Kraft und Reichweite verloren.³ Zahlreiche Indikatoren unterstreichen, dass die soft power des alten, liberalen US-amerikanischen Kulturimperialismus verblüht. Die politische Effizienz ihrer Militärsuprematie und der US-Kriege schrumpft. Der Aufstieg verschiedener ökonomischer Konkurrenten wie China, Indien, Brasilien, Mexiko, Indonesien, Japan, Russland, Türkei und Deutschland wird heute als weitaus gewichtiger eingeschätzt als noch vor einem Jahrzehnt. Die Krise der US-Ökonomie geht nun trotz der „Erholung“ des US-Kapitals auf den Finanz- und Reichtumsmärkten ins zweite Jahr fünf. Die Kapitalmacht USA erwies sich als zu klein, um die aus ihr erwachsene erste große Krise des Finanzmarktkapitalismus – den sie selbst hervorgebracht hatte – allein bewältigen zu können.

Die breite Debatte um die Neupositionierung der USA im Weltsystem, welche die einschlägige Öffentlichkeit in den USA seit vier Jahren beherrscht, ist sich weitgehend einig darin, dass der ambitiöse Unipolarismus der Bush-Administration nach 9/11 gescheitert ist. Der Versuch, in kurzer Zeit die seit den 70er Jahren mit neuem Elan verfolgte Politik zur Erringung der Position eines informellen planetaren Hegemons bestandsfest zu machen, gilt in den Bilanzierungen dieser Zeit als offensichtlich illusionär. Mehr noch: Der Niedergang der USA sei „unvermeidbar“, urteilt Richard Haas, Präsident des Council on Foreign Relations. Manche Urteile aus dem Lager der Theorie der internationalen Beziehungen reichen noch viel weiter. Zum halben Jahrtausend des Westens meint Stephen Walt schlicht: „This era is essentially over“.⁴ Und Martin Jacques spricht vom „Ende der westlichen Welt.“

Andere Autoren sehen eine neue multipolare Weltordnung heraufziehen, an deren Spitze Mitte des Jahrhunderts China, die USA und Indien stehen werden. Als zentrale hegemoniepolitische Aufgabe sehen hier Autoren wie John Ikenberry oder Joseph Nye, Ressourcen für eine Wiederauflage der klassischen liberalimperialen Politik einer strategischen Inklusion der Großmacht Konkurrenten China, Indien oder Brasilien in eine attraktive Weltordnung zu mobilisieren, deren attraktives Leitzentrum die USA sind.⁵ Sie sprechen insbesondere China die Fähigkeit ab, ein global attraktives und somit konkurrenzfähiges Weltordnungsangebot entwickeln zu können, das dereinst Staaten, Völker und Konzerne interessiert annehmen. Freilich gibt es weiterhin gewichtige Stimmen, die dafür plädieren, sich auf den unvermeidlichen kommenden Krieg mit China vorzubereiten – beide Positionen sind letztlich kompatibel, betrachtet man die Rüstungs- und Militärpolitik der USA unter Clinton und Obama.⁶

In der neuen Debatte zum „decline“ wird daher auch die Rolle von 9/11 gegenüber dem Zerbrechen des Staatssozialismus 1989 und der tiefen Krise des Finanzmarktkapitalismus 2008 deutlich relativiert. 9/11 bekommt die Rolle eines Katalysators einer mittlerweile kraftlosen rechtsimperialen Politik und ihrer Legitimation. Ihre politische Bedeutung und Wirkungskraft schwinde. Allerdings stehen solche Einschätzungen, die mittlerweile auch nicht wenige Linke teilen, in einem deutlichen Widerspruch zu dem neuen Aufstieg der amerikanischen Rechten seit 2009, der keineswegs nur für ein Revival eines politischen Isolationismus steht. Die Debatte über die zukünftige Position der USA im internationalen Kräftefeld ist bislang zu keinem schlüssigen Ende gekommen. Vieles freilich spricht dafür, dass der rise of the rest das Schlußwort sprechen wird.

Anmerkungen

- 1 Siehe „Excerpts from Pentagon's Plan: „Prevent the Emergence of a New Rival“, in: New York Times, 8.3.1992, sowie Washington Post National Weekly Edition, 16.–22.3.1992, S.19. Im machinternen Sprachgebrauch war später von „strangling the baby“ die Rede.
- 2 NYT; 8.3.1992. Siehe dazu im Detail Rainer Rilling: Risse im Empire, Berlin 2008.
- 3 Joseph Nye hat 2010 in einem US-Parlamentshearing darauf verwiesen, dass 46 gegenwärtige und 165 frühere Regierungschefs „products of US higher education“ seien.
- 4 <http://walt.foreignpolicy.com>
- 5 Siehe Joseph Nye, „The Future of American Power“, in: Foreign Affairs, 2/2010.
- 6 So etwa John Mearsheimer in einem Vortrag August 2010 in Sydney („China cannot rise peacefully“).



Der politische Islam in Zentralasien und Europa – Gegner oder demokratischer Partner?

Friedensvorlesung 2011 an der Universität Kassel, 27. Juni 2011 von Arne C. Seifert, Vorstandsmitglied des Verbands für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin

Meine Damen und Herren, lieber Dr. Strutynski, herzlichen Dank für die Einladung, hier im Rahmen Ihrer Reihe der Friedensvorlesungen über Probleme des politischen Islams in Zentralasien zu sprechen. Das übergreifende Thema Ihrer diesjährigen Vorlesungen sind die Umbrüche in der arabischen Welt und die Politik des Westens – Wer ist der Nächste?

Meine Ausführungen über Zentralasien betreffen eher den islamischen Rand der arabischen Welt. Mit Afghanistan zwischen beiden. Aber zwischen allen drei Regionen besteht Verbindendes, sowohl hinsichtlich des Islams und seiner politischen Artikulierung, als auch einiger Konsequenzen für europäische und deutsche Außenpolitik.

Lassen Sie mich daher in die Thematik meiner Vorlesung über Afghanistan einsteigen.

Der Schatten Afghanistans fällt auch auf Zentralasien. Sicherheits- und außenpolitische Kreise der zentralasiatischen Nachbarstaaten Afghanistans beunruhigt die Frage, welche Auswirkungen eine schrittweise Übergabe der politischen und militärischen Verantwortung an die afghanischen Behörden ab 2011 und danach zeitigen wird. Sie besorgt vor allem, was sich daraus für das Kräfteverhältnis zwischen den Taliban und den tadschikischen, usbekischen und anderen nationalen Herrschaftsträgern im Norden Afghanistans ergibt und wer von ihnen die Oberhand gewinnt.

Es ist unvergessen, dass die Taliban im Norden Afghanistans 1996/97 bis 2001 schon einmal herrschten. Die Folgen wirkten bis in die Nachbarstaaten hinein. So beeinflussten sie die Regelung des tadschikischen Bürgerkrieges (1992 – 1997) und boten extremistischen islamistischen Kräften, wie der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU), ein militärisches Hinterland. Diese fielen von dort aus 1999 und 2000 in Usbekistan ein und provozierten blutige Gefechte mit der Regierung Karimov. Die Taliban gewähren diesen Kräften bis heute Unterschlupf und tolerieren deren Vorstöße in benachbarte zentralasiatische Staaten. Aus diesen Erfahrungen speisen sich die Sorgen der nördlichen Nachbarn: Wie wird sich die Situation an ihren Grenzen entwickeln? Werden sich die Vorstöße und Provokationen verstärken? Wird der Drogenschmuggel aus Afghanistan noch weiter zunehmen?

Die überragende Sorge ist jedoch eine innenpolitische. Nämlich, ob eine erneute Herrschaft der Taliban im Norden Afghanistans zur Mobilisierung des extremistisch-islamistischen Untergrunds in Zentralasien führen könnte und welche Konsequenzen sich daraus ergäben.

Dass ein solcher Untergrund existiert ist hinlänglich bekannt. Auch dass er auf eine Veränderung der Machtverhältnisse zumindest in Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan aus ist. Mit Angriffen auf die säkulare Staatsmacht und den säkularen Staatscharakter wäre zu rechnen. Beides wird von den Extremisten des Untergrunds, aber auch von diesem nicht angehörenden islamischen Politikern als anti-islamisch wahrgenommen. Solche Angriffe würden mit großer Wahr-

scheinlichkeit zu ernstern bewaffneten Auseinandersetzungen führen. Doch selbst wenn es durch kluge Prävention und/oder ein weitgehendes Heraushalten der Taliban aus dem Norden Afghanistans gelänge, der Gewalt auszuweichen, bleiben die Grundfragen ungelöst:

Das ist erstens die Existenz eines solchen Untergrunds. Wie stark er ist, weiß niemand genau. In Rechnung ist jedoch zu stellen, dass er angesichts des hohen sozio-ökonomischen und politischen Spannungszustaus in diesen Ländern auf ein beträchtliches Mobilisierungspotenzial in der muslimischen Bevölkerungsmehrheit zurückgreifen kann. Folglich liegt mit oder ohne Taliban ein beträchtliches Konfliktpotenzial vor, welches unter religiösem Vorzeichen instrumentalisierbar ist.

Das ist zweitens das Fehlen eines alternativen islamischen Gegengewichts zu extremistischen Orientierungen in der muslimischen Sphäre Zentralasiens. Ein solches Gegengewicht müsste aus reformerischen, auf die Konsolidierung ihrer jungen Staaten gerichteten Kräften gebildet werden. Solche Kräfte gibt es. Wir sind ihnen in unseren Symposien in Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan begegnet. Sie gehören zumeist jüngeren Generationen an, sind gut gebildet und zeichnen sich durch eine Symbiose des Bekenntnisses zu Islam, islamischen Werten und nationalen Interessen aus. Dass sie politisch nicht als Gegengewicht wirken hat mehrere Gründe. Der wichtigste ist, dass ihnen die säkularen Herrschaftsträger die Profilierung als legale politische Akteure verwehren. Nur in Tadschikistan konnte sich die Partei der islamischen Wiedergeburt (PIWT) durch die Vereinbarungen zur Beendigung des Bürgerkrieges einen legalen Status erkämpfen. Sie ist im Parlament als Oppositionspartei vertreten. Sie sieht sich jedoch weiterhin erheblichen Widerständen der Staatsmacht ausgesetzt. Man sollte also nicht die Augen davor verschließen, dass der extremistische Untergrund ohne das Entstehen alternativer islamischer Bewegungen nicht aus der Welt zu schaffen ist.

Das bedeutet aber für die zentralasiatischen säkularen Machträger, sich auf den politischen Islam in Zentralasien einzulassen. Dabei kann es nicht um ein taktisches Ausspielen eines so genannten gemäßigten gegen einen radikalen Islam gehen. Vielmehr sollten sich alle Seiten, die säkulare Staatsmacht und die Muslime, deren religiöse Würdenträger und politischen Vertreter zu einer grundsätzlichen Neubestimmung ihres gegenseitigen Verhältnisses entschließen.

Drittens wird die erstmals auf dem OSZE-Gipfeltreffen von Astana/Kasachstan im Dezember 2010 deklarierte Eurasische Sicherheitsgemeinschaft nicht zu verwirklichen sein, solange es nicht gelingt, das Verhältnis zum islamischen Faktor politisch zumindest auf einen koexistenziellen modus vivendi anzuheben. Das gilt vor allem für den kritischen Raum Kaukasus – Kaspisches Becken – Zentralasien. Hier ist die Nahtstelle und verlaufen bald auch neue Transportverbindungen zwischen Zentralasien und China im Osten sowie dem tief islamischen Süd-West-Asien im Süden. Diese Nord-Süd-, Süd-Nord-Öffnung, die eines Tages bis ans Arabische Meer reichen könnte, wird wie ein Windkanal den islamischen Orient in den asiatischen OSZE-Raum hineinragen. Kurzfristig jedoch ist völlig offen, ob und wann es in Afghanistan und Pakistan zu Frieden und Stabilität kommt. Wenn die USA und einige ihrer Verbündeten sich dort permanent festzusetzen beabsichtigen, wie in sicherheits- und außenpolitischen Kreisen der USA derzeit erwogen wird,¹ ist Widerstand, auch un-



ter islamischem Vorzeichen, programmiert. Er kann sich diesseits und jenseits der verschiedenen Grenzen negativ auf die Stabilität auswirken.

Diese lang- und kurzfristigen Herausforderungen sprechen dafür, dass Europa und die OSZE die zentralasiatischen Sorgen ernst nehmen sollten. Die ursächliche Gefahr für Destabilisierung liegt weniger im Äußeren (Taliban), als vielmehr in den nicht gelösten inneren Problemen. Da aber die Existenz eines externen Zünders nun einmal Realität werden könnte, ergibt sich daraus die Chance, all jene inneren und äußeren Kräfte zusammenzuführen, die am Bewahren der Stabilität interessiert sind. Das wiederum kann eine übergreifende Interessenlage von säkularen und islamischen Kräften, europäischer Politik und der OSZE als Ganzes sein.

Im Weiteren will ich auf folgende Fragen eingehen:

1. Die Relevanz des Verhältnisses zwischen säkularen und islamischen Kräften in Zentralasien für Europa,
2. die gesellschaftlichen und praktisch-politischen Konsequenzen, mit denen uns die erste Frage konfrontiert,
3. praktische Erfahrungen aus dem Umgang mit dem politischen Islam und dem säkular-islamischen Verhältnis,
4. längerfristige Entwicklungstendenzen im säkular-islamischen Verhältnis in Zentralasien.

1. Was geht Europa das säkular-islamische Verhältnis in Zentralasien an?

Europa hat gute Gründe, sich zu einem konstruktiven Umgang mit dem politischen Islam und der islamischen Opposition im euro-asiatischen Raum zu entschließen. Mit der Erweiterung der OSZE bis zu den Grenzen von China und Afghanistan hat Europa nunmehr seinen eigenen euro-asiatischen Orient und seinen eigenen euro-asiatischen Islam.

Daran hat bei der Aufnahme der jungen Staaten Zentralasiens 1992 in die OSZE im Westen niemand gedacht. Dem Westen ging es damals um die strategischen militärischen Systeme, die in dieser Region standen. Jedoch im zivilisatorischen Verständnis galt Zentralasien für ihn als Appendix der säkularen Sowjetunion. Dass der islamische Faktor und der politische Islam Europa quasi durch die asiatische Hintertür im eigenen politischen Raum einholen könnten – damit hat niemand gerechnet. Doch seit fast zwanzig Jahren ist dies Realität: Der islamische Faktor ist ein wichtiger Bestandteil der zivilisatorischen und politischen Realitäten in der OSZE und im euro-asiatischen Raum.

Worin besteht das Problem? Noch ist nicht unabwendbar, dass sich die schon fast traditionelle Negativfixierung Westen versus Islam, Islam versus Westen und Islam versus Säkularismus, Säkularismus versus Islam, nun auch im gemeinsamen politischen Raum der OSZE schicksalhaft wiederholt und der westlich-muslimische Dialog auch hier keine andere Perspektive hätte, als in den fatalen Zustand von intellektueller Erschöpfung und Sackgasse zu geraten, der ihn für den Rest der Welt auszeichnet. Kann sich Europa in dem strategisch wichtigen Dreieck zwischen Kaukasus, Kaspischem Meer und Zentralasien einen so fatalen Zustand leisten?

Die Antwort ist eindeutig nein. Eine positive Alternative ist möglich. Um sie zu erschließen, müssten sich allerdings die OSZE und auch die deutsche Außenpolitik folgende Fragen neu stellen:

→ Kann und muss der islamische Faktor ein Element kooperativer Sicherheits- und Stabilitätsstrategien der OSZE für ihre euro-asiatische Region sein?

→ Kann er nach innen und außen in eine konstruktive Rolle eingebunden werden?

→ Gibt es eine realistische Alternative zu der destruktiven Rolle, die er teilweise bereits gespielt hat?²

→ Kann zivile islamische Opposition normale Opposition im demokratischen Verständnis sein und was wäre dafür erforderlich?

→ Können muslimische Bevölkerung, islamische Aktivisten und westliche Politiker einen politischen Grundkonsens erreichen, der auf dem Gedanken der Koexistenz, kluger Adaption der Prinzipien sowie der Normen und Werten der OSZE beruht?

→ Wenn ja, nach welchen Gesichtspunkten wäre ein solcher Konsens zu gestalten?

Sieben Gründe sprechen für die Suche nach positiven Antworten:

1. Das Bevölkerungspotenzial. Mit dem islamischen Faktor sind 40 Völker in der euro-asiatischen Region der OSZE verbunden, denen rund 57 Millionen Menschen angehören. Für Russland gehen Schätzungen davon aus, dass dort in etwa 30 Jahren 30 bis 40 Millionen Muslime leben werden.

2. Die Religion. Nach soziologischen Erhebungen aus dem Jahre 2000 ist in Zentralasien, dem Kaspischen Becken und im Kaukasus der Islam die bestimmende Religion. Zum Grundsatz „es gibt keinen Gott außer Allah“ bekennen sich in Kasachstan 63, in Usbekistan 82 und in Tadschikistan 79 Prozent der Bevölkerung.³ Es kann davon ausgegangen werden, dass die Anhängerschaft des Islams seitdem beträchtlich gewachsen ist. So zeugen für Tadschikistan soziologische Untersuchungen von 2009 davon, dass sich inzwischen 94,8 Prozent der Bevölkerung als Muslime verstehen. In der Bevölkerung kommt der Islam vor allem als moralisches Wertesystem zur Geltung, als Überzeugung und als Anschauung, die den Sinn des Individuums bestimmen. 96 Prozent der Befragten lassen sich bei ihren Entscheidungen mehr oder weniger von religiösen Erwägungen leiten, 73 Prozent besuchen regelmäßig eine Moschee, 50 Prozent beten fünf Mal täglich und 76,2 Prozent fasten während des Ramadans.⁴

3. Die geostrategischen Interessenlagen. In geostrategischer Hinsicht löst sich die Region allmählich aus dem hergebrachten Verständnis des einstigen russisch-sowjetischen (säkularen) Orients. Sie entwickelt sich vielmehr zu einer Art euro-asiatischem Orient, der perspektivisch mit der islamischen Welt, China und der Region des Persischen Golfs enger verbunden sein könnte als mit dem Westen. Die sich daraus ergebenden geostrategischen, wirtschaftlichen, politischen, infrastrukturellen und kulturellen Spielräume werden von beiden Seiten zunehmend wahrgenommen. Vor dem Hintergrund nicht abgeschlossener Transformations- und Staatsformungsprozesse können sich die Interessenlagen alter und neuer Eliten weiter verändern. Davon zeugen die Mitgliedschaft einer Reihe von Staaten der Region in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der Vorsitz Kasachstans 2010 in der OSZE sowie 2011 in der SOZ und gleichzeitig der Organisation der islamischen Konferenz.

4. Transformation und Staatsformung. Unter den gegebenen sozialen und religiösen Voraussetzungen werden Transformations- sowie Staats- und Nationenbildungsprozesse durch den islamischen Faktor beeinflusst. Dieser stellt keine Option dar, die zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen der Politik freigestellt ist. Der islamische Faktor hat in



der Region auf jeden Fall eine Perspektive, die Frage ist nur, welche Qualität und Form diese annehmen wird.

5. Die Politisierung des Islams. Systemtransformation und Staatsformung führen unter den gegebenen sozialen Rahmenbedingungen und bei einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit unvermeidlich auch zu einer Politisierung des Islams. Die Frage lautet daher nicht, ob sich diese vermeiden lässt, sondern ob sie in konstruktiver oder destruktiver Weise erfolgt und durch wen sie instrumentalisiert werden kann.

6. Das Verhältnis zwischen Säkularismus und Islam ist Teil der Transformations- und Staatsformungsprozesse und damit der Gestaltung der politischen Systeme. Die Auseinandersetzung zwischen Politik und Religion verläuft vorwiegend zwischen säkularen Regierenden und den Trägern des politischen Islams. Beide konkurrieren miteinander um den gesellschaftspolitischen Entwicklungsweg ihrer noch unfertigen Nationalstaaten. Dieser Wettbewerb kann zum Ausgangspunkt sowohl für Demokratisierung als auch für Konflikte werden.

7. Die Notwendigkeit eines Konzeptes. Obgleich die OSZE in Konflikten und Schlichtungsprozessen in ihrer euro-asiatischen Region bereits mit der militanten Variante des politischen Islamismus konfrontiert wurde, so, wie bereits erwähnt, im tadschikischen Bürgerkrieg und in den bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Islamischen Bewegung Usbekistans, stellt sich die OSZE dem islamischen Faktor nur zögerlich. Mit ihrem Ansatz der Terrorismusbekämpfung greift sie zu kurz, und mit ihrer jetzigen Partnerarbeit sitzt sie zwischen den Stühlen: Während das Verhältnis der OSZE zu den säkularen Regimes ambivalent bis brüchig ist, fehlt ihr eine Strategie für den Umgang mit dem politischen Islam und den Islamisten. Erstmalig bietet die Herausbildung einer national orientierten, reformerischen Strömung des politischen Islams in Tadschikistan Anregungen zu neuen Wegen. Anfänge dafür zeigen sich auch in Kirgisistan. Doch dazu später.

2. Zu den gesellschaftlichen und praktisch politischen Konsequenzen:

Aus der beschriebenen Gesamtkonstellation ergeben sich einige sehr komplizierte gesellschaftliche und praktisch politische Konsequenzen:

Erstens, Steine zivilisatorischen Anstoßes, die im Nahen Osten das Phänomen des islamischen Fundamentalismus hervorgebracht haben, finden sich auch in Zentralasien. In den noch unfertigen Staaten sind nationale Identitätsfindung und Islam nicht voneinander zu trennen. Dort sind die religiösen Fundamente des Islams und der muslimischen Bevölkerung im Verlaufe eines Dreivierteljahrhunderts von der sowjetischen Kulturrevolution gründlich umgeräumt worden: Allen islamischen Völkern der Sowjetunion wurde ungefragt ein säkulares Staatssystem übergestülpt, das die heutigen Regierungen weiterführen. Mit Ausnahme Tadschikistans werden islamische Aktivisten überall verfolgt. Zusammen mit Verarmung, Krise der Bildungssysteme und Retraditionalisierung der Gesellschaften bereitet dieses repressive Verhalten radikal-islamischen Gruppierungen mit Herkunft im arabischen Raum wie der Hizbat-tahrir den Boden.

Zweitens, die Transformations- und Staatsformungsprozesse bleiben kompliziert. Das macht gesellschaftspolitische Spannungen unvermeidlich. Schon heute ist offensichtlich, dass die herrschenden säkularen Eliten nicht oder nur be-

grenzt jenes Maß an Demokratiestreben und politischer Flexibilität aufbringen, das erforderlich ist, um auf innerstaatliche und regionale Konflikte adäquat zu reagieren. Die angespannte sozio-ökonomische Situation und die Verarmung großer Teile der Bevölkerung lösen in allen zentralasiatischen Staaten Unzufriedenheit aus. Nach Angaben der Asian Development Bank (ADB) lebten 2007 in Tadschikistan 53,5 Prozent der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze, 2006 in Kirgisistan 39,9 Prozent, 2005 in Usbekistan 25,8 Prozent und – sogar im reichen Kasachstan 2004 – 16,1 Prozent.⁵

Beides – mangelnde Demokratiefähigkeit und soziale Perspektivlosigkeit – werden einerseits zu einem Mehr an diktatorischen Herrschaftsformen und andererseits zu einer erstarkenden Opposition führen, die sich vor allem islamisch artikuliert.

Drittens, ein unterschiedliches Verständnis von nationaler kultureller Identität, welches säkulare und islamische Politiker der Staatsformung und ihrer ordnungspolitischen Ausrichtung zu Grunde legen, ist ein Dissens, der die Politik wesentlich prägt. So brachte Hodscha AkhbarTurodschonzoda, einer der prominentesten islamischen Politiker in Zentralasien und ein ehemaliger Führer der islamischen Seite in der Vereinigten Tadschikischen Opposition (VTO) im tadschikischen Bürgerkrieg, der nach der Friedensvereinbarung von 1997 Erster stellvertretender Ministerpräsident Tadschikistans wurde, mir gegenüber zum Ausdruck, er sei voll tiefer Bewunderung für die Demokratie, in der Westeuropa und auch Russland ruhten. Sie und die sie tragenden Völker bezögen ihre Stärke aus den historisch gewachsenen Formen des Christentums als einer Selbstverständlichkeit der Menschen und ihrer Kultur. Diese Äußerung hat folgenden rationalen Kern: Staats- und Nationsbildung sind aus dieser Sicht so zu betreiben, dass sie mit der sozio-kulturellen Identität übereinstimmen, dass das Muslim-Sein einer Bevölkerungsmehrheit und ihre Religionsfreiheit als Selbstverständlichkeiten in und für Gesellschaft und Staat gelten, dass sich beides in der politischen Kultur der Führung des Landes widerspiegelt.

Nachdem die religiöse Identität über Jahrzehnte durch das aufgezwungene fremde russisch-sowjetische Gesellschaftsmodell bis an ihre Existenzgrenze belastet war, ist dies ein nachvollziehbarer Wunsch.

Dieses Streben nach religiöser und kultureller Identität wird jedoch von den herrschenden säkularen Eliten stets von neuem verletzt: Als diese nach der Unabhängigkeit der mittelasiatischen Staaten die Macht übernahmen, verankerten sie den Säkularismus in den Verfassungen. Schritt für Schritt wichen sie sogar von den Liberalisierungstendenzen im Verhältnis des Staates zur Religion wieder ab, die während der Perestroika entstanden waren und die Muslim-Aktivisten auf eine bessere Zukunft hatten hoffen lassen. Das war z. B. in Usbekistan der Fall, wo diese 1991 erwartet hatten, dass ihr Land in der neuen Verfassung zum islamischen Staat erklärt wird. Nicht nur dort sah man sich stattdessen mit einer Politik konfrontiert, die eher derjenigen der einstigen roten Kolonisatoren⁶ gegenüber dem Islam ähnelte und auf seine Eindämmung, Kontrolle, Marginalisierung oder Majorisierung hinauslief. Überall war das Bestreben deutlich, den Einfluss des Islams auf die Gesellschaftspolitik zurückzudrängen, der insbesondere in den ersten Jahren des nationalen und religiösen Neubeginns zugenommen hatte.



Enttäuschung kombiniert mit der Entschlossenheit, die Stunde Null zu Beginn der Eigenstaatlichkeit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, brachten z. B. in Usbekistan islamistische Gruppen hervor, die äußerste Unduldsamkeit und Extremismus gegenüber der bestehenden Ordnung charakterisierten.⁷ Im Verhalten der neuen und alten Eliten zum Islam und seinen politischen Repräsentanten glaubten diese wieder jener Verbindung von Säkularismus und Kommunismus zu begegnen, die für sie bisher der Hauptfeind gewesen war. Das veranlasste sie dazu, dem zunächst vorwiegend um die Reinheit der Religion geführten Streit um die Frage, ob Usbekistan ein Haus des Islam (Dar al-Islam) und damit des Friedens oder ein Haus des Krieges (Dar al-harb) sein sollte, ein neues Verständnis zu geben: nämlich das vom Widerstreit einer ungläubigen Minderheit (im Sinne der herrschenden säkularen Eliten) gegen eine muslimische Mehrheit.⁸ In Tadschikistan griffen 1992 die Islamisten in Koalition mit national, aber säkular orientierten Demokraten nach der Macht.⁹ Noch nach dem Ende des Bürgerkrieges 1997 war die Streichung der Verfassungsbestimmung von Tadschikistan als säkularem Staat ein Kernpunkt der politischen Auseinandersetzungen in der Kommission für nationale Aussöhnung zwischen dem Lager des Präsidenten Rachmon und der Partei der islamischen Wiedergeburt.

Viertens haben Inhalt sowie Art und Weise der Staatsformung bei einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit religiöse und wertegebundene Besonderheiten zu berücksichtigen. Geschieht dies, so wird der Einfluss des Islams und der mit ihm verbundenen Eliten steigen. Geschieht dies nicht oder nur ungenügend, wie es gegenwärtig sowohl in der Politik der säkularen Regimes als auch in den Demokratisierungsstrategien der OSZE der Fall ist, wird dies islamische Opposition provozieren.

Man kann die Dinge also wenden, wie man will: Eine Politisierung des Islams wird unvermeidlich sein. Das eigentliche Problem besteht aber nicht in seiner Politisierung, sondern in seiner Radikalisierung!

Dabei geht es nicht um einen abstrakten Islam, sondern um konkrete Personen und Gruppierungen, Eliten und ihre Anhänger sowie deren Interessenwahrnehmung. Ob es gelingt, einer Radikalisierung vorzubeugen, hängt vor allem davon ab, wie und von wem die Politisierung instrumentalisiert wird: konstruktiv oder destruktiv, von extremistischen islamischen Kräften oder von solchen, die, wie in Tadschikistan, mit einer säkularen Regierung koexistieren und sich für eine zivile islamische Opposition entschieden haben. Schließlich auch davon, ob es gelingt, radikale Bewegungen, wenn sie einmal entstanden sind, in eine friedliche, reformerische Richtung umzulenken.

Die Konsequenz daraus ist, dass Sicherheits- und Demokratiestrategien, die stabilisierend wirken wollen, unter den Bedingungen Zentralasiens um eine gewaltfreie Koexistenz zwischen Säkularismus und Islam – nach innen im Staatsformungsprozess, und nach außen im Verhältnis zu Europa – nicht herkommen.

Daraus ergeben sich folgende für die Politik relevante Fragen:

- Wie lässt sich verhindern, dass unterschiedliche Wert- und gesellschaftspolitische Orientierungen miteinander in Konflikt geraten?
- Was muss getan werden, damit Religion wegen dieser Un-

terschiede nicht destruktiv instrumentalisiert wird und in radikale islamische Bewegungen umschlägt?

In diesem Zusammenhang komme ich nicht umhin, auf die negativen Wirkungen der Antiterrorstrategie in Zentralasien einzugehen.

Aus Gründen längerfristiger Stabilitätssicherung darf nicht übersehen werden, dass die in den letzten Jahren von den westlichen Staaten und zentralasiatischen Regierungen verfolgte Antiterrorstrategie, was ihre die Gesellschaft stabilisierende Wirkung betrifft, außerordentlich unproduktiv ist, um das Wenigste zu sagen. Ihre einseitig militär- und sicherheitspolitische Orientierung reduziert das Verhältnis Europas und der zentralasiatischen Staatsführungen zum politischen Islam auf eine zu bekämpfende gesellschaftliche Randgruppe (der extremistische Rand). Diese aber sind für die überwiegende Mehrheit der Muslime und sich am Islam orientierenden Politiker nur wenig repräsentativ. Deshalb leidet unter einer solchen Strategie das, was politisch tatsächlich zu leisten ist: Nämlich ein konstruktives Verhältnis zu den Trägern des politischen Islams als gesellschaftspolitischem Gesamtphänomen zu entwickeln.

Die gegenwärtige Antiterrorismusstrategie in Zentralasien beantwortet die Frage nicht, welche Turadschonzoda bereits im Jahre 2002 stellte: dass es nicht um die Frage geht, wie Extremismus vernichtet, sondern wie dem Aufkommen extremistischer Ansichten vorgebeugt werden kann.

Und schließlich greift eine rein militär- und sicherheitspolitische Orientierung selbst bei der Auseinandersetzung mit dem extremistischen Rand zu kurz, weil das Regeln von gewaltsamen Konflikten ohne die Einbeziehung extremistischer Kräfte überhaupt nicht möglich ist. Denn sie sind in der Regel diejenigen, welche zur Waffe greifen. Ohne ihre Einbindung in politische Regelungsprozesse ist die Befriedung militanter Kräfte nicht möglich.

Das ist eine zentrale Erfahrung für die Konfliktregelung in der unmittelbaren Nachbarschaft Afghanistans. Der Westen vernachlässigt sie in Afghanistan sträflich. Zwar gibt es in letzter Zeit Meldungen, dass die USA nun endlich und viel zu spät bereit seien, mit den Taliban in Gespräche einzutreten. Aber die USA knüpfen ihre Bereitschaft an unrealistische Bedingungen: Die Taliban müssten zunächst die afghanische Verfassung anerkennen und die Waffen niederlegen. Genau so reagierte die tadschikische Regierung, als sie mit der Opposition Verhandlungen aufnehmen sollte, um durch UNO-Vermittlung den Bürgerkrieg zu beenden. Die Gegenargumente der islamischen Opposition lauteten damals: Diese Verfassung wurde durchgesetzt, ohne uns zu fragen. Wir sind jedoch bereit, sie nachträglich in die Friedensgespräche einzubeziehen. Zweitens, wir werden die Waffen solange nicht niederlegen, wie wir nicht sicher sind, dass ein unsere Interessen berücksichtigender Frieden ausgehandelt ist. Und wir wollen sicher sein, dass die Regierungsseite uns hernach nicht betrügt.

Die Regelung des tadschikischen Bürgerkrieges verdeutlichte Zweierlei:

Der Friedensprozess verlief, abhängig vom jeweiligen Kräfteverhältnis, von beiden Seiten als eine Kombination von Verhandeln und Schießen. Nachdem sich die Opposition schließlich, wie im Friedensabkommen vereinbart, ihrer Demilitarisierung unterzogen hatte, trat das ein, was islamische Gegner eines Kompromisses mit der säkularen Regierung vorausgesagt hatten: Letztere werde die islamischen Kräfte



Schritt für Schritt in eine politische Zwangsjacke pressen und als Opposition handlungsunfähig machen.

Genau das widerfuhr der islamischen Opposition in Tadschikistan, nachdem sie den Waffen abgeschworen, die Verfassung nach einigen nicht unwichtigen Veränderungen sowie den säkularen Staatscharakter anerkannt und sich auf den parlamentarischen Weg des politischen Wettbewerbs begeben hatte. Die Jahre des Friedens erweisen sich in der Wahrnehmung jener damaligen islamischen Skeptiker als ein Abrücken von der Friedensphilosophie, welche die Vermittler von UNO und OSZE dem Verhandlungsprozess zugrunde legten und zu der sich die beiden Bürgerkriegsseiten schlussendlich bekannten: Ihr Friedensschluss werde keine Verlierer, sondern nur Gewinner kennen. Der größte Gewinner werde das tadschikische Volk sein.

Ich bin auf diese Erfahrungen vor allem auch deshalb ausführlicher eingegangen,¹⁰ weil sie im Gedächtnis der islamischen Politiker Zentralasiens weiterhin präsent sind. Auch bei jenen im Untergrund! Für sie ist offen, ob sie mit der Verlässlichkeit säkularer politischer Kräfte rechnen können, ehe sie sich mit diesen auf eine gemeinsame Friedensphilosophie einlassen. Wir sollten nicht vergessen, dass dazu auch die OSZE gehörte, die es in einer vom war on terror verengten Sichtweise nicht vermochte, die Friedensphilosophie am Leben zu erhalten. So kann Gegnerschaft leicht zementiert werden.

Zugleich legt das tadschikische Beispiel einer Konfliktregelung Zeugnis ab, dass Frieden und Kompromisse gerade mit den radikalen Kräften gesucht und gefunden werden müssen. Kompromisse, Zusammenarbeit und gewaltfreie Koexistenz zwischen einer säkularen Regierung und islamischen Politikern und Parteien sind möglich. Auch ein alternativer, gewaltfreier Umgang zwischen ihnen ist unter bestimmten Bedingungen realistisch.

3. Praktische Erfahrungen

Angesichts dieser komplizierten Zusammenhänge geht das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg bereits seit 2000, also vor dem 11. September 2001, in Tadschikistan, Kasachstan und Kirgisistan der Frage nach, worin die Gestaltungsbedingungen für einen gewaltfreien koexistenziellen Umgang säkularer Herrschaftsträger und politischer Vertreter des Islams, das Misstrauen zwischen ihnen und seine strukturellen Ursachen bestehen.¹¹

Dabei konzentrierte sich CORE anfangs besonders auf das tadschikische Forschungsfeld nach dem Bürgerkrieg (1992 – 1997), weil hier die tiefsten Einsichten in die säkular-islamische Konfliktlogik und Dynamik vorliegen, die mehr oder weniger typisch für die gesamte Region sein dürften.

Als wesentliche Streitfragen stellen sich heraus:

1. Der Charakter des Staates – säkular oder nicht-säkular – und seine konstitutionelle Formulierung.
2. Der Platz religiöser (islamischer) Vereinigungen und Parteien im politischen System und die gesetzliche Fixierung ihrer Rechte und Pflichten.
3. Platz, Rolle und Perspektiven der islamischen Elite in den politischen Prozessen sowie, in einem breiteren Kontext, im Prozess der Formung nationaler Staatlichkeit.
4. Die weitere Konkretisierung des Prinzips der Trennung von Religion und Staat: Hierbei geht es um das Erarbeiten konkreter Maßnahmen für die Harmonisierung des Ver-

hältnisses zwischen religiösen Einrichtungen und Staatsorganen, welches durch die Bevormundung seitens des säkularen Staatsapparates stark belastet ist. Den Kern bilden hier die Gewährung von Religionsfreiheit und die Unabhängigkeit der religiösen Einrichtungen von den Machtorganen.

5. Vertrauensbildende Maßnahmen: Dabei ging es um die Ausarbeitung von Maßnahmen, die dem Bedürfnis beider Seiten nach Rückversicherung bezüglich der strategischen Absichten der jeweils anderen Seite Rechnung tragen und auf deren Grundlage ein Prozess der Vertrauensbildung eingeleitet werden kann.

Für die Frage der Vertrauensbildung ist der Ausgangspunkt, dass zwischen islamischen und säkularen Kräften ein tiefes Misstrauen herrscht. Im Kern dreht es sich dabei um Grundfragen, die vor dem Hintergrund der ungeklärten ordnungspolitischen Orientierung der noch jungen Staaten besonders brisant sind:

Einerseits besteht ein tiefes Misstrauen hinsichtlich der strategischen Absichten der jeweils anderen Seite. Die säkulare Macht befürchtet, dass islamische Parteien schlussendlich nach einem theokratischen Staat streben, sollten sie an die Regierung kommen. Deshalb trachtet sie nach Garantien, welche dies verhindern.

Andererseits halten die islamischen Vertreter der säkularen Seite vor, dass diese ihr Verständnis von Säkularismus und säkularem Staatscharakter nicht ausreichend in einem koexistenziellen Sinne geklärt habe, welcher ihnen einen gleichberechtigten Platz in den Staatsformungsprozessen sichert.

Nicht weniger wichtig ist, dass das Dilemma des Misstrauens auch eine europäische Dimension hat: Erst die Wahrnehmung einer gesicherten religiösen und gesellschaftspolitischen Perspektive im eigenen Staat und im euro-asiatischen Staatenverbund wird die Anhänger des Islams auf nationale Positionen bringen bzw. dort halten und ihrem Abgleiten auf pan-islamistische vorbeugen können.

In unseren Diskussionen erwies sich die Frage nach dem zivilisatorischen Charakter des gemeinsamen Staates immer wieder als Dreh- und Angelpunkt. Für die islamischen Vertreter galt das Postulat der Trennung von Religion und Staat als Ausdruck eines anti-islamischen Staatscharakters und war somit als Grundlage für das angestrebte Verhältnis von Koexistenz und Zusammenarbeit unannehmbar.

In unserer Arbeit in Tadschikistan eröffnete den Ausweg die Erkenntnis weitsichtiger säkularer Politiker, dass eine absolute Trennung von Religion und Staat bei einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit weder möglich, noch zweckmäßig sei. Unter den neuen Bedingungen eines gemeinsamen nationalen Staates komme es vielmehr darauf an, das Verhältnis zwischen Staat und Islam sowie ihren politischen Vertretern zu harmonisieren und dafür neue Grundlagen zu finden. Es empfehle sich dabei, unter den Bedingungen einer islamischen Bevölkerungsmehrheit mit dem Islam als einer „ewigen Größe“ umzugehen.

Ein solcher Erkenntnis- und Positionswandel auf säkularer Seite ist deshalb von zentraler Bedeutung, weil er erstmals in Zentralasien das überkommene, aber bei den säkularen Eliten auch weiterhin dominierende sowjetische Säkularismusverständnis aufbricht. Ihm zufolge seien Religion und Staat voneinander zu separieren, nicht aber, so wie im originären europäischen Säkularismusverständnis, Staatsmacht



und Kirche. Da es aber im Islam keine Kirche gibt, besteht die Aufgabe darin, eine neue Religionspolitik des säkularen Staates zu entwerfen, welche den neuen Bedingungen einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit angepasst ist. Dem aber verweigern sich die säkularen Herrschaftsträger bisher in allen zentralasiatischen Staaten.

4. Längerfristige Entwicklungstendenzen im säkular-islamischen Verhältnis in Zentralasien

Überall in Zentralasien schreitet die Islamisierung der Gesellschaften voran. Das drückt sich weniger in Zahlen aus, als in der Qualität, die dieser Prozess bereits heute erreicht hat. Sie widerspiegelt sich in einer schleichenden Ausbreitung islamischer Dogmen, Normen, Werte und Regeln, in wachsender, sich auf den Islam berufender politischer Aktivität und im Alltag der Bevölkerung. Zunehmend ist diese bereit, islamischen Verhaltensvorschriften zu folgen. So nehmen Geschäftsinhaber in Tadschikistan und Kirgisistan Umsatzverluste in Kauf und stellen den Verkauf alkoholischer Getränke ein. In einigen Gebieten der kirgisischen Hauptstadt achten jugendliche Gläubige auf die Einhaltung der Regeln islamischer Schlachtung. Erste Restaurants öffnen, die keine alkoholischen Getränke mehr verkaufen, weil sich das nach den Regeln des Korans nicht gehört. Hochzeiten nach islamischem Brauch, Tragen des Kopftuches und das Einhalten islamischer Feiertage nehmen überall zu.

Nach nahezu zwanzig Jahren der Ausformung dieser jungen Staaten und ihrer Identitätsfindung verwächst die Bevölkerung immer tiefer mit ihren historischen religiösen Wurzeln.

Das kann als ein organischer, objektiver Vorgang begriffen werden, der jedoch eine Erosion der in der sowjetischen Herrschaftsepoche von außen aufgetragenen säkularen Oberfläche bewirkt. Vor diesem Hintergrund wurde auf einem gemeinsamen Workshop von CORE und dem kirgisischen Institut für Strategische Analyse und Prognose im November 2008 eingeschätzt, dass um die Ressource Islam der Kampf entbrannt und deren Politisierung nicht mehr aufzuhalten ist.

Angesichts dessen, so der Workshop, bestehe die wichtigste Aufgabe darin, die Politisierung religiöser Kreise in friedliche Bahnen zu lenken. Das wiederum werde in entscheidendem Maße davon beeinflusst, welche Seite es besser verstehe, diese Ressource für sich zu nutzen: innere oder äußere, modernisierungs- und national orientierte Kräfte oder externe radikal-fundamentalistische, wie Hizbat-tahrir oder Salafiya, die strategisch auf die Rückführung Zentralasiens ins Dar Al-Islam (Haus des Islam) hinwirken.

Zwar kann davon ausgegangen werden, dass in Tadschikistan und Kirgisistan die politische Macht der säkularen Herrschaftsträger durch radikal-islamistische Bewegungen nicht unmittelbar bedroht ist. Doch der Kampf um die Macht läuft und er läuft vor allem in einer ganz neuen Form: als Kampf um die Köpfe der Muslime, insbesondere der Jugend.

Junge Theologen und Imame, die in islamischen Religionschulen in Pakistan, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien oder der Türkei ausgebildet wurden, sind dabei, ihre Lehre gegen den säkularen Staat zu richten zugunsten eines Kalifats, für soziale Gerechtigkeit, gegen Unfähigkeit und Korruption der Regierenden.

Sie und konservative Imame vermitteln zunehmend in privaten Medresen, Moscheen und Zirkeln Kindern und Jugend-

lichen einen unmodernen, rückständigen, teils militanten Islam. Sie verfolgen das Ziel, ihren Islaminterpretationen vorrangig unter der Jugend Masseneinfluss zu verschaffen, um sich bei ihrer Profilierung als politische Gegenkraft zur jetzigen Macht auf sie zu stützen.

Das ist eine bedenklich konflikträchtige Tendenz. Wenn sich ihr gegenüber die Seiten nicht konfliktpräventiv und reformorientiert verhalten, dann kann sich die Frage nach der weiteren ordnungspolitischen Orientierung der jungen Staaten zur Kernfrage künftiger Auseinandersetzungen zwischen Staatsmacht und islamisch orientierten Gegenkräften entwickeln, nämlich um die Frage säkularer oder islamischer Staat. Für den Ausgang dieser Auseinandersetzung wird weniger Repression, sondern letztendlich der Wettkampf um die Köpfe der Jugend den Ausschlag geben.

Die genannten Aktivitäten zeigen schon heute Wirkung. Insbesondere in Jugendkreisen wird die Frage nach dem Staatscharakter, säkular oder islamisch, thematisiert. In Kirgisistan manifestiert sich das in Fragen wie:

- Kann sich die Religion der Mehrheit erst dann voll entfalten, wenn sie Staatsreligion wird?
- Darf sich der Staat in die Angelegenheiten der muslimischen Gemeinde einmischen?
- Welche Chancen hat die Koexistenz von säkularem Staat und Islam?

Neben der einflussreichen Hizbat-tahrir in Tadschikistan, haben die im Januar 2009 verbotenen Salafis (eine Gegenbewegung zu westlicher Modernisierung aus dem arabischen Raum) mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, islamisch asketischer Lebensweise und Ethik innerhalb von nur drei Jahren vor allem in der Jugend beträchtlichen Anklang gefunden. Auf politischem Gebiet agitieren sie gegen ein demokratisches politisches System, die Existenz islamischer Parteien, wie die PIWT, eingeschlossen. Theologisch bekämpfen sie die traditionelle zentralasiatische, hanafitische Rechtsschule sowie Sufismus und sufistische Orden, wie Qadiriya und Naqshbandiya, die in Tadschikistan wichtige traditionelle islamische Glaubensträger sind, womit sie den Widerstand der traditionellen Geistlichkeit provozierten, die auf das Verbot der Salafiya hinwirkten.

In diesem Kontext möchte ich einige Überlegungen zum Kräfteverhältnis anstellen. Bei ihren Abwehrbewegungen gegenüber den Kräften des politischen Islams befindet sich die säkulare Staatsmacht in beiden Staaten in der Defensive: Einerseits kann sie deren Einflusszuwachs mit repressiven Methoden, wie Verhaftung religiöser Aktivisten, Verbot religiöser Schriften, Organisationen und Bewegungen nicht eindämmen, sondern drängt den Widerstand lediglich in den Untergrund. Andererseits fehlen ihr die wirtschaftlichen Ressourcen, um die sozio-ökonomischen Ursachen für die Radikalisierung insbesondere der Jugend in den nächsten Jahren aus der Welt zu schaffen.

Daraus ergibt sich folgende Schlussfolgerung: Da sich Repression als ineffektiv erweist, eine schnelle Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage aber nicht möglich ist, laufen die Regierungen Gefahr, den Wettlauf um die Köpfe der Jugend gleichfalls an die radikal-fundamentalistischen Kräfte zu verlieren. Tritt Letzteres ein, verlieren sie die grundsätzliche Auseinandersetzung um die weitere ordnungspolitische Orientierung dieser wichtigen zentralasiatischen Staaten.

Eine solche Situation führt zu der Frage nach dem Faktor Zeit. Wie viel Zeit verbleibt den säkularen Regierungen und



Europa, um diesen Wettbewerb zugunsten eines Synchronisierens von säkularem Staatscharakter und Islam zu gewinnen? Den Zeitfonds bestimmt angesichts der geringen Wirksamkeit von Repression und sozio-ökonomischen Verbesserungen weitgehend der Kampf um die Köpfe der nationalen Muslime.

Damit stellt sich die säkular-islamische Problematik in Zentralasien in einer neuen Qualität. Gerade unter den nationalen Muslimen wächst das Bedürfnis, eigene, islamisch verankerte Konzepte für die (Mit-)gestaltung nationaler Staatlichkeit zu entwerfen. Das ist von großer Bedeutung, weil sich die islamische Elite dieser Aufgabe bisher in keinem zentralasiatischen Staat gestellt hat. Für die jungen Geistlichen aber besitzt die religiöse Bildung der eigenen Gemeinde einen besonders hohen Stellenwert.

Ihnen gegenüber sollte sich weitsichtige säkulare Politik um eine gemeinsame Einstiegsstrategie in den Kampf um die Köpfe der nationalen Muslime bemühen. Wenn das gelingen soll, müssen konkrete, für beide Seiten akzeptable Ziele formuliert werden. Das zentrale Kettenglied dafür ist die Verständigung über eine gemeinsame Perspektive in einem gemeinsamen Staat.

Lassen Sie mich abschließend auf die Frage zurückkommen, welche Rolle Europa und die deutsche Außenpolitik bei all diesen Fragen spielen, bzw. spielen sollten.

Vor allem sollte Europa unterstützen, dass eine Verständigung über eine gemeinsame Perspektive im gemeinsamen Staat beginnt und von der Stelle kommt. Zwar würde Europa damit politisches und zivilisatorisches Neuland betreten. Zugleich entspräche es jedoch den Herausforderungen, die ein gewollter gemeinsamer euro-asiatischer Stabilitätsraum mit sich bringt. Es ist jedoch offensichtlich, dass weder die OSZE, noch der Westen oder Russland über eine zivile Strategie für den Umgang mit dem islamischen Faktor im eigenen politischen Raum verfügen.

Was wäre in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus im Hinblick auf Zentralasien und den euro-asiatischen Raum zu leisten? Eine entsprechende Strategie sollte sich in erster Linie um die sozio-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Ursachen der Radikalisierung größerer Gesellschaftsschichten kümmern. Sie müsste eine weitsichtige Integration des Islams und seiner politischen Vertreter in friedliche politische Prozesse sowohl innerhalb der zentralasiatischen Staaten, als auch des breiteren euro-asiatischen Raums anstreben. Die europäischen Staaten, OSZE und EU sollten, sozusagen, ihren Islamisten die Hand reichen. Das erfordert, ihnen einen Platz bei der Ausgestaltung des eigenen nationalen Staates und seines politischen Systems zuzugestehen. Damit entsprächen sie einer politischen Realität, dass nämlich der politische Islam und seine Vertreter ihren Platz in den Gesellschaften ohnehin einnehmen, sie folglich einer Platzzuweisung durch den Westen gar nicht bedürfen. Nur so können diese vor dem Abgleiten auf pan-islamistische Positionen bewahrt werden.

Das bedeutet zweitens, diesen Kräften auch einen Platz im euro-asiatischen politischen Raum zuzugestehen. Vor allem müsste Europa folgende zentrale Frage beantworten, die tadschikische islamische Politiker, die sich zu einem reformerischen Weg durchgerungen haben, bereits 1993 bei einem Gespräch im deutschen Bundestag stellten: Wir haben den säkularen Staatscharakter und das Präsidialregime in unserem Land akzeptiert, uns zu demokratischen, parlamen-

tarischen Spielregeln bekannt. Aber natürlich kämpfen wir wie jede demokratische Partei im Westen um die Macht. Sollten wir dereinst Wahlen gewinnen und eine Regierung bilden: Wie wird sich Europa uns gegenüber verhalten? Wird es unsere Regierung als gleichberechtigten Partner anerkennen oder wird uns das Schicksal der einstigen islamischen Wahlsieger in Algerien oder der Hamas in Gaza ereilen? Weder damals im Bundestag, noch danach erhielten sie eine Antwort auf diese Frage!

Damit bleibt meine Ausgangsthese offen: ob die europäische und auch die deutsche Außenpolitik sich zu einem konstruktiven Umgang mit dem politischen Islam im gemeinsamen politischen Raum durchringen können. Nur er böte die Chance, den islamischen Faktor zu einem Element kooperativer Sicherheits- und Stabilitätstrategien für unsere gemeinsame euro-asiatische Region zu gestalten.

Anmerkungen

- 1 Vergleiche hierzu die Debatten über einen Plan B für Afghanistan unter prominenten US-Politikern und Diplomaten wie Robert D. Blackwill, Council of Foreign Relations und früherer Botschafter in Indien; Paul D. Miller, National Defense University und früherer Direktor für Afghanistan im US-National Security Council unter George W. Bush und Barack Obama von September 2007 bis November 2009. Paul D. Miller, „How the War in Afghanistan Can Be Won“, in: Foreign Affairs, January-February 2011, p 51-65, Robert D. Blackwill, „Plan B in Afghanistan“, ebenda, p. 42 – 50.
- 2 So im tadschikischen Bürgerkrieg (1992 – 1997) und in den bewaffneten Zusammenstößen zwischen der usbekischen Regierung Karimov und der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) 1999 und 2000 sowie im Kaukasus.
- 3 Department of State, Office of Research, Opinion Analysis, July 6, 2000, M-95-00.
- 4 Saodat Olimova, und Muzaffar Olimov, unveröffentlichte Untersuchung, Duschanbe 2010.
- 5 Asian Development Bank, Millenium goals poverty, www.adb.org./Statistics/mdg.asp#goal01.
- 6 Dieser Begriff ist keineswegs eine Erfindung des Verfassers, sondern entstammt der islamistischen Terminologie in der Region.
- 7 Bachtijar Babazanov, „Ferganskaja dolina: Istocnik ili žertva islamskogo fundamentalizma?“, in: Centralnaja, Azija i Kavkaz, 5/1999, S. 128
- 8 Ebenda, S. 130.
- 9 Eine durchaus ähnliche Logik brachte die Islamisten Tschetscheniens, wo sich der Islam mit einem „nationalen Befreiungskampf“ verband, dazu, das Scheitern des Putschversuchs in Moskau im Sommer 1991 als Gelegenheit zum Sturz der KPdSU-Führung ihrer Autonomen Republik zu ergreifen.
- 10 Als Fußnote möchte ich erwähnen, dass ich 1966/67 als Political Officer bei der OSZE-Mission in Tadschikistan Augenzeuge der hier geschilderten Probleme war.
- 11 Das Projekt wurde bis 2003 vom Auswärtigen Amt gefördert. 2002 schloss sich das Schweizer Auswärtige Amt dem Projekt an und übernahm einen Teil der Finanzierung.

Geostrategische Bedeutung von Burma/Myanmar nimmt zu

Von Wilfried Arz, Politikwissenschaftler in Bangkok/Thailand; aus: *Eurasisches Magazin*, Nr. 8/2011

Burma ist wieder in die Schlagzeilen internationaler Medien gerückt. Drei Ereignisse haben dem Land vorübergehend zu medialer Aufmerksamkeit verholfen: die „Wahlen“ im November 2010, die Einberufung einer vom Militär dominierten Nationalversammlung und vierzehn Regionalparlamenten, sowie die Freilassung der Oppositionspolitikerin Suu Kyi. Trotzdem sind in Burma keine Perspektiven eines politischen Sys-



temwandels zu erkennen. Einigkeit herrscht im Westen über die politische Fassade der Wahlen. Kontrovers werden Reformbereitschaft der Generäle und künftiger Handlungsspielraum der Opposition bewertet.

Soll der Westen seine Sanktionen gegen Burma lockern oder als Druckmittel weiterhin aufrechterhalten? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Im April 2011 haben USA und EU eine Fortsetzung ihrer Sanktionspolitik beschlossen. Doch werden Forderungen nach Aufhebung, bzw. selektiver Lockerung laut - in Teilen der burmesischen Opposition, aber auch in Washington und Brüssel. In der EU wird die Wirksamkeit der Sanktionen zunehmend hinterfragt. Deutschland, Italien, Spanien und Österreich wollen in Burma investieren. Im rohstoffreichen Land locken Milliardenengeschäfte.

Südostasien im machtpolitischen Fadenkreuz von USA und China

Geopolitische Akzente dominieren die Interessenlage Washingtons in Burma. Seit dem Amtsantritt von Präsident Obama versuchen die USA, sich in der Region zwischen Pazifik und Indischem Ozean neu zu positionieren. Hintergrund ist Chinas wirtschaftlicher Aufstieg. Beijings selbstbewusster Anspruch auf eine politische Führungsrolle in Asien hat auch das regionale Kräfteverhältnis in Südostasien in Bewegung gebracht. Die USA fühlen sich herausgefordert und wollen eine Vorherrschaft Chinas verhindern. Ein Kurswechsel wurde deshalb 2009 auch in der amerikanischen Burmapolitik eingeleitet.

„Konstruktiver Dialog“ heißt nun das Angebot aus Washington: die Bereitschaft zu direkten Gesprächen mit den Militärs unter (zumindest vorerst) Beibehaltung der Sanktionen. Haben die USA damit Abschied genommen von der erfolglosen Politik der Bush-II-Regierung, die sich einen (notfalls gewaltsamen) Regimewechsel in Burma zum Ziel gesetzt hatte?

Burmas geostrategische Bedeutung in Südostasien

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg von China und Indien hat sich Asien zum Dreh- und Angelpunkt eines globalen geopolitischen Wandels entwickelt. Bei der Neuverteilung der Einflusszonen von China und den USA kommt Südostasien eine Schlüsselrolle zu. Dort verschafft Burma seine Lage zwischen Indien und Südostasien, sowie gemeinsame Landgrenzen mit China eine einzigartige Brückenfunktion. Burmas lange Küste am Golf von Bengalen ermöglicht eine Kontrolle des östlichen Indischen Ozeans. Hier verlaufen wichtige Transportrouten für Erdöl aus Afrika und dem Nahen Osten nach China, Japan und Südkorea.

Seine geostrategische Lage hatte Burma in der Vergangenheit wiederholt zum Schauplatz blutiger Konflikte werden lassen. Im 19. Jahrhundert durch die gewaltsame Eroberung und (bis 1948) wirtschaftliche Ausbeutung durch die Kolonialmacht England. Im Zweiten Weltkrieg durch den erbitterten Krieg zwischen Japan und den Alliierten. Schließlich diente Burma auch als Basis für die militärische Versorgung nationalchinesischer Truppen in Yunnan über die legendäre Burma-Road. Droht Burma im 21. Jahrhundert nun wieder zum Objekt und Opfer politischer Interessen zu werden?

Burma verschafft China Zugang zum Indischen Ozean

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg ist mit einer hohen Importabhängigkeit von Ressourcen verbunden. Erdölimporte aus Afrika (u. a. Sudan) und dem Nahen Osten (Iran, Saudi-Arabien) wickelt China über Seewege ab, seine Tankerflotten durchqueren dabei auch den Indischen Ozean. Seit der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg werden die Küsten Ost- und Südostasiens jedoch von der Pazifik-Flotte der USA kontrolliert. Als besonders neuralgischer Knotenpunkt gilt die Malakka-Straße, ein maritimer Flaschenhals zwischen Indonesien, Malaysia und Singapur. Sollte Washington im Konfliktfall mit Beijing diese Meereseenge blockieren, wäre China von seinen Energieimporten abgeschnitten.

In diesem Kontext wird das strategische Interesse Chinas an Burma deutlich: das Land bietet einen Transitkorridor zum Indischen Ozean unter Umgehung der Straße von Malakka. 2013 sollen zwei rund 1 000 Kilometer lange Pipelines den Tiefseehafen Kyaukphyu im Arakan am Golf von Bengalen mit Kunming in Yunnan verbinden. Dann kann Erdöl aus Afrika und dem Nahen Osten sowie Erdgas aus dem küstennahen Meeresboden quer durch Burma direkt nach China befördert werden. Zur Absicherung seiner maritimen Handelswege hat China eine Kette von Hafenstützpunkten am Indischen Ozean geschaffen: in Gwadar/Pakistan, Hambantota/Sri Lanka, Chittagong/Bangladesch und Sittwe/Burma. Auch Chinas Marine ist präsent: chinesische U-Boote patrouillieren in internationalen Gewässern Südostasiens und im Indischen Ozean - dort bei den Andamanen und Nikobaren, zwei indischen Inselgruppen.

Burma-Politik unter Bush II: Konfrontation und Regimewechsel

Konfrontation, Isolierung und verschärfte Sanktionen kennzeichneten die Burma-Politik der Bush II-Regierung. Menschenrechtsverletzungen der Militärs wurden zwar angeprangert, das Engagement des US-Energiemultis Unocal (seit 2005 Chevron), damals einer der größten Investoren im Lande, jedoch stillschweigend geduldet. Zwei Ereignisse hätten in der Regierungszeit von Präsident Bush (2001 - 2009) Ansatzpunkte zu einem Regimewechsel in Burma geboten: die politischen Unruhen 2007 und der Wirbelsturm Nargis 2008.

Dramatische Preiserhöhungen für Treibstoffe hatten im September 2007 Demonstrationen zehntausender Burmesen, insbesondere buddhistischer Mönche in Rangun ausgelöst. Hintergrund waren die zuvor vom Internationalen Währungsfonds empfohlenen und von der Militärregierung umgesetzten Streichungen staatlicher Subventionen für Diesel und Benzin. Die Situation drohte zu eskalieren und wurde durch massiven Einsatz der burmesischen Armee niedergeschlagen.

Im Mai 2008 verwüstete der Wirbelsturm Nargis weite Teile des Irrawaddy-Deltas und forderte vermutlich rund 130 000 Opfer. Die Weigerung der Generäle, dringend benötigte Hilfslieferungen durch ausländisches Militärpersonal der Geberländer in Burma verteilen zu lassen, veranlasste Washington, London und Paris offen einen Militärschlag gegen Burma zu fordern - verpackt im Gewand eines „humanitär“ begründeten Interventionsrechtes.



Kurswechsel unter Obama: Bereitschaft zum Dialog

Westliche Sanktionen hatten in Burma keinen politischen Systemwandel bewirkt, dafür jedoch den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Chinas gestärkt. Kritiker der US-Außenpolitik beklagten Amerikas Positionsverluste in Südostasien durch die Konzentration auf die Kriegsschauplätze in Afghanistan und Irak. Einflussreiche Think Tanks (International Crisis Group, Brookings Institution) und Medien (New York Times, Washington Post) forderten ein verstärktes Engagement in Burma. Die Obama-Administration leitete deshalb 2009 eine Abkehr von dem Konfrontationskurs unter US-Präsident Bush II ein.

Was ist das Neue an der neuen Burma-Politik Washingtons?

Ziel soll fortan nicht ein von außen gewaltsam eingeleiteter Regimewechsel, sondern der Aufbau ziviler Strukturen für eine Demokratisierung von innen sein. Auf Regierungsebene sollen reformbereite Militärs identifiziert und unterstützt, auf gesellschaftlicher Ebene „zivilgesellschaftliche“ Strukturen auf breiter Basis gefördert werden. Westliche Nichtregierungsorganisationen (NRO) sollen dieses Ziel durch landesweite Entwicklungshilfe-Projekte in Burma umsetzen. Schließlich bieten die USA einen direkten Dialog mit den Militärs an.

Konsequenzen der neuen US-Burma-Politik

Der eingeleitete Kurswechsel in der US-Burma-Politik hat nicht nur die Koordinaten verändert, die bislang die Haltung Washingtons gegenüber den Generälen bestimmte. Konsequenzen zeichnen sich mit dem neuen Politikansatz auch für die uneingeschränkte Unterstützung der Oppositionspolitikern Suu Kyi ab, die bisher eine kompromisslose Aufrechterhaltung von Sanktionen befürwortet und westliche Entwicklungshilfe abgelehnt hatte. Diese Standpunkte stehen nun im Widerspruch zu Obamas neuer Strategie.

Washington sucht die Zusammenarbeit mit allen reformwilligen Akteuren – im Militär, der burmesischen Opposition und den Minderheiten. Mit Einberufung von Nationalversammlung und Regionalparlamenten könnten sich aus Perspektive der US-Regierung potentiell neue Ansatzpunkte für politische Reformen bieten. Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) mit Suu Kyi ist nun nicht mehr einzige organisierte Stimme der Opposition. Auch andere Gruppen haben die politische Arena betreten und sich zugleich von der Leitfigur Suu Kyi gelöst. Dennoch bleibt es erklärtes Ziel der USA, eine Ablösung der Militärs zu bewirken und eine pro-westliche, jedoch nicht notwendigerweise von Suu Kyi geführte Regierung zu installieren.

Die Burmanische Opposition: Spaltung und Neuausrichtung

Nicht nur der Kurswechsel der US-Burma-Politik stellt die NLD vor neue Herausforderungen. Interne Konflikte und politische Differenzen mit den burmesischen Exilgruppen sowie den Minderheiten stellen die Partei vor neue Zerreißproben. Innerparteiliche Kritik gegen den als dogmatisch und autoritär bezeichneten Führungsstil Suu Kyis hatte altgediente Mitglieder veranlasst, der NLD den Rücken zu kehren. Zu ihnen zählte bereits 1997 U Kyi Maung, Gründungsmitglied der NLD und Verfasser des NLD-Manifesto, des Parteipro-

gramms für die Wahlen von 1990. Konflikte entzündeten sich auch an Fragen der Einstellung zu Sanktionen und der Akzeptanz von Entwicklungshilfe aus dem Ausland. Vorläufiger Höhepunkt parteiinterner Streitigkeiten: die Spaltung und Gründung (2010) der National Democratic Force (NDF). Diese Partei war im November zu den „Wahlen“ angetreten und ist nun im Parlament mit 16 Sitzen vertreten.

Wie das Militär so hat auch die NLD ein Generationsproblem zu bewältigen. Dies gilt nicht nur für die überalterte Parteispitze. Seit Annullierung der Wahlergebnisse (1990) durch das Militär ist eine neue Generation von Aktivisten herangewachsen. Deren Einbindung in hierarchische NLD-Parteistrukturen dürfte nicht ganz einfach werden. Unausgewogenheit herrscht auch in der NLD-Mitgliederbasis, die weitgehend städtisch ausgerichtet ist und wenige Bauern aufweist. Nach Zwangsauflösung der Partei (2010) wird der Aufbau neuer Strukturen erforderlich und eine selektive Zusammenarbeit mit Teilen der Opposition im Parlament unumgänglich sein. Bleibt Suu Kyi bei ihren kompromisslosen Standpunkten, droht die NLD in den Auseinandersetzungen um eine demokratische Perspektive für Burma marginalisiert zu werden.

Spaltung auf der ganzen Linie auch in Dissidentenkreisen, insbesondere im benachbarten Thailand. In politischer Zielsetzung und ihrer strategischen Umsetzung kollidieren die burmesischen Exilgruppen zunehmend mit NLD-Positionen. Die burmesische Exilregierung in den USA, die von Sein Win, einem Cousin Suu Kyis geleitet wird, ist politisch bedeutungslos und ohne breite Unterstützung – auch unter burmesischen Exilanten.

Minderheiten als Schlüssel für eine friedliche Zukunft Burmas

Seit der politischen Unabhängigkeit Burmas (1948) stehen auch ethnische Minderheiten in Konflikt zu den wechselnden Regierungen in Rangun. Mit einem Anteil von rund einem Drittel an der Gesamtbevölkerung bewohnen diese Minderheiten fast sechzig Prozent des Staatsgebiets – Bergregionen, die gemeinsame Grenzen mit Bangladesch, Indien, China und Thailand haben und als rohstoffreich gelten. Seit Jahrhunderten kämpfen einige dieser Ethnien um ihre Unabhängigkeit, bzw. Autonomie. Im Panglong-Abkommen von 1947 war ihnen im nachkolonialen Burma Autonomie zugesichert worden. Repressionen seitens burmesischer Regierungen lösten jedoch in den 1950er Konflikte aus, die sich zu einem offenen Krieg ausweiteten. 1962 rechtfertigte General Ne Win seine Machtübernahme mit der drohenden territorialen Desintegration Burmas durch aufständische Minderheiten.

Die Minderheiten sind untereinander zerstritten – in Burma wie im Exil. Einige Ethnien hatten mit den Generälen Waffenstillstandsabkommen geschlossen, andere ihren bewaffneten Widerstandskampf fortgesetzt. Heute sitzen ihre Vertreter auch in den Regionalparlamenten.

Minderheiten misstrauen der Burmanischen Opposition

Das Verhältnis zwischen Minderheiten und Burmanen wird historisch durch gegenseitiges Misstrauen und Vorurteile bestimmt. Dies ist ein Grund für das distanzierte Verhältnis zwischen ethnischen Gruppen und der NLD. 1990 waren die Minderheiten getrennt von der NLD in den Wahlkampf gezo-



gen. Kein kluger Schachzug waren die zwischen Suu Kyi und den Militärs geführten Geheimgespräche (2000/2001), die ohne Konsultation mit den Minderheiten erfolgt waren und diese in ihrem Misstrauen gegenüber der burmesischen Opposition bestärkt hatten. Bis heute besteht zwischen Minderheiten und NLD keine politische Zusammenarbeit.

Nur wenn es der demokratischen Opposition in Burma gelingt, ein tragfähiges Bündnis mit den nicht-burmesischen Minderheiten zu schließen, sind die Voraussetzungen geschaffen, ein stabiles Burma aufbauen zu können. Die aktuelle innenpolitische Konfliktkonstellation lässt dieses Bündnis zwischen Burmesen und Ethnien nicht erkennen. Neben strategischen Fragen werden aber auch Vorstellungen über die wirtschaftspolitische Zukunft Burmas zwischen Opposition und Minderheiten abzustimmen sein.

Wirtschaftspolitische Vorstellungen der Opposition

Wie es in einem demokratischen Burma ohne Militärs wirtschaftlich weitergehen soll, wird in Oppositionskreisen nur am Rande diskutiert. Noch sieht sich ein Teil der ins Ausland geflohenen burmesischen Dissidenten in der Tradition von General Aung San, dem Vater von Suu Kyi. Als Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Burmas (1939) hatte dieser gegen westliche Kolonialherrschaft gekämpft – zunächst in Kollaboration mit Japan. Sein „Blueprint for free Burma“ (1941) enthielt jedoch wenig konkrete Anhaltspunkte für die wirtschaftspolitische Ausrichtung eines postkolonialen Staates.

Suu Kyi, die ihre Popularität der Tatsache verdankt, Tochter des Nationalhelden Aung San zu sein, vertritt für ein demokratisches Burma wirtschaftspolitisch eindeutig pro-westliche Standpunkte. Im NLD-Manifesto von 1989 werden Privatisierungen, eine Öffnung Burmas für Auslandsinvestitionen und eine Zusammenarbeit mit Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) befürwortet. Vorstellungen, die kaum als progressive Alternative zur Wirtschaftspolitik der Militärs bewertet werden können – dafür jedoch ihre Unterstützung durch die USA nachvollziehbar machen. Steht damit ein Ausverkauf Burmas bevor?

Dies befürchtet zumindest ein Teil der burmesischen Dissidenten in Thailand. Sie sehen Burma als neuen Billiglohn-Produktionsstandort, dem in der regionalen Arbeitsteilung Südostasiens eine Rolle zugeordnet sei, die bislang Kambodscha/Bangladesch in der Textilproduktion und China/Vietnam in der Elektronikfertigung gespielt haben. Neoliberale Rezepte von Weltbank und IWF würden nur das eine Ziel verfolgen: die Integration Burmas in den Wirtschaftsraum Südostasiens und damit die Ankoppelung an Produktionsstrukturen Japans und anderer Industrieländer.

Integration Burmas in den Wirtschaftsraum Südostasiens

Grenzüberschreitende Verkehrsprojekte haben Burma in Südostasiens integriert – trotz westlicher Sanktionen. Im Rahmen der Greater Mekong Subregion (GMS), einem Zusammenschluss der Mekong-Anrainerstaaten, wurden Wirtschaftskorridore geschaffen, die quer durch Festland-Südostasiens führen. Von der Asiatischen Entwicklungsbank und Japan finanziert, sollen damit Transportwege und die Attraktivität als Produktionsstandort verbessert werden. Ein 1 450 Kilometer langer Ost-West-Korridor wird die Hafenstadt Danang/Vietnam am Südchinesischen Meer mit Moulmein/

Burma am Golf von Martaban verbinden. Auch China ist aktiv und baut neue Straßen- und Eisenbahntrassen von Kunming nach Mandalay und von dort weiter nach Rangun bzw. Chittagong in Bangladesch. Der Ausbau der Hafeninfrastruktur in Burma wird ebenfalls von China vorangetrieben. Seit 1997 ist Burma Mitglied der ASEAN; seit 2010 Mitglied der neuen Freihandelszone China-ASEAN, die Burma ab 2015 in den zollfreien Warenverkehr innerhalb dieser Großregion einbeziehen wird.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Verlegung der Hauptstadt Burmas von Rangun nach Naypyidaw ins Landesinnere (2005) rational nachvollziehbar. Das neue Machtzentrum bietet den Militärs eine bessere Logistik zur Unterdrückung rebellischer Minderheiten (Shan, Karen, Kachin und Chin) und liegt vorteilhaft an den neuen Verkehrskorridoren, die quer durch Burma verlaufend Verbindungen nach China, Indien, Thailand und Laos herstellen. Darüber hinaus mögen für die Standortwahl auch Bedrohungsängste der Militärs vor Angriffen aus dem Ausland mit einer Rolle gespielt haben.

Burmas wirtschaftliches Potenzial

Burma gilt als eines der rohstoffreichsten Länder Südostasiens. Sein Reichtum erschöpft sich nicht in Erdgas und Öl unter dem küstennahen Meeresboden. Geologen haben Vorkommen an Kupfer, Wolfram, Nickel, Zinn, Kohle und Uranerzen nachweisen können. Die maritime Wirtschaftszone des Landes bietet einen enormen Reichtum an Fischen und Meeresfrüchten. In der britischen Kolonialzeit war Burma weltgrößter Reisexporteur und könnte wieder an die Weltspitze aufrücken. Das touristische Potenzial ist hoch einzuschätzen und bietet die Perspektive zehntausender Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich.

Dennoch ist Burma heute das ärmste Land in Südostasiens. Weltbank-Statistiken weisen das durchschnittliche Einkommen mit nur 350 US-Dollar im Jahr aus. Gleichwohl sind die Zeiten einer weitgehenden Gleichverteilung von Armut Vergangenheit. Weitverbreitete Korruption und Nepotismus haben in Burma zu krassen Einkommensunterschieden geführt. Heute ist eine neureiche Elite in Rangun unübersehbar. Burma hat den Anschluss an die dynamische Wirtschaftsentwicklung der ASEAN-Region in Südostasiens verpasst, ein Aufschließen an die erfolgreichen Tigerstaaten liegt in weiter Ferne.

Sonderwirtschaftszonen als Testfall?

Eine kohärente Wirtschaftspolitik ist in Burma noch immer nicht erkennbar. Dem Vorbild Chinas folgend, sollen nach dem Willen der Militärs auch in Burma Sonderwirtschaftszonen (SWZ) entstehen. 2010 wurden Pläne für die Einrichtung einer SWZ in Tavoy im Süden Burmas bekannt. Die Investitionskosten werden auf rund 8 Milliarden US-Dollar beziffert, als Investor wird der Baukonzern Italian-Thai in Bangkok genannt. Nach Fertigstellung werden geboten: Niedrigstlöhne, Streikverbot und Steuerfreiheit – dazu ein Hafen für Öltanker bis 300 000 BRT, eine Erdölraffinerie und ausreichend Platz für Produktionsbetriebe mit insgesamt mehreren zehntausend Arbeitsplätzen.

Sonderwirtschaftszonen bieten den Militärs den Vorteil, eng begrenzte und überschaubare Experimentierfelder für die Zusammenarbeit mit dem Ausland zu sein, ohne die wirtschaftspolitische Souveränität zu verlieren. Seit Jahren bestehen zwei grenznahe SWZ in Ruili/Yunnan und Mae Sot/



Thailand: dort arbeiten Tausende burmesische Flüchtlinge für Hungerlöhne in Textilfabriken, deren Produkte u. a. auch in die USA exportiert werden.

Kurzfristige Zukunftsperspektiven

Versuche von USA und EU, das Militär durch Wirtschaftssanktionen in die Knie zu zwingen, haben sich als Fehleinschätzung erwiesen. Die Isolierung der Generäle durch den Westen hat dafür China konkurrenzlosen Einfluss in Burma verschafft. Nun hofft die Obama-Regierung, durch kooperative Angebote einen politischen Systemwandel anstoßen und damit im Land neuen Einfluss gewinnen zu können. Skepsis ist geboten.

Am politischen Horizont scheint sich für Burma kurzfristig derzeit nur eine Perspektive abzuzeichnen: die Annahme humanitärer und entwicklungspolitischer Hilfe. Dafür allerdings ist eine selektive Lockerung der Sanktionen erforderlich. Dann vielleicht werden Burma und das geopolitische Schachbrett Südostasiens in Bewegung kommen.



Impressum:

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Oliver Schröder)
Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425
E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 27. September 2011

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko und Hilde Ettinger.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

